N12<527863706 021

ubTÜBINGEN

theol

OST-WEST

Europäische Perspektiven

13. Jahrgang 2012, Heft 1

13.14
2012-2013
R/OSE

Zwischen Hoffnungen und Ängsten

Schwerpunkt: Zweifel an Europa?

Stillstand der Integration

Meinungen und Gedanken aus zehn Ländern

Verlag Friedrich Pustet

ZdK Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Renovab

Zo 5873

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de
und
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven", Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Riho Altnurme
Verbreitete Zustimmung – leise Zweifel: Estland und die Europäische Union 5

Ivo Goldstein
Kroatien auf dem Weg in die europäische Integration 9

Wojciech Pięciak
Polen: Nervöses Abwarten auf der Zuschauerbank . 17

Tina Olteanu
Das „graue" Bild der Europäischen Union in Rumänien 28

Jens Siegert
Die Europäische Union aus russischem Blickwinkel. . 35

Rade Kisić
Serbien und die Europäische Union – ein spannungsreiches Verhältnis 42

Tanja Petrović
Slowenien und die Europäische Union: zwischen dem Balkan und Europa 48

Jaroslav Šonka
Euroskeptizismus in Tschechien und seine Wurzeln . 55

Jurko Prochasko
Ein Traum von Strafe. Die Ukraine und das gefährliche (Fußball-)Spiel mit Europa 63

Tamás Scheibner
Ungarn und die Europäische Union: Vom „Musterknaben" zum „Krisenfall"? 70

Dokument
Europa ist unsere Zukunft! Europa nicht von seinen Grenzen, sondern von seinen Chancen her denken . 77

Bücher 78

ZA 9873

thesd

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

13. Jahrgang 2012

Schwerpunkte

Heft 1: Zweifel an Europa?
Heft 2: Brücken in Mittel- und Osteuropa
Heft 3: Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa
Heft 4: Die Tschechische Republik

Hauptartikel

Felix Ackermann
Grenze, Bauwerk und Symbol.
Die Stadtbrücke zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice 96 - 103

Riho Altnurme
Verbreitete Zustimmung – leise Zweifel:
Estland und die Europäische Union 5 - 8

Stefan Borrmann
Rechtsextremismus – Facetten eines Begriffs 162 - 169

Dimitar Denkov
Bulgarien: Roma auf den Saturn oder hinter die Sahara! 180 - 185

Regina Elsner
Sankt Petersburg – Stadt der Brücken 150 - 158

Ralf Thomas Göllner
Die Széchenyi-Kettenbrücke in Budapest 112 - 119

Ivo Goldstein
Kroatien auf dem Weg in die europäische Integration 9 - 16

Beatrice de Graaf
Die Glienicker Brücke als „Gedächtsnisort" in der
historischen Erinnerung 86 - 95

Guido Hausmann
Saratows langer Weg zur Brücke über die Wolga 142 - 149

Martin Kastler
Von der Konfrontation zum Dialog: Tschechen und
Sudetendeutsche 273 - 280

Rade Kisić
Serbien und die Europäische Union – ein spannungsreiches Verhältnis 42 - 47

Anna Knechtel
Ein Schlaglicht auf die neuere tschechische Prosaliteratur 281 - 288

Stefan Markov
Die „Donaubrücke" zwischen Russe und Giurgiu – eine Brücke ändert ihren Namen 135 - 141

Mathias Marquard
Die politische Entwicklung in Tschechien seit 1989 251 - 258

Dejan Mihailović
Die Brücke über die Drina in Višegrad – Geschichte und Erzählung 120 - 128

Martina Mlinarević-Sopta
Stari Most, die Alte Brücke – Bogen des Lebens und des Todes 129 - 134

Peter Morée
Die Situation der Kirchen in der Tschechischen Republik: Das Erbe von Nationalismus und Kommunismus 266 - 273

Jeton Neziraj
Kosovo: Der Aufbau eines Staates 186 - 192

Tina Olteanu
Das „graue" Bild der Europäischen Union in Rumänien 28 - 34

Petra Ouliková
Die Karlsbrücke in Prag 104 - 111

Stefan Ozsváth
Ungarn: Bei den Enkeln Attilas 193 - 201

Tanja Petrović
Slowenien und die Europäische Union: zwischen dem Balkan und Europa 48 - 54

Wojciech Pięciak
Polen: Nervöses Abwarten auf der Zuschauerbank 17 - 27

Jurko Prochasko
Ein Traum von Strafe. Die Ukraine und das gefährliche (Fußball-)Spiel mit Europa 63 - 69

Tamás Scheibner
Ungarn und die Europäische Union: Vom „Musterknaben" zum „Krisenfall"? 70 - 76

UNIV. BIBL. TÜBINGEN
ZA 9873

Britta Schellenberg
Rechtsradikale Erscheinungen in Ost- und Westeuropa 170 - 179

Birgit Seelbinder
Die EUREGIO EGRENSIS –
20 Jahre Zusammenarbeit über Grenzen hinweg 259 - 265

Anton Shekhovtsov und Andreas Umland
Der verspätete Aufstieg des ukrainophonen
Rechtsradikalismus 202 - 210

Jens Siegert
Die Europäische Union aus russischem Blickwinkel 35 - 41

Jaroslav Šonka
Euroskeptizismus in Tschechien und seine Wurzeln 55 - 62

Andreas Umland und Anton Shekhovtsov
Der verspätete Aufstieg des ukrainophonen
Rechtsradikalismus 202 - 210

Anna Tatar
Radikalismus in Polen – Dokumentation von Vorfällen
mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund 211 - 217

William Totok
„Radikal, militant, nationalistisch und christlich-orthodox".
Rechtsextremismus in Rumänien 218 - 224

Tobias Weger
Tschechien – ein historischer Abriss 242 - 250

Natalja Zorkaya
Russland zwischen Fremdenfeindlichkeit und
Ethnonationalismus 225 - 232

Dokument

Europa ist unsere Zukunft! Europa nicht von seinen Grenzen,
sondern von seinen Chancen her denken 77

Erfahrungen

Verena Hesse
„Denn mich hat keiner gefragt, und ich möchte nicht,
dass du so etwas erlebst". 294 - 297

Sebastian Kraft
Ein Stück Heimat 302 - 305

Ondřej Matějka
Nähe und Ferne – meine Erfahrungen mit Deutschland 298 - 301

Marie Talířová
Als junge Tschechin in Deutschland – Eindrücke und Gedanken 289 - 293

Interviews
„Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe." Ein Gespräch mit Prof. Dr. Uwe Backes 233 - 237
„Die Kirche muss eine geistliche, vom Geist erfüllte Kirche sein." Ein Gespräch mit Dominik Kardinal Duka OP 308 - 313

Länderinfo
Tschechische Republik *(Jörg Basten)* 306 - 307

Porträt
Ludmila Rakušanová
Karel Schwarzenbergs schwieriges Los eines Idols 314 - 316

Bücher 78, 159, 238, 318

Textkästen *(in Heft 4/2012)*
Matthias Dörr
Die Ackermann-Gemeinde 275
Boris Kaliský
Temelin 303
Kilian Kirchgeßner
Böhmisches Bier 292
Kilian Kirchgeßner
Der „ewige Schwejk" 282
Anna Knechtel
Böhmische Dörfer 243
Petr Křížek
Das „Goldene Prag" 267
Ondřej Matějka
„Antikomplex" 278
Jaroslav Šonka
CorruptTour 256

Editorial

Das Projekt „Europäische Union“ hat schon lange keine guten Karten mehr. Die Zweifel an Europa wachsen. Zu verschieden sind auch die Interessen, die dabei im Spiel sind oder aus dem Spiel gehalten werden. Da ist fast alles vertreten: Machtgelüste, Geldsorgen, Rassismen und Nationalismen, ethnische Blockaden und mafiose Interessen. Die Aufzählung könnte leicht verlängert werden. Jedenfalls ist die Situation höchst unterschiedlich und unübersichtlicher denn je. Kein Wunder, dass nicht nur im Chor der Europa-Spezialistinnen und -Spezialisten die Zweifel an Europa unüberhörbar sind. Sie haben längst, vielleicht früher schon, die Gedanken und Gefühle des einfachen Mannes und der einfachen Frau erreicht – und beherrschen sie mehr denn je. Da brauchen nur bestimmte Stichwörter zu fallen: „Griechenland“ ist solch ein Stich-Wort. Neuerdings Ungarn auch. Es gibt noch zahlreiche andere. Jeder hat sein europäisches Reizthema.

So wie es gegenwärtig aussieht und wohl noch einige Zeit aussehen wird, hat die eigentlich faszinierende europäische Idee keine gute Zeit, eher Eiszeit. Grund genug für eine Zeitschrift mit dem Titel OST-WEST. Europäische Perspektiven (OWEP), eine kleine europäische Bestandsaufnahme zu versuchen. Aber nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern auch ausdrücklich danach zu fragen, wo die europäische Reise denn hingehen soll. Denn die Situation ist danach: Es besteht offen und latent die Gefahr, vor lauter Zweifel-Bäumen den Europa-Wald nicht mehr zu sehen.

Was dabei unumgänglich ist: Man muss zuerst den Einwänden, den Eigeninteressen, die oft so übermächtig sind, den Sonderperspektiven einzelner Länder in Europa, die ihre lange Geschichte haben, freien Raum gewähren. Sagen, was ist, und nicht zuerst blumig und verschwommen sagen, was in Zukunft sein sollte. Viele Bürgerinnen und Bürger in Europa, die im Grunde „dafür“ sind, haben die vielen Reden der Politikerinnen und Politiker „für Europa“ satt, weil sie sie schlicht, wie die Journalistinnen und Journalisten sagen, als „heiße Luft“, als Dampfplaudereien empfinden, die nichts „bringen“ – außer einem Wortschwall, dessen man längst überdrüssig geworden ist.

Noch ein anderer Vorbehalt gegen die europäische Politikerinnen- und Politikerkaste ist eine Realität, die dem Zweifel an Europa kräftige Nahrung verschafft. Manchmal scheint dem einfachen Beobachter Euro-

pa für die europäische Führungselite nur ein pekuniärer Selbstbedienungsladen zu sein. Diese Meinung kann man nicht nur an Stammtischen hören. Von der wie ein Krebsgeschwür wuchernden und gewaltige Gelder sinnlos verschlingenden Brüsseler Europa-Bürokratie – „die in Brüssel"! – ganz zu schweigen.

Immer wieder kann man in Diskussionen und Gesprächen über Europa die einfache Feststellung machen, dass selbst die geographische Situation unbekannt oder vergessen ist. Deshalb haben wir vor den Texten eine grobe Übersichtskarte der mittel- und osteuropäischen Staaten abgedruckt, aus denen die Stimmen der jeweiligen Länder kommen. Basisdaten zu den einzelnen Ländern finden sich am Ende des jeweiligen Beitrags.

Wir haben versucht, die richtige Auswahl zu treffen. Solche Länder in den Blick zu nehmen, die die Diskussion bestimmen, anheizen oder bremsen. Länder, die in ihrer Geschichte so sehr von Nachbarn belastet worden sind, dass ihnen Hören und Sehen vergangen ist. Russland, Polen, Tschechien bekommen – gerade auch für Deutsche – ganz besonderes Gewicht. Die drei Beiträge von Jens Siegert (Russland), Wojciech Pięciak (Polen) und Jaroslav Šonka (Tschechien) gehen differenziert auf die verschiedenen Stimmungen in den drei Ländern ein und zeigen auch ganz vorsichtig Wege auf, die aus der Blockade herausführen könnten. Der Beitrag von Tamás Scheibner geht auf die Situation in Ungarn ein, die viele Euroskeptiker aktuell umtreibt.

Auch die „kleineren" Länder haben ihre großen Probleme. Mit sich selbst und mit Europa, dem sie einerseits im Grunde angehören wollen, aus sehr unterschiedlichen Interessen, dem sie andererseits aber mit gehöriger Skepsis gegenüber stehen. Die Überschrift in Riho Altnurmes Artikel bringt das prägnant zum Ausdruck: „Verbreitete Zustimmung – leise Zweifel: Estland und die Europäische Union". Ebenso kommen Stimmen aus Ländern zu Wort, von denen die meisten Bürgerinnen und Bürger in den Ländern Europas nur eine graue und verschwommene Vorstellung haben, die allenfalls von medial verbreiteten Vorurteilen bestimmt ist, die wie „Underdogs" im europäischen Geschäft dastehen – und manchmal auch so behandelt werden von den so genannten „Großen": Kroatien, Rumänien, Serbien, Slowenien, die Ukraine. Die Beiträge aus diesen Ländern können deutlich machen, wie vertrackt, wie komplex und kompliziert das Jahrhundertprojekt „Europäische Union" ist, welche Bremsen und Hindernisse der eigentlich faszinierenden europäischen Idee immer wieder den Schwung nehmen.

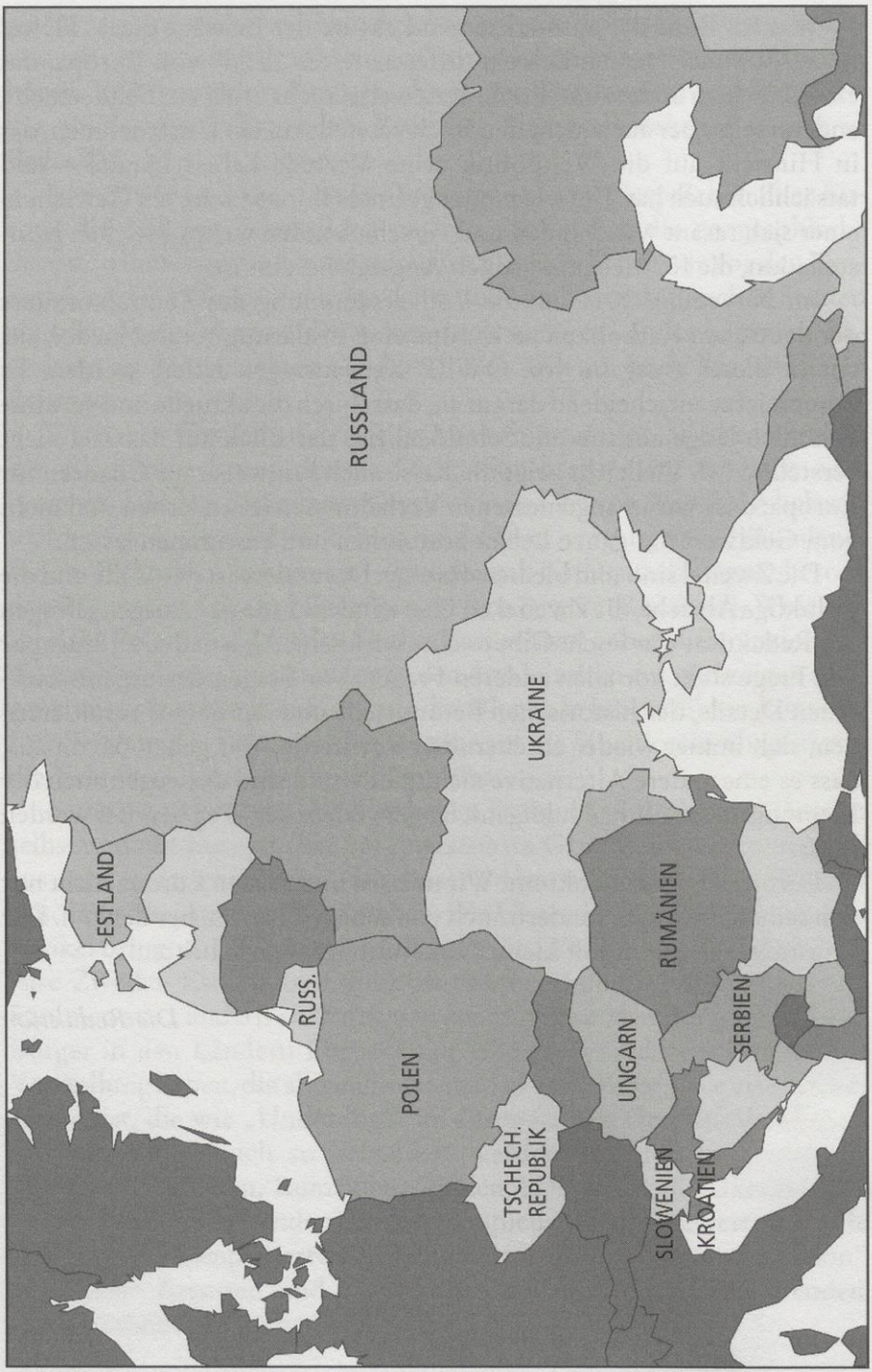
Was am Ende der aufmerksamen Lektüre der Beiträge dieses Heftes herauskommt? Hoffentlich ein differenziertes „Bild" von Europa, das einerseits begründete und konkrete Zweifel nicht billig zur Seite schiebt, andererseits aber auch nicht den Blick verstellt auf ein Unternehmen, das in Hinsicht auf die Weltpolitik seine Vorteile haben könnte – und tatsächlich auch hat. Ein wie immer geeintes Europa wäre ein Gewicht in einer sich rasant wandelnden und verschiebenden weltpolitischen Konstellation, die für viele mit großen Ängsten besetzt ist.

Im November 2011 hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zu Europa eine Erklärung verabschiedet, aus der in dieser Ausgabe von OWEP Kernaussagen zitiert werden. Es kommt jetzt entscheidend darauf an, dass durch die aktuelle und vermutlich noch lange andauernde Schuldenkrise der Blick auf das Ziel nicht verstellt wird. Vielleicht zeigt die Krise auch Hinweise auf Chancen für Europa: dass wir in angemessenen Verhältnissen leben lernen und nicht vom Geldwert das ganze Leben bestimmen und bestimmen lassen.

Die Zweifel sind und bleiben das eine. Das andere ist der Wille und die geduldige Absicht, die Zweifel zu überwinden. Eine der Ausgangsfragen der Redaktion war auch: Gibt es eine wirkliche Alternative zu Europa? Die Frage steht vor allen anderen Fragen, vor Fragen der organisatorischen Details, der historischen Betonurteile und der daraus resultierenden, sich immer wieder erneuernden Vorurteile. Wir gehen davon aus, dass es eine andere Alternative nicht gibt – und sind deswegen auch der Meinung, dass dafür geduldig mit langem Atem der Weg bereitet werden muss.

Europa ist unsere Zukunft. Wir müssen und dürfen Europa nicht nur von seinen Grenzen, sondern auch von seinen Chancen her denken. Der längste Weg beginnt mit kleinen und mittelgroßen Schritten.

Die Redaktion


ESTLAND
RUSS.
POLEN
TSCHECH.
REPUBLIK
RUSSLAND
UKRAINE
UNGARN
RUMÄNIEN
SLOWENIEN
KROATIEN
SERBIEN

Riho Altnurme

Verbreitete Zustimmung – leise Zweifel: Estland und die Europäische Union

Prof. Dr. Riho Altnurme ist Professor für Kirchengeschichte und Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Tartu.

Aus pragmatischen Gründen spricht sich die öffentliche Meinung in Estland für eine weitere europäische Integration aus. Auch wenn einige Probleme damit verbunden sind, gilt sie als unvermeidlich. Daher herrscht ein stillschweigender Konsens unter den Politikern, den Medien und der Kirche, Diskussionen über den Beitrittsbeschluss von 2003 zu vermeiden. Allerdings scheint der Gedanke „Europäische Union als Bundesstaat" nicht wirklich verbreitet zu sein.

Generell stößt die Idee der europäischen Integration bei den Esten auf große Akzeptanz. Da das Land sehr klein ist, erkennen seine Bewohner die Notwendigkeit einer Verbindung mit den Nachbarländern. Die Europäische Union (EU) scheint diesbezüglich die verlässlichste Alternative zu sein. Es gibt allerdings einen Witz über den Wunsch der Esten, der 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden. Dies zeigt immer noch den eigentlichen Hintergrund eines solchen Wunsches – Sicherheit vor dem großen Nachbarland, das Estland gegenüber nicht immer friedlich gesonnen war. In dieser Hinsicht freilich bedeuten die Mitgliedschaft in der NATO und auch in der EU mehr als eine bloße Sicherheitsgarantie. Als Bedrohung wird die EU daher, sieht man von der Meinung einiger Extremisten ab, nicht wahrgenommen.

Etwas anders sieht es im Hinblick auf die konkrete Gestalt der Integration aus. Bislang gab es einen gemäßigten Ansatz, demzufolge einzelne Verfahrensabläufe innerhalb der Mitgliedsländer standardisiert wurden. Die Menschen glaubten, dass die Integration zu erheblich strengeren Regeln in einigen Lebensbereichen führen würde, bisher hat sich diese Befürchtung jedoch als haltlos erwiesen. Die weitere Entwicklung ist allerdings noch unklar.

Wahrscheinlich ist eine vollständige Integration Europas im Sinne der Verschmelzung zu einem Bundesstaat nicht möglich und es ist auch unrealistisch, dieses Ziel anzustreben. Dennoch könnte man von den Menschen in den verschiedenen Ländern Europas erwarten, bestimmten allgemeinen Regeln zu folgen, um einige Ziele zu erreichen, die für alle europäischen Länder von hohem Stellenwert sind.

Eine der wichtigsten Vorstellungen, die man in Estland mit Europa in Verbindung bringt, ist die *Brüsseler Bürokratie:* Sie erscheint als die größte Gefahr im Zusammenhang mit der Integration. Für viele Menschen, die sich gegenwärtig um europäische Geldmittel bewerben, hat sich gezeigt, dass Solidarität und somit das Recht, Unterstützung zu erhalten, auch mit strengeren Regeln der Kontrolle verbunden ist. Kann aber die Bürokratie noch gestoppt werden? Ich fürchte, nein, aber ich vermute, dass sie manchmal auch ihre guten Seiten hat. Beispielsweise kann sie aufgrund ihrer starren Verfahren auch vorschnelle Entscheidungen verhindern.

Die Beurteilung der Brüsseler Bürokratie ist ambivalent: Sie hat positive wie negative Seiten.

Einer weiteren wichtigen Sichtweise zufolge bringt die EU den Esten einen höheren Lebensstandard, zumal bei fortschreitender Integration. Die gegenwärtigen Probleme mit Griechenland zeigen den Menschen allerdings auch, wie riskant solche Vorstellungen sein können: Ein höherer Lebensstandard wird nicht einfach nur erreicht, indem man der EU beitritt und damit ein höheres Maß an Kreditwürdigkeit erlangt, vielmehr muss der Beitritt auf einem soliden Fundament aufbauen. Die weitere bedenkliche Konsequenz eines höheren Lebensstandards könnte eine verstärkte Zuwanderung sein, die in der öffentlichen Meinung nicht gerade befürwortet wird.

Die estnischen *Massenmedien* stehen der europäischen Integration im Allgemeinen positiv gegenüber und helfen den Menschen, ihre guten Seiten zu verstehen. Es gibt allerdings auch einige Internet-Portale, die kritischer sind und negative Aspekte bis ins Paranoide übertreiben; ihr Einfluss ist jedoch nicht besonders groß. Die *führenden Parteien* unterstützen die positive Grundhaltung, und in Bezug auf wesentliche Fragen herrscht sogar ein bemerkenswerter Konsens zwischen Regierung und Opposition. Innerhalb der Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, gibt es einige „Euroskeptiker". Die estnischen Christdemokraten (früher „Estnische Christliche Volkspartei", ECPP), eine eher kleine und einflusslose Partei, die im Parlament nicht vertreten ist,

zählte vor dem EU-Beitritt zu den heftigsten Gegnern; gegenwärtig verhält sie sich zurückhaltender.

Die *Kirchen* vertreten generell eine positive Haltung gegenüber der europäischen Integration. Nach Äußerungen einiger Politiker und Kirchenvertreter habe die Integration Estlands in Europa bereits mit der Christianisierung im 13. Jahrhundert begonnen. Das Thema „europäische Integration" spielte allerdings erst kurz vor dem estnischen Referendum zum EU-Beitritt am 15. September 2003 eine größere Rolle. Die evangelisch-lutherische Kirche veröffentlichte eine Stellungnahme, die den Beitritt Estlands befürwortete und die christlichen Werte als Wurzeln Europas hervorhob, und erreichte damit ein großes Medienecho. Innerhalb des Leitungsgremien der evangelisch-lutherischen Kirche weigerte sich nur Dekan Andres Mäevere, ein Mitglied der Christdemokraten, die Erklärung zu unterzeichnen. Er untermauerte seine Ablehnung mit dem Bild des „Turmbaus zu Babel" für das Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg. Die EU sei, wie er hervorhob, keine christliche Union, sie verteidige nicht die Rechte der Christen – sogar der Abschnitt über die christlichen Wurzeln Europas, dessen Aufnahme in die Verfassung der EU der Papst so sehr gefordert hatte, sei nicht berücksichtigt worden, ebensowenig das Recht, innerhalb der EU seinen Glauben frei zu bekennen. All das könne den christlichen Glauben ernsthaft gefährden. Ähnlich misstrauisch äußerten sich auch einige Gruppen von Pfingstkirchlern und Baptisten, die sich dazu verstiegen, die EU als „antichristliche Verschwörung" zu bezeichnen. Pro- und Contra-Meinungen waren in den Mailinglisten beider Kirchen nachzulesen; immerhin war damit der Aufruf zur Teilnahme am Referendum verbunden. Die neuheidnischen „Erdgläubigen",[1] die zur gleichen Zeit in der Diskussion um die religiöse Bildung in Estland sehr aktiv waren, vertraten bezüglich der EU-Frage keine einheitliche Position.

In Estland spielen die Kirchen im öffentlichen Leben nur eine geringe Rolle, sodass ihre Haltung zum EU-Beitritt das Referendum von 2003 kaum beeinflusst haben dürfte.

Ungefähr zur gleichen Zeit, als die Debatte um den EU-Beitritt ihren Höhepunkt erreichte, wurde auch heftig über das Themenfeld „Reli-

1 Zur Bedeutung neuheidnischer Bewegungen in Estland vgl. auch Ringo Ringvee: Religion nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Estland. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 7 (2006), H. 1, S. 57-63, bes. S. 62 f.

gionsunterricht" gestritten. Diese Parallelität hätte möglicherweise die öffentliche Meinung in Estland negativ beeinflussen können. Letztlich stimmten dann doch 66 Prozent der Esten für den Beitritt. Ob und wie der Standpunkt der Kirchen dieses Ergebnis beeinflusst hat, lässt sich nicht klar ausmachen. Das aktuelle Programm der Christdemokraten, das allerdings schon 2007 verabschiedet wurde, lässt keine klare Linie erkennen. Es ist ein eher pragmatisches Dokument, das das nationale Interesse Estlands hervorhebt, besonders im Hinblick auf die Sicherheit Estlands im Rahmen der NATO; den EU-Strukturen kommt darin nur eine untergeordnete Rolle zu.

Für mich als Bürger Estlands (und so denken vermutlich die meisten Esten) liegt die Zukunft der EU in einem *losen Staatenbund* – hinsichtlich der Freiheit von Entscheidungen, die auf Nationalstaaten-Ebene getroffen werden, wäre dies die beste Option. Andererseits wurden in der estnischen Presse häufig Beschwerden laut, der EU fehle eine gemeinsame Außenpolitik – dies könnte etwas Erstrebenswertes sein, obwohl es die Abweichung vom Ideal des losen Staatenbundes bedeuten würde.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Die Republik Estland umfasst eine Fläche von 45.227 km² und hat 1,36 Millionen Einwohner (2011). Die Hauptstadt ist Tallinn (ca. 415.000 Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 69 % Esten, 26 % Russen, 5 % andere (Ukrainer, Weißrussen, Finnen usw.). Religion: Nur knapp ein Drittel der Bevölkerung bekennt sich zu einer Religionsgemeinschaft (u. a. 13,6 % evangelisch-lutherische Christen, 12,8 % orthodoxe Christen). – Estland ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament. Seit 2004 gehört das Land der EU und der NATO an. Seit dem 1. Januar 2011 ist Estland Mitglied der Eurozone. Das Land verfügt über eine hohe Wirtschaftskraft mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten, die allerdings infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise eingebrochen sind; die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 16 % (2010). Bemerkenswert ist die außergewöhnlich hohe Nutzung von Mobilfunk und Internet (Estland hat die meisten Internetanschlüsse pro Kopf weltweit).

Ivo Goldstein

Kroatien auf dem Weg in die europäische Integration

Prof. Dr. Ivo Goldstein ist Professor für Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Universität Zagreb.

Mitte der neunziger Jahre stand Kroatien im Hinblick auf die Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union besser da als etwa Rumänien und Bulgarien. Innenpolitische Faktoren wirkten sich jedoch lähmend auf die Integrationsbemühungen aus. Als dann die Beitrittsverhandlungen Ende 2005 in Gang kamen, wurden dem Land schwierigere Auflagen als den 2004 und 2007 in die Union aufgenommenen Staaten gemacht. Wenn Kroatien ab Mitte 2013 Mitglied sein wird, hoffen seine Bürger, dass endlich der lang ersehnte Aufschwung eintreten wird.

I.

Bei der Erklärung der Unabhängigkeit 1991 war Kroatien neben Slowenien das postkommunistische Land, das am besten auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung vorbereitet war. Alle Länder Mittel- und Osteuropas hatten zahlreiche Probleme, als sie die einzelnen Phasen des postkommunistischen Wandels durchmachten; die meisten von ihnen deutlich mehr als Kroatien, aber sie hatten Regierungen, die diese Reformen voranbrachten. In Kroatien hingegen war während der neunziger Jahre gerade die Regierungsspitze, geführt von Präsident Franjo Tuđman und der regierenden „Kroatischen Demokratischen Union" (*Hrvatska demokratska zajednica*, HDZ), die bremsende Kraft bei einigen gesellschaftlichen Schlüsselreformen. Die wichtigsten Protagonisten des kroatischen politischen Lebens hatten keine klare Vorstellung davon, wie der Wandel durchgeführt werden sollte bzw. wie Institutionen reformiert werden können. Einige von ihnen reformierten willkürlich nach eigenem Ermessen, andere wahrten vor allem die Kontinuität des alten Systems und passten sich nur halbwegs an die neuen ideologisch-politischen Bedingungen an, während von Dritten

die Muster westlicher Länder einfach kopiert worden sind. Infolge vieler außen- und innenpolitischer Umstände glaubte man, die Lösung der Frage zur Staatsgründung werde auch die Probleme des Wandels mitlösen, anstatt zu erkennen, dass die Lösung der Staatsfrage nur eine notwendige Bedingung war, um den Wandel überhaupt durchführen zu können. Außerdem vernachlässigte die von der HDZ geführte staatsgründende Bewegung den demokratischen Wandel und beschäftigte sich stattdessen ausschließlich mit Fragen der Staatsgründung. Autoritäre Tendenzen im Regime führten zusammen mit dem Krieg in der ersten Hälfte der neunziger Jahre dazu, dass der Wandel während der neunziger Jahre zum großen Teil stagnierte.

Als Anfang 2000 eine von der sozialdemokratischen Partei (*Socijaldemokratska partija,* SDP) geführte Koalition an die Macht kam, lag Kroatien bei der Annäherung an die euroatlantische Integration in manchen Punkten sogar hinter Albanien und Makedonien, also hinter Ländern, die in vieler Hinsicht über Jahrhunderte weniger entwickelt und zurückgebliebener waren als Kroatien. Bulgarien und Rumänien, ebenfalls viel weiter zurück als Kroatien, wurden 2004 in die NATO und 2007 in die Europäische Union (EU) aufgenommen. All das zeigt, dass Kroatien auch im Jahr 2011/2012 den Verzug aus den neunziger Jahren nur zum Teil nachgeholt hat. In der kroatischen Bevölkerung besteht deswegen eine weitverbreitete Frustration.

II.

Kroatien hatte in all diesen Jahren und hat bis heute bestimmte bedeutende Vorteile im Vergleich zu einigen Ländern, die schon 2004 in die EU aufgenommen worden sind. Das Bruttoinlandsprodukt lag 2002 auf Platz 6 im Vergleich mit 14 europäischen postkommunistischen Ländern (inklusive der baltischen Staaten, aber ohne die Länder der ehemaligen UdSSR, die alle weit hinter Kroatien liegen), lag allerdings auf einer Höhe von nur 39 Prozent vom Durchschnitt der damaligen Mitgliedsstaaten der EU. Der nationale Wohlstandsindex Kroatiens lag 2007 nach einer Untersuchung der Schweizer Bank Credit Suisse weit über dem bosnischen und dem serbischen und sogar über dem rumänischen und bulgarischen, jedoch immer noch deutlich unter dem europäischen Durchschnitt.

In den zwanzig Jahren seit der Unabhängigkeit Kroatiens stehen sich ständig ein Ethnozentrismus bzw. aggressiver Nationalismus einerseits

und nationale Toleranz andererseits gegenüber, traditionelle ländliche und moderne städtische Werte, auch Euroskepsis und Fremdenfeindlichkeit einerseits und eine proeuropäische Haltung und Offenheit andererseits. Die Polarisierung, die aus diesen Problemen entsteht, ließ sich vor den Wahlen 1990 beobachten und brach Ende der neunziger Jahre wieder aus, als sich bei den Wahlen im Jahr 2000 ein nationalistisch-traditioneller (vorwiegend religiöser) Block auf der einen und ein kosmopolitisch-modernistischer (vorwiegend säkularer) Block auf der anderen Seite gegenüberstanden. Vor den Wahlen im Dezember 2011 ist eine solche Aufteilung wieder erkennbar, allerdings nicht mehr in so großem Ausmaß.

In Kroatien existiert keine Euroskepsis im wörtlichen Sinne, vielmehr handelt es sich um Vorbehalte gegenüber der EU aus Unwissen und Angst vor dem Unbekannten.

In Kroatien existiert keine Euroskepsis im wörtlichen Sinne, vielmehr handelt es sich um Vorbehalte gegenüber der EU aus Unwissen und Angst vor dem Unbekannten. Außerdem wird eine Ablehnung der EU auch von der extremen Rechten propagiert, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts an Stärke gewinnt, im Gegensatz zu den neunziger Jahren (als sie zu einem Großteil in die regierende Politik eingebunden war), ein Phänomen, dass unter ähnlichen Bedingungen auch in einigen anderen europäischen Ländern funktioniert: Diesen Kreisen gelingt es gelegentlich, ein großes Medienecho und damit einen Eindruck von ihrer Macht zu erzeugen. Nur spiegelt sich diese Macht nie in Wahlergebnissen wieder. Der Grund dafür liegt darin, dass diese gesellschaftlichen Kräfte es noch nicht geschafft haben, ein geschlossenes Wertesystem zu etablieren, das dem europäischen Erbe entgegengesetzt wäre. Noch wichtiger ist, dass sich in der rechtsradikalen Szene keine Persönlichkeit herausbilden konnte, weder als Ideologe, der eine ganzheitliche politische Idee und deren praktische Präsentation entwickelt hätte, noch als pragmatischer Politiker, der einen größeren Teil der Stimmen auf sich vereinigen könnte – nur partiell hatte so eine Position für einen Moment Ante Đapić inne, Vorsitzender der Kroatischen Partei des Rechts (kroat. *Hrvatska stranke prava,* HSP), aber er wurde 2009 ruhmlos entthront.

III.

In der breiten kroatischen Öffentlichkeit hat sich nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft immer mehr die Haltung etabliert, dass das Kroatentum gleichbedeutend mit dem Katholizismus ist bzw. dass die katholische Kirche sich mit der Regierung identifizieren kann und umgekehrt. Einige prominente katholische Publizisten sagten, dass damit der katholische Glaube und die katholische Kirche auf den Sockel einer „Stammesmutter" gestellt würden, und kritisierten das scharf. Sie behaupteten, dass es falsch sei zu glauben, eine Person sei allein deswegen ein Katholik, weil sie dem kroatischen Volk angehört; man müsse vielmehr verstehen, dass es sich um ein traditionelles Bekenntnis zur Nation und nicht zum Glauben handle. Allerdings konnten sie mit dieser Kritik die dominante Stellung der Kirche nicht infrage stellen – dass die katholische Kirche die größte Kirche im Staat ist, dass sie den Staat als den ihren betrachtet und dass auch der Staat die Kirche als die seine betrachtet.

Durch die Verflechtung vieler verschiedener gesellschaftlicher Umstände, zum Teil aber auch als Resultat einer innerkirchlichen Entwicklung ist die Kirche in ein politisches und gesellschaftliches Vakuum gestoßen, das nach dem Zerfall der kommunistischen Strukturen übriggeblieben war, ohne es aber ausfüllen und eine Zivilgesellschaft aufbauen zu können. Sie ist zu einem politischen Faktor *par excellence* geworden, auch wenn viele kirchliche Würdenträger behaupteten, sie sei es nicht und könne es auch nicht sein. Kurzfristig hatte die Kirche Nutzen davon, denn sie gewann an Einfluss und Macht, aber die Frage ist, ob sich das langfristig halten wird. Es hat sich gezeigt, dass das ein gefährlicher Platz ist – dadurch, dass die Kirche ein politischer Faktor geworden ist, ist sie selbst auch verpflichtet, Positionen zu formulieren und sich sogar zu Fragen zu äußern, auf die sie eigentlich keine richtige Antwort geben kann. Schlussendlich zeigte sich, dass eine solche Stellung der Kirche auch für die Gesellschaft als Ganze schädlich ist, denn durch diese Position hat die Kirche in den frühen neunziger Jahren nur sehr zurückhaltend gesellschaftliche Fehlentwicklungen angeprangert. Nur hinsichtlich der geplanten Teilung von Bosnien und Herzegowina in der ersten Hälfte der neun-

Die Kirche ist zu einem politischen Faktor par excellence geworden, auch wenn viele kirchliche Würdenträger behaupteten, sie sei es nicht und könne es auch nicht sein.

ziger Jahre hat sich die Kirche stärker gegen die kroatische Politik aufgelehnt.

Außer der offensichtlichen Ablehnung des Kommunismus zeigte die Kirche auch Misstrauen und Ablehnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Ideologien, z. B. gegenüber dem Liberalismus, den sie als Fortsetzung des klassischen antiklerikalen Liberalismus des 19. Jahrhunderts betrachtete. Diesen Richtlinien folgend hat ein Teil der Kirche eine offen traditionalistisch-konservative Haltung angenommen und sich dementsprechend sehr reserviert gegenüber einer Mitgliedschaft Kroatiens in der EU gezeigt. Erst in den letzten ein, zwei Jahren kamen aus den Spitzenkreisen der Kirche Worte der Unterstützung für den kroatischen Weg in die EU.

IV.

In der kroatischen Öffentlichkeit sind in all diesen Jahren keine tiefgehenden Diskussionen über die Notwendigkeit und den Nutzen eines EU-Beitritts aufgekommen. Der liberaldemokratische Teil der Gesellschaft weiß, dass er notwendig ist und das Land auf die eine oder andere Weise davon profitieren wird, die radikale Rechte glaubt zum großen Teil, dass er nicht nötig oder sogar kontraproduktiv wäre. Im Land gibt es klientelistische Gruppierungen, die in den letzten zwanzig Jahren verschiedene Rechte genossen haben, oft am Rande des Gesetzes oder außerhalb des Gesetzes. Sie wissen, dass eine EU-Mitgliedschaft Druck ausüben wird, in allen gesellschaftlichen Bereichen klare Verhältnisse zu schaffen, was sie auf keinen Fall wollen. Ansonsten existiert in Kroatien, aber auch in anderen Ländern dieser Region traditionell eine Denkweise, wonach man sich in vielen Situationen „zurechtfinden" muss, also dass es bei allen Angelegenheiten mit staatlichen Behörden, für medizinische Untersuchungen, bei der Arbeitssuche usw. besser ist, „Beziehungen" zu haben, als den regulären Weg zu wählen.

Kroatien hat mit dem Einverständnis der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten im Februar 2003 die Aufnahme in die EU beantragt. Im April des Folgejahres hat die Europäische Kommission eine positive Stellungnahme (*avis*) gegenüber dem kroatischen Antrag formuliert, sodass Kroatien im Juni 2004 den Kandidatenstatus erhielt. Bis zum Ende des Jahres 2004 wurde eine beitrittsvorbereitende Strategie ausgearbeitet, die als eine der fundamentalen Bedingungen für den Beginn von Verhandlungen von Kroatien eine volle Zusammenarbeit mit dem

Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gefordert hat. Damit war das Problem mit General Ante Gotovina auf dem Tisch, der beschuldigt war, Kriegsverbrechen begangen zu haben, und seit 2001 auf der Flucht war. Im März 2005 verschob die EU den Beginn der Verhandlungen mit Kroatien wegen der mangelnden Kooperation mit dem Haager Tribunal bzw. wegen der Flucht von Gotovina. Allerdings wurde im September desselben Jahres mit Hilfe der kroatischen Geheimdienste (damals wurde nämlich deutlich, dass die Gespräche über einen EU-Beitritt Kroatiens nicht beginnen würden, ehe überzeugende Beweise für die Suche nach Gotovina geliefert werden) ermittelt, dass dieser sich auf der spanischen Insel Teneriffa versteckt hielt. Kurz darauf, im Oktober, begannen die vorbereitenden Gespräche zwischen Kroatien und der EU. Es begann die Analyse und Bewertung der Übereinstimmung zwischen der kroatischen Gesetzgebung und der Gesetzgebung der EU (*screening*).

Im Dezember des Jahres wurde Gotovina gefasst und nach Den Haag gebracht, womit sich zeigte, dass Kroatien in internationalen Angelegenheiten ein glaubwürdiger Partner ist. Kroatien und die EU begannen 2006 vorbereitende Gespräche für den Beitritt bzw. die ersten von insgesamt 33 Kapiteln, über die verhandelt wird, wurden eröffnet. Bis Ende 2007 wurden insgesamt 16 Kapitel in Angriff genommen (von denen zwei vorzeitig abgeschlossen wurden), weniger als zu Beginn der Gespräche erwartet. Erste Prognosen sagten, dass die Gespräche bis 2009 abgeschlossen sein könnten, allerdings wurden sie durch verschiedene Umstände in die Länge gezogen. Einer davon war die slowenische Blockade 2008/2009, da Slowenien damals die Fortsetzung der Gespräche zur Lösung der Frage der kroatisch-slowenischen Seegrenze zur Bedingung machte. Auf die Eröffnung der Gespräche zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb hat man wegen staatlicher Bürgschaften für kroatische Werften, die an den europäischen Kriterien vorbei gegeben wurden, lange gewartet. Außerdem war die Eröffnung des Gesprächs über Rechtssprechung lange blockiert, da einige Mitgliedsstaaten der EU Bedenken über die mangelnde Zusammenarbeit Kroatiens mit Den Haag anmeldeten, obwohl Gotovina bereits vor dem Haager Tribunal stand.

Wegen einiger unangenehmer Erfahrungen im Zusammenhang mit der massiven Erweiterung 2004 und 2007 hat die EU ihre Aufnahmekriterien verschärft. Von den Kandidatenländern wie Kroatien wird erwartet, dass sie alle Kriterien schon vor der Aufnahme in die EU erfüllen.

Außerdem häuften sich nach der (teils übertriebenen) Euphorie über die große Erweiterung, aber auch wegen der Krise im Jahr 2007, die Schwierigkeiten in der EU. Daher wurde eine gewisse Beitrittssättigung der EU festgestellt, die auch zur Verlängerung der Beitrittsgespräche mit Kroatien führte. In der kroatischen Öffentlichkeit hat sich daher wegen dieser Schwierigkeiten und Verzögerungen eine gewisse Euroskepsis breit gemacht.

V.

Letztlich wurden die Gespräche mit Kroatien im Juni 2011 beendet. Lange schien es, als ob ein EU-Beitritt der Schlüssel für die Lösung vieler Probleme sei, mit denen Kroatien momentan konfrontiert ist. Und tatsächlich sollte die EU-Mitgliedschaft Kroatien endlich auf eine glückliche Art aus der „Verdammnis der Kleinen", wie das Akademiemitglied Eugen Pusić (1916-2010) es einmal öffentlich formulierte, herausbringen. Kroatien war in den letzten Jahrhunderten ganz natürlich Teil der strategischen Planungen der „Großen", konnte aber selber nur wenig oder sogar gar nicht an diesen Planungen mitentscheiden. Was das Schicksal Kroatiens in der Umgebung von größeren Staaten anging, stellte Pusić fest, dass Kroatien „mal mehr, aber manchmal auch weniger Glück" hätte haben können. Als Ausweg aus der „Verdammnis" sah Pusić „die Eingliederung in die EU, die außerdem das erste Mal die Möglichkeit eröffnet, sich der Verdammnis der Kleinen zu entziehen, ohne die eigene Identität aufzugeben."

Doch da auch Kroatien von der Krise 2008, die sich über die ganze Welt erstreckte, nicht verschont blieb, wurde klar, dass allein ein EU-Beitritt nicht alle Probleme lösen, aber einigermaßen bei der Lösung helfen und Verbesserungen beschleunigen kann. Informierte Kreise in Kroatien wissen, dass eine EU-Mitgliedschaft kein Zauberstab sein kann, nicht nur, weil die EU sich selbst in einer institutionellen und ökonomischen Krise befindet, sondern auch, da die notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen aus eigener Kraft durchgeführt werden müssen, nur mit begleitender Hilfe von europäischen Institutionen. Das führt die kroatische Öffentlichkeit wieder zurück auf die grundlegende Frage, die nach zwanzig Jahren kroatischer Geschichte

Die EU-Mitgliedschaft könnte Kroatien dazu verhelfen, sich der „Verdammnis der Kleinen" zu entziehen, ohne die eigene Identität aufzugeben.

im Raum steht: Wie sehr hat sich die Unabhängigkeit gelohnt, vielmehr – hat sie sich überhaupt gelohnt? Die Antwort auf diese Frage zu geben, fällt leicht: Zur Unabhängigkeit Kroatiens gab es keine Alternative, da die Aggression jeden anderen Ausgang unmöglich machte. Allerdings sind die Antworten auf alle anderen Fragen, die sich aufdrängen, viel schwieriger: Ist die kroatische Gesellschaft, befreit von der Bevormundung durch andere, alleine und aus eigenen Kräften in der Lage, einen erfolgreichen Staat zu organisieren und zu führen?

Die Prozesse, die sich im unabhängigen Kroatien abspielen, lassen die eine, aber auch die andere Antwort zu. Dennoch, das Dilemma – ob die Verschiebungen, die es in den letzten zehn, zwanzig Jahren in Kroatien gegeben hat, in die richtige Richtung gehen – gibt es eigentlich nicht. Wie man das Problem auch definiert und Antworten findet, Fakt ist, dass in der vergangenen Zeit einige grundlegende politische Fragen gelöst wurden und deshalb kein Rückschritt mehr möglich ist. Was den EU-Beitritt angeht, ist ein politischer Konsens erreicht, was bis zum Jahr 2000 nicht der Fall war.

Seit dem Jahr 2000 hat Kroatien relativ schnell gelernt, dass Demokratie nicht nur „die ruhige Ablösung von Regierungen auf der Grundlage von freien Wahlen", sondern auch eine Lebensweise der Gesellschaft ist. Deshalb wird Kroatien – in einer besseren Lage als im letzten Jahrzehnt – am 1. Juli 2013 der EU beitreten und erwartet gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen, damit es im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts endlich einen allgemeinen Aufschwung erfährt.

Aus dem Kroatischen übersetzt von Thomas Bremer.

Die Republik Kroatien umfasst eine Fläche von 56.542 km² und hat 4,29 Millionen Einwohner (2011). Die Hauptstadt ist Zagreb (mit Vororten ca. 1,1 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 89,6 % Kroaten, 4,5 % Serben, 5,9 % andere (Bosnier, Ungarn, Slowenen usw.). Religion: 87,7 % römisch-katholische Christen, 4,4 % serbisch-orthodoxe Christen, 1,3 % muslimisch u. a. – Kroatien ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament. Wirtschaftlich (Schwerpunkte: Schiffsbau, Tourismus) hat das Land seit den neunziger Jahren einen Aufschwung genommen, leidet jedoch aktuell an den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise; die Arbeitslosenrate beträgt ca. 19 % (2011). Seit dem 1. April 2009 gehört Kroatien der NATO an.

Wojciech Pięciak

Polen: Nervöses Abwarten auf der Zuschauerbank

Wojciech Pięciak ist Redakteur der polnischen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny". In der Redaktion leitet er die Ressorts Ausland und Zeitgeschichte.

Die Krise: Sie bestimmt das Denken in Polen über Europa. Genauso wie Befürchtungen, dass im Jahr 2012 die Krise in der Eurozone die polnische Wirtschaft stärker treffen wird als bisher. Folglich hat die polnische Begeisterung über einen Beitritt zur Eurozone erheblich nachgelassen. Dies bedeutet aber nicht, dass Polen seine Zukunft nicht in der „neuen Europäischen Union" sieht.

Donald Tusk ist ein geschickter Taktiker. Der polnische Ministerpräsident, der im Herbst 2011 zum zweiten Mal die Wahlen gewann – ein Kunststück, das im freien Polen nach 1989 noch keinem amtierenden Regierungschef gelungen ist –, bleibt bis 2015 im Amt. Tusk weiß, wann er etwas sagen soll und wann es besser ist, über ein Thema zu schweigen. Als er deshalb am 18. November 2011 eine ganze Stunde lang vor dem polnischen Parlament, dem Sejm, eine Regierungserklärung abgab, verzeichneten die Beobachter sofort, worüber der alte und neue Premier kein Sterbenswörtchen verlor – nämlich darüber, wann Polen die gemeinsame europäische Währung einführen wird. Dafür fielen in der Regierungserklärung viele andere, keineswegs zufällig gewählte Wörter. Jemand hat gezählt, dass einer der am häufigsten verwendeten Begriffe das Wort „Krise" war (neben „Sicherheit" und „Vertrauen") – die Krise im „Euroland", aber natürlich nicht in Polen, denn in Polen gibt es nach Meinung Tusks keine Krise (auch wenn viele Polen nicht seiner Meinung sind, wenn sie etwa auf die rasch wachsende Inflation oder die Arbeitslosigkeit schauen, die doppelt so hoch ist wie in Deutschland).

Die Krise: Das Leitmotiv von Tusks Regierungserklärung

Der Begriff „Krise in der Eurozone" war eigentlich das Leitmotiv dieser Rede, in der Tusk eine Reihe „schmerzlicher" Schritte ankündigte, die

aber gerade deshalb unumgänglich seien, damit die Krise nicht auf Polen übergreift. Die Angleichung des Renteneintrittsalters von Männern und Frauen und seine Anhebung auf 67 Jahre, die Abschaffung von Steuererleichterungen, die Anhebung des Arbeitgeber-Rentenbeitrags, staatliche Ausgabenkürzungen mit dem Ziel einer Verringerung der öffentlichen Schulden, Beschränkungen bei den Privilegien für Landwirte ... „Wir werden Maßnahmen ergreifen müssen, darunter unpopuläre ..., die Entbehrungen und Verständnis von allen verlangen, ausnahmslos", sagte Tusk und betonte, dass all dies notwendig sei, damit „wir erfolgreich der Krise widerstehen können".

Für Ministerpräsident Tusk wie für die Mehrheit der Polen steht die Zukunft der „Vision Europa" auf dem Spiel.

Und wie sieht der polnische Ministerpräsident, der ein gutes Gefühl für die Stimmung der Bevölkerung hat, heute Europa? „Europa verändert sich vor unseren Augen, doch die Richtung ist höchst unsicher", sagte er. „Wir sprechen hier nicht nur von finanziellen und wirtschaftlichen Veränderungen, sondern auch von dieser großen Vision eines gemeinsamen Europas, einer Vision, die heute vielerorts bezweifelt wird ... Heute sind ... für die politische Stellung in der Union, für die reale Stärke eines Staates vor allem seine Finanzen entscheidend. Sowohl der Wohlstand seiner Bürger als auch ... die finanzielle Stabilität des Staates."

Der Teufel im Detail

Man darf annehmen, dass diese Worte vom größten Teil der Polen unterschrieben würden – von Politikern (auch der Opposition) und von Bürgern. Die Mehrheit würde sicherlich auch das Versprechen befürworten, das der Ministerpräsident anschließend gab. Doch in diesem Fall wäre die Zustimmung wohl nur deshalb möglich, weil es ein durch und durch allgemeines Versprechen war. Dabei liegt, wenn man davon spricht, was die Polen heute von Europa wollen, „der Teufel im Detail". „Ich möchte hervorheben", so sagte Tusk, „dass es meiner Meinung nach in der heutigen europäischen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union kein politisches Dilemma gibt, ob man im Zentrum Europas oder an seiner Peripherie sein möchte ... Polens wahres Dilemma ist, wie es sich im Zentrum Europas verhalten soll, wie es ein realer, wichtiger Akteur auf der europäischen Bühne sein kann und sich durch die Krise nicht an den Rand, an die Peripherie, ja sogar aus der Europäischen Union herausdrängen lässt." Und weiter: „Die Absicht meiner

Regierung ist es, für eine möglichst starke Position Polens direkt im Zentrum der EU zu sorgen."

Nur – was heißt „Zentrum der EU"? Und wie wird man dort zu einem „Hauptakteur"? Schließlich haben wir heute in Europa, zumindest seit Ausbruch der Griechenlandkrise, nicht eine gemeinsame „Europäische Union", sondern zwei Organismen: Der eine ist die alte EU, der andere die Eurozone, die nolens volens zur einzigen realen Union wird, zum wahren „Zentrum der EU". Anders konnte es eigentlich auch kaum kommen: Um die Krise zu bekämpfen, muss man die „Ursünde" der Währungsunion überwinden, denn offensichtlich können der Euro und die Eurozone nur dann überleben, wenn der Euroraum immer mehr eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik betreibt. Wer heute nicht zur Eurozone gehört, wird zu einem EU-Mitglied zweiter Klasse. Das ist weder eine Klage noch ein Vorwurf an die Adresse der „Euroland"-Politiker – die, um nur ein symbolisches Beispiel anzuführen, im Herbst 2011 den polnischen Finanzminister Jacek Rostowski gar nicht zu ihren Treffen zuließen, obwohl Polen gerade die EU-Präsidentschaft innehatte. Wenn Polen also im „Zentrum" sein will, so muss es die Gemeinschaftswährung übernehmen. Wäre Tusk aber in seiner Regierungserklärung konkreter geworden, wäre es mit dem Konsens vorbei. Und genau dazu sollte es bald kommen – wohl schneller, als sich das der Ministerpräsident gewünscht hatte.

Vorsichtiger oder mutiger?

Mitte November 2011 wollte Tusk eine Diskussion darüber, wann Polen der Eurozone beitreten soll, ersichtlich (noch) nicht auslösen. Das war ein bezeichnender Verzicht, da es noch vor zwei, drei Jahren selbstverständlich schien, dass Polen eher früher als später den Euro übernehmen würde. Warum hat er es vorgezogen, das Thema nicht anzuschneiden? Der Grund ist wohl einfach: Würde heute eine Volksabstimmung stattfinden, so würden die meisten Polen sicherlich *gegen* einen Beitritt Polens zur Eurozone stimmen. Die meisten Polen erinnern sich noch gut an die kommunistische Zeit und auch daran, dass der Begriff „Krise" noch dramatischer, ja sogar existenziell wirken kann. Vor dem Hintergrund dieser Erinnerungen verblasst das, was heute die Griechen oder Spanier erleben. Die meisten Polen wollen nicht verlieren, was nach 1989 erreicht worden ist – sowohl im öffentlichen, staatlichen als auch im persönlichen, privaten Bereich. Zwar ist Polen heute ärmer als die

Länder des Westens, seine Bürger sind weniger wohlhabend, doch die Polen wissen ihre „kleine Stabilisierung“ heute sehr zu schätzen. Das „Euroland“ kommt ihnen als etwas Unsicheres, ja sogar Gefährliches vor.

Ein gutes Gespür für diese Stimmungen hat der zweite wichtige polnische Politiker, Jarosław Kaczyński, Anführer der größten Oppositionspartei. Bei der Debatte über Tusks Regierungserklärung im Sejm sprach Kaczyński das Thema an, über das der Ministerpräsident schwieg – und argumentierte, es wäre für Polen heute „schlimmer als ein verlorener Krieg“, wenn es den Euro übernehmen würde. Der Gerechtigkeit halber sei hinzugefügt, dass Kaczyński die polnische Mitgliedschaft in der EU befürwortet, was er nicht zuletzt bewies, als er selbst Ministerpräsident war. Im Übrigen gibt es in der polnischen Politik heute keine ernsthafte Kraft, die gegen „Europa“ wäre. Wie könnte es auch anders ein: Schließlich ist die Union eine wahre Milchkuh, von der Polen in den Jahren 2007-2013 ca. 68 Milliarden Euro netto erhalten hat bzw. erhalten wird. Dieser finanzielle Aspekt, die gigantische Strukturhilfe für Polen, führt dazu, dass es unter den wichtigsten Parteien – rechten, linken, solchen der Mitte, liberalen, konservativen usw. – überhaupt keine Gegner der Union gibt. Die Vorteile sind allzu deutlich. Die Frage muss aber lauten: Was weiter? Abwarten bis zu dem Augenblick, in dem uns die Eurozone Argumente in die Hand gibt, also bis sie mit der Krise fertiggeworden ist? Nur – während Polen wartet, wird die Eurozone nicht nur gegen die Krise kämpfen, sondern sich auch verändern. Dadurch wird sie nicht mehr wie bisher eine übernationale Organisation sein, sondern so etwas in der Art einer Föderation. In dieser Zeit wird ein Land, das kein Mitglied der Eurozone ist, keinerlei Einfluss auf diese Entwicklung haben.

Politische Argumente, wirtschaftliche Argumente

Was nun Argumente wirtschaftlicher Natur angeht, so verhält es sich komplizierter. Denn für einen normalen Bürger bedeutet die Übernahme des Euro zumindest anfangs auch Entbehrungen, vor allem einen Preisanstieg. Das haben Polens südliche Nachbarn erfahren, wo sich die Maxime „Euro = Teuro“ nach der Euro-Einführung recht deutlich bewahrheitete. Während die Polen vor einigen Jahren noch zu Einkäufen (Benzin, Lebensmittel, Alkohol) in die Slowakei fuhren, hat sich dieser Verkehr nun umgekehrt. Auch der slowakische Fremdenverkehr hat ge-

litten: Nach der Einführung des Euro sank die Zahl der Touristen und Skifahrer aus Polen, die bis dahin in großer Zahl in die Slowakei gekommen waren – denn es wurde teurer.

Dennoch zahlt sich die Übernahme des Euro in der Gewinn- und Verlustrechnung für die polnische Volkswirtschaft aus. Ryszard Petru, Vorsitzender der Gesellschaft polnischer Ökonomen, bemerkt dazu: „Polen gehört nicht zur Eurozone, aber das heißt nicht, dass die Folgen der Krise uns nicht betreffen. Leider haben wir keinen Anteil an den politischen Entscheidungen zur Eurozone. Ich sage ‚leider', da wir eng mit ihr verbunden sind. Erstens durch Handelsbeziehungen: 80 Prozent unseres Exports gelangen in die EU, davon 60 Prozent in die Eurozone und 25 Prozent nach Deutschland. Eine Verlangsamung in der Eurozone bedeutet schlechtere Perspektiven für die polnische Wirtschaft. Zweitens wird das Wachstum in Polen auch durch Auslandsinvestitionen stimuliert, die aufgrund der Krise in der Eurozone zurückgehen. Weitere Firmen, darunter auch polnische, verschieben Investitionen wegen der Unsicherheit in der Eurozone. Dadurch spüren wir die Konjunkturabkühlung auf ähnliche Weise wie z. B. die Deutschen, mit dem einen Unterschied, dass wir dafür nicht zahlen, sondern lediglich als Zuschauer in diesem großen Theater zugegen sind."

Der Streit um den Euro – ein Streit um die Souveränität

Wenn Polen der Eurozone fernbleibt, so kann es also nur mehr die Rolle eines Beobachters einnehmen. In Zeiten der Krise hat sich die polnische EU-Präsidentschaft auf eine größtenteils symbolische Rolle beschränkt. Diese Situation ist aber alles andere als komfortabel, denn in den nächsten Monaten und Jahren entscheidet sich die Zukunft Europas. Nicht nur die künftige gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik, sondern auch zwischenstaatliche Beziehungen – zwischen den Reichen und den Armen, den Großen und den Kleinen. Ebenfalls zu entscheiden ist die Frage, wie viel Souveränität die zu diesem künftigen, auch politisch zusammengewachsenen Europa gehörenden Länder abgeben wollen und müssen. Umso mehr ist davon auszugehen, dass der Streit um den Beitritt Polens zu der „Eurozone 2.0" (um einen Arbeitsbegriff zu verwenden) nicht nur um die wirtschaftliche Gewinn- und Verlustbilanz geführt werden wird, sondern vor allem auch um Begriffe wie Souveränität und nationale Identität.

Nun wäre es aber geradezu fatal, wenn die Konstruktion einer vertieften finanziellen und wirtschaftlichen, also zwangsläufig auch politischen Integration im Geiste einer Alternativlosigkeit geschehen würde. Wenn man beispielsweise die Diskussionen zur Zukunft Europas auf dem CDU-Parteitag im November 2011 verfolgte, so konnte man den Eindruck gewinnen, dass nach Meinung der Vertreter der deutschen Regierungspartei lediglich das „deutsche Wirtschaftsmodell" Vorbild für Europa sein könne. Aber wird das sicher der einzige Weg sein? Darüber sollte diskutiert werden. Es wäre folgenschwer, wenn Polen – als Nicht-Mitglied der Eurozone – von der Debatte zur Revitalisierung der EU ausgeschlossen würde. Darum sollte die polnische Regierung trotz allem etwas riskieren. Selbst wenn in den Augen der meisten Polen die Eurozone heute keine „attraktive Partie" ist, so sollte die Regierung Tusk doch das politische Risiko in Kauf nehmen und klar eine „Roadmap" festlegen, die die Ziele und Termine eines Beitritts Polens zu diesem „einzigen wahren Europa" bestimmt.

Beim Streit um einen Beitritt Polens zur Eurozone geht es auch um Begriffe wie Souveränität und nationale Identität.

Nur – reicht dazu sein Wille, seine Entschlossenheit? Die Antwort werden wir bereits im Jahr 2012 erhalten. Denn genau drei Wochen nach dem Parlamentsauftritt des polnischen Ministerpräsidenten fielen in Brüssel – auf dem „Gipfel der letzten Chance" (8.-9. Dezember 2011) – die wegweisenden Entscheidungen: in Richtung „Stabilitätspakt" der 17 Euro-Länder plus eine noch nicht ganz klare Zahl der „Willigen", die den Euro noch nicht haben. Und Polen will dabei sein: Die Regierung Tusk hat sich entschieden, dem „Stabilitätspakt" beizutreten.

Sikorski in Berlin: ein (erzwungenes) Postscriptum zur Regierungserklärung

Bevor aber Tusk nach Brüssel ging, um dort Frau Merkel beizustehen, ist ein anderes Regierungsmitglied nach Berlin gereist: Knapp zwei Wochen nachdem Tusk in Warschau seine Regierungserklärung abgab und kurz vor dem Brüsseler „Gipfel der letzten Chance" hielt der Außenminister Polens, Radosław Sikorski, in Berlin vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 28. November 2011 eine bemerkenswerte Rede – und stach damit in ein Wespennest. Mit seiner Rede rief Sikorski in Polen eine heftige und emotionale Diskussion hervor, die eigentlich viel früher

hätte beginnen müssen und die nolens volens zu Entscheidungen führen musste: darüber, was wir Polen von Europa wollen (abgesehen davon, dass wir immer noch mehr Geld möchten), aber auch darüber, wie wir uns Polens Platz in dem Organismus vorstellen, der bereits 2012 auf den „Trümmern" der alten EU entstehen wird. Und ob wir in der Auseinandersetzung über diese Zukunft auf der Seite Deutschlands stehen wollen, das – von der Lage gezwungen – zum europäischen Anführer aufsteigt.

Sikorskis Rede klang anfangs wie ein geplantes und mit dem Ministerpräsidenten abgesprochenes Postscriptum zu dessen Regierungserklärung. Sikorski, meinte man, habe das sagen sollen, was Tusk aus welchen Gründen auch immer nicht sagen wollte (eine derartige „Rollenverteilung" kommt in der Politik schließlich häufig vor). Es schien, als sei dies Teil einer Strategie der Regierung, eine Flucht nach vorne angesichts von Ereignissen zu ergreifen, auf die Polen nur bescheidenen Einfluss hat, auch wenn sie es betreffen. Oder auch: als Versuch, durch das Fenster in den exklusiven Klub Euroland zu klettern, da man durch die Tür nicht hereingelassen wird (weil wir den Euro nicht haben). Nun wurde also der Stock in das (polnische) Wespennest gestochen mit der Erklärung Sikorskis, dass Polen – ausgerechnet Polen! – an Deutschland appelliert, sich nicht vor der Rolle eines europäischen Anführers zu drücken. Man darf annehmen, dass deutsche Politiker vor allem auf diese Worte Sikorskis aufmerksam wurden: Er sei als erster polnischer Außenminister bereit zu der Aussage, weniger Angst vor deutscher Macht als vor deutscher Untätigkeit zu haben.[1]

Zwar stellte sich bald heraus, dass Sikorskis Rede offensichtlich nicht Teil einer Strategie der polnischen Regierung war – drei Tage lang vermied es Tusk, den Auftritt seines Ministers zu kommentieren, obwohl dieser von der Opposition scharf angegriffen wurde. Doch am Ende sprach Tusk, um sich – das ist eine Hypothese, aber keine unbegründete – dem anzuschließen, wozu Sikorski aufgerufen hatte: Er unterstützte seinen Minister „hundertprozentig" und gab zu verstehen, dass die polnische EU-Politik nun das Thema Nummer Eins sein werde. Dennoch blieb der Eindruck bestehen, dass erst die Reaktionen auf Sikorskis Rede – auf der einen Seite die Aufmerksamkeit, die sie im Ausland fand, auf der

1 „I will probably be first Polish foreign minister in history to say so, but here it is: I fear German power less than I am beginning to fear German inactivity" *(Quelle: https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf; letzter Zugriff: 18.01.2012).*

anderen Seite heftige Angriffe der rechts-konservativen Opposition – dem Ministerpräsidenten klar gemacht hatten, keinen Ausweg zu haben und nun die Diskussion aufgreifen zu müssen, die Sikorski hervorgerufen hatte. Also: Flagge zu zeigen.

Festzuhalten ist, dass Sikorski in Berlin nicht nur die Vision einer europäischen Föderation, einer deutschen Führungsrolle und des Platzes Polens als eines engen Verbündeten an der Seite des führenden Deutschland darstellte. Er kündigte auch an, dass „Polen am Ende der Amtszeit dieser Regierung [d. h. 2015 – W.P.] die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Eurozone erfüllen wird". Natürlich war das nicht – wie „Der Spiegel" anschließend fälschlich schrieb – eine Ankündigung, dass Polen zu diesem Zeitpunkt der Eurozone beitreten wird. Der Außenminister sagte stattdessen: Polen bereitet sich auf den Beitritt zur Eurozone vor, auch wenn die Entscheidung letztlich davon abhängt, in welcher Verfassung sich das Euroland befinden wird. Die Bereitschaft, 2015 der Eurozone beizutreten, ist allerdings vor allem politisch ein ehrgeiziges Ziel. Man könnte sogar die Prognose wagen, dass es schwieriger sein dürfte, die Mehrheit der Polen davon zu überzeugen, als die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

Der polnische Außenminister appellierte an Deutschland, sich nicht vor der Rolle des europäischen Anführers zu drücken.

Sikorski gelangen zwei Dinge auf einen Schlag. Von einem war bereits die Rede: Er hat in Polen eine längst überfällige Diskussion ausgelöst. Und das zweite: Seine Stimme, die als Wortmeldung der polnischen Regierung interpretiert wurde, erhob er in Berlin, das aufgrund der Eigendynamik der letzten Monate zur wichtigsten europäischen Hauptstadt geworden ist.

Die „deutsche Frage" ist wieder im Spiel

Von dem, was Berlin tun oder auch nicht tun wird, hängt nun die Zukunft der Eurozone und der EU ab. Dabei ist die Tatsache, dass Deutschland zum wichtigsten Land bei der Rettung der gemeinsamen Währung – also bei der Rettung der EU – geworden ist, keineswegs die Folge eines politischen Plans in Berlin, eines (guten oder bösen) politischen Willens. Man könnte sogar sagen: Anders, als dies die griechischen Demonstranten oder die französischen Sozialisten glauben zu sehen, ist Deutschland in diese Rolle gedrängt worden, und es ist (das geht aus Meinungsumfra-

gen in Deutschland hervor) darüber alles andere als glücklich. Denn was in den Augen der griechischen „Straße", der britischen, französischen oder italienischen Presse (und zwar nicht nur des Boulevards), aber auch vieler Politiker in Frankreich, Spanien, Großbritannien oder Portugal (die Liste ließe sich fortsetzen) als immer irritierendere „deutsche Dominanz" erscheint und von manchen auch als „deutsche Hegemonie" oder „deutsche Kolonisierung Europas" bezeichnet wird, nimmt sich aus der Perspektive der deutschen Politiker und stimmberechtigten Steuerzahler ganz anders aus. Als was? Vor allem als große, allzu große Verantwortung, als allzu große Erwartung. Nicht nur der deutsche Steuerzahler, sondern wohl auch viele deutsche Politiker haben schon die Orientierung verloren, wieviele hundert Milliarden Euro an Hilfskrediten ihr Land bereits im Rahmen der unterschiedlichen „Pakete" und „Rettungsschirme" garantiert.

Auf der anderen Seite werden in einem beträchtlichen Teil der Euro-Länder die antideutschen Stimmungen immer stärker, leider aber auch in Polen. Als Reaktion auf die Rede Sikorskis warf die rechte Opposition der Regierung Tusk vor, sie wolle Polen seiner nationalen Souveränität berauben; Deutschland sei auf dem Weg zu einem „Vierten Reich". Bemerkenswert ist aber, dass diese antideutsche Rhetorik in Polen offensichtlich nicht auf einen so fruchtbaren Boden fiel wie in vielen anderen Ländern Europas. Denn antideutsche Stimmungen wachsen dort nicht nur von unten, „aus dem Bauch heraus". Es sind nicht nur die Empfindungen der „Straße", wo zu den Requisiten der griechischen Demonstrationen Transparente mit dem Hakenkreuz gehören. Vielmehr handelt es sich um ein gezieltes und politisches Spiel mit der „deutschen Karte" – also um etwas, was in Kontinentaleuropa bis vor Kurzem kaum denkbar war.

Dazu ein Blick in den Westen: Der Beginn des Wahlkampfs in Frankreich fiel mit der europäischen Debatte vor dem EU-Gipfel im Dezember 2011 zusammen. François Hollande hat sich offensichtlich entschieden, die „antideutsche Karte" auszuspielen und auf Befürchtungen der Franzosen zu setzen – und nicht nur vor den Folgen der Krise zu warnen, sondern auch vor einem möglichen Verlust der Position der Führungsnation. „Die französischen Sozialisten erklären den Deutschen den Krieg", schrieb Anfang Dezember 2011 die konservative Tageszeitung „Le Figaro". Davor hatte Hollande nämlich beklagt, dass im deutsch-französischen Duett Deutschland die dominierende Partei geworden sei; der von Merkel und Sarkozy verkündete Plan zur Reform der europäi-

schen Verträge würde bedeuten, dass Berlin Paris den Verzicht auf eine souveräne Haushaltspolitik vorschreibt.

Europa ohne Identifikation?

Die Argumente derer, die in Frankreich, Großbritannien, Italien und so weiter Deutschland zum Sündenbock zu machen, sind demagogisch. Dennoch sprechen sie reale Emotionen von Millionen von Menschen an. Vor allem – deren Angst vor dem Verlust wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Sicherheit. Anders als die Opposition (in Frankreich, Portugal usw.) scheinen die Politiker europäischer Regierungen gewissermaßen die Frage der gesellschaftlichen Emotionen zu ignorieren. Man kann das bis zu einem bestimmten Punkt verstehen: Unter gewaltigem Druck stehend, konzentrieren sie sich darauf, Strukturen und Mechanismen zu reparieren sowie die Folgen von Entscheidungen, die sie treffen oder nicht treffen, zu simulieren und zu analysieren. Aber das Problem verschwindet nicht von selbst. Wenn sich jedoch die Rettung des Euro und Europas so vollziehen soll wie bisher, durch die Konzentration auf „technische" Aspekte, wenn die Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens, von Vorbehalten und Verletztheiten, ja sogar das Gefühl von Demütigung ignoriert oder toleriert wird, eine Atmosphäre, die in der letzten Zeit beunruhigende Ausmaße annimmt, wenn die menschlichen Emotionen ignoriert werden – dann können die Konsequenzen folgenschwer sein.

Man könnte an dieser Stelle historische Argumente anführen. Aber lassen wir die Geschichte, denn sie ist ein zweischneidiges Schwert. Schauen wir lieber in die Zukunft, die bereits im Entstehen begriffen ist: Im Jahr 2012 wird vermutlich eine neue „Union der 17 plus" entstehen. Die europäischen Politiker sind entschlossen und sich im Klaren darüber, dass es keine schmerzlose Rückkehr zu dem Zustand vor der Währungsunion mehr geben wird und nur eine Alternative existiert: entweder die totale Katastrophe oder eine radikale Reform der Gemeinschaft.

Es wäre aber verhängnisvoll, wenn die Union der Zukunft, wie auch immer sie aussehen wird, von einem beträchtlichen Teil ihrer Bevölkerung als rein technokratisches, von Fachleuten geschaffenes Gebilde gesehen werden würde, das gegen den eigenen Willen eingeführt wurde und, selbst wenn es in seiner wirtschaftlichen „Alternativlosigkeit" über Autorität verfügt, keine demokratische Legitimation besitzt. Und das

noch dazu keinerlei positive Emotionen freisetzt, dem also etwas abgeht, was wir heute die im Entstehen begriffene „europäische Identität" nennen. Ein solches Europa wüsste vielleicht besser mit einer Finanzkrise umzugehen. Aber man darf fragen – wie lange würde sich ein solches Europa halten können, mit dem sich kaum jemand identifizieren möchte, wenn erst einmal die Gefahr der heutigen Krise vorbei ist? Und was soll dann folgen? Ein europäischer Sezessionskrieg? Die Identifikation der Europäer mit der neuen EU, die auf den Trümmern der heutigen Union entstehen wird, ist ein unterschätzter, aber grundlegender Faktor.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

Die Republik Polen umfasst eine Fläche von 312.000 km² und hat 38,2 Millionen Einwohner (2011). Die Hauptstadt ist Warschau (mit Vororten ca. 2,4 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 96,7 % Polen, außerdem kleine Minderheiten (Ukrainer, Weißrussen, Deutsche, Litauer usw.). Religion: ca. 90 % römisch-katholische Christen (ca. 70 % praktizierend), außerdem Orthodoxe (ca. 1,3 %), Protestanten u. a. – Polen ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Zweikammerparlament (Sejm und Senat). Seit 1999 gehört das Land der NATO, seit 2004 der EU an. Polen verfügt über die sechstgrößte Volkswirtschaft innerhalb der EU. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs zwischen 2008 und 2011 um 15,4 %. Insgesamt ist das Land weniger von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen als seine Nachbarn. Innerhalb des Landes gibt es jedoch erhebliche Unterschiede in der Gesamtentwicklung; den aufstrebenden städtischen Zentren stehen noch immer weniger entwickelte ländliche Regionen gegenüber. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 12 % (2010).

Tina Olteanu

Das „graue" Bild der Europäischen Union in Rumänien

Dr. Tina Olteanu ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaften der FernUniversität in Hagen.

Die rumänische Bevölkerung hat insgesamt ein positives Bild der Europäischen Union, auch wenn die anfängliche Euphorie einen Dämpfer erhalten hat. Die Union wird mit Freizügigkeit, (erhofftem) Wohlstand und gemeinsamem kulturellem Erbe in Zusammenhang gebracht, man schenkt ihr mehr Vertrauen als nationalen politischen Institutionen. Auch wenn der Erweiterungsprozess und die darin geübte Kritik an Rumänien durchaus zwiespältig gesehen wurde und wird, lassen sich im politischen und öffentlichen Diskurs keine relevanten antieuropäischen Kräfte ausmachen.

Einführung

Rumänien hat aktuell ca. 21,5 Millionen Einwohner und steht damit hinter Polen an zweiter Stelle der neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU). Im Zuge der politischen Umwälzungen in Osteuropa im Jahr 1989 kam es zu einem gewaltsamen Machtwechsel. Die Herrschaft des kommunistischen Diktators Nicolae Ceauşescu erodierte innerhalb weniger Tage: Er wurde zusammen mit seiner Frau festgenommen und nach einem kurzen Prozess von einem ad-hoc gebildeten Militärgericht zum Tode verurteilt, das Urteil unmittelbar danach vollstreckt. Nach anfänglich turbulenten Entwicklungen beim Aufbau demokratischer Strukturen und Institutionen hat sich Rumänien zu einem konsolidierten parlamentarisch-präsidentiellen System entwickelt. Allerdings kommt es immer wieder zu Unklarheiten bezüglich der Kompetenzverteilung zwischen Premierminister, Parlament und Präsident etwa bei der Regierungsbildung.

Insgesamt ist das rumänische Parteiensystem relativ stabil. Die Ergebnisse mehrerer Wahlen machten freilich die Bildung von Minderhei-

tenregierungen erforderlich. Seit 1990 kam es niemals zu vorgezogenen Neuwahlen, allerdings auch nicht zu einer Wiederwahl einer amtierenden Regierungskoalition. Der EU-Beitritt wurde vom gesamten Parteienspektrum befürwortet, selbst die (aktuell nicht im Parlament befindliche) rechtspopulistische Großrumänienpartei stellte diese Bestrebungen nicht ernsthaft in Frage. Lediglich extrem linke, jedoch marginalisierte Parteien sahen den EU-Beitritt kritisch.[1]

Der Beitritt Rumäniens zur EU erfolgte am 1. Juli 2007 zusammen mit Bulgarien und war innerhalb der EU-Mitgliedsländer hinsichtlich der Frage, ob Rumänien schon „reif" für die EU sei, eher mit Vorbehalten behaftet. Primäre Kritikpunkte betrafen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Schwächen in der Rechtsstaatlichkeit, wobei immer besonders auf die mangelhafte Korruptionsbekämpfung verwiesen wurde.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Rumänien verlief bis zum Jahr 2000 eher stockend. Das Erbe des Staatssozialismus waren vor allem eine marode, ineffiziente Industrie, Versorgungsengpässe und keinerlei Anzeichen von Reformen oder Liberalisierung vor 1989. Die Privatisierung verlief schleppend, ebenso ließen ausländische Investitionen auf sich warten. Ab 2000 hat die Entwicklung der rumänischen Wirtschaft zwar an Dynamik gewonnen, wobei der EU-Beitritt 2007 sich zusätzlich positiv ausgewirkt hat; 2009 wurde das Land jedoch von der weltweiten Wirtschaftskrise erfasst. Um internationale Kredite zu erhalten, mussten strenge Sparauflagen umgesetzt werden (u. a. Kürzung aller staatlichen Löhne und Zuschüsse um 25 Prozent). Massenentlassungen verschärfen gegenwärtig die sozialen Spannungen im Land und haben bereits zu zahlreichen Protesten geführt.

Einstellungen der rumänischen Bürger zur EU

Rumänien stellte bereits sehr früh 1995 unter der postsozialistischen Regierung und Präsident Ion Iliescu einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft. Wie Bevölkerungsumfragen zeigen, haben die rumänischen Bürgerinnen und Bürger diese Initiative klar unterstützt. So antworteten im Jahre 2001 80 Prozent der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft für das Land eine gute Sache sei. Im Jahr 2004, als Rumänien einen offensichtlichen

1 Vgl. dazu Dorothée de Nève: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa. Albanien, Bulgarien und Rumänien 1989-1997. Opladen 2002, S. 76.

Dämpfer erhielt und nicht in der ersten Runde der EU-Osterweiterung war, hielten sich, wie Tabelle 1 zeigt, die Zustimmungswerte immer noch bei 70 Prozent. Diese wurden lediglich von Griechenland (71 Prozent) und Luxemburg (75 Prozent) übertroffen. 2006, kurz vor dem Beitritt, waren es immer noch 62 Prozent. 2011, nach vier Jahren Mitgliedschaft in der EU, ist die große Zeit der Euphorie vorbei. Zwar halten 57 Prozent der Befragten die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache, was zwar über dem EU-Durchschnittswert von 47 Prozent liegt; insgesamt ist dies jedoch ein deutlicher Rückgang.[2]

Tabelle 1: Ist/Wäre die Mitgliedschaft unseres Landes (Rumänien) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...[3]

	2001	2004	2006	2011
... eine gute Sache	80	70	62	57
... eine schlechte Sache	2	3	8	11
... weder gut noch schlecht	11	17	23	28

Im Jahr 2004 verbanden die meisten Befragten in Rumänien die EU mit Reisefreiheit (65 Prozent), Frieden (61 Prozent) und wirtschaftlichem Wohlstand (57 Prozent). Im Jahr 2011 sind es weiterhin die Freizügigkeit, die nun nicht nur auf das Reisen, sondern auch Arbeiten und Studieren ausgeweitet wurde (56 Prozent), die Demokratie (34 Prozent) und der Euro (31 Prozent), die in der Wahrnehmung der Bürger eine zentrale Rolle spielen. Das Bild der EU ist damit nicht statisch, sondern unterschiedlichen Wandlungsprozessen unterworfen. Diese sind zum einen in der EU selbst verankert und zum anderen auf Entwicklungen in Rumänien zurückzuführen. So hat sich etwa der erhoffte Wohlstands-

Das Bild der EU in Rumänien war im Laufe der Jahre Schwankungen unterworfen.

2 Quelle: Eurobarometer (auch im Folgenden); allgemeine Hinweise auch unter http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm.

3 Angaben in Prozent der Befragten. Die Optionen „Keine Antwort" und „weiß nicht" sind nicht abgebildet. – Quelle: Eurobarometer CCEB 2001.1, CCEB 2004.1, EB 2006.2 (66) und EB 2011.1 (75).

zuwachs durch die EU aus Sicht der Bevölkerung nur unzureichend manifestiert, zumal der ökonomische Umbau in Rumänien dazu geführt hat, dass ein Großteil nicht in dem Maße vom Wohlstand profitiert, wie es erwartet wurde. Die Wirtschaftskrise als zusätzliche Herausforderung hat zudem den beginnenden Aufschwung empfindlich geschmälert.

Vorstellungen über die EU und ihre Erweiterungen

Während der EU als Friedensunion in den neunziger Jahren und besonders vor dem Hintergrund der Kriege im ehemaligen Jugoslawien noch eine gewisse Rolle zukam, scheint dieser Aspekt für die Bürger heute keine Bedeutung mehr zu haben.

Die Motive für diesen Rückgang sind unterschiedlicher Natur. Gerade zu Beginn des Erweiterungsprozesses spielte auch in Rumänien die Rückkehr nach Europa eine zentrale Rolle. So beschreibt Romulus Brâncoveanu den öffentlichen und politischen Diskurs wie folgt: „Wir sind Europäer seit 2000 Jahren. Keiner kann uns aus Europa hinauswerfen. Mit oder ohne Zustimmung von Europa, wir gehören durch Tradition und Kultur dazu' – dies sind nicht nur einige rhetorische Blüten in einem in erster Linie antieuropäischen Diskurs, sondern für einige auch ein unerschütterlicher Glaube."[4] Zudem wurde kritisch vermerkt, dass Rumänien erst 2007 und nicht schon 2004 zusammen mit den ostmitteleuropäischen Ländern in die EU aufgenommen wurde. Während eine Sichtweise argumentierte, Rumänien genüge den Standards der EU noch nicht, sahen andere darin eine ungerechtfertigte Benachteiligung Rumäniens. Dies wurde dadurch zusätzlich forciert, dass die Schutzklauseln im Kontext des Beitritts 2007 in Rumänien als ungerecht empfunden wurden.

In Rumänien ist die Zustimmung für eine Erweiterung der EU groß, etwa im Hinblick auf Aufnahme der Balkanländer, der Republik Moldau oder der Ukraine. Selbst die Mitgliedschaft der Türkei wird, wie Umfragen aus dem Jahr 2008 ergeben haben, von 61 Prozent der befragten Rumänen unterstützt. Außerdem identifizieren sich 11 Prozent der Befragten selbst nicht nur als Rumäne, sondern häufig auch als Europäer, weitere 46 Prozent der Befragten identifizieren sich gelegentlich als Europäer. Ängste, dass die nationale oder kulturelle Identität etwa durch

4 Romulus Brâncoveanu: Recapitulare: condiționare și europenizare. In: Sfera politicii 14 (2006), S. 2-4.

die EU in Gefahr gerät, gibt es kaum. Vielmehr findet hier eine komplementäre Verschmelzung dieser Identitäten statt. So fürchten nur 8 Prozent der Befragten in Rumänien im Jahr 2011, dass die kulturelle Identität gefährdet sein könnte. Auch die Vorstellung, dass die EU zu bürokratisch sei, wie sie 38 Prozent der deutschen und 42 Prozent der österreichischen Befragten äußern, ist lediglich für 7 Prozent der rumänischen Befragten ein Thema. Die EU wird in Rumänien also generell sehr positiv gesehen, die Bürger des Landes befürworten ihre Erweiterung.

Tabelle 2: Bitte sagen Sie mir, ob Sie diesen Institutionen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?[5]

Jahr	2001		2004		2006		2011	
	EU-15	RO	EU-25	RO	EU-25	RO	EU-27	RO
der (nationalen) Regierung	48	41	34	40	30	27	32	20
dem nationalen Parlament	51	32	38	32	33	24	33	13
der EU	X	74	50	74	45	67	41	62

Diese mehrheitliche Zustimmung zur EU lässt sich ebenfalls aus einem recht tiefen Misstrauen gegenüber politischen Institutionen im eigenen Land erklären. Diese wird besonders deutlich, wenn nach dem Vertrauen in verschiedene politische Institutionen gefragt wird. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse. Die EU erhält in Rumänien überdurchschnittliche Vertrauenswerte. Knapp zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) vertrauen ihr. 2001 und 2004 gaben 74 Prozent der Befragten an, eher Vertrauen zu haben. 2006 waren es noch 67 Prozent und 2011 62 Prozent. Zwar ist das Vertrauen generell zurückgegangen, allerdings gilt dies analog auch für die Durchschnittswerte in

Generell genießen nationale Institutionen weniger Vertrauen als EU-Einrichtungen.

5 Angaben in Prozent der Befragten; X wurde nicht gefragt. – Quelle: Eurobarometer EB 2001 (56), CCEB 2001.1, CCEB 2004.1, EB 2006.2 (66) und EB 2011.1 (75).

der EU. Zudem genießen die nationalen Institutionen wie Regierung und Parlament erheblich weniger Vertrauen und haben ebenso mit einem extremen Vertrauensverlust zu kämpfen. Während immerhin im Jahr 2001 noch 32 Prozent der Bürger dem nationalen Parlament vertrauten, waren dies 2011 lediglich noch 13 Prozent. Generell lässt sich daraus eine Krise der politischen Institutionen ablesen, welche die EU nicht im gleichen Umfang tangiert.

Reflexionen über Europa in politischen und gesellschaftlichen Institutionen

Kritische Stimmen gegenüber der EU sind heute eher im rechten Spektrum zu finden. So spricht sich etwa die Gruppierung „Neue Rechte" erstens für die Beibehaltung der rumänischen Währung und zweitens für den Nicht-Beitritt zum Schengen-Raum aus, da die Grenzkontrollen zu Ungarn entfallen und gleichzeitig jene zur Ukraine und Republik Moldau verschärft würden, was gegen die Interessen Rumäniens sei. Ebenso geht es dieser Gruppierung, die nicht als Partei registriert ist, um eine Neuverhandlung des Beitritts, damit die Außenpolitik Rumäniens wieder „nationalen Interessen" folgen könnte.

Die Gruppierung „Neue Rechte" ist zudem stark orthodox geprägt. Die Rumänische Orthodoxe Kirche hat relativ schnell der EU-Integration Rumäniens zugestimmt. Allerdings gibt es zahlreiche antieuropäische Strömungen in den unterschiedlichen hierarchischen Ebenen der Kirche. Auch hier spielt die Antidiskriminierungspolitik der EU gegenüber sexuellen Minderheiten eine relevante Rolle, aber auch andere Wertkonflikte werden sichtbar. So ist die Aussage des 2011 verstorbenen Metropoliten Bartolomeu aus dem Jahre 1998 als exemplarisch für die innerorthodoxe Diskussion zu verstehen: „Europa empfiehlt uns, Homosexualität, elektronische Geräte, Drogen, Abtreibung und Gentechnik zu akzeptieren."[6]

Innerhalb der Rumänischen Orthodoxen Kirche sind neben breiter Zustimmung auch negative Positionen vertreten.

6 Zitiert nach Gabriel Andreescu: Bisercia ortodoxă romană ca actorul al integrării europene. (http://www.constiinta-critica.ro/upload/documente/doc78.pdf, dort S. 14 f., letzter Zugriff: 15.01.2012).

Der pro-europäische Konsens spiegelte sich – wie bereits erwähnt – letztendlich auch innerhalb des Parteienspektrums wider. Dies mag nicht zuletzt an der hohen Zustimmung der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft gelegen haben. Allerdings wird die EU im öffentlichen Diskurs als konditionierend wahrgenommen. Dies war natürlich besonders ausgeprägt in der Phase vor dem Beitritt, als politisch und gesellschaftlich umstrittene Maßnahmen etwa in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem „Druck" der EU erklärt wurden. So stellte der rumänische Chefunterhändler Leonard Orban 2006 fest: „Ich glaube, dass die beste Vorbereitung diejenige war, die unter dem Druck der EU stattgefunden hat ..."[7]

Solche und ähnliche Kommentare von Politikern weisen darauf hin, dass selbst heute, nachdem Rumänien bereits mehrere Jahre Mitglied der EU ist, in der politischen Debatte in erster Linie die Erfüllung von Vorgaben aus Brüssel eine herausragende Rolle spielt. Eigene europapolitische Ideen sind weder im öffentlichen noch im politischen Diskurs Rumäniens zu finden.

Die Republik Rumänien umfasst eine Fläche von 238.381 km² und hat ca. 21,5 Millionen Einwohner (geschätzt für 2011). Die Hauptstadt ist Bukarest (ca. 2,1 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 89,5 % Rumänen, 6,6 % Ungarn, 2,5 % Roma (umstritten, da auch wesentlich höhere Angaben vorliegen), 1,4 % andere (Ukrainer, Deutsche, Serben usw.). Religion: 86,8 % rumänisch-orthodoxe Christen, 7,5 % evangelische (überwiegend reformierte) Christen, 3,8 % römisch-katholische Christen, 0,9 % griechisch-katholische Christen u. a. – Rumänien ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Zweikammerparlament. Seit 2004 gehört das Land der NATO an. Das Land hat sich seit dem Ende des Kommunismus marktwirtschaftlich entwickelt, jedoch blieben weite Teile außerhalb der größeren Städte vom Aufschwung abgeschnitten. Ca. 25 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, sodass viele Bürger zur Arbeitsmigration gezwungen sind. Die seit 2009 anhaltende Wirtschaftskrise hat zur erheblichen Verschlechterung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten geführt. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 7 % (2011).

7 Romania Online, 20.09.2006.

Jens Siegert

Die Europäische Union aus russischem Blickwinkel

Jens Siegert ist Politologe und Journalist. Er lebt seit 1993 in Moskau, arbeitete in den neunziger Jahren als Korrespondent und leitet seit 1999 das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Das Verhältnis Russlands zur Europäischen Union ist unklar, es schwankt zwischen Ablehnung und dem Wunsch nach Zugehörigkeit. Gegenwart und Zukunft sprechen für eine Freundschaft, aber die Vergangenheit hält das Land in alten Freund-Feind-Schemata gefangen. Der überwiegende Teil der russischen Gesellschaft sieht in der gegenwärtigen Krise der Union ein Zeichen dafür, dass freiwillige Zusammenschlüsse von Staaten scheitern müssen, da nur eine harte Hand und ein starker Wille für dauerhaften Zusammenhalt sorgen können. Wie beide Größen künftig miteinander umgehen werden, ist damit völlig offen.

I.

In russischen Analysen der Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union (EU) findet sich eine ganz Reihe von widersprüchlichen Gefühlen: Schadenfreude, Erleichterung, Skepsis, Gönnerhaftigkeit. Diese emotionale Breitenwirkung zieht sich von den beiden Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden 2005 über die Finanzkrise 2008/2009 bis zur gegenwärtigen Eurokrise, die sich zu einer veritablen Krise der EU insgesamt ausgeweitet hat. Die vergangenen Jahre haben aus vorherrschender russischer Sicht gezeigt, dass eine wie auch immer vorsichtige und langsame Abkehr vom Primat des Nationalstaats kaum mehr ist als die kindliche Phantasie von Gutmenschen, die die harten macht- und geopolitischen Realitäten dieser Welt leugnen. Dass die Mitgliedsstaaten freiwillig Souveränität an die EU abgeben, ist den meisten Menschen in Russland unheimlich.

Dabei wird das Interesse der kleineren und auch der mittelgroßen Mitgliedsländer an der EU, selbst wenn es aus Moskauer Sicht wie bei

Polen oder den baltischen Ländern als gegen Russland gerichtet interpretiert wird, als durchaus legitim verstanden: Kleine Länder müssen, eben ihrer unzureichenden Größe wegen, Schutz suchen, den sie früher bei möglicherweise wechselnden Schutzmächten fanden, heute aber in der EU finden. Doch warum sich große Länder wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien in der EU selbst binden und damit ihre Handlungsfreiheit von Lettland oder Luxemburg abhängig machen, ruft viel Unverständnis hervor. Entsprechend stützt sich die russische Europapolitik bis heute weitgehend auf gute Beziehungen mit diesen Großen und schätzt die Verbindungen mit den kleineren EU-Staaten eher gering. EU-Institutionen wie Kommission und Parlament werden weniger als eigenständige Akteure denn als eine Art Europa-UN wahrgenommen. Auch das historisch wohl wichtigste Argument für die EU, ihr Beitrag zum Frieden in Europa, sticht aus russischer Sicht nicht wirklich. Der Friede in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wird vor allem als Ergebnis der atomaren Blockkonfrontation mit den Großmächten USA und Sowjetunion an der Spitze interpretiert. Der Ausbruch der jugoslawischen Erbfolgekriege nach dem Ende des Kalten Krieges dient als Beleg dafür.

Dass sich große Länder wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien in der EU selbst binden und damit ihre Handlungsfreiheit von Lettland oder Luxemburg abhängig machen, ruft in Russland viel Unverständnis hervor.

Dass die EU in einer schweren, ja existenziellen Krise ist, gilt als Gemeinplatz. Schon die Verfassungsreferenden von 2005 haben aus vorherrschender russischer Sicht eine ganze Reihe struktureller Schwächen deutlich gemacht: Das Wirtschaftswachstum in der EU ist zu gering, die Arbeitslosigkeit zu hoch, das Volk zu satt und zu fett. Vor allem aber irritiert, dass in der EU niemand das alleinige Sagen hat. Auf die historischen Gründe dieses Wunderns soll hier genauer eingegangen werden.

Angeblich haben Staaten ja keine Freunde, nur Interessen. Sollte das stimmen, spricht vieles für eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU. Es ist auch nicht schwer, diese gemeinsamen Interessen in zahlreichen Äußerungen von Politikerinnen und Politikern aus der EU und aus Russland zu entdecken: der ständig steigende Handel, Flüchtlingsfragen, Grenzregime, Bildung, Kampf gegen internationales Verbrechen, Drogenschmuggel und Frauenhandel, Forschung oder Anti-Terrormaßnahmen. In all diesen und vielen anderen Bereichen kooperieren die EU und Russland auf einer alltäglichen Basis. Aber es ist

mindestens ebenso leicht, Trennendes zu finden. Interessanterweise findet sich darunter nur wenig Neues. Die meisten Konflikte bestehen mindestens seit Ende der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts: Kosovo, die NATO-Osterweiterung, das Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa oder die Beziehungen zur gemeinsamen Nachbarschaft im Osten.

Die EU-Russlandbeziehungen haben sich also unter Putin (und während Medwedjews Zwischenspiel) kaum geändert? Doch. In den neunziger Jahren war Russland ein eher schwaches Land und die EU träumte davon, eine Art „zivile Supermacht" zu werden. Heute dagegen sind die meisten Russen und ihre Regierung davon überzeugt, dass Russland (fast) zu alter Stärke zurückgefunden hat, während sie die EU nach der Erweiterung in einer lebensbedrohenden Krise sehen. Russland ist ein wenig reicher und sehr viel selbstbewusster geworden. Die EU wurde viel größer, aber auch viel unsicherer.

Viele der Streitpunkte haben damit zu tun, dass die EU „östlicher" geworden ist. Die neuen EU-Mitglieder in Mittelosteuropa mit ihrer langen Erfahrung als „russische" Kolonien oder eines Lebens unter „russischer" Herrschaft haben einen (historisch gerechten, aber nicht immer praktischen) Zorn gegen die vormaligen Unterdrücker. „Östlicher" werden heißt für die EU zudem, näher an jene Gegend Europas zu rücken, die Russland, ob gerechtfertigt oder nicht, als sein *„vitales Interessensgebiet"* betrachtet. Das allein macht Konflikte – der Krieg in Georgien hat es gezeigt – erheblich wahrscheinlicher.

II.

Russland ist seit der Eroberung Kasans durch Iwan IV. Mitte des 16. Jahrhunderts und seiner darauf folgenden ständigen Ausdehnung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein Imperium geworden. Dieses Imperium hat sich, im Gegensatz zu allen anderen europäischen Kolonialreichen, bis fast in das 21. Jahrhundert hinein erhalten. Zwar war die Sowjetunion ein weitgehend russisch dominierter Staat, aber mit einer hohen Integration der nichtrussischen Bevölkerung, die rund 50 Prozent der Einwohner ausmachte, auch in ihren politischen Eliten. Erst seit der Auflösung der Sowjetunion und dem Rückzug auf ein so kleines Territorium wie seit Beginn des 18. Jahrhunderts nicht mehr ist Russland mit mehr als 80 Prozent russischstämmiger Bevölkerung ein ethnisch weitgehend homogenes Land geworden. Allerdings wird dieser Rückzug von einem

großen Teil der Bevölkerung als Zerfall empfunden und interpretiert. Die Frage, was denn einen russischen Nationalstaat ausmacht, geistert nicht erst seit dem Ende der Sowjetunion durch die Köpfe vieler Politiker und Intellektueller. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Kolonialmächten wie Frankreich und Großbritannien gibt es zudem kein geographisch ausreichend klar definiertes Mutterland, das als natürlicher Endpunkt einer Deimperialisierung akzeptabel wäre.

Die politische Elite Russlands hat viel dafür getan, dass das Land heute im Westen erneut mit Vorsicht und Skepsis angesehen wird. Doch der bei vielen Menschen in Russland vorherrschende Eindruck, man sei in der EU nicht recht willkommen, hat durchaus handfeste Gründe. Die NATO soll einst ja gegründet worden sein, um „die Amerikaner drinnen (in Europa) zu halten, die Russen draußen und die Deutschen unten". Zynisch gesprochen, dient die EU einigen der neuen Mitglieder dem gleichen Zweck. Das alles entschuldigt keine Demokratiedefizite in Russland, aber es erklärt viele Reaktionen der Menschen dort auf Kritik aus dem Westen und es macht es dem Kreml einfach, die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Unterschiedliche historische Traumata sind die Ursache für das ambivalente Verständnis von Staatlichkeit und Nation in der EU und in Russland.

Es gibt noch einen anderen historischen Widerspruch zwischen Russland und der EU, der die gegenseitige Verständigung schwierig macht. Das jeweilige Verständnis von Staatlichkeit und Nation bezieht sich auf unterschiedliche historische Traumata.

- Die EU ist die *Antwort auf 300 Jahre europäischen Bürgerkrieg*, der unter deutscher Führung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Katastrophe führte. Die Antwort darauf heißt: Europa kann nur überleben, wenn die europäischen Nationen, die großen voran, freiwillig einen Teil ihrer Souveränität abgeben. Das funktioniert nun schon über 50 Jahre in den Augen der meisten EU-Bürger recht gut.
- Russland dagegen leidet immer noch unter dem *Zusammenbruch der Sowjetunion (sprich: des „Russischen Imperiums").* Und es gibt *eine virulente Furcht, dass mit Russland das Gleiche passieren könnte.* Putins Rezept dagegen ist die Konzentration von Souveränität in einem Zentrum, praktisch in einer Hand. Die meisten Russen sind heute davon überzeugt, dass Putin der richtige Arzt mit der richtigen Therapie war.

Diese beiden Konzeptionen unterscheiden sich aber nicht nur, sie bedrohen sich gegenseitig. Die EU verspricht ihren Nachbarn aktiv und durch ihre schiere Existenz, dass der Weg zu ihr auf die satte und sichere Seite des Lebens führt. Sie ist ein Werteimperium mit einer enormen, oft unterschätzten Anziehungskraft. Diese Kraft wirkt auch in der unmittelbaren russischen Nachbarschaft.

Die russische politische Elite lehnt heute zwar das im Westen vorherrschende liberale Demokratiemodell ab, bezieht sich aber nicht auf Denkschulen eurasischer Nationalismen, sondern auf einen Souveränitätsbegriff, wie er auch bei Carl Schmitt[1] zu finden ist: Sie ist antipluralistisch und antipopulistisch zugleich, frei nach der Schmittschen Demokratiedefinition der Identität zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Die Souveränität im Inneren ergibt sich auch durch die Macht über die Definition von Freund und Feind und das Vermögen der Entscheidung im Notfall. Putin verkörpert heute für viele Russen diese Identität.

Souveränität nach außen, also die Souveränität eines Staates, ist im Verständnis eines überwiegenden Teils der russischen Gesellschaft zudem kein Recht, das Nationen natürlicherweise haben, sondern eine Fähigkeit. Diese Fähigkeit hat etwas mit Größe zu tun (die meist als historische Leistung interpretiert wird) und mit Willen. Unter dieser Voraussetzung gibt es mit den USA, China und Russland nur drei wirklich souveräne Staaten auf der Welt. Drei weitere Entitäten haben aus russischer Sicht das Potenzial, souverän zu werden: Indien, Brasilien und die EU. Indien und Brasilien brauchen noch einige Zeit, um ihr Potenzial zu entfalten. Die EU scheitert aber am fehlenden Willen, sich von den USA zu emanzipieren.

III.

Es gibt vier grundlegende Differenzen zwischen der EU und Russland: die unterschiedliche Interpretation der jüngeren Geschichte, unterschiedliche Interessen bezüglich der Zukunft der Ukraine, Weißrusslands, der Republik Moldau und Georgiens, unterschiedliche energie-

1 Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt (1888-1985) gehört zu den einflussreichsten und gleichzeitig wegen seiner Rolle im Dritten Reich umstrittensten deutschen Wissenschaftlern im 20. Jahrhundert. Sein umfangreiches Werk befasst sich vor allem mit dem Verhältnis zwischen Macht und Recht (Anm. d. Redaktion).

politische Interessen (hier differieren freilich auch die Interessen der EU-Länder untereinander stark) und die EU-Kritik an der Demokratieentwicklung in Russland.

Russland stellt sich die grundsätzliche Frage seines langfristigen Verhältnisses zum vereinten Europa. Was ist das Ziel? Ein russischer EU-Beitritt wird von beiden Seiten nicht als realistische Perspektive aufgefasst. Der Versuch, mit einer „Eurasischen Union" eine Art „Ost-EU" aufzubauen, ist Ausfluss der hier beschriebenen Unvereinbarkeiten. Ob das unter der deutlichen Führung Russlands, des alten imperialen Zentrums, dauerhaft gelingt, noch dazu als Union autoritärer bis diktatorischer Regime, ist zweifelhaft. Trotzdem ist dieser Versuch eine Anerkennung, dass es allein nicht geht.

Wie sich das Verhältnis EU-Russland künftig entwickelt, hängt stark davon ab, wie es in Russland politisch weitergeht. Zwei Szenarien scheinen gegenwärtig möglich:

1. Russland gelingt die wirtschaftliche und politisch-demokratische Modernisierung. Dann ist eine strategische Verbindung mit der EU möglich und notwendig.
2. Die Modernisierung misslingt mit autoritär-nationalistischen Restaurationstendenzen.

Bisher setzt die russische Staatsführung auf eine durch die Rohstoffwirtschaft gestützte Modernisierung mit autoritär-nationalistischen Tendenzen. Russland wird wohl auf kürzere und mittlere Sicht ein wenig demokratisches Land bleiben, in dem aber die Bevölkerung weitgehend frei leben und arbeiten kann. Politische Opposition wird kaum zugelassen werden. Inwieweit zivilgesellschaftliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen kontrolliert und gegebenenfalls drangsaliert werden, ist noch offen. Die größte Bedrohung für Stabilität und Sicherheit in Russland geht aber weiter vom Nordkaukasus aus. Ob unter diesen Bedingungen die angestrebte strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland möglich sein wird, scheint eher zweifelhaft. Die beiden Grundbedingungen dafür, eine antihegemoniale und eine antiimperiale Politik Russlands, sind in den vergangenen Jahren wieder in weite Ferne gerückt. Auch müsste die riesige Wertelücke zwischen der EU und Russland verkleinert werden.

Über zwanzig Jahre nach dem großen Umbruch von 1989 ist Russland in einem seltsamen Zwischenzustand gefangen. Es kann sich weder entscheiden, Freund noch Feind des Westens und damit der EU zu sein. Es schwankt zwischen Ablehnung und dem Wunsch nach Zugehö-

rigkeit. Die Gegenwart und die Zukunft sprechen für eine Freundschaft, aber die Vergangenheit hält das Land in alten Freund-Feind-Schemata gefangen.

Die Isolation Russlands und die Selbstisolation des Landes sind zwei Seiten derselben Medaille. 1989 wurde der Eiserne Vorhang zerrissen. Das war ein Gemeinschaftswerk. Im Westen bekommt man oft den Eindruck, die Sowjetunion sei niedergerungen worden und Russland so zu seinem Glück gezwungen. Ein erzwungenes Glück aber hält nicht lange. In Russland gab es zaghafte Versuche, das Ende der Sowjetunion und die Überwindung der Ost-West-Teilung der Welt als eigenes Verdienst zu betrachten. Doch der gleichzeitige Verlust der Weltmacht und der wirtschaftliche und soziale Niedergang des Landes vereitelten, dass sich diese Sichtweise durchsetzte. Ob und wann es eine neue Chance gibt, kann niemand sagen. Eine erneute Abtrennung Russlands vom Rest Europas wäre aber sicher nicht förderlich. Dmitrij Trenin, Direktor des Moskauer Carnegie Zentrums, drückt das so aus: „There will be no peace in Europe without the missing piece Russia." Oder anders: Es gibt keinen Frieden in Europa ohne Russland, aber mit Russland bleibt der Friede schwierig.

Die Isolation Russlands und die Selbstisolation des Landes sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Russische Föderation umfasst etwas mehr als 17 Millionen km² (davon knapp 4 Millionen im europäischen Teil) und hat ca. 143 Millionen Einwohner (2010). Die Hauptstadt ist Moskau (ca. 11,5 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: ca. 80 % Russen, 4 % Tataren, 2,2 % Ukrainer, 1,9 % Armenier, außerdem ca. 100 weitere Nationalitäten. Auffällig ist die starke Abnahme der Bevölkerung (seit 2000 jährlich um bis zu 800.000 Menschen); manche Prognosen gehen für 2050 von nur 120 Millionen Einwohnern aus. Religion: Dazu liegen keine klaren Daten vor, Schätzungen gehen von bis zu 50 % russisch-orthodoxen Christen und 10-15 % Muslimen aus, außerdem gibt es kleinere Gruppen (Protestanten, Katholiken, Buddhisten, Juden u. a.). – Russland ist eine semipräsidiale Republik, ein Bundesstaat mit gegenwärtig 83 „Subjekten der Föderation", darunter 21 nationalen Republiken, einem nationalen Gebiet und vier nationalen Kreisen. Das russische Parlament besteht aus zwei Kammern (Staatsduma und Föderationsrat). In der Wirtschaft spielt der Rohstoffsektor eine wesentliche Rolle (besonders Öl und Gas); die Erlöse umfassen bis zu zwei Drittel des Staatshaushalts. Maschinenbau und verarbeitende Industrie haben sich nach dem tiefen Fall in den neunziger Jahren in den vergangenen zehn Jahren ein wenig erholen können, jedoch leidet das Land ebenso wie seine Nachbarn seit 2008 an den Folgen der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 7,6 % (2005), dürfte allerdings, da viele Arbeitslose nicht registriert sind, de facto höher liegen.

Rade Kisić

Serbien und die Europäische Union – ein spannungsreiches Verhältnis

Dr. Rade Kisić ist Dozent an der Orthodoxen Theologischen Fakultät der Universität Belgrad.

Das Verhältnis zwischen Serbien und der Europäischen Union war und ist leider immer noch durch eine gewisse Ambivalenz gekennzeichnet. Einerseits befindet sich Serbien im Annäherungsprozess und möchte EU-Mitglied werden. Andererseits kann man es nicht übersehen, dass trotz „guten Willens" beider Seiten der Annäherungsprozess nur schleppend vorankommt.

Serbien und die Europäische Union

Wäre morgen eine Volksabstimmung über eine Mitgliedschaft Serbiens in der Europäischen Union (EU), würden sich 53 Prozent der Stimmberechtigten für eine solche Mitgliedschaft aussprechen, so eine jüngst durchgeführte Umfrage. Vor einem Jahr lag die Akzeptanz noch deutlich höher (um 63 Prozent). Hier ist ein deutlicher Abwärtstrend zu erkennen. Um diese Entwicklung nachvollziehen zu können, ist es notwendig, die wechselseitigen Beziehungen zwischen Serbien und der EU in den letzten fünfzehn Jahren zu berücksichtigen.

Die militärischen Auseinandersetzungen der neunziger Jahre auf dem Balkan führten zu einer Verkomplizierung des Verhältnisses zwischen der EU und Serbien. Die teils unterschiedlichen oder gar widersprüchlichen Einstellungen der verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten zur Situation auf dem Balkan lösten eine ambivalente Einstellung der Serben zur EU aus. So hat insbesondere die Beteiligung mancher EU-Staaten am NATO-Bombardement im Jahre 1999 zur Skepsis selbst der stärksten EU-Befürworter in Serbien geführt. Diese Skepsis war in Anbetracht der breiten Unterstützung durch die EU bei der Absetzung des Milošević-Regimes am 5. Oktober 2000 besonders bei der jüngeren und gebildeteren Bürgerschaft noch verhältnismäßig gering ausgeprägt. Es war der

Anbruch einer Zeit, in der auch große Teile der Bevölkerung angesichts der Aussagen serbischer und vieler europäischer Politiker eine rasche EU-Annäherung Serbiens erwartet haben. Dementsprechend war die EU-Akzeptanz in Serbien sehr hoch. In den Folgejahren sah sich das Volk gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen ausgesetzt, die der EU-Annäherung dienen sollten. Wenngleich dies keine leichte Herausforderung darstellte, führte sie dennoch nicht zu einer schwindenden EU-Zugewandtheit. Schritte seitens der EU wie die Lockerung der Visa-Bestimmungen und die wirtschaftliche Unterstützung förderten den Wunsch nach einem EU-Beitritt noch weiter.

Insgesamt stehen die Serben der EU positiv gegenüber und haben bereits viele Beitrittskriterien erfüllt; zur Ernüchterung führte jedoch die von der Mehrheit der EU-Staaten unterstützte Abspaltung des Kosovo.

Andererseits waren diese Entwicklungen an zahlreiche Bedingungen geknüpft. Manche dieser Anforderungen – politischer Natur – fanden jedoch in der Mehrheit der Bevölkerung Akzeptanz, etwa die Auslieferung der mutmaßlichen Kriegsverbrecher. Im Gegensatz dazu stieß die Position der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten zur Frage der *Unabhängigkeit der serbischen Provinz Kosovo* auf fast einmütige Ablehnung in der serbischen Bevölkerung. Die einseitige Vorgehensweise und mangelnde Differenzierung auf Seiten einiger europäischer Staaten haben leider dazu beigetragen, dass viele Serben ihr Vertrauen in die bisher erreichte Annäherung und Freundschaft zur EU verloren haben. Auch haben die neuesten Ereignisse den Eindruck erweckt, dass die Serben im Zuge der europäischen Integration auf einen Teil ihres Territoriums und ihrer staatlichen Souveränität verzichten müssen. Bei vielen führte dies zu einer schweren Enttäuschung und EU-Verdrossenheit. Die trotz aller Bemühungen mangelnde zeitliche Absehbarkeit und Ungewissheit eines Beitritts versetzte überdies der vorherigen EU-Akzeptanz in der Bevölkerung einen herben Dämpfer. Die von vielen europäischen Staaten ausgesprochene Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovos stellte die Einstellung vieler Serben zur EU daher auf eine harte Probe.

Nichtsdestotrotz sehen sich die Serben auch weiterhin als ein Teil der europäischen Familie und wünschen sich einen Beitritt zur EU. Um der Entwicklung des Stimmungsbildes der letzten Jahre entgegenzuwirken, wäre ein weitgehender Verzicht auf weitere politische Zugeständnisse und Bedingungen wünschenswert. Darüber hinaus wäre eine baldige

Zuerkennung eines Kandidatenstatus' Serbiens bis Ende 2011 und eine absehbare Aufnahme der Beitrittsverhandlungen von Vorteil für die weitere Stärkung der EU-Akzeptanz.

Wie soll die EU aussehen?

Wenngleich die volle EU-Mitgliedschaft für Serbien eine Sache der Zukunft ist, wird auch hier die Debatte hinsichtlich der Art und Weise der europäischen Einigung aufmerksam verfolgt. Hinsichtlich der Beantwortung der Frage, ob eine weitere europäische Einigung überhaupt möglich ist, ist es zunächst erforderlich zu klären, was unter dem Begriff der „Einigung" zu verstehen ist. Versteht man hierunter die Entwicklung eines Bundesstaates nach dem amerikanischen Modell, so halte ich eine solche Fortsetzung der Einigung eher für unwahrscheinlich. Sowohl historische und ökonomische Gründe als auch die rechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten machen den europäischen Einigungsprozess einzigartig und damit mit dem amerikanischen nicht vergleichbar. Die den Mitgliedsstaaten immer noch überaus wichtige Souveränität und das Identitätsbewusstsein der jeweiligen Bevölkerung als „Deutsche" oder „Italiener" (und nicht nur als „Europäer") zeugen davon, dass der europäische Einigungsprozess in absehbarer Zeit an seine Grenzen stoßen wird. So brachten die jüngsten wirtschaftlichen Herausforderungen in der EU Defizite in der europäischen Integration ans Licht.

Die Fortentwicklung der europäischen Integration wird meiner Ansicht nach weder auf einen Bundesstaat noch auf einen losen Staatenbund hinauslaufen. Vielmehr wird die europäische Lösung sich irgendwo zwischen diesen beiden Möglichkeiten wiederfinden. Nur so lässt sich ein harmonischer Ausgleich zwischen der Souveränität der Mitgliedsstaaten und dem Identitätsgefühl der Bürger einerseits und der Schaffung eines „Raum(es) ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß der Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist"[1], andererseits verwirklichen. Die Umset-

1 So Art. 26 Abs. 2 der Konsolidierten Fassung des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union" (Quelle: Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.03.2010, einzusehen unter http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0047:0200:de:PDF; letzter Zugriff: 19.01.2012). – Für die nützlichen Hinweise bei der Abfassung meines Beitrags möchte ich an dieser Stelle Herrn Dipl.-jur. Miodrag Prodan herzlich danken.

zung der Ziele, die sich die EU selbst gesetzt hat – „(sie) bildet einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“[2] – lassen sich auf diese Weise nachhaltig erzielen, wenngleich auch hierfür große politische Klarheit, Geschick und guter Wille erforderlich sein werden. Zum einen müssen die landesspezifischen Besonderheiten und Charakteristika, die den kulturellen Reichtum Europas darstellen, immer Beachtung finden und dürfen dem Integrationsprozess nicht zum Opfer fallen. Zum anderen müssen diese Länder, die von der Umsetzung eines europäischen Binnenraums profitieren, auch bereit sein, die Umsetzung eines solchen Binnenraums selbst unter Zugeständnissen aktiv zu fördern und mitzugestalten. Dabei ist es wichtig, das Entstehen einer EU der „zwei Geschwindigkeiten“ zu vermeiden, damit die Kluft zwischen den ohnehin schon verschiedenen Ländern nicht noch weiter wächst.

Ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ würde die weitere Integraton gefährden.

Mit dem Einigungsmodell der EU ist die hitzige Frage des *Bürokratieabbaus* in den europäischen Institutionen eng verbunden. Durch das Mehrebenensystem, das einerseits der Souveränität der Mitgliedsstaaten und andererseits der Umsetzung der Ziele auf supranationaler Ebene dienen soll, ist ein gewisses Maß an Bürokratie wohl nicht vermeidbar; auch die Koordinierung der Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele macht dies notwendig. Der EU allerdings stünden eine transparentere Grundstruktur und eine damit verbundene stärkere Akzeptanz in der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten gut zu Gesicht.

Serbien und die EU – Vorteile und Nachteile

Der bisherige Integrationsprozess hat bewiesen, dass er ein erfolgreiches Konzept zur Verwirklichung eines kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Binnenraums darstellt. An einem solchen Binnenraum und an dem Austausch der europäischen Völker teilzunehmen, stellt eine große *Bereicherung aller Mitgliedsstaaten* dar. Dies gilt auch für Staaten, die

2 Art 67. Abs. 1 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“: „Die Union bildet einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem die Grundrechte und die verschiedenen Rechtsordnungen und -traditionen der Mitgliedsstaaten geachtet werden“ (Quelle: wie Anm. 1).

sich im Prozess der Annäherung an die EU befinden. So hat Serbien schon von der Teilhabe am wirtschaftlichen Binnenmarkt wie etwa der zollfreien Einfuhr für bestimmte Produkte profitieren können. Weiterhin hat ein Austausch zwischen der EU und Serbien zu einer Bereicherung der intellektuellen und kulturellen Lebensbereiche geführt. Besonders hervorzuheben ist hier der akademische Austausch. Auch das Rechtsystem Serbiens kann aus der Angleichung an das der EU(-Mitgliedsstaaten) Nutzen ziehen; dies gilt aber auch umgekehrt, sodass beide Seiten sich gegenseitig befruchten.

Hinsichtlich der *Nachteile* ist die Ungewissheit zu benennen, die sich aus der Übertragung und dem Verzicht auf Teile der Souveränität für Serbien ergibt. In der gegenwärtigen Phase der EU-Annäherung ist das volle Maß der Konsequenzen aber noch nicht absehbar und wird es wohl auch bis zu einer vollen Mitgliedschaft nicht sein.

Die öffentliche Diskussion über die EU

Wie bereits einleitend erwähnt, stößt die EU-Annäherung in weiten Kreisen der Bevölkerung auf große Akzeptanz. Hierzu trägt nicht zuletzt auch das Bild in den *Medien* bei. Insgesamt lässt sich eine starke positive Tendenz hinsichtlich eines EU-Beitritts beobachten. Die meisten Medien vermitteln jedoch kein idealisiertes Bild der EU, sondern stehen ihr offen und durchaus differenziert gegenüber.

In den Medien wird die Diskussion über einen EU-Beitritt offen und durchaus differenziert geführt.

Die bedeutenderen *Parteien* sprechen sich fast unisono für einen EU-Beitritt aus, der jedoch nicht um jeden Preis erfolgen darf. Hier sind zwar graduelle Unterschiede zwischen den Parteien zu erkennen, eine ausdrückliche Ablehnung erfolgte jedoch trotz der Kosovo-Problematik nicht. Wie sich dies in der Zukunft entwickelt, hängt jedoch nicht nur von Serbien, sondern auch von der EU und der Geschwindigkeit des Annäherungsprozesses ab.

Auch die *Kirchen und Religionsgemeinschaften Serbiens*, die ihren Beitrag zur demokratischen und politischen Entwicklung Serbiens leisten, betrachten einen potenziellen Beitritt positiv. Wenngleich ausdrückliche und offizielle Erklärungen in dieser Hinsicht selten zu finden sind, zweifelt keine die Sinnhaftigkeit einer europäischen Integration Serbiens an.

Ausblick

Das Verhältnis zwischen Serbien und der EU bleibt spannungsreich, besonders hinsichtlich der Kosovo-Problematik. Trotz aller Herausforderungen im Annäherungsprozess betrachten die Mehrheit der Bevölkerung und die an der öffentlichen Diskussion über die EU beteiligten politischen Parteien, Medien und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften einen Beitritt zur EU überwiegend positiv.

Die Republik Serbien umfasst 77.474 km² und hat ca. 7,5 Millionen Einwohner (Schätzung 2008; jeweils ohne Kosovo, dessen Unabhängigkeit von Serbien nicht anerkannt wird). Die Hauptstadt ist Belgrad (ca. 1,1 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 82,9 % Serben, 3,9 % Ungarn, 2,1 % Bosniaken, 1,4 % Roma, 9,7 % andere (Montenegriner, Kroaten, Albaner usw.); im Land leben auch ca. 490.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene aus den Kriegsgebieten der neunziger Jahre. Religion: ca. 85 % serbisch-orthodoxe Christen, 5,5 % römisch- bzw. griechisch-katholische Christen, 3,2 % muslimisch u. a. – Serbien ist eine parlamentarische Republik mit Einkammerparlament; die Wojwodina (im Norden des Landes) verfügt über gewisse Autonomierechte. Neben landwirtschaftlichen Produkten (besonders aus der Wojwodina) produziert Serbien auch Güter im industriel- len Bereich (Maschinen, Textilien usw.), allerdings macht sich auch hier die globale Wirtschaftskrise bemerkbar. Außerdem wirkt immer noch die internationale Isolation des Landes infolge der zurückliegenden Kriege nach, auch wenn in den letzten Jahren zahlreiche internationale Abkommen geschlossen werden konnten. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 17 % (2010). – Serbien hat am 22. Dezember 2009 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt. Das Verfahren ist jedoch wegen der Kosovo-Problematik ins Stocken geraten.

Tanja Petrović

Slowenien und die Europäische Union: zwischen dem Balkan und Europa

Tanja Petrović ist Linguistin und Anthropologin. Sie leitet die Sektion für interdisziplinäre Forschung des Forschungszentrums der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana.

Seit dem Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union und zur Eurozone hat das Land, das sich bereits in den neunziger Jahren stark nach Westeuropa orientierte, ein starkes Selbstbewusstsein entwickelt, was sich u. a. in einer mentalen Abkehr von der Vergangenheit im jugoslawischen Gesamtstaat zeigt. Damit deuten sich Konflikte an, denn Slowenien versteht sich zugleich als „Sprecher" des „Westbalkans", einer nur vage umrissenen Größe.

Die Rückkehr nach Hause

Nach der Jahrtausendwende überwog in Slowenien die Überzeugung, dass sich das Land durch den Beitritt zur Europäischen Union (EU) endlich vom Fluch des Balkans befreien würde und, wie ein Journalist der spanischen Tageszeitung „El Pais" schrieb, gleichzeitig *nach Hause unter die westeuropäischen Völker,* wohin es kulturell, historisch und zivilisatorisch immer schon gehörte, zurückkehren würde. Mitja Velikonja führt sehr anschauliche Beispiele für diesen Diskurs auf: „Ein Unterstützer der SLS [Slowenische Volkspartei] behauptet in einer Wahlkampfpublikation der Partei: ‚Wir sind Mitglieder jener Gesellschaft der Staaten geworden, zu der wir unserer Kultur und historischen Tradition nach seit jeher gehört haben', während ein anderer Anhänger der SLS sagt, dass ‚wir uns von nun an nicht bloß auf der Karte von Europa befinden, sondern wirklich der Familie der europäischen Völker angehören'. Slowenien und die Slowenen werden sich, so wird behauptet, mit dem Tag der EU-Erweiterung auf dem Gebiet und in der

Völkergemeinschaft befinden, wohin sie gemäß ihrer Geschichte und Kultur auch gehören."[1] Die Rückkehr „nach Hause" war aber mit der Aufnahme Sloweniens in die EU am 1. Mai 2004 noch nicht abgeschlossen. Wie Velikonja aufgezeigt hat, muss man das Europäertum immer aufs Neue beweisen, indem man die gesetzten Ziele erreicht: Das erste derartige Ziel war der Eintritt in die EU, es folgten die Übernahme der europäischen Währung, der Eintritt in die Schengen-Zone und zuletzt die europäische Ratspräsidentschaft.

Eine solche Rhetorik dient zweifellos innenpolitischen Zwecken. Auf der anderen Seite kommt die Aufrechterhaltung des „Andersseins" Sloweniens in der symbolischen Geographie Europas auch von außen und hängt mit seiner sozialistischen Vergangenheit zusammen. Obwohl Jugoslawien 1918 entstanden ist (eigentlich basierend auf den gleichen Prinzipien, die wir heute in der Rhetorik der EU vorfinden – Einheit in Verschiedenheit, Pluralismus usw.), wird das jugoslawische Erbe in Slowenien fast gänzlich mit dem sozialistischen Erbe gleichgesetzt. Nun wird der Sozialismus im europäischen politischen Diskurs jedoch ausschließlich als moralische und institutionelle Kategorie, als totalitäres Regime verstanden und nicht als eine weitere der historischen Erbschaften, die die europäischen Gesellschaften gekennzeichnet haben. Darüber schrieben mit Verbitterung Jelica Šumič Riha und Tomaž Mastnak im Vorwort der thematischen Ausgabe des „Filozofski vestnik" unter dem Titel „Questioning Europe": „Bis vor drei Jahren standen wir außerhalb Europas, weil wir in einem kommunistischen Staat lebten. In Slowenien, ebenso wie in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und den baltischen Staaten war die Betonung der Tatsache, dass wir Europäer sind, eine Methode, den Kommunismus und die imperialistischen Strukturen, die uns aufgezwungen worden waren, zu kritisieren ... Als der Kommunismus zusammengebrochen war, waren wir immer noch aus Europa ausgeschlossen, in dem wir uns sonst kulturell, politisch, wirtschaftlich, historisch befinden. Der Kommunismus war notwendiger für Europa als für uns. Als wir uns von ihm befreit hatten, blieben wir für Europa weiterhin die

Mit dem EU-Beitritt kehrten Slowenien und die anderen neuen EU-Mitglieder dorthin zurück, wo sie eigentlich schon immer waren.

1 Mitja Velikonja: Evroza – Kritika novog evrocentrizma. Belgrad 2007, S. 12-30 (auch zum Folgenden, mit Einzelnachweisen).

Anderen, lediglich die Gründe dafür waren andere: Ideologische und politische ersetzten die Rassengründe."[2]

Wer den slowenischen Diskurs über den EU-Beitritt untersucht, stellt fest, dass er paradox war: eine Rückkehr dorthin, wohin Slowenien und die Slowenen immer schon gehörten. Slowenien war immer in Europa, und am 1. Mai 2004 kehrte es nach Europa zurück. Tomaž Mastnak schrieb 1998: „Das Volk, das jetzt behauptet, ein Teil von ‚Europa' zu sein und es immer schon gewesen zu sein, hat sich mit voller Kraft und aus voller Überzeugung nach ‚Europa' begeben. Doch wohin dieser Weg führt – der offensichtlich unnötig ist –, ist niemandem ganz klar."[3] Mitja Velikonja fragt sich: „Wie ist es möglich, dass wir ‚die ganze Zeit drinnen sind', um jetzt ‚jäh hineinzukommen'?" und erklärt dieses Paradox mit dem Konzept der „kolonialen Mimikry". In diesem Konzept sind die „kolonisierten Eingeborenen *fast gleich, aber nicht ganz so gleich* wie ihre Kolonialherren, die Mitglieder der ‚herrschenden' und deswegen natürlich ‚höheren' Kultur ... Die Situation, in der sich die Slowenen (und die anderen in Europa Neuangekommenen) wiederfanden, wird in diesem neuen Metadiskurs darauf reduziert, dass wir ‚fast Europäer sind, aber eben nicht ganz europäisch': mit anderen Worten ‚Nicht-Europäer auf dem Weg der schnellen Europäisierung, die noch eine Menge zu lernen haben, um wahre Europäer zu werden'."[4]

Slowenien und der „Westbalkan"

Die Mitgliedschaft in der EU hat einen wichtigen Einfluss auf die Art und Weise, wie Slowenien seine Beziehung zu den anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, mit dem es 70 Jahre gemeinsamer Geschichte teilte, neu definiert. Das Verhältnis zum „Westbalkan" ist gleichzeitig eines der zentralen Themen, mithilfe derer die slowenische Politik versucht, ihren Platz und ihre symbolische Bedeutung in der EU zu definieren. Dabei greifen die slowenischen Politiker zu völlig unterschiedlichen Mitteln. So äußerte der portugiesische EU-Botschafter Álvaro de Mendonça e Moura im Juni 2007, unmittelbar bevor Portugal den Vorsitz im Rat der EU übernahm, bei der Vorstellung der Prioritäten der

2 Jelica Šumič Riha/Tomaž Mastnak: Questioning Europe. In: Filozofski vestnik 2/1993, S. 7-11, bes. S. 7 f.

3 Tomaž Mastnak: Evropa: med evolucijo in evtanazijo. Ljubljana 1998, S. 11.

4 Velikonja (wie Anm. 1), S. 45.

portugiesischen Präsidentschaft, dass sich Portugal wegen seiner kolonialen Vergangenheit auf die Zusammenarbeit mit Afrika, mit dem Schwerpunkt auf Achtung der Menschenrechte, konzentrieren werde. Zwei Monate später veröffentlichte die „Financial Times" eine Erklärung des slowenischen Premierministers Janez Janša, dessen Land sich darauf vorbereitete, die Ratspräsidentschaft von Portugal zu übernehmen, dass *Slowenien in der Region (westlicher Balkan) Interessen habe, die den Interessen Portugals in Afrika sehr ähneln.*[5]

Die slowenischen Politiker waren bemüht, Slowenien als „Experten für den Westbalkan" zu profilieren. Slowenien wetteiferte um diese Rolle mit dem benachbarten Österreich: Beide Länder erklärten den westlichen Balkan zu einer der Prioritäten während ihrer Präsidentschaft im Rat der EU (Österreich hatte den Vorsitz in der ersten Hälfte 2006 und Slowenien in der ersten Hälfte 2008). Die slowenische Regierung verabschiedete im Jahre 2010 Leitlinien für das Engagement im Westbalkan und eine Deklaration zum Westbalkan. Das gemeinsame historische Erbe, das Slowenien und Österreich als EU-Mitglieder mit den Ländern des westlichen Balkans teilen, stellt die Grundlage für die Berufung auf die speziellen Kenntnisse über die Region und die Aneignung der besonderen Rolle des Experten für den Westbalkan in der EU dar. Die Quelle dieser besonderen Kenntnisse wird jedoch im österreichischen und slowenischen Diskurs unterschiedlich behandelt: Während die österreichischen Politiker und Journalisten die gemeinsamen Erfahrungen aus der Vergangenheit, die das Ergebnis der österreichischen Expansion nach Südosten waren, explizit betonen, verschweigen die slowenischen Autoren des öffentlichen Diskurses, woher Slowenien besondere Kenntnisse vom westlichen Balkan hat. Das jugoslawische und sozialistische Erbe werden also in diesem Diskurs nicht erwähnt.

Das Argument einer gemeinsamen Vergangenheit wird auch nicht in den Aussagen der slowenischen Politiker erwähnt, wenn sie den ehemaligen jugoslawischen Republiken für den EU-Beitrittsprozess ihre Hilfe anbieten. So hob beispielsweise Außenminister Dimitrij Rupel während eines Serbienbesuchs 2003 hervor, dass Slowenien mit seinen Beziehungen, Erfahrungen und Möglichkeiten bereit sei, Serbien und Montenegro zu helfen, auch deswegen, damit die gesamte Region so bald wie möglich Slowenien auf dem Weg der euroatlantischen Integration folgen möge. Wenn slowenische Politiker von Sozialismus sprechen, sehen sie ihn

5 „Mladina", 04.08.2007.

ausschließlich als ein totalitäres Regime und sprechen über ihn aus einer neutralen, distanzierten Position heraus. Sie treffen also Aussagen, die auch irgendwelchen europäischen Politikern zugeschrieben werden könnten. Europäische Politiker reden vor allem dann von der sozialistischen Vergangenheit Sloweniens, wenn sie den erfolgreichen Weg Sloweniens in die EU hervorheben wollen. Auch in diesem Diskurs ist der Sozialismus auf ein totalitäres Regime reduziert. Der Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering erklärte auf einer am 13. Mai 2008 in Ljubljana abgehaltenen Konferenz, die slowenische Ratspräsidentschaft sei der beste Beweis für die tiefgreifenden Veränderungen, die in dieser Region in den letzten zwanzig Jahren stattgefunden hätten. Es ist eine bemerkenswerte Leistung, vor allem wenn man bedenkt, dass vor weniger als zwanzig Jahren Slowenien ein Teil des kommunistischen Jugoslawiens war.

Der Kunstbegriff „Westbalkan" steht für den Versuch, Geschichte und Geographie Südosteuropas umzudeuten.

Im politischen Diskurs des zeitgenössischen Europas funktioniert der Begriff „Westbalkan" wie eine Art Euphemismus für das ehemalige Jugoslawien. Diese Beschönigung ist aber in politischen und medialen Diskursen in Slowenien, wo es nicht ratsam ist, den Namen Jugoslawien zu erwähnen, besonders problematisch; der „Westbalkan" könnte die Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit wecken und die Tatsache hervorheben, dass auch die slowenische Gesellschaft eine postsozialistische und postjugoslawische ist. Schließlich war Slowenien als ein Teil des ehemaligen Jugoslawiens mit den „Balkankriegen" in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts viel mehr verbunden als irgendein anderer Balkanstaat, der nicht ein Teil des ehemaligen Jugoslawiens war. Die Politologin Vlasta Jalušič warnte in einem Interview: „Das ist die Fortführung einer angeblichen Besonderheit Sloweniens, welches versucht, sich vollkommen vom Balkan zu trennen und sich gleichzeitig dem globalen Westen ‚anzuschließen', letztlich aber keine Vision hat. Slowenien hat weder die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, noch ein Bewusstsein davon, wo wir hingehören ... Und wir haben auch einen latenten und manchmal sogar einen direkten Rassismus, der toleriert wird und es ermöglicht, dass die bestehende Form der Regierung ohne Hinterfragung unterstützt wird."[6]

6 Interview mit Dr. Vlasta Jalušič („Mladina", 30.04.2010).

In diesem Kontext müssen auch die Probleme betrachtet werden, mit denen in den letzten Jahren die Arbeitsmigranten aus anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens bei ihrer Gelegenheitsbeschäftigung in Slowenien konfrontiert werden. Die Saisonarbeitskräfte, die vor allem aus Bosnien und Herzegowina und Makedonien kommen und in Slowenien unter unvorstellbar schlechten Umständen leben, arbeiten mehr Stunden pro Tag, als gesetzlich vorgeschrieben ist, und sind wegen der Visa-Politik und der Politik der Arbeitsgenehmigung ganz vom Arbeitgeber abhängig. Die Wirtschaftskrise, die den Bausektor in Slowenien ernst getroffen hat, hat die Situation dieser Menschen zunehmend verschlechtert. Eine große Zahl von ihnen musste Slowenien verlassen, ohne dabei den zustehenden Lohn erhalten zu haben. Die Arbeitsmigranten und ihre Leiden in Slowenien muss man unter dem gleichen Aspekt betrachten wie das Löschen von Bewohnern Sloweniens mit Herkunft aus anderen Republiken aus dem Bevölkerungsregister, die sprachliche und kulturelle Unsichtbarkeit der Angehörigen der Völker aus dem ehemaligen Jugoslawien, die Behinderungen muslimischer Einwanderer bei der Ausübung ihrer Religion usw. Es ist nicht schwer, die Kontinuität der problematischen Beziehungen des slowenischen Staates zu den Menschen zu sehen, die aus den anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens kommen.

Vielfach lässt sich in Slowenien ein herablassendes, oft ausgesprochen negatives Verhalten gegenüber Menschen aus anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken beobachten.

Die Tatsache, dass Slowenien Mitglied der EU ist, spielt sogar in offen rassistischen Diskursen eine zentrale Rolle, wie es die Mitteilung des Unternehmens „Vegrad“ an die Arbeiter aus Bosnien und Herzegowina belegt, die im März 2008 an den Containern in der Siedlung Bežigrad in Ljubljana, in welchen sie wohnen, angebracht wurde. Die Arbeiter wurden gewarnt, es nicht zu versuchen, nach ihrer Kultur und ihren Gewohnheiten, die in einigen Fällen äußerst „unangemessen“ seien, zu leben: „Seien Sie sich dessen bewusst, dass Sie derzeit in Ljubljana, der Hauptstadt der Republik Slowenien, die Mitglied in der Europäischen Union ist, wohnen. Hier gelten Gesetze und Verordnungen, die auf einem höheren Niveau sind.“ Der Journalist Boris Dežulović deutet einen solchen Diskurs als „ein typisches mitteleuropäisches Klischee: ein geordnetes, ‚städtisches Umfeld‘ ist per Definition ein ‚gesellschaftliches Umfeld auf einer höheren kulturellen Ebene‘, in denen die ‚gut situierten

Menschen' bzw. Bürger mit hohen Löhnen und hoher Kultur leben und die es ‚nicht länger hinnehmen werden', dass irgendwelche Ankömmlinge und Gastarbeiter, schmutzige Südländer, Afrikaner, Araber, Türken, Roma, Kroaten, Serben oder in diesem Falle Bosnier, ihre städtische Idylle stören". [7]

„Die schmutzigen Südländer" sind im erwähnten Fall eigentlich die Menschen aus der „dritten Welt", ohne politische Macht und ohne Grundrechte; es sind nicht länger die „Südländer" aus anderen Republiken aus der Zeit Jugoslawiens – trotz der Ghettoisierung und verbreiteten Stereotypen war deren Lage, als es noch den gemeinsamen Staat gab, viel besser. Zu dieser Gruppe gehören übrigens nicht die anderen Saisonarbeiter, die aus der Slowakei und den anderen osteuropäischen EU-Staaten nach Slowenien kommen – diese werden nach der Gesetzgebung vollkommen anders behandelt, und ihre Zahl ist im übrigen wegen der niedrigen Löhne und der schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Slowenien zu vernachlässigen (auch ist ihre Zahl nach dem EU-Beitritt Sloweniens viel niedriger als erwartet).

Aus dem Slowenischen übersetzt von Berislav Župarić.

Die Republik Slowenien umfasst 20.273 km² und hat ca. 2 Millionen Einwohner. Die Hauptstadt ist Ljubljana (mit Vororten ca. 320.000 Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 92 % Slowenen, 1 % Kroaten, 1 % Italiener, 6 % andere (Serben, Bosnier, Ungarn usw.). Religion: ca. 71 % römisch-katholische Christen, weiterhin kleinere Gruppen von orthodoxen und protestantischen Christen sowie Muslimen, außerdem ein höherer Anteil ohne Bekenntnis. – Slowenien ist eine parlamentarische Republik mit einem Zweikammerparlament (Abgeordnetenhaus und Nationalrat). Seit 2004 gehört das Land der EU und der NATO an. Seit dem 1. Januar 2007 ist Slowenien Mitglied der Eurozone. Das Land verfügt über eine hochentwickelte Industrie (Konsumgüter, Maschinenbau). Allerdings wirkt sich die globale Wirtschaftskrise seit 2008 in sinkenden Zuwachsraten und steigender Arbeitslosigkeit (2010: ca. 8 %) aus.

7 „Dnevnik",Objektiv, 22.11.2008.

Jaroslav Šonka

Euroskeptizismus in Tschechien und seine Wurzeln

Dr. Jaroslav Šonka ist als Publizist und politischer Berater tätig und steht nach 16 Jahren der Mitarbeit an der Europäischen Akademie Berlin seit 2011 als Direktor an der Spitze des „European Shoah Legacy Institute" in Prag.

Immer noch wird, wenn es um die Beschreibung der Wirtschaft in der Tschechischen Republik geht, häufig der Begriff „Markt ohne Attribute" verwendet. Damit verbunden ist die im Land verbreitete Skepsis gegen eine weitere europäische Integration vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen. Unverkennbar sind aber auch Verkrustungen aus der jüngsten Vergangenheit, gegen sich vor allem die junge Generation zur Wehr setzt: Sie sucht ihre Zukunft im geeinten Europa.

Die Krise verschärft einseitige Sichtweisen

Die gegenwärtige Krise der europäischen Haushalte findet in Tschechien einen recht einseitigen Widerhall. Ein Glück sei es, nicht den Euro angenommen zu haben (obwohl eine Verpflichtung dazu in den Verträgen verankert ist). Dass man die nachvollziehbaren einfachen Bedingungen nicht erfüllt hatte, sagt man nicht so oft. Europa hat Regeln, die zur Sparsamkeit führen sollten. Um die ging es auch im Herbst 2011 während der Haushaltsdebatte, die nicht von realen Einschätzungen ausging. Die Regierung verschwieg viele eigene Verfehlungen, die Opposition hat allerdings genauso wenig konstruktive Vorschläge präsentiert und blieb vielfach bei einem „Nein". Dementsprechend musste infolge veränderter globaler Wirtschaftsbedingungen schon nach wenigen Wochen nachgebessert werden.

Es ist eine merkwürdige Verschärfung der Argumente und Pseudoargumente zu hören und zu lesen. Die Regierung ist begeistert, nicht zur Eurozone zu gehören, kritisiert jedoch, wenn die Eurozone auf dem besten Wege ist, einen Anlauf in Richtung Europa zweier Geschwindig-

keiten zu nehmen. Vordergründig ist man proeuropäisch, hinter der Bühne bremst man. Viele bauen auf der propagandistischen Wirkung des Präsidenten Václav Klaus auf, der schon lange behauptet, die Eurozone sei kein „optimales Währungsgebiet". Dies mag zwar mit ökonomischen Theorien begründbar sein, die wenigsten Leute schauen jedoch dabei auf den Euro-Kurs, der in den letzten Jahren ziemlich stabil ist. Und der Europahaushalt ist ebenfalls eine beherrschbare Größe – ohnehin bewegt er sich immer um 1 Prozent des tschechischen Bruttosozialprodukts. Bei der Euro-Debatte wird generell wenig (und in Tschechien überhaupt nicht) an die Tatsache erinnert, dass Kohl und Mitterrand mit dem Euro nicht ein *Ziel* wirtschaftlicher Integration zustande brachten, sondern meinten, hier eine *Startlinie* dieser Integration zu setzen. Das passiert auch jetzt, wenngleich es von zahlreichen Verkrampfungen begleitet wird.

Um das Für und Wider eines Beitritts zur Eurozone wird in der Tschechischen Republik heftig und bisweilen auch unsachlich gestritten.

Die Fahne des „Marktes ohne Attribute" wird in Tschechien immer noch stark geschwenkt. Differenzierte Argumente etwa eines Joseph Stiglitz[1] werden nicht gerne gehört. Die Attribute des Marktes kommen jedoch durch die Hintertür wieder herein. Reformen der Pensionen und des Gesundheitswesens sind unaufschiebbar geworden. Und hier muss darüber nachgedacht werden, was „sozial" ist und wovon die Stabilität der Gesellschaft abhängig ist. Der Regierung ist es jedoch gelungen, einige Vokabeln – selbst sogar „Reformen" – für sich zu okkupieren. Sie kann es sich im Parlament leisten, die Kooperation mit der Opposition in solch wichtigen Fragen durch reine Abstimmungsgewalt zu vermeiden, Anmerkungen zu Gesetzesvorlagen unsinnig zu bündeln und ein schnelles Durchwinken zu verlangen. Die Opposition griff hilflos zu Obstruktionen (endlosen Reden, Zwang zu Nachtsitzungen), die lediglich eine Verzögerung des Gesetzgebungsprozesses bewirkten. Niemand fragt jedoch danach, was in zwei Jahren passieren wird, wenn vielleicht ein Regierungswechsel zustande kommt. Die heutige Regierung denkt über ihre Nachfolger nur so viel nach, dass sie möglichst definitive Entscheidungen treffen will und eine künftige Korrektur unmöglich macht. Viel-

1 Der Nobelpreisträger war am 17. Oktober 2011 in Prag und prägte die Diskussion zum Euro mit einer Metapher – man könne aus dem Rührei kaum mehr wieder einzelne Eier machen.

leicht nur in Ungarn gibt es eine vergleichbare politische Situation, in der Fragen langfristiger Vorgaben ohne einen gesamtgesellschaftlichen Konsensus gelöst werden sollen. So etwas wie den Vermittlungsausschuss der beiden deutschen Parlamentskammern gibt es in Tschechien nicht.

Václav Klaus[2] kann es sich in dieser Atmosphäre leisten, die Fonds-Finanzierung der Altersversorgung in Chile zu loben, obwohl Experten wissen, dass 38 Prozent der angehenden Rentner aus diesem System wegen zu geringen Lebenseinkommens herausfallen und der Staatskasse auf der Tasche liegen. Alles ist gut, wenn es nur weit weg von Europa ist und nichts mit dem Bismarckschen Sozialsystem zu tun hat. Währenddessen setzt die Regierung auf radikale Änderungen des sozialen Systems, und zwar mit einem Anlauf zur teilweise Fonds-finanzierten Rente. Über die Möglichkeiten, später noch etwas zu ändern, spricht die Opposition nur leise. Es gibt nur wenige sachliche Analysen dieses Problemfeldes. Dies wurde dadurch verhindert, dass Václav Klaus schon früher geschickte propagandistische Tricks angewandt hat. So sprach er in Deutschland über sein Problem mit der „sozialen Marktwirtschaft", die doch die Silben „sozi" enthalte – unakzeptabel für jene, die im so genannten Sozialismus litten. Interessant ist, dass er dies schon 1993 sagte, nachdem er in Bonn den Ludwig-Erhard-Preis erhalten hatte.

Tradition des Mobbing und Neville Chamberlain

„Lachende Bestien" soll Reinhard Heydrich über die Tschechen gesagt haben.[3] Als Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist eine sarkastische Position möglicherweise richtig und vielleicht sogar heldenhaft. Ob sie analytisch richtig ist, bleibt sicher umstritten. Wenn jedoch nach der europäischen Befreiung des Jahres 1989 manche der lachenden Bestien Brüssel als ein zweites Moskau bezeichnen (was vielfach geschah), zeugt diese Bezeichnung und die mit ihr verbundene Atmosphäre von einer gewollten Fehleinschätzung. Es muss gemobbt werden um jeden Preis.

2 Der Präsident der Republik legte im Herbst 2011 ein weiteres Buch vor, worin er seine euroskeptischen Auffassungen ventiliert. Das Auffallendste an diesem Buch ist die Menge von Zitationen aus eigenen Werken.

3 Der stellvertretende Reichsprotektor des Protektorates Böhmen und Mähren (er wurde vom [!] tschechischen Widerstand erschossen) hat diese Worte nicht in offiziellen Texten hinterlassen, wurde jedoch in Depeschen des Widerstandes an die Exilregierung so zitiert.

Ein Nachteil dieser Position besteht jedoch darin, dass der Öffentlichkeit bestimmte Sachen als wichtig vorkommen (Abwehr gegen „Moskau"), eigentliche Probleme jedoch nicht gelöst werden. Wie soll man etwa eine funktionierende Interessenkoalition innerhalb der Europäischen Union (EU) aufbauen und gleichzeitig der tschechischen Öffentlichkeit die eigene „nationale" Bedeutung verkaufen? „National" ist eigentlich ein Begriff, der in der letzten Zeit nicht nur in Tschechien als etwas gegen die anderen gerichtetes verstanden wird.[4] Die „Bild-Zeitung" lässt grüßen. Auch das Volumen und die Richtung der Exporte werden nur selten hervorgehoben. Die Betonung der wichtigen, einträglichen und engen Verbindungen mit Deutschland (mehr als Dreiviertel der Exporte) funktioniert in Tschechien als politisches Argument nicht. Lange Jahre haben westliche Politikerinnen und Politiker die isolationistische Einstellung mancher tschechischer Eliten zu verstehen und als eine Übergangsperiode zu qualifizieren versucht – die Tschechen seien doch lange unfrei gewesen und müssten nun die erste Freiheit auskosten.

Korruption und Vetternwirtschaft haben im Lande eine Parallelkultur entstehen lassen.

Diese leicht despektierliche Position des Westens ermöglichte es, in dem von Korruption und Vetternwirtschaft belasteten Land eine Parallelkultur zu entwickeln. Nur wenige Beobachter aus dem Ausland verstehen das tschechische Geschehen, und die Lust, sich selbst einen direkten Einblick zu verschaffen, ist nicht besonders verbreitet. Politische Eliten und mediale Öffentlichkeit im Westen Europas sind nicht besonders interessiert. Sie bewerten höchstens die Stimmen im Europarat oder im Europäischen Parlament. Mit anderen Mitteln setzt sich hier die Einstellung des damaligen britischen Ministerpräsidenten Neville Chamberlain fort, der 1938 nach seiner Rückkehr von München sagte: „How horrible, fantastic, incredible it is that we should be digging trenches and trying on gas-masks here because of a quarrel in a far-away country between people of whom we know nothing."[5] Die kontinentale Kommunikation ist deformiert, bis heute, und zwar in beiden Richtungen.

4 Der bekannte Kommentator Karel Hvížďala begründet witzig, dass „nationale Interessen" die Demokratie gefährden (http://www.parlamentnilisty.cz/arena/nazory-a-petice/214955.aspx; letzter Zugriff: 20.01.2012).

5 Zitiert u. a. in: http://en.wikipedia.org/wiki/Neville_Chamberlain (letzter Zugriff: 20.01.2012).

Kontrollelemente der EU und subtile Ängste

Es gibt jedoch gerade im europäischen Kontext Mittel, Transparenz zu erzwingen, und zwar auf einem scheinbar kleinkarierten Gebiet. Dort arbeitet man still und beharrlich und geht in die Zeitung erst dann, wenn ein Skandal vorliegt. Gemeint ist das Wesen der finanziellen Kontrollen. Die EU hat eigene Kontrollmechanismen, die bewirken, dass die Anteile korrupter Mittelvergabe relativ gering bleiben. Die komplexen Antragsverfahren verlangen zwar danach, von professionellen Projektschreibern vorbereitet zu werden, sodass es sicher Insiderkreise gibt, die mit den Fonds besser umgehen können als andere. Doch die Internationalität der Gremienarbeit, das Auswahlverfahren in der Europäischen Kommission und eine gepflegte Transparenz der Kontrolle sind beruhigend.

Die Mittel der EU kamen jedoch im Falle der Tschechischen Republik in ein Land, in dem Transparenz und Kontrollmechanismen eher gemieden werden (Tschechien ist z. B. eines der wenigen Länder der Welt mit anonymen Aktien). Gegenwärtig droht ein Kollaps der Ko-Finanzierung aus den EU-Fonds – und keiner merkt es. Dieser Kollaps wird zeitlich dadurch bestimmt werden, dass die ersten ko-finanzierten Projekte bald abgeschlossen sind und die Endabrechnung gegenüber den Finanzierungsquellen der EU ansteht. Politische Protagonisten, die in der korrupten Atmosphäre Tschechiens an die Spitze des Staates gekommen sind, denken schon darüber nach, wie sie ihre vermeintlichen Pfründen verteidigen werden. Da sie von den Revisoren mit Sicherheit Kritisches erwarten, müssen sie eigentlich die Glaubwürdigkeit der Geldgeber und der Kontrolleure auf der europäischen Ebene in Zweifel ziehen. Es ist ein Reflex der Selbstverteidigung. Wenn täglich über Staatsaufträge berichtet wird, die überteuert sind (hier ist die exzellente Arbeit des Journalisten Petr Holub hervorzuheben), wenn diese Aufträge teilweise mit einer Ko-Finanzierung von Seiten der EU verbunden sind, wird die Abrechnung mit externen Prüfern die Korruption noch einmal aufzeigen – Transparency International berichtet schon seit Jahren darüber.[6]

6 In der Präsentation des Korruptionsindex 2011 titelt Transparency International: „Die Tschechische Republik teilt sich den 57.-59. Platz mit Namibia und Saudi-Arabien" (http://www.transparency.cz/celosvetovem-zebricku-cpi-index-vnimani-korupce-2011-ceska-r/; letzter Zugriff: 20.01.2012).

Die Seilschaft hält zusammen

Wie können die Reaktionen der korrupten Seilschaften aussehen, die seit Jahren – kaum kontrolliert – an Staatsaufträgen verdienen? Sie müssen klar die Kontrollmechanismen der EU in Zweifel ziehen. Der Volksmund scherzt zwar, die Lage werde besser – wer heute (als Bestechung) nicht mehr 40 Prozent nimmt, sondern nur 20, ist eigentlich auf gutem Weg, ehrlich zu werden. Doch Kontrolluntersuchungen mit Experten aus fernen Mitgliedsländern der EU werden zum schweren Problem des Landes werden. Die EU sagt doch: Wenn etwas nicht nach den Regeln verlaufen ist, soll die Ko-Finanzierung komplett zurückerstattet werden. Nur langsam wird diese Lage den Planern bewusst.

Die Lösung wäre ein Elitenwechsel. Doch die heutige politische Spitze wird nicht freiwillig abtreten. 22 Jahre, die seit dem Regimewechsel vergangen sind, wird vielfach darüber nachgedacht, wie stark die heutigen Eliten in der kommunistischen Vergangenheit verwurzelt sind. Eine Untersuchung, die im November 2011 im Wochenblatt *Ekonom* veröffentlicht wurde, spricht von immer noch 40 Prozent der Eliten der Wirtschaft und der Politik, die schon zu kommunistischer Zeit Karriere gemacht haben (die kommunistischen Karrierestudenten der achtziger Jahre sind darin nicht enthalten). Dies mag auch die Ursache dafür sein, dass diese Menschen besonders heftig das Gegenteil des vergangenen kommunistischen Regimes meinen vertreten zu müssen. Sie sind meist die radikalsten Neoliberalen. Psychologisch ist hier Europa, mit menschenrechtlich und sozial begründeten Rechten, ein geeigneter Gegner. „Haltet den Dieb" rufen die umgefärbten Eliten. Sie können sich ziemlich sicher sein, dass sie bald nicht mehr nach ihrer Vergangenheit gefragt werden. Oder doch?

Die nächste Generation versteht es anders

Interessant ist dabei, dass diese Situation eigentlich nur die Eliten im Alter um 50 betrifft. Ältere Menschen haben meist eine durch die Kollaboration im Kommunismus stark deformierte Biographie und sind ohnehin schon im Rentenalter. Einige wenige dieser Generation wurden zwar durch den Widerstand geprägt (der jedoch zahlenmäßig nicht sehr stark war), aber auch sie sind bereits in der Rente. Jüngere sind von den 22 Jahren tschechischer Transformation enttäuscht und nehmen die Ar-

gumente der heutigen Minister meist mit Skepsis auf. Wenn zuletzt ein neuer Minister berufen wurde und im Interview auf journalistische Einwürfe über seine persönliche Vergangenheit sagte „Pate, das war früher", hat dies eine breite Belustigung – vor allem unter jungen Menschen – hervorgerufen. Die heranwachsenden Eliten haben jedoch zunächst kaum Chancen, in die entscheidenden Positionen hineinzuwachsen. Sie werden entweder zur starken Einbindung gezwungen oder ausgeschlossen. Europa ist für die jungen Tschechinnen und Tschechen – neben den USA – eine Möglichkeit, vor diesen Verhältnissen zu Hause zu fliehen. Junge Menschen haben vielfach bereits ein Studium im Ausland absolviert, haben wesentlich bessere Fremdsprachenkenntnisse als ihre Väter und Mütter.

Die junge Generation wird dafür sorgen, dass das Land künftig nicht in der „zweiten Liga" der europäischen Staaten mitspielen wird.

Arbeit im Ausland ist für sie gut vorstellbar und wird immer mehr zu einer realen Option. Interessant ist, dass auch hier Europa eine Rolle spielt. In diversen Chats wird darüber debattiert, ob es besser ist, in der EU oder etwa in Australien zu arbeiten. Junge Menschen verstehen dabei gut, dass die persönliche Freiheit und eine soziale Absicherung zusammen gehören. Sie wissen auch gut, in welchen Ländern welche dieser Aspekte berücksichtigt werden – in jüngeren Jahren das Geld in den USA oder in Australien verdienen, den Lebensabend jedoch in Europa planen. Sie werden für die heute Regierenden auf diese Weise zu einer richtigen Bedrohung. Sie können mit Europa auch viel mehr verbinden, etwa Bildungschancen.

Die gegenwärtige Integrationskrise der EU ist jedoch eine Klippe auch für die Jungen. Schafft die EU den nächsten Schritt? Wenn ja, wo wird Tschechien mitspielen? Junge Tschechinnen und Tschechen werden dann das Abdriften Tschechiens in die zweite Gruppe im Europa zweier Geschwindigkeiten nicht akzeptieren. Und sie werden dafür die eigene Regierung, nicht „Brüssel" verantwortlich machen. Dies ist vor dem Hintergrund der Europa-kritischen, nörgelnden Boulevardpresse (wieder kaum ein Unterschied zur „Bild-Zeitung") eine optimistische Perspektive.

Europäische Klippen und Varianten

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Textes bleibt jedoch vieles ungewiss. Die Schlacht um den nächsten Schritt europäischer Integration ist noch nicht entschieden. Ist es so, dass die Probleme eine weitere Integration erzwingen und Großbritannien an den Rand des Integrationsprozesses verdrängen? Wird der Kern der EU dann kleinere Staaten vor die Wahl stellen: erste Gruppe oder zweite? Oder wird das Abgleiten in nationale Partikularismen die Integration stoppen oder gar rückgängig machen? Dann wird Václav Klaus, eine Art tschechischer Berlusconi, triumphieren.

Eine Frage scheint jedoch bereits heute entschieden zu sein – es ist der fortdauernde Unterschied zwischen der tschechischen und der globalen Debatte. Die stark fallende Begeisterung der Weltöffentlichkeit für den reinen Neoliberalismus bleibt in Tschechien fast unbemerkt (die Korrelation dieser Erscheinung mit dem Euroskeptizismus ist sehr hoch). Diese Einstellungen können jedoch nicht überleben. Der Paradigmenwechsel wird auch in Prag bald die Aufmerksamkeit erzwingen – eine Verarmung bestimmter Gruppen, Probleme mit der Rente, Vergleiche mit erfolgreichen Ländern werden die tschechischen Parteien zur Änderung der Rhetorik zwingen. Hoffentlich entsteht so eine Atmosphäre entgegenkommender europäischer Debatte. Gemeinsame Regeln, „best practices", machen Reformschritte leichter. Erprobtes und Besprochenes ist ein gemeinsames Kapital.

Die Tschechische Republik umfasst 78.867 km² und hat ca. 10,5 Millionen Einwohner (2010). Die Hauptstadt ist Prag (ca. 1,25 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 94 % Tschechen, 1,9 % Slowaken, 4,1 % andere (Roma, Polen, Ukrainer, Deutsche usw.). Religion: Nur knapp ein Drittel der Bevölkerung bekennt sich zu einer Religionsgemeinschaft (u. a. 26,8 % römisch-katholische Christen, 2,3 % evangelische Christen); knapp 60 % der Bevölkerung sind ohne Bekenntnis (Angaben von 2003). – Die Tschechische Republik ist eine parlamentarische Republik mit einem Zweikammerparlament (Abgeordnetenkammer und Senat). Seit 1999 gehört das Land der NATO, seit 2004 der EU an. Wirtschaftlich (vielfältige Industrie, Bergbau usw.) nimmt das Land unter den mittelosteuropäischen Ländern eine Spitzenposition ein und wurde auch von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise weniger betroffen als die Nachbarstaaten. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 8,5 Prozent (2010).

Jurko Prochasko

Ein Traum von Strafe. Die Ukraine und das gefährliche (Fußball-)Spiel mit Europa

Jurko Prochasko ist ein ukrainischer Schriftsteller, Übersetzer und Psychoanalytiker. Derzeit arbeitet er als fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Wohin entwickelt sich die Ukraine? Viele Errungenschaften der „Revolution in Orange" sind durch die Rückkehr der alten Oligarchen an die Macht zunichte gemacht worden. Die Ausrichtung der Fußballeuropameisterschaft 2012 wird der Welt eine falsche Idylle vorgaukeln. Ein Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) würde die Hoffnungen auf eine Entwicklung hin zum Besseren vergrößern – die Chancen stehen jedoch schlecht.

Die Ukraine, die im vergangenen August den zwanzigsten Jahrestag ihres Bestehens als moderner souveräner Staat mit diesem Namen begangen hat, ist infolge des Kollapses der UdSSR entstanden. Seit 1920 war sie ein wichtiger Teil der Sowjetunion; die Westregionen gehörten allerdings erst seit 1939 bzw. endgültig seit 1944 dazu. Zu diesem Zusammenbruch haben verschiedene Faktoren beigetragen, unter anderem der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986.

Oft wird die Ukraine mit ihren über 600.000 km² Fläche als das rein geographisch gesehen größte europäische Land bezeichnet. Der 1991 ausgerufene Staat zählte damals etwa 52 Millionen Einwohner, heute sind es nur noch ca. 46 Millionen, Tendenz stagnierend. Nach einer längeren, äußerst schmerzhaften Transformationszeit hat sich die Wirtschaftslage seit dem Jahr 2000 etwas stabilisiert, ohne dass wesentliche auf Modernisierung der Wirtschaft und Demokratisierung des politischen Systems gerichtete strukturelle Reformen stattgefunden hätten. Deshalb bleibt das Land auch heute noch eine hauptsächlich auf Rohstoff-Export orientierte, extrem energieverschwendende und von russischer Energieversorgung hochabhängige Volkswirtschaft mit deutlichen Zügen einer clanorganisierten Oligarchie, die eng durchwachsen ist von politischen und wirtschaftlichen Eliten.

Seit seiner Entstehung wird dieses zweisprachige und multikonfessionelle Land (mehrere Richtungen der Orthodoxie, aber auch die mit Rom unierte griechisch-katholische Kirche stellen die Mehrheit der Gläubigen), in dem zu fast gleichen Teilen ukrainisch und russisch gesprochen wird, von diversen politischen Krisen und teils heftigen inneren Auseinandersetzungen erschüttert und zeigt sich zwischen EU- und Russlandorientierung hin- und hergerissen. Die mit der orangefarbenen Revolution 2004/2005 aufgekommene Hoffnung auf baldige demokratische Erneuerung und forcierte EU-Annäherung versank schon bald in politischem Chaos, Korruption und Machtmissbrauch durch die höchsten politischen Amtsinhaber. Unter dem heute regierenden Präsidenten Viktor Janukowitsch kommt es derzeit zunehmend zum Zurückrollen demokratischer Freiheiten früherer Jahre sowie deutlichen Versuchen, ein konsolidiertes autokratisches Regime zu etablieren. EU-Rhetorik wird von den Machthabern nur halbherzig betrieben, die Realität spricht, wie der Umgang mit der führenden Vertreterin der Opposition, der vor kurzem trotz vehementer Einwände von Seiten der EU-Führung zu sieben Jahren Haft verurteilten früheren Premierministerin Julia Tymoschenko zeigt, eher für das Gegenteil. 2012 ist die Ukraine neben Polen das Gastgeberland für die Fußballeuropameisterschaft.

Die demokratische Erneuerung nach der orangefarbenen Revolution ist in politischem Chaos, Korruption und Machtmissbrauch versunken.

Phantasie-Fans

Und jetzt muss ich etwas ganz Entsetzliches gestehen: Ich bin dafür, dass man uns die Europameisterschaft wegnimmt. Ja noch viel radikaler: nicht nur Lemberg, meiner Heimatstadt, sondern überhaupt der Ukraine. Besonders wichtig wäre es für mich – falls sich die allgemeine Stornierung der Entscheidung für die Ukraine als Austragungsland der inzwischen recht nahen Fußball-EM als unwahrscheinlich erweisen sollte – zumindest das Kiewer Finale zu verlegen, irgendwohin nach Polen beispielsweise.

Sicher ist das eine skandalöse Erklärung, hinter der sich – wenn man es so sehen will – eine ausgeprägt masochistische Einstellung zum Leben verbirgt. Aber erstens sollte eine solche Gefühlslage bei jemandem nicht weiter verwundern, der wie ich aus der Stadt kommt, die sich mit dem

Titel rühmt, die Heimat des Masochismus zu sein (Leopold von Sacher-Masoch wurde schließlich im damals österreichischen Lemberg geboren, daher ist es nur ein halber Scherz). Zweitens interessiert mich Fußball überhaupt nicht, außerdem bin ich während der Meisterschaft gar nicht da, daher verliere ich sowieso nichts.

Für die Begehrlichkeiten der vielen – vielleicht sogar der meisten – meiner Mitbürger, die mit und für Fußball leben und diese Zeit daher nicht nur als ein riesiges Bankett ihrer innigsten Leidenschaften, sondern berechtigterweise auch als Sternstunde unseres Landes in der so genannten Weltöffentlichkeit kaum erwarten können, habe ich zwar gebührende Empathie, muss aber in diesem Fall ganz hart und unbeugsam bleiben.

Denn diese Maßnahme – ich meine die Wegnahme – muss diesmal wirklich schmerzen. Und zwar alle. Es muss etwas geschehen, wonach allen, aber absolut allen, klar und an eigenem Leib und Seele spürbar wird, dass etwas Ungeheures geschehen ist. Von den sich ganz unbefangen auf das näherrückende Fest des Lieblingsspiels und das damit unzertrennlich verbundene Fest des Landespatriotismus freuenden Normalbürgern (normal in jeder Hinsicht) bis hin zu den reichsten und dreistesten Oligarchen und hohen Würdenträgern dieses Staates (unnormal in jeder Hinsicht), die in dieses Projekt so viel Ehrgeiz und Geltungssucht investiert haben und die alle dafür gebauten Objekte eh bald durch ausgeklügelte juristische Mechanismen an sich reißen werden. Wir müssen wirklich etwas erleben, was die ganze Nation aus ihrem lethargischen Schlaf nach der kläglichen Niederlage der orangefarbenen Revolution wachrütteln würde. Natürlich meine ich die Sanktionen, die von außen ergriffen werden sollten, damit es dem ganzen Land wie auf einen Schlag endlich deutlich wird, wie schlimm es um es steht.

Aus dem Fall Tymoschenko wird deutlich, dass sich die politische Führung der Ukraine immer mehr von der EU entfernt.

Es geht um Deklarationen, Lügen und Sanktionen für diese Lügen. Es geht um klare und auch klar ausgesprochene Kriterien einer EU-Perspektive für mein Land. Und es geht darum, wer wie darunter leidet und wer und wie davon profitiert. Es geht darum, das leider übliche Wischi-Waschi konstruktiv zu beenden.

Auf der offiziellen rhetorischen Ebene deklariert die ukrainische politische Führung einen starken Willen zur weiteren europäischen Integration, bis hin zum EU-Beitritt und der Bereitschaft, dafür nach ent-

sprechenden Regeln zu spielen und die notwendigen tiefgreifenden Reformen in der Gesellschaft vorzunehmen. Diese Absicht und – was noch viel wichtiger ist – diese innere Überzeugung teilt inzwischen die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft. Nur: Alles deutet darauf hin, dass die heutige politische Führung des Landes mit diesen Deklarationen und den Versprechen ihren EU-Partnern gegenüber, vor allem aber mit dem Vertrauen ihres eigenen Volkes ein arges, perfides und höchst zynisches Spiel treibt. Mit dieser Taktik aber verspielt sie – und das sieht man in diesen Tagen so deutlich wie nie zuvor – die Zukunft ihres Landes und die ihres Volkes. Es gab und gibt viele Auslegungen und Lesarten dessen, was im so genannten Fall Tymoschenko passiert ist und warum. Man fragt sich, ob diese Regierung denn überhaupt bei Sinnen ist. Man fragt sich, wovon es mehr gibt: einen kriminellen Habitus, der unbedingt Rache am Rivalen ausüben muss, oder die ganovenhafte Überzeugung dieser sich zum großen Teil aus dem organisierten Verbrechertum rekrutierenden Staatsbeamten, dass man allen, aber wirklich allen auf der Nase herumtanzen kann, um dann doch alles zu bekommen: den eigenen Autoritarismus im Inland und die EU-Annäherung. Oder ob es womöglich eine hoffnungslose Provinzialität und Ungebildetheit dieser Eliten sei, die es ihnen unmöglich macht, weitere Horizonte als ihre eigene Bereicherung und Machtsucht zu sehen und die Entwicklungen überhaupt einigermaßen realistisch einzuschätzen. Oder vielleicht doch die unselbstständige und völlig vasallenhafte Ausführung des bösen Willens vom Kreml?

Für mich sind zwei Dinge evident: erstens, dass es zwar häufiger vorkommt, dass Staatsmänner zu Kriminellen degradieren, dass es umgekehrt aber kaum geschieht. Und zweitens, dass diese ganzen Schritte im Fall Tymoschenko zwar auch andere Nebeneffekte erreichen mögen, doch in ihrem innersten Kern und Pathos dazu unternommen werden, die EU-Integration geradezu unmöglich zu machen. Ganz zynisch und ganz bewusst. Um dann noch, nach zu erwartenden Sanktionen, der Bevölkerung sagen zu können: „Na schaut mal, wir haben uns so redlich bemüht, und die doppelzüngige EU ist es, die uns nicht mag. Dabei waren doch schon alle Papiere für die beiden zentralen Abkommen im Dezember 2011 fertig: das Assoziierungsabkommen und das Abkommen über die Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine. Und dann macht die EU im letzten Augenblick einen Rückzieher!“

Es ist ein klarer Betrug und es sind deutliche Lügen. Zudem ist es eine eklatante, aber leider nicht ungewöhnliche Manipulation obendrein.

Diesem Regime nehme ich kein einziges Wort über die Annäherungsabsichten ab. Diese Annäherung wird nicht kurz- oder leichtsinnig verspielt. Sie wird absichtlich und methodisch verhindert.

Bleiben zwei weitere Fragen: Wie reagiert die ukrainische Bevölkerung darauf und wie reagiert die EU? Was mir dieser Tage in der Ukraine sehr fehlt, ist der Zorn. Die allgemeine Empörung, offen, öffentlich, offensiv. Verstehen meine Mitmenschen denn überhaupt nicht, dass sie vor ihren Augen um ihre und möglicherweise ihrer Kinder und Nachkommen Zukunft gebracht werden? Dieser unverschämte Betrug, diese skrupellose Manipulation allein wären schon Grund genug zur Empörung. Aber dass einem die ganze Zukunft geraubt wird, ohne dass man etwas dagegen unternimmt oder zumindest fühlt? Da gibt es in meinen Augen zwei mögliche Antworten: Entweder begreifen die Menschen nicht einmal, was mit ihnen gerade gemacht wird – oder es ist etwas Irreparables mit ihren Seelen passiert.

Es gibt in der Psychologie die sogenannte *Selbsteffizienz-Theorie.* Sie wurde von dem kanadischen Psychologen Albert Bandura entwickelt. Danach tragen die gelungenen Taten zur Stärkung des Selbstwerts bei, und dieser wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es zu weiteren Erfolgen kommt. So entsteht eine gutartige Spirale, die Spirale des Erfolgs, des guten Lebens. Für mein Heimatland habe ich aber eine konträre Theorie entwickeln müssen, die ich in Anlehnung an Bandura und wenig originell *Selbstineffizienz-Theorie* nenne. Meine Landsleute scheinen an dieser seltsamen Epidemie der Minderwertigkeitsgefühle zu leiden. Erschreckend viele Ukrainer sind davon überzeugt, dass sowieso alles nur schlecht kommt, dass sie eigentlich gar nichts dagegen tun können, und wenn doch, dann wird alles davon nur noch schlechter. Eine gigantische Spirale des Scheiterns ist in vollem Gange.

Daher plädiere ich dafür, dass die Sanktionen für diese Lügen des Regimes, für das Belügen der europäischen Partner, aber vor allem auch des eigenen Volkes in die eingangs geschilderte Richtung gehen sollten. Dass sie so angelegt sind, dass sie nicht anders ausgelegt werden können als gerechte Bestrafung. Dass sie jeder von uns spürt und sich darüber empört. Dass es jedem Ignoranten, Gleichgültigen, Wegschauer oder einfach Idioten endgültig klar wird, dass es sehr schlecht steht um unser Land. Dass wir endlich aus dieser posttraumatischen Apathie aufwachen und unsere Führung zur Rechenschaft und Verantwortung ziehen. Und unsere Zukunft – in Europa und überhaupt – selbst in die Hand nehmen und verantworten. Am Beispiel des Fußballs wäre eine solche Operation

am effizientesten, denn sie trifft direkt den Körper der Gesellschaft und somit hoffentlich auch ihren Geist. Natürlich sind mir die narzisstischen Kränkungen, aber auch die materiellen Verluste, die den regierenden Oligarchen durch die Entscheidung zugefügt würden, dem Land eine „Europa"-Festivität zu verweigern, bewusst, aber letztendlich sind sie mir auch gleichgültig. Denn die Oligarchen würden ihr Gesicht und – was für sie natürlich noch viel schlimmer ist – ihre Profite verlieren. Wir aber werden, wenn das nicht geschieht, alles verlieren!

Denn genau darum geht es auch in unserer Wahrnehmung der EU. Für die meisten Ukrainer ist dieser momentan akut bedrohte Leuchtturm ein lebendiger Beweis der Möglichkeit des Unmöglichen. Wir Ukrainer verbinden damit nicht so sehr die Hoffnung auf Wohlstand, an dem wir auch partizipieren könnten, und nicht so sehr die so genannten westlichen Lebensstandards, wie vielmehr schlicht und einfach die Hoffnung auf die Möglichkeit, das politische und gesellschaftliche Leben überhaupt konstruktiv gestalten zu können. Ja, wir sind sehr naiv und infantil. Ja, wir erwarten Hilfe, Halt und Hoffnung von außen, obwohl man das eigentlich alles selber schaffen sollte und uns auch keiner diese Aufgabe abnimmt oder abnehmen will. Warum es so ist, geht vielleicht aus der oben dargelegten Theorie der Selbstineffizienz hervor. Wir sind aber auch große Idealisten, Europa-Idealisten. Und zwar nicht aus Infantilität, sondern aus purer Not, an etwas noch glauben zu müssen und zu wollen. Es gibt nur noch wenige europäische Länder im Moment, die wirklich so vital und leidenschaftlich am Weiterbestehen und Wohlergehen der EU interessiert wären wie die Ukraine. Denn die einzige Alternative angesichts der bereits arrangierten Machtübernahme (pardon, Machtweiterführung!) durch Putin kann man sich nur allzu deutlich ausmalen.

Die Ukrainer erwarten die Hilfe der EU und sind deshalb an ihrem Fortbestand interessiert wie sonst kaum jemand in Europa.

Sigmund Freud hat einmal sehr treffend den Unterschied zwischen dem Zustand nach einer gelungenen Analyse und dem davor oder gar ohne diese bezeichnet: Es geht um den Unterschied zwischen neurotischem Leiden und normalem Leiden. Schaffen wir es, uns noch rechtzeitig, noch im letzten Moment an die EU stärker zu binden, bevor es zu spät sein wird, ist die Wahrscheinlichkeit recht groß, das neurotische Leiden allmählich durch ein normales zu ersetzen und die Selbstineffizienz durch mehr und mehr Selbsteffizienz.

Doch die Wahrscheinlichkeit, dass es mit den europäischen Sanktionen für die Lügen der ukrainischen Regierung so kommt, wie ich es mir in diesem Wachtraum zu phantasieren erlaubt habe, ist verschwindend gering. Eigentlich gibt es sie gar nicht. Denn der Verband, der darüber entscheidet, ist kein politisches Gremium der EU, sondern eine Einrichtung, die sich in ihrer Logik und Pragmatik in vielerlei Hinsicht kaum von derjenigen der aktuellen ukrainischen Regierung unterscheidet. Warum sollte sie auch? Daher kommt es unweigerlich auf die beiden Schlüsselparteien in diesem – hoffentlich noch nicht ganz entschiedenen – Spiel an, das weitaus wichtiger ist als jedes noch so grandiose Finale: auf die EU und auf uns, die ukrainische Gesellschaft. Die Frage ist, ob die Sanktionen kommen, wie sie beschaffen sein werden und wer am Ende darunter leidet. Nein, wahrlich wäre die Stornierung der EM eine viel bessere Idee!

Die Ukraine umfasst 603.628 km² und hat ca. 46 Millionen Einwohner (2010). Die Hauptstadt ist Kiew (ca. 3 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 78 % Ukrainer, 17 % Russen, 0,6 % Weißrussen, außerdem ca. 100 weitere Nationalitäten. Religion: 30-40 % orthodoxe Christen (in drei Kirchen geteilt), 12 % Katholiken (mehrheitlich griechisch-katholisch), 10-15 % Protestanten, außerdem Muslime, Juden u. a.; ohne Angaben zur Religionszugehörigkeit: 30-45 % (diese statistischen Angaben lassen nur ungefähre Rückschlüsse auf die tatsächlichen Zahlen zu). – Die Ukraine ist eine semipräsidiale Republik mit einem Einkammerparlament. Im Land machen sich bis heute starke mentale Unterschiede zwischen der Westukraine einerseits, der Mitte und dem Osten andererseits bemerkbar; auch sprachlich und religiös wirken alte historische Grenzen nach. Große Teile der Industrie und des Bergbaus sind veraltet, was u. a. zu schweren Umweltschäden führte. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Land stark in Mitleidenschaft gezogen worden; Exporteinbrüche und hohe Staatsverschuldung waren die Folge. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 8 Prozent (2010).

Tamás Scheibner

Ungarn und die Europäische Union: Vom „Musterknaben" zum „Krisenfall"?

Tamás Scheibner, Literaturwissenschaftler und Historiker, ist Assistenzprofessor am Institut für Kultur- und Literaturwissenschaft der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest.

Ungarn galt bis vor wenigen Jahren als Vorzeigeland für die gelungene Integration mittel- und osteuropäischer Staaten in die Europäische Union. Dann wurde das Land von der internationalen Wirtschaftskrise schwer getroffen, deren Auswirkungen sich durch innenpolitische Verwerfungen verstärkten. Gegenwärtig ist das Land breiter Kritik von den europäischen Nachbarn ausgesetzt. Noch ist unklar, ob die Krise das Land noch weiter in die Isolierung führen oder es gelingen wird, wieder zu einem gesellschaftlichen Konsens zu gelangen.

Anmerkungen zur politisch-gesellschaftlichen Lage

Ungarn gilt als mittelgroßer Staat innerhalb der Europäischen Union (EU). Das ungarische politische System war bisher stabil, seit den politisch-gesellschaftlichen Veränderungen 1989/90 mussten kein einziges Mal vorgezogene Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die politische Szene erfährt jedoch gerade eine Umwandlung.

In den letzten fünfzehn Jahren hatten hauptsächlich zwei Volksparteien das politische Feld bestimmt, die kommunistische Nachfolgepartei MSZP (Ungarische Sozialistische Partei), die bestrebt war, sich als authentische sozialdemokratische Partei neu zu gestalten, und die Mitte-Rechts-Partei „Fidesz-Ungarischer Bürgerbund". Die Sozialisten, denen im Jahr 2006 die Wiederwahl gelang, sollten jedoch bald mit einem bedeutenden Glaubwürdigkeitsverlust konfrontiert werden. Der damalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány hatte nach der Wahl in einer internen Rede zugegeben, dass seine Partei im Wahlkampf mit falschen Wirtschaftsdaten operiert hatte. Die im September 2006 an die Öffent-

lichkeit gelangte Rede löste große Empörung im Land aus. Die zum Teil gewalttätigen, von den internationalen Medien mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Budapester Demonstrationen waren nur ein Symptom für die daraufhin ausbrechende Krise. Die Korruptionsskandale und auch die Strategie der Oppositionspartei Fidesz, sich ausschließlich auf die Maximierung des eigenen politischen Kapitals zu konzentrieren, sowie die mit der Zeit auch Ungarn erreichende Wirtschaftskrise engten den Spielraum der damaligen Regierung weiter ein. Die Erwartung der Wähler, dass die MSZP weitere für die Finanzlage des Landes notwendige radikale Reformen im Gemeinde- und Bildungssystem und eine Reform des Gesundheitswesens durchsetzen würde, sollte unerfüllt bleiben. All dies führte zu einer gesellschaftlichen Unzufriedenheit, sodass die regierende MSZP im Frühjahr 2010 die Wahl verlor und „Fidesz" eine Zweidrittelmehrheit erreichte.

Obwohl im vergangenen Jahr die Popularität von Ministerpräsident Viktor Orbán und seiner Partei etwas gesunken ist, konnten die Sozialisten daraus kein politisches Kapital schlagen; sie sind vielmehr in unterschiedliche rivalisierende Gruppen zerfallen, was letztendlich eine Parteispaltung auslöste. Eine Folge der Spaltung ist, dass plötzlich die rechtsradikale „Jobbik" („Bewegung für ein besseres Ungarn") zweitstärkste Partei Ungarns wurde, obwohl ihre Unterstützung durch die Bevölkerung mittlerweile ebenfalls etwas geringer geworden ist. Im Jahr 2010 kam als viertgrößte eine neue Partei ins Parlament, die LMP („Politik kann anders sein"), die sich selbst gerne als „grüne" Partei bezeichnet, deren Programm aber für die Wähler weiterhin schwer einzuschätzen ist. Auf Landesebene scheint der Schutz des Rechtsstaates ihre Priorität zu sein, womit sie aber nur eine schmale Schicht der städtischen Wähler ansprechen kann.

Das Vertrauen gegenüber Politikern aller Richtungen ist so stark gesunken, dass man von einer Krise des demokratischen Systems sprechen muss.

Inzwischen ist das Vertrauen gegenüber Politikern aller Richtungen so stark gesunken wie noch nie, und die potenzielle Wahlbereitschaft im Land ist sehr gering geworden. Das spricht für eine Krise des demokratischen Systems. Immer mehr Bürgerbewegungen melden sich außerdem zu Wort, die die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke des Internets bewusst für ihre Zwecke nutzen. Auch die Lokalpolitik erhält selbst in großen Städten eine immer bedeutendere Rolle, was möglicherweise eine entgegengesetzte Wirkung zeitigen kann. Die Gestalt des politischen

Feldes wird aber in Zukunft sicherlich vom geplanten neuen Wahlgesetz abhängig sein und umgekehrt: Das Gesetz bestimmt dann die neuen Formen des Politischen.

Das Verhältnis der Ungarn zur Europäischen Union

Unabhängig davon, dass die ungarischen Wähler sich immer mehr von der Politik ihrer Regierung abgrenzen, wird die EU nach wie vor eher positiv bewertet, auch wenn diese gute Meinung seit dem Beitritt zur EU etwas nachgelassen hat. Obwohl die Jugendlichen nicht besonders gut über die Arbeit der EU informiert sind, sind sie von der positiven Wirkung der europäischen Integration überzeugt. Diese Tatsache ist auch deshalb bemerkenswert, weil die wichtigste Wähler- und Rekrutierungsbasis der zum Teil heftig euroskeptischen „Jobbik" – ähnlich wie bei der LMP – die jüngeren Mitbürger bilden. Interessant ist, dass die den Alltagsdiskurs am meisten bestimmende Partei „Fidesz" wiederum eine widersprüchliche Kommunikationsstrategie bezüglich der Union einsetzt. Wie sich das auswirken kann, ist mittelfristig schwer einzuschätzen. Wie es sich auch bei anderen Ländern beobachten lässt, wird die EU als Bedrohung des nationalen Bewusstseins dargestellt, wenn es das eigene politische Interesse verlangt – bis hin zu Parallelen zum habsburgischen Österreich oder zur Sowjetunion.[1] Viele Anzeichen sprechen jedoch auch dafür, dass die Partei eine entschieden unionsfreundliche Linie verfolgt. Es geht hier nicht nur darum, dass Viktor Orbán sich gerne als europäischer Politiker von großem Format darstellen möchte, der sich für die Gründung einer starken Union einsetzt – was bei einem kleinen Land nichts anderes bedeuten kann als die partielle Aufgabe der nationalen Souveränität –, sondern auch darum, dass die ungarische EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2011 die weitere Integration Europas als Priorität in ihr Programm aufgenommen hat, nämlich die Erweiterung der Union in Richtung Südosteuropa. Ein Zeichen dafür war die so genannte Donauraumstrategie, im Rahmen derer acht EU-Länder (Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien) und sechs weitere Staaten (Kroa-

1 Diesen Vergleich hat zuletzt József Szájer (MdEP, „Fidesz") am 2. Dezember 2011 im ungarischen Fernsehen gemacht.

tien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Ukraine, Republik Moldau) ihre Zusammenarbeit verstärkten.

Eine mögliche Erleichterung der Einwanderung ist momentan für die ungarische Gesellschaft keine zentrale Frage. Nur die Zahl der aus China nach Budapest kommenden Migranten kann als bedeutend bezeichnet werden, doch dies auch nicht in einem solchen Ausmaß, um spürbare ethnische Konflikte auslösen zu können. Auf die Frage der Überalterung der Gesellschaft ist die Einwanderung auch nicht die einzige passende strategische Antwort, da innerhalb der ungarischen Gesellschaft große und bisher nicht ausgeschöpfte Personalreserven in der sozial immer mehr abrutschenden Volksgruppe der Roma existieren. Die aktive Integration dieser Gruppe und ihre Rück- bzw. Einführung in den Arbeitsmarkt hat vorrangige Priorität: Kein Zufall, dass die Ausarbeitung einer gesamteuropäischen Roma-Strategie eines der wichtigsten Themen der ungarischen EU-Präsidentschaft gewesen ist. Die gesellschaftliche Meinung über diese Volksgruppe fällt allerdings in der ganzen Region nicht besonders günstig aus. Zwei Drittel der erwachsenen Bürger findet sie unsympathisch, ihre Integration bleibt eine soziale und kulturelle Herausforderung, die oft auch Gegenstand europäischer politischer Kompromisse wird.[2] Weil die vielseitige Tätigkeit der Roma von den europäischen Migrationsfragen untrennbar ist, ist das ein Thema, das nicht im Kontext nur einer einzelnen Gesellschaft untersucht werden kann. Gleichzeitig sollte man aber darauf achten, dass die Verantwortung zwischen nationalen und internationalen Entscheidungsträgern nicht hin- und hergeschoben wird.

Eines der wichtigsten Themen der ungarischen EU-Präsidentschaft war die Ausarbeitung einer gesamteuropäischen Roma-Strategie.

Europäische Integration als geistige Aufgabe

Meiner Meinung nach sollte die europäische Integration kein bürokratischer Vorgang sein; auch wäre es nicht rational, sie als rein politische Frage zu sehen, die ohne ausreichende gesellschaftliche Legi-

2 Vgl. Nicolae Gheorghe: „Romania is shirking its Roma responsibilities." In: The Guardian, 03.11.2010; online: http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/nov/03/romania-shirking-roma-responsibilities (letzter Zugriff: 23.01.2012).

timation durchgeführt wird in der Hoffnung, dass die institutionellen Strukturen irgendwann auch mit Inhalt gefüllt werden können. Es ist nicht besonders glücklich, wenn sich die institutionellen Vorgänge, um sich stabilisieren und innerhalb der neuen Bedingungen wirkungsvoll funktionieren zu können, von den Denkgewohnheiten zu sehr entfernen. Man weiß natürlich, dass die wirtschaftlichen Vorgänge viel schneller ablaufen, als sich die Mentalitäten ändern können. So verlangt beispielsweise eine Wirtschaftskrise rasche Antworten, also ist in diesem Fall ohne Zweifel eine stärkere Integration der einzige Weg. Wenn nun die Integration nicht gebremst werden kann, bleibt als Ausweg nur, die Überlegungen über die gemeinsame Zukunft zu dynamisieren, was selbstverständlich von den Überlegungen über die gemeinsame Vergangenheit untrennbar ist.

In dieser Hinsicht hat die Union noch viel zu tun. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Geisteswissenschaften als „überflüssiger" Wissenschaftszweig behandelt werden, was langfristig sehr leicht negative Auswirkungen auf die Produktivität und die Methoden der Problemlösung haben kann. Die Teilnehmer am Wirtschaftsleben, zahlreiche Länder mit ihren auch vor Populismus nicht zurückschreckenden Politikern – darunter auch die ungarische Regierung – und einige Technokraten in Brüssel haben einander offenbar in der Ansicht gefunden, dass für die wirkungsvolle Regierung einer Gesellschaft so etwas wie eine tiefere Beschäftigung mit der Übersetzung und der interkulturellen Kommunikation nutzlose Tätigkeiten sind.[3] Infolgedessen gerät gerade das in den Hintergrund, was die meiste Aufmerksamkeit bräuchte, nämlich welche Änderungen bei für universell gehaltenen Modellen durchgeführt werden müssen, um sie den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Der Verzicht auf die Geisteswissenschaften lohnt sich auch deshalb nicht, weil diese Wissenschaften die meisten Ergebnisse bei der Ausarbeitung einer für so wichtig gehaltenen allgemeinen, interdisziplinären Sprache und bei der Strukturierung des Wissens erbringen konnten. Ohne dieses Wissen kann Europa bestimmt nicht an seinen Platz als im weltweiten Vergleich zentraler Ort der Wissenschaftsproduktion zurückkehren.

Die durch den kollektiven Gedächtnisraum verstärkte Kohärenz der EU, die in Brüssel auch einen politischen Willen gefunden hat, ist Bedin-

3 Dazu David Bleich: Globalization, Translation, and the University Tradition. In: New Literary History 39 (2008), S. 497-517.

gung der engeren Integration, wobei auf diesem Weg die Existenz so vieler unterschiedlicher Kulturen kein Hindernis darstellen muss. Da die nationalen Narrative so unterschiedlich sind, soll das kollektive europäische Gedächtnis gar nicht erst einheitlich erscheinen.[4] Die Betonung liegt daher auf der Erarbeitung einer europäischen Öffentlichkeit, wo dieselben Themen auf dem Tisch liegen. Die Hauptfrage wäre, ob so etwas überhaupt möglich ist und wer daran teilnimmt. Welche Prozesse würden die unterschiedlichen Herangehensweisen deutlich formulieren? Das sind vielschichtige Fragen. Obwohl es in der letzten Zeit sporadische Versuche gegeben hat,[5] die Erfahrungen osteuropäischer Geschichte in das europäische Gedächtnis zu integrieren, wird das gesamteuropäische Gedächtnis nach wie vor von westlichen Vorstellungen bestimmt. Wir können so lange nicht auf einen sinnvollen Dialog hoffen, als die Kulturen Osteuropas außerhalb der wissenschaftlichen Zentren der Region mehr oder weniger als Epigonenkulturen des Westens beurteilt werden, statt sich ihnen mit Verständnis zuzuwenden – was natürlich die westlichen Interpretationsmodelle über den Osten in Frage stellen und oft zu unangenehmen prinzipiellen Fragestellungen führen würde.

Andererseits muss man bei der Bildung einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit damit rechnen, dass die sprachlichen Grenzen immer noch sehr präsent sind. Ungarn hat gerade bei diesem Problem viel nachzuholen, denn in diesem Land beherrschen zwei Drittel der erwachsenen Bürger außer der eigenen Sprache keine Fremdsprachen; das ist in der EU ein Negativrekord. In den ehemaligen Ostblockländern kostet der Fremdsprachenunterricht im Hinblick auf das durchschnittliche Einkommen relativ viel Geld, sodass ihn sich nur die höheren Schichten leisten können. Sogar die Führung des Landes denkt offenbar, dass die Unterstützung des Fremdsprachenlernens unwichtig sei, denn einerseits werden die Arbeitnehmer dadurch qualifi-

Eine Fortentwicklung der europäischen Integration wird nur durch verstärkte Bildung, besonders durch Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen, möglich sein.

4 Vgl. Stefan Auer: Die EU und die Geburt des freien Europa. Identität, Legitimität und das Erbe von 1989. In: Osteuropa 60 (2010), S. 3-24.

5 Etwa Timothy D. Snyder: Bloodlands: Europe between Hitler and Stalin. New York 2010; Claus Leggewie: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt. München 2011.

zierter, andererseits sind die teuer ausgebildeten Arbeitskräfte aber durch Sprachkenntnisse auch international mobiler. Man könnte daher überlegen, inwieweit es sinnvoll wäre, ein europäisches Sprachenprogramm auszuarbeiten, dass sowohl jungen Leuten der EU-Kernländer als auch den Osteuropäern den Zugang zu Fremdsprachenkenntnissen eröffnen könnte.

Die europäische Gedächtnisbildung kann nicht isoliert geschehen, sie sollte vielmehr mit der Bildung von nationalen Erinnerungsräumen in engen Zusammenhang gestellt werden, da in zahlreichen zentralen Fragen nicht einmal einzelne wettbewerbsfähige Narrative ausgearbeitet sind – und wenn sie vorhanden sind, dann nur auf eine sehr oberflächliche Weise, oft als „säkularisierte" Version der sozialistischen Geschichtsschreibung. In der seit der „Wende" vergangenen Zeit ist die Situation nicht viel besser geworden. Vielleicht reicht es aus, nur auf ein markantes Beispiel hinzuweisen, nämlich auf das unklare Wissen über die Umbrüche 1989/90. Dieses Problem existiert übrigens nicht nur in Osteuropa, sondern es ist auch in Deutschland bereits formuliert worden. Man darf die osteuropäischen Staaten nicht mit ihren jahrhundertalten Konflikten alleine lassen. Nur durch die Lösung dieser Probleme führt der Weg zu einer gut funktionierenden Union.

Ungarn umfasst eine Fläche von 93.036 km² und hat ca. 10 Millionen Einwohner (2011). Die Hauptstadt ist Budapest (ca. 1,7 Millionen Einwohner). Bevölkerungszusammensetzung: 90 % Ungarn, 4 % Roma, 6 % andere (Deutsche, Serben, Slowaken, Rumänen u. a., Zahlen von 2008). Religion (Angaben nach der Volkszählung von 2001): ca. 54 % römisch-katholische Christen, ca. 19 % Protestanten (in der Mehrzahl reformierte Christen), 0,3 % griechisch-katholische Christen u. a.; ein Viertel der Bevölkerung hat seinerzeit keine Angaben gemacht. – Ungarn ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament. Seit 1999 gehört das Land der NATO, seit 2004 der EU an. Die weltweite Wirtschaftskrise hat Industrie und Handel des Landes stark beeinträchtigt und verstärkte die bereits schwelende innenpolitische Krise. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 10 % (2011).

Europa ist unsere Zukunft!

Europa nicht von seinen Grenzen, sondern von seinen Chancen her denken

Auch den deutschen Katholiken ist die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses ein wichtiges Anliegen. Am 18. November 2011 hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken dazu eine Erklärung verabschiedet, aus der nachstehend Kernaussagen zitiert werden. Unter htttp://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklaerungen/detail/Europa-ist-unsere-Zukunft-Europa-nicht-von-seinen-Grenzen-sondern-von-seinen-Chancen-her-denken-197g/ (letzter Zugriff: 16.01.2012) kann der gesamte Text eingesehen werden; er steht dort auch als Download zur Verfügung.

Mit tiefer Sorge verfolgen wir das Andauern der europäischen Schuldenkrise, deren Bewältigung zur existenziellen Frage für den Fortbestand der bisherigen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses geworden ist. Die Zukunft der Europäischen Union bestimmt jedoch ganz entscheidend unsere Zukunft.

...

Die Europäische Union steht vor einer ihrer größten Bewährungsproben. Dennoch dürfen wir Europa nicht auf die derzeitige Krise reduzieren. Der Prozess der europäischen Integration war immer auch von Rückschlägen begleitet. Aus allen Krisen ging Europa jedoch gestärkt hervor.

...

Wir appellieren an die Verantwortlichen in der nationalen Politik und den europäischen Institutionen – ihrer Verantwortung für den Fortgang der europäischen Integration gemäß – mit Mut und Weitsicht für ein bürgernahes und zukunftsfähiges Europa zu kämpfen. Nur so kann Politik ihre Gestaltungshoheit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

Wir dürfen unsere Regierenden mit den folgenschweren Entscheidungen, die sie gegenwärtig und künftig fällen müssen, jedoch nicht allein lassen. Das christliche Erbe Europas verpflichtet gerade die Kirche und uns als engagierte Christinnen und Christen zu einem aktiven und glaubwürdigen Zeugnis für die Fortentwicklung eines sozial gerechten, solidarischen und weltoffenen Europa ...

Bücher

James Anderson/Armstrong Warwick (Hrsg.): Geopolitics of the European Union Enlargement: Expansion, Exclusion and Integration in the European Union. London: Routledge Transnationalism Series, 2007.

Etienne Balibar: We, the People of Europe? Reflections on Transnational Citizenship. Princeton, Oxford: Princeton University Press, 2004.

György Dalos (u. a.): Europa – Markt ohne Gemeinschaft? Weimarer Gespräche 2011. Weimar: Weimarer Verlagsgesellschaft, 2011.

Ausgabe „Europa" der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte" zur Wochenzeitung „Das Parlament". 62. Jahrgang. Nr. 4/2012 vom 23. Januar 2012. Bonn 2012.

Jan Hunin (Hrsg.): Dear Neighbours: Poland and the Eastern Dimension of the European Union. Lublin: Maria Curie-Skłodowska University Press, 2006.

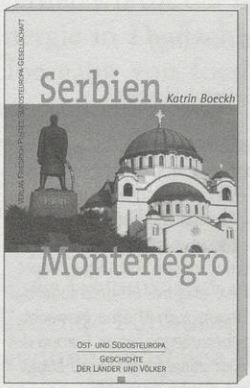
Božidar Jezernik u. a. (Hrsg.): Austronostalgia and Yugonostalgia in the Western Balkans. Europe and its Other. Ljubljana: University Press, 2004.

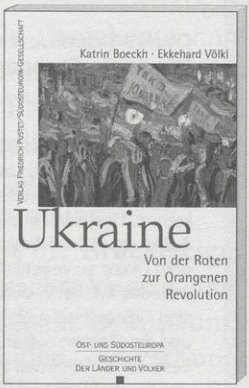
Claus Leggewie: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt. München: C. H. Beck, 2011.

Dorothée de Nève: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa. Albanien, Bulgarien und Rumänien 1989-1997. Opladen 2002.

Johannes Varwick (Hrsg.): Die Europäische Union. Krise, Neuorientierung, Zukunftsperspektiven, Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2011.

Ost- und Südosteuropa
Geschichte der Länder und Völker





Katrin Boeckh
Serbien. Montenegro

Klar und gut verständlich stellt die Autorin die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der serbischen und montenegrinischen historischen Entwicklungen vom Mittelalter bis in die unmittelbare Gegenwart heraus.

ISBN 978-3-7917-2169-9

Katrin Boeckh/Ekkehard Völkl
Ukraine
Von der Roten zur Orangenen Revolution

1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit. Die Darstellung setzt die sogenannte Orangene Revolution 2004/2005 in ihren historischen Kontext.

ISBN 978-3-7917-2050-0

Janos Hauszmann
Ungarn
Ungarn war im Mittelalter eines der mächtigsten Königreiche im östlichen Mitteleuropa. Die bewegte Landesvergangenheit wird detailiert und verständlich vom Osmanensturm über die Weltkriege bis zum Ende des sozialistischen Staatensystems dargestellt.

ISBN 978-3-7917-1908-5

Außerdem lieferbar:

Michael Garleff
Die baltischen Länder
ISBN 978-3-7917-1770-8

Hans-Joachim Härtel/
Roland Schönfeld
Bulgarien
ISBN 978-3-7917-1540-7

Ludwig Steindorff
Kroatien, 2. Auflage
ISBN 978-3-7917-1734-0

Ekkehard Völkl
Rumänien
ISBN 978-3-7917-1463-9

Erich Donnert
Rußland (860–1917)
ISBN 978-3-7917-1582-7

Tanja Wagensohn
Russland nach dem Ende der Sowjetunion
ISBN 978-3-7917-1751-7

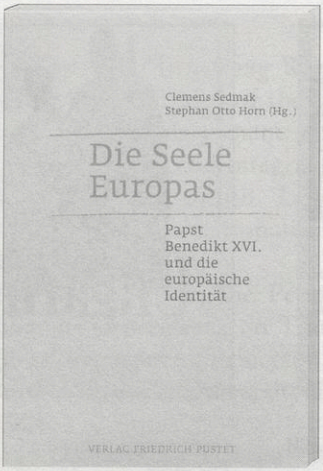
Roland Schönfeld
Slowakei
ISBN 978-3-7917-1723-4

Markus Mauritz
Tschechien
ISBN 978-3-7917-1769-2

Joachim Hösler
Slowenien
ISBN 978-3-7917-2004-3

Verlag Friedrich Pustet **www.verlag-pustet.de**

Zu Europäischer Identität und dem Einigungsprozess



392 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-7917-2379-2
€(D) 29,90 / €(A) 30,80 / sFr 40,90

Clemens Sedmak / Stephan Otto Horn (Hg.)
Die Seele Europas
Papst Benedikt XVI. und die europäische Identität

Europa ist seit Jahren auf der Suche nach seiner Seele, nach einem überzeugenden Interpretationsangebot, das als gemeinsame europäische Identität im Leben der Menschen zur Geltung kommt, Orientierung und sichere Handlungsgrundlage auch in Zeiten des sich ausbreitenden Pluralismus bietet, ohne sich dem Dialog zu verschließen. Kardinal Joseph Ratzinger /Papst Benedikt XVI. hat in vielfältiger Weise und bei unterschiedlichsten Gelegenheiten eben diese Fragen zum Thema gemacht und die Christen aufgerufen, dazu beizutragen, »dass Europa das Beste seines Erbes neu gewinnt«. Der vorliegende Band zeugt von der Relevanz und Fruchtbarkeit dieses Angebots.

268 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-7917-2214-6
€(D) 34,90 / €(A) 35,90 / sFr 56,90

Christoph Böttigheimer / Florian Bruckmann (Hg.)
Religionsfreiheit – Gastfreundschaft – Toleranz
Der Beitrag der Religionen zum europäischen Einigungsprozess

Eine besondere Schwierigkeit im europäischen Einigungsprozess stellt eine künftige Verfassung dar, in deren Präambel das Selbstverständnis der EU dokumentiert werden soll. Welche Rolle spielen dabei die christliche Tradition und Religion im Allgemeinen? Diese ungelöste Frage wirkt sich nicht nur auf die Ausarbeitung einer EU-Verfassung negativ aus, sondern u. a. auch in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Wissenschaftler und Politiker fragen darum gezielt nach der Bedeutung der Religionen und des interreligiösen Dialogs für den europäischen Einigungsprozess und suchen aus unterschiedlichsten Perspektiven –(religions-)soziologisch, juristisch, christlich, jüdisch, islamisch etc. – nach Antworten.

Verlag Friedrich Pustet **www.verlag-pustet.de**

Editorial

Es gibt wahrscheinlich nicht viele Metaphern, die so häufig verwendet werden wie die der Brücke. Heute wird sogar die Nutzung der Nuklearenergie in Deutschland als „Brückentechnologie" bezeichnet, die den Übergang von fossilen Brennstoffen zu nachhaltigen Energiequellen kennzeichnen soll. Eine Brücke wird demnach als eine Verbindung zwischen zwei unterschiedlichen Dingen gesehen, in der Regel Flussufer oder Berghänge, aber auch zwischen Gedanken, Motiven oder eben Methoden der Energiegewinnung.

Diese Sichtweise macht die Brücke eigentlich zu einem merkwürdigen Gegenstand, der zunächst keine eigene Qualität hat, sondern eine dienende Funktion. Die Brücke ist Instrument, Werkzeug für die Verbindung zwischen den beiden, die verbunden werden sollen. Die oft zitierte Weisheit, wonach das Leben eine Brücke sei, auf der man nicht verweilen, sondern über die man hinübergehen solle, macht das ebenfalls deutlich. Für keine Idee, keine Gruppe, keine Gesellschaft, kein System ist es attraktiv, nur Brücke zu sein. Es impliziert, dass man zwar benutzt wird, doch dann, wenn der Übergang geschafft ist, nicht mehr gebraucht wird oder jedenfalls nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses steht.

Und dennoch dürfen wir natürlich die Bedeutung der Brücke nicht unterschätzen. Gerade sie ist es eben, die uns die Verbindung, den Kontakt zu einer anderen Seite ermöglicht. Ohne Brücken müssen wir große Umwege oder mühseligere Übergänge in Kauf nehmen, oder wir müssten darauf verzichten, weiter zu gelangen als bis zum ersten größeren Hindernis, dem Fluss, der Schlucht oder etwa einer Autobahn. Ein solcher Verzicht würde aber auch bedeuten, auf das zu verzichten, was wir von jenseits bekommen können, was uns bereichern und weiterbringen kann: auf Kontakt und Begegnung, auf Impulse und Austausch. All das wird von der Brücke ermöglicht.

Die Redaktion hat sich von solchen Überlegungen leiten lassen, als sie beschlossen hat, den Brücken in Mittel- und Osteuropa ein Heft zu widmen. Dabei tun sich einige Überraschungen auf: Bedingt durch die historischen Umstände und die vielfältigen Verwicklungen in der Region gibt es Brücken, die nicht verbunden haben, sondern getrennt. Gleich der erste Beitrag ist ein Beispiel dafür. Brücken waren oft umstritten und umkämpft; nicht ohne Grund tragen viele berühmte Kriegsfilme das Wort in ihrem Titel, von der „Brücke von Arnheim" bis zur „Brücke am

Kwai". Und schließlich waren Brückenbauten häufig ein wichtiger Ausdruck von Modernisierung; die Entwicklung des Eisenbahnwesens im 19. Jahrhundert machte es unumgänglich, Flüsse zu überbrücken, da Fähren nicht mehr hilfreich waren. Durch den Ausbau der Wege- und Straßennetze stieg die Notwendigkeit von großen und stabilen Brücken weiter an, zumal mit zunehmender Mobilität. Die Entwicklung des Bauwesens verlief parallel dazu. Besonders die Brückenbauer, die Ingenieure, haben oft technisch anspruchsvolle und neuartige Brückenbauten geplant und ausgeführt – aber in diesem Heft finden Sie auch Beiträge, die von der dauerhaften Baukunst viel früherer Zeiten zeugen. Eine Kartenskizze mit der Lage der behandelten Brücken finden Sie auf S. 85.

Lassen Sie sich von den Beiträgen in diesem Heft auf eine Reise durch Mittel- und Osteuropa mitnehmen, bei der Sie Brücken ganz unterschiedlicher Art kennen lernen, die zwischen Stadtteilen, Städten oder sogar Ländern verbinden, die in Kriegen und Konflikten zerstört, aber immer wieder aufgebaut wurden von Menschen, die sich nicht mit der Trennung zufrieden geben wollten. Wir wünschen Ihnen anregende Lektüre!

Die Redaktion

Kompetent, bescheiden, leidenschaftlich

Zum 80. Geburtstag von Wolfgang Grycz

Die Redaktion von OST-WEST. Europäische Perspektiven möchte die Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift darüber informieren, dass Wolfgang Grycz am 17. Juni 2012 80 Jahre alt wird. Ein Grund innezuhalten für eine herzliche und dankbare Erinnerung an ein ungewöhnliches Leben.

Ein paar Daten nur seien genannt. Wolfgang Grycz wurde 1932 in Frankfurt (Oder) geboren. Das Studium an der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin schloss er 1955 als Diplom-Slawist ab. Von 1955 bis 1961 war er Lektor und Redakteur für polnische und jugoslawische Literatur am Berliner Aufbau-Verlag. 1961 floh er mit der Familie nach West-Berlin. Von 1962 bis 1997 war Grycz Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Albertus-Magnus-Kolleg in Königstein/Taunus und in diesem Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Kongresse Kirche in Not betraut. Auch als Übersetzer aus dem der polnischen in die deutsche Sprache hat er sich einen Namen gemacht. Daneben war er Mitglied der Redaktion des „Ost-West-Informationsdienstes", der in den Jahren der deutschen Teilung den Versuch unternommen hat, durch Information eine kleine Klammer zwischen den getrennten Welten Deutschlands zu bilden.

Seine persönliche und berufliche Erfahrung brachte er auch in die Redaktion dieser Zeitschrift ein, der er bis Ende 2009, zuletzt als korrespondierendes Mitglied, angehörte. Er „korrespondiert" immer noch und nimmt trotz seiner eingeschränkten gesundheitlichen Situation regen Anteil an der Arbeit der Redaktion. Dafür sind wir ihm dankbar.

Wer mit Wolfgang Grycz über lange Jahre zusammenarbeiten durfte, konnte und kann dies nur als ein Geschenk empfinden. Drei Merkmale zeichnen ihn persönlich wie professionell aus: Kompetenz, Bescheidenheit, Leidenschaftlichkeit. Seine Argumente waren immer von einem fundierten Wissen und von seinen gründlich reflektierten persönlichen Erfahrungen geprägt. Er hat die deutsche Teilung am eigenen Leib und an der eigenen Seele erlebt. Daraus erwuchs seine sachliche lebenslange Leidenschaft für die Gründe und Folgen dieser geschichtlichen Zäsur.

Ihm konnte und kann man nichts vormachen. Er wusste und weiß, wovon er sprach und schrieb.

Die Mitglieder der Redaktion von OST-WEST. Europäische Perspektiven wünschen ihm, sicher auch im Namen vieler unserer Leserinnen und Leser, von Herzen zum 80. Geburtstag alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen. Er bleibt uns gegenwärtig.

Michael Albus

Brückenübersicht (nach Standorten)

Beatrice de Graaf

Die Glienicker Brücke als „Gedächtnisort" in der historischen Erinnerung

Prof. Dr. Beatrice de Graaf ist Professorin für Konflikt- und Sicherheitsgeschichte an der Universität Leiden. Sie arbeitet seit 2007 auch am Zentrum für Terrorismusforschung Den Haag.

Mit der Glienicker Brücke, die die Havel überspannt und zugleich die Grenze zwischen Berlin und Potsdam markiert, ist vor allem die Erinnerung an eine „Nahtstelle" des „Kalten Krieges" verbunden. Seit 1990 kommt ihre historische Bedeutung als bautechnisches Monument inmitten der brandenburgischen Schlösser- und Seenlandschaft wieder mehr zur Geltung.

Die Glienicker Brücke hat sich im Gedächtnis der Berliner weniger eingeprägt als viele andere Brücken Berlins. Zwar ist sie eines der seltenen gusseisernen Originalexemplare, die den Krieg überstanden, ohne total zerstört zu werden, aber sie lag und liegt zu weit außerhalb der Stadt, um zum Bestandteil des täglichen Verkehrs oder der mentalen Geographie der Berliner zu werden. Jedoch erhielt die Brücke im kollektiven Gedächtnis des europäischen Westens sowie in den USA eine überproportionale Bedeutung: Sie wurde zum Schauplatz der berühmtesten Austauschaktionen von Spionen in der Geschichte (oder ehe in der verfilmten Geschichte). Obwohl es an der Glienicker Brücke nur dreimal einen Agentenaustausch gab, war sie seit dem Film „Der Spion, der aus der Kälte kam" (1965) Symbol für die Nahtstelle zwischen Ost und West, für den sichtbaren Übergang zum eiskalten, düsteren Osten.

„Der schönste Punkt der Welt": die Schinkelsche Brücke

Als Potsdam im Jahre 1660 Sitz der zweiten Residenz der Hohenzollern wurde, wurde das Dorf allmählich enger mit der Stadt Berlin verbunden. Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst (reg. 1640-1688) schlug Schneisen durch die Forsten um Potsdam, ließ Zufahrtswege bauen und veran-

lasste den Bau mehrerer Brücken, um das fürstliche Jagdrevier besser zugänglich machten.

Die erste Brücke, vermutlich 1660 gebaut, verband als schlichte Holzquerung die Havelufer zwischen Berlin und Potsdam miteinander und war etwa 300 Schritte lang. Ihren Namen erhielt sie vom Gutsbezirk Klein-Glienicke, der bereits 1375 als kleines Dorf urkundlich erwähnt worden war. Im 17. Jahrhundert war es vorläufig ein Privileg der Kurfürsten und Könige, den Holzweg über die Brücke zu beschreiten, um von Potsdam schneller zum Jagdschloss Glienicke zu gelangen. Ab 1753 wurde die Verbindungsbrücke zusätzlich von der Post benutzt. Seither wurde die Brücke von Soldaten des preußischen Königs kontrolliert, um Überfälle auf Posttransporte zu verhindern und um Kameraden vom Desertieren abzuhalten. Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Brücke immer stärker befahren. Über sie führte ab 1794 die erste preußische Musterchaussee. Dennoch haben die Einwohner Berlins wenig von der Brücke mitbekommen, da sie zu der Zeit noch 30 Kilometer von den damaligen Toren Berlins entfernt war, was einer Kutschfahrt von etwa sechs bis acht Stunden entsprach.[1]

Anfang der dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts erhielt der Architekt Karl Friedrich Schinkel den Auftrag, die Brücke durch eine breitere Steinbrücke zu ersetzen, die dem Verkehr zwischen den vielen Residenzen um Berlin gerecht wurde. Schinkel entwarf die neue Brücke, und gemeinsam mit dem Landschaftsarchitekten Peter Joseph Lenné gestaltete er die weitläufige Parklandschaft so schön, dass Alexander von Humboldt ausgerufen haben soll: „Der Blick von der Glienicker Brücke wetteifert mit den schönsten Punkten der Welt."[2] Tatsächlich bot die 1834 eröffnete Brücke mit ihren elf Brückenbögen einen weiten Blick über die Havel und war durch mehrere „Sichtachsen" mit dem Jungfernsee im Norden, der Glienicker Lake im Süden, der Sacrower Heilandskirche sowie den Schlössern in Potsdam, Babelsberg und Glienicke verbunden. Die Länge der Brücke betrug nun 178 Meter, die Breite (inklusive Fußweg) 9 Meter.

Seit dem 19. Jahrhundert eröffneten sich von der Glienicker Brücke weite Ausblicke auf die Seenlandschaft und die Schlösser bei Potsdam.

1 Thomas Blees: Glienicker Brücke. Ausufernde Geschichten. 2. erweiterte Aufl. Berlin 1998, S. 11-14 (auch zur folgenden Darstellung).

2 Georg Schlewski: Vom Bassinplatz zur Glienicker Brücke. Potsdam 1920, S. 94; vgl. auch Blees (wie Anm.1), S. 7.

Im Zuge der industriellen Revolution fingen Berlin und seine Vorstädte an zu „boomen". 1838 wurde die erste Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam in Betrieb genommen; neue Verkehrswege, Fernbahnlinien und Kanäle entstanden. Zwischen 1801 und 1846 wuchs die Einwohnerzahl von 173.000 auf 400.000 Einwohner. Als ab 1900 die Automobilität zunahm, wurde die Brücke monatlich von etwa 11.000 Autos und anderen Fuhrwerken befahren und genügte dem rasant steigenden Verkehrsaufkommen nicht mehr. Unter großem Bedauern vieler Anwohner wurde daher die steinerne Brücke 1905 abgerissen und am 16. November 1907 eine neue Konstruktion eingeweiht. Die Brücke bestand jetzt aus einem eisernen Überbau sowie einer Fahrbahn aus Beton und Granitkopfsteinen mit einer Länge von 148 Metern und einer Breite von 22,5 Metern. Sie reichte nicht an die Ästhetik der Vorgängerin heran, und manche Zeitgenossen empfanden sie als „plump" und „unschön".[3]

Die Glienicker Brücke, ca. 1930 (Fotograf: Max Baur; Quelle: Bundesarchiv)

Das Ende der Brücke als Bindeglied zwischen Potsdam und Berlin

Der Zweite Weltkrieg setzte der Bedeutung der Glienicker Brücke als Ausflugsziel und Bindeglied zwischen beiden Havelufern für Wochenendtouristen und Spaziergänger ein Ende. Die Potsdamer Innenstadt wurde am 14. April 1945 durch britische Bomber zerstört, dabei starben

3 Blees (wie Anm. 1), S. 36-48.

4.000 Menschen. Für die Verteidigung des Raumes Potsdam galten bis zum letzten Kriegstag noch so genannte „Durchhalte-Befehle". Am 24. April 1945 trafen die ersten Truppeneinheiten der Sowjetischen Armee in der Region ein, zwei Tage später war Potsdam eingenommen. Soldaten der Wehrmacht bezogen mit Flakgeschützen Stellung auf der Glienicker Brücke und befestigten Dynamitpatronen an den Brückenpfeilern, die durch den Beschuss der Angreifer entzündet wurden und damit zur Zerstörung der Brücke führten.

„Brücke der Zwietracht"

Die Brücke war nun unbenutzbar; die Fahrbahn lag zum Teil im Wasser. Nachdem die Sowjetische Militäradministration (SMAD) nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 ihre Arbeit aufgenommen hatte, bezeichnete die zerstörte Brücke nicht nur eine Trennlinie zwischen Potsdam und Berlin, sondern auch zwischen der sowjetisch besetzten Zone (dem Osten Deutschlands) und West-Berlin. Bis 1961 war es jedoch noch möglich, die Brücke in beide Richtungen zu überqueren, was auch für den kleinen Grenzverkehr, Warentausch, Schmuggel und (Schwarz-) Handel genutzt wurde. Deswegen ordnete die Landesregierung von Brandenburg bereits Februar 1948 an, Polizeikräfte zu entsenden und Kontrollstellen an der Glienicker Brücke zu errichten. Die SMAD ordnete außerdem eine „gründliche Überholung" der Brücke an. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Brücke verzögerten sich jedoch wegen des sich anbahnenden Ost-West-Konflikts erheblich. Am 19. Dezember 1949 konnte die wiedererrichtete Brücke endlich eingeweiht werden. Sie erhielt den – im Hinblick auf die bereits erfolgte Spaltung Deutschlands in zwei Staaten recht zynischen – Namen „Brücke der Einheit", der oben auf der Brücke angebracht wurde und von der Berliner Seite aus zu lesen war. Bis 1985 trug die Brücke diesen Namen als Erinnerung, Mahnung und offene Narbe; dann entschied das SED-Regime stillschweigend, die Beschilderung zu entfernen und die Grenzübergangsstelle fortan schlicht „Glienicker Brücke" zu nennen.

Nach 1949, spätestens seit 1961 wurde die Brücke zu einem Brennpunkt zwischen Ost und West.

Die Brücke lag ab 1949 je zur Hälfte auf dem Territorium der DDR und auf West-Berliner Gebiet. Anfänglich wurde die Brücke noch für den täglichen Arbeitsverkehr sowie für Ausflüge genutzt. Nach der Un-

terzeichnung des Generalvertrags am 26. Mai 1952 und der daraus resultierenden Aufhebung des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik Deutschland wurden die Hoheitsrechte über den innerdeutschen Verkehr auf die deutschen Behörden übertragen. Danach kamen nur noch Fahrzeuge der alliierten Militärmissionen sowie westdeutsche Autos mit Sondergenehmigung durch. Ab 1961 wurde die Grenzübergangsstelle endgültig für den Personenverkehr gesperrt und die Grenzanlagen verstärkt. Zivilisten mussten seitdem den langen Weg über die Bahnhöfe Griebnitzsee/Friedrichstraße nehmen. Nur eine Handvoll Bürger erhielt anfänglich noch eine Ausnahmegenehmigung: Eine Wissenschaftlerin aus Potsdam durfte nach wie vor zum Observatorium nach West-Berlin fahren, ihr männliches Gegenstück aus West-Berlin erhielt die Erlaubnis, täglich zur Sternwarte in Potsdam zu radeln. Denn die Glienicker Brücke gehörte nicht zu den von der DDR offiziell ausgewiesenen Grenzübergangsstellen. Die Brücke wurde aufgrund ihrer Sonderstellung als Grenzübergang für Diplomaten und Vertreter der Alliierten nicht nur von ostdeutschen Grenztruppen, sondern auch von sowjetischen Kontrollkräften bewacht. Durch diese Sowjetpräsenz und die Exterritorialität hatte die Brücke bereits früh einen speziellen Status in den Augen der Berliner Zeitgenossen.[4]

Im Zuge der internationalen Anerkennung der DDR und des Grundlagenvertrags zwischen beiden deutschen Staaten 1972 stieg der Reiseverkehr von und nach Berlin an. Die Brücke blieb jedoch eine heikle Stelle. Ende der siebziger Jahre forderte die DDR den Senat von West-Berlin auf, eine unumgänglich gewordene Grundinstandsetzung zu finanzieren, wobei nur ostdeutsche Firmen zum Zuge kommen sollten. Der West-Berliner Senat war dazu nur bereit, falls die Brücke als Grenzübergang für Bundesbürger geöffnet würde, was jedoch vom SED-Regime abgelehnt wurde. Folglich wurde nur die West-Berliner Brückenhälfte zwischen 1980 und 1982 für 2,75 Millionen DM renoviert, der DDR-Teil hingegen verfiel weiter. Als Reaktion sperrte das SED-Regime 1984 die Brücke mit der Begründung, nun ebenfalls Reparaturen vornehmen zu müssen. Nach fünf Tagen waren die Amerikaner und Russen, die von der Sperrung betroffen waren, sich einig: Die DDR sollte die Sperrung unverzüglich aufheben, dafür sollte der West-Berliner Se-

4 Vgl. Maria Milde: Berlin Glienicker Brücke – Babelsberger Notizen. Berlin 1991; Ilse Nicolas: Vom Potsdamer Platz zur Glienicker Brücke. (Berlinische Reminiszenzen, Bd. 13). Berlin 1966.

nat die Renovierungskosten auf DDR-Seite übernehmen – machten sich doch vor allem westliche Vertreter die Fahrstrecke zunutze. Der Senat gab daraufhin klein bei.

Drehscheibe des Spionagekrieges

Der Dienst an der Glienicker Brücke war für Polizisten und Grenztruppen nicht sehr aufregend, weder im Osten noch im Westen. Im Westen boten Besuchergruppen im Sommer Abwechslung. Im Osten gab es nur sehr vereinzelt Fluchtversuche, die wegen der abgelegenen Lage der Brücke und ihrer einsehbaren Anfahrt an einer Hand zu zählen sind. Der Übergang war in all den Jahren daher nur mit einem oder zwei Kontrolleuren besetzt. Ein- oder zweimal im Monat konnten die ostdeutschen Grenztruppen beobachten, wie eine Kompanie Amerikaner mit US-Flagge von der Kaserne bis zur Brückenmitte marschierte, dort einen Eid auf die Freiheit der Stadt Berlin ablegte und wieder abmarschierte. Nur einmal gab es einen tragischen Todesfall: Am 24. März 1985 tötete ein sowjetischer Wachposten, offensichtlich aus Versehen oder Nervosität, einen amerikanischen Offizier im Tarnanzug, Major Arthur Donald Nicholson, der für die amerikanische Militär-Verbindungs-Mission sowjetische Panzer auszuspionieren und zu fotografieren hatte und sich dabei im Grenzbereich des Ostens aufhielt.

Im kollektiven Gedächtnis steht die Brücke jedoch für die aufregendsten Geschichten des „Kalten Krieges". So erscheint sie in dem Kinostreifen „Der Spion, der aus der Kälte kam" gleich zu Beginn als beklemmende, nebelumwobene Kulisse für einen Schusswechsel zwischen Ost und West. Auch im französischen Kinofilm „Le Serpent" (Die Schlange, 1972) nimmt die Brücke mythische Proportionen an. In nasskalter Witterung, bei Tagesanbruch, wird ein sowjetischer Topspion ausgetauscht. Bevor er die Brücke in Richtung Osten überquert, nimmt der Russe noch einen Zug aus seiner Zigarette und spricht die letzten Worte im Film: „Die werden mir fehlen."

In der Realität war die Brücke nur dreimal Schauplatz eines Agentenaustauschs.

Tatsächlich hat die Brücke als symbolhafte Nahtstelle zwischen dem kommunistischen Osten und dem freien Westen jedoch nur dreimal als Schauplatz für einen Agentenaustausch gedient. Erstmals geschah dies am 10. Februar 1962. Anders als im Film bestimmten nicht Wachttürme, sondern Bäume und die Parklandschaft der Havel das Bild. Um 8.45 Uhr

betraten von Westen her der sowjetische Spion Rudolf Abel, sein Rechtsanwalt sowie einige andere amerikanische Personen, darunter der Leiter der CIA-Dienststelle in West-Berlin, die Brücke. Abel war 1957 vom FBI enttarnt und zu einer 30-jährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Abels Anwalt hatte mit Erfolg gegen das Verhängen der Todesstrafe plädiert, denn es gäbe die Möglichkeit, „dass in absehbarer Zeit ein Amerikaner gleichen Ranges von Sowjetrussland oder seinen Alliierten gefangen wird", und dann wäre es interessant, „einen Gefangenenaustausch auf diplomatischem Wege in Betracht zu ziehen".[5] Am 1. Mai 1960 wurde der amerikanische Pilot Francis Gary Powers bei einer geheimen Luftaufklärungsmission mit einem U2-Flugzeug durch eine sowjetische Luftabwehrrakete zum Absturz gebracht und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Zusammen mit einem Studenten, Frederic Pryor, der kurz nach dem Mauerbau unglücklicherweise bei Recherchen für seine Dissertation zum Thema Osthandel als Spion in Ost-Berlin verhaftet worden war, wurde Powers 1962 gegen Abel ausgetauscht.[6] Der Austausch fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; die Brücke war ohne weitere Vorankündigung am Morgen einfach geschlossen worden. Als erster überquerte Powers die weiße Markierungslinie auf der Brücke, die die beiden Machtblöcke voneinander trennte. Als auch der Student Pryor über die Grenzübergangsstelle Checkpoint Charlie freigelassen wurde und das O.K.-Zeichen aus Kreuzberg kam, durfte Abel den Grenzstrich in Richtung Osten passieren.

Erst Jahre später kehrte die Brücke ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zurück. Der neue sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow leitete ab 1985 eine Wende im „Kalten Krieg" ein. Als Zeichen seiner Glaubwürdigkeit schlug er einen Agentenaustausch vor: Vier im Westen enttarnte „Kundschafter für den Frieden", unter ihnen der 1983 in den USA verhaftete ostdeutsche Physiker Alfred Zehe, wurden am 11. Juni 1985 um 12 Uhr mittags gegen 25 westliche Agenten ausgetauscht.

Ursprünglich sollte auch der sowjetische Menschenrechtsaktivist

5 James B. Donovan: Strangers on a Bridge. The Case of Colonel Abel. New York 1964, S. 253; Craig R. Whitney: Advocatus Diaboli. Wolfgang Vogel – Anwalt zwischen Ost und West. Berlin 1993, S. 50.

6 Daniel Kosthorst: „‚High noon' auf der Glienicker Brücke". In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hrsg.): Duell im Dunkel. Spionage im geteilten Deutschland. Köln, Weimar, Wien 2002, S. 41-50.

Anatolij Schtscharanski Teil dieses Austausches sein. 1978 war er unter Verdacht der „antisowjetischen Agitation" und des „Landesverrats in Form von Spionage" zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Präsident Ronald Reagan erwirkte dann im Oktober 1985 während des Genfer Gipfeltreffens einen Deal mit Michail Gorbatschow. Die Amerikaner hatten das Schauspiel genau auf den Tag 24 Jahre nach dem ersten Agentenaustausch festgelegt. An einem eiskalten Wintermorgen, dem 11. Februar 1986, um 10.42 Uhr konnten Hunderte von Journalisten aus aller Welt das Spektakel beobachten. Eine Wagenkolonne fuhr aus Richtung Wannsee auf die Brücke. DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, US-Botschafter Richard Burt sowie zwei Kleinbusse mit Agenten, die in die DDR entlassen werden sollten, waren dabei. Aus dem Osten kamen neben Schtscharanski noch zwei BND- bzw. CIA-Agenten, die in DDR-Gefängnissen gesessen hatten, sowie ein Tscheche, der 1978 in der Tschechoslowakei wegen Spionage verurteilt worden war. Die USA hatten die Glienicker Brücke vorgeschlagen, da sie im westlichen Teil, der zum amerikanischen Sektor gehörte, das Sagen hatten. Mit Pelzmütze schritt Schtscharanski lachend in die Freiheit, seiner Frau und der Weltöffentlichkeit entgegen. Um 11.31 Uhr war der Show vorbei.[7] Damit wurde die Glienicker Brücke endgültig zum Mythos: Bereits im folgenden Jahr veröffentliche die englische Popband T'Pau den Song „*Bridge of Spies*", der sich auf die Glienicker Brücke bezog.

Die Grenzöffnung an der Glienicker Brücke

Diese Sonderstellung der Glienicker Brücke im deutsch-deutschen Verkehr ging einen Tag nach dem Mauerfall zu Ende. Am 9. November weigerten sich die DDR-Grenzer noch, die drängelnden Bürger durchzulassen. Einen Tag später erhielt der Leiter der Passkontrolleinheit der DDR an der Grenzübergangsstelle Glienicker Brücke, Major Klaus Pohl, die Weisung, den Grenzübergang um 18.00 Uhr „für die Abfertigung" zu öffnen. Bisher hatten sich noch nicht viele Berliner an der Grenzübergangsstelle gemeldet, da die Glienicker Brücke bisher ausschließlich für den Diplomatenverkehr geöffnet war. Aber am Nachmittag des 10. Novembers hatten sich dann doch mehrere hundert Menschen angesammelt. Zwanzig Minuten vor der angegebenen Zeit fassten

7 Kosthorst (wie Anm. 6), S. 48 f.

die Grenzer den Entschluss, die Brücke freizugeben. Von nun an zog die Brücke Reisende aus allen Winkeln der DDR an, die mit eigenen Augen die legendäre Brücke erleben wollten.

Nicht nur Ostdeutsche, auch West-Berliner und Westdeutsche unternahmen die Anstrengung, nach Glienicke zu fahren. Zwei Tage nach der Wiedereröffnung der Brücke meldeten sich der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, für eine Begehung der Brücke an. Major Pohl empfing die Gäste und führte sie über „sein" Gelände. Er begleitete den Präsidenten durch die dichte Menschenmenge zum Grenzschild der DDR, wobei von Weizsäcker angeblich dreimal mit der Faust gegen das Schild schlug. Der Präsident fragte Pohl, was er denn von der Grenzeröffnung halte. Pohl antwortete: „Wir müssen erst einmal darüber nachdenken." Darauf erwiderte von Weizsäcker: „Wir aber auch."[8]

Obwohl in den nächsten Tagen zusätzliche Grenzübergänge in Mahlow, Teltow, Drewitz, Staaken, Falkensee und Stolpe für den Raum südlich der Stadt geöffnet wurden, hielt der Druck auf die Grenzübergangsstelle Glienicker Brücke noch an. Oberstleutnant Hans-Dieter Behrend, verantwortlich für die Passkontrollen im Bezirk Potsdam, musste beispielsweise am 15. November innerhalb von zwei Stunden 1.200 Fahrzeuge abfertigen. Noch bis in die Frühlingsmonate des Jahres 1990 hinein stand die Glienicker Brücke im Mittelpunkt ostdeutscher polizeilicher Aufgaben. Autos wurden kreuz und quer neben der Brücke geparkt und mussten abgeschleppt worden, der Reisestrom hielt an und führte regelmäßig zu Staus, und durch die Verkehrsdichte auf den Einfahrtsstraßen zur Brücke wurden auch Fußgänger und Radfahrer gefährdet. Nach Öffnung der Grenze zu Wasser passierten zusätzlich Tausende von Sportbooten die Babelsberger Enge. Die Potsdamer Weiße Flotte nahm den Linienverkehr nach Berlin wieder auf, und Fahrgastschiffe konnten ihre historischen Fahrten von Potsdam nach Wannsee nach 40 Jahre wieder aufnehmen.

Am 18. Januar 1990 begannen die Kommandeure des Grenzregiments an der Glienicker Brücke mit dem Abbau der Grenzsicherungsanlagen. Am 31. August wurde die Auflösung der Grenztruppen der DDR vollzogen. Von da an wurde die Brücke nicht länger bewacht. Die Kontrollhäuschen wurden abgerissen, die Brücke nach der deutschen Wiederver-

8 Vgl. dazu auch Walter Momper: Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte. München 1991, S. 184 f.

einigung am 3. Oktober 1990 durchgreifend restauriert. 1990 erklärte die UNESCO die schöne Havellandschaft um die Glienicker Brücke zum Weltkulturerbe. Das Land Berlin stellte die Brücke 1992 unter Denkmalschutz.

Die Brücke und die Erinnerung

Wie steht es heute um die Glienicker Brücke als „Erinnerungsort" im kollektiven historischen Gedächtnis? Obwohl die Brücke lediglich während der Blockade von Berlin 1948 und im Juni 1953 vorübergehend gesperrt war und dann wieder nach 1961, galt sie im westdeutschen Gedächtnis tatsächlich als Symbol der ostdeutschen, kommunistischen Abschottung und Verriegelung des Landes. Diese Sicht hallt noch nach auf der Gedenktafel, die nach der Wende an der Brücke errichtet wurde. Dort heißt es: „Die von 1904 bis 1907 errichtete Glienicker Brücke wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und 1949 als ‚Brücke der Einheit' wieder eröffnet. Die Machthaber der DDR, die ihr diesen Namen gaben, verhinderten jahrzehntelang die Einheit Deutschlands. Nach dem Mauerbau 1961 durfte die Brücke nur noch von alliierten Militärs und Diplomaten passiert werden. Durch die friedliche Revolution in der DDR ist die ‚Glienicker Brücke' seit dem 10. November 1989 wieder für jedermann offen."

Heutzutage weist nur noch der weiße Markierungsstreifen, mit Leuchtfarbe angebracht, vage auf diese Geschichte hin, unterstützt von den Gedenktafeln. Die Brücke funktioniert jetzt wieder als normale Verkehrsader und Koordinationspunkt für Touristen und Ausflugsgäste. Als „Erinnerungsort" der Mauergeschichte, auf die in und um Berlin vielfach hingewiesen wird, ist die Brücke aufgrund der glücklichen Umstände, dass an ihr keine tödlichen Fluchtopfer zu beklagen sind, weniger von Bedeutung, obwohl die Deutsche Post am 22. Januar 1998 immerhin eine Briefmarke mit dem Motiv der Brücke herausgab.

Erster Bau Mitte des 17. Jahrhunderts aus Holz. 1834 Eröffnung einer Steinbrücke mit elf Brückenbögen (Länge 178 Meter, Breite 9 Meter). 1905-1907 Neubau mit drei Brückenöffnungen und gusseisernem Überbau, Fahrbahn aus Beton und Granit (Länge 148 Meter, Breite 22,5 Meter). 1945 zerstört, bis 1949 erneuert, Restaurierungsmaßnahmen in den achtziger und neunziger Jahren.

Felix Ackermann

Grenze, Bauwerk und Symbol

Die Stadtbrücke zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice

Dr. Felix Ackermann absolvierte sein Studium in Frankfurt (Oder) und London und promovierte 2008 mit einer Dissertation über die Sowjetisierung der weißrussischen Stadt Grodno. Mehrere Jahre betrieb er den Newsletter slubice.de & frankfurt.pl. Heute unterrichtet er als Langzeitdozent des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius.

Die Stadtbrücke verbindet heute Frankfurt (Oder) und Słubice, nachdem sie mehrere Jahrzehnte Ort der Grenze zwischen Deutschland und Polen war. Über diese Brücke führen die Routen der alltäglichen Arbeitsmigration, des Einkaufstourismus und der Europa-Universität Viadrina. Hier befindet sich heute in den ehemaligen Anlagen des Bundesgrenzschutzes das Rathaus der Stadt Slubfurt, die beide Teile der Doppelstadt in einem Kunstprojekt vereint. Die Stadtbrücke ist kein gewöhnliches Bauwerk, das über die Oder führt. Es ist lokaler Geschichtsort der deutsch-polnischen Beziehungen und Symbol für deren Zukunft.

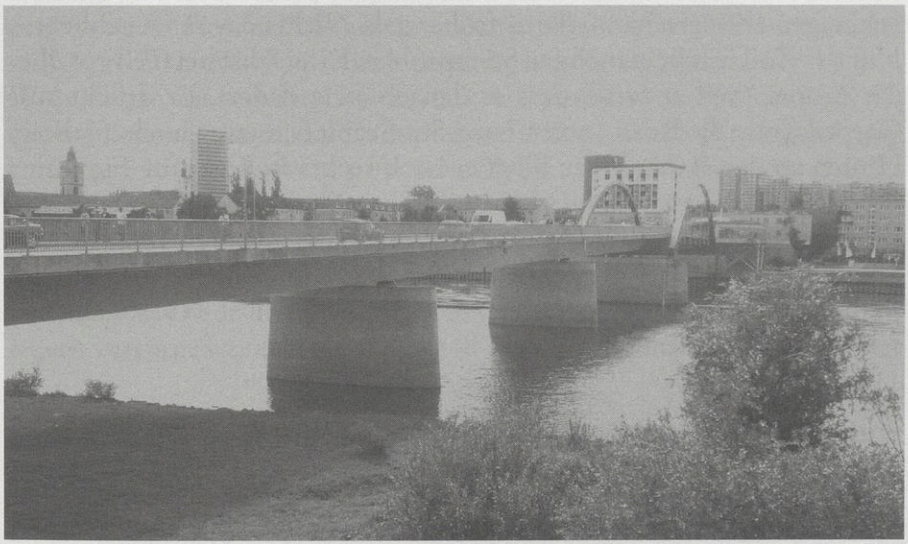
Alltag auf der Brücke: Die Doppelstadt an der Oder und ihre Einwohner

Tomasz Stefański fährt mit seinem Auto um 7.50 Uhr am Słubicer plac Bohaterów los. Er hat es eilig, weil sein Sohn Stach pünktlich um 8.00 Uhr zum Unterricht sein muss. Er geht in die Grundschule Mitte, gleich am Rathaus, wo einst der mittelalterliche Stadtkern von Frankfurt (Oder) lag und wo nach 1945 eine unauffällige Innenstadt neu errichtet wurde. Stefański fährt durch die ulica Piłsudskiego zur ulica Kopernika und biegt dann in die Uferstraße. Der Kreisel am Brückenkopf ist fast frei, er biegt gleich nach rechts und fährt mit 35 Stundenkilometern über die Brücke – fast doppelt so viel, wie erlaubt. Die Ampel an der Kreuzung Karl-Marx-Straße und Rosa-Luxemburg-Straße schaltet zum Glück auf grün – so schafft es Stach gerade so. Sein Vater fährt die Strecke zurück

und biegt hinter der Brücke nach rechts. Stefański parkt direkt vor dem Kulturhaus SMOK, wo er heute das nächste Festival transVocale organisiert.

Zwei Stunden später steht der Künstler Michael Kurzwelly an den stillgelegten Abfertigungsanlagen des Bundesgrenzschutzes mit einer Gruppe von Touristen aus Frankreich. Er stellt sich vor als Bürgermeister der von ihm 1999 gegründeten Stadt Slubfurt. Den Touristen erklärt er begeistert, dass hier an der Brücke das Rathaus der europäischen Stadt liegt, in der es kein Frankfurt und kein Słubice mehr gibt. Die Bürger wählen gemeinsam ein Parlament, es gibt Botschafter in der ganzen Welt und wer möchte, kann einen Personalausweis der Stadt Slubfurt beantragen. Den Touristen gefällt Kurzwellys Show. Die triste Stadt an der östlichen Grenze Deutschlands wird dank seiner Show zu einem Ort der Zukunft.

Das Projekt „Slubfurt" versucht, eine neue Einheit für die Städte beiderseits der Oder zu schaffen.



Blick über die Stadtbrücke von Słubice nach Frankfurt (Fotograf: Matthias Kneip)

Nach dem Unterricht muss Tomasz Stefański seinen Sohn wieder in Frankfurt abholen – die Städte haben zwar ein Abkommen über die gegenseitige Aufnahme von Schülern, aber für den Hort wurde noch keine Lösung gefunden. Stefański müsste jeden Monat 500 Euro für die Betreuung von Stach bezahlen. Deshalb wird der 7-jährige am Nachmit-

tag von seinem Słubicer Kindermädchen betreut. Der Verkehr ist jetzt schon dichter, weil viele Frankfurter nach der Arbeit zum Tanken nach Słubice fahren, obwohl auch in Polen die Benzinpreise steigen.

Um 16 Uhr macht sich Familie Schmidt aus dem Frankfurter Neubauviertel Neuberesinchen auf und fährt mit der Straßenbahnlinie 1 bis zur Haltestelle Magistrale. Vater, Mutter und die zwei Kinder laufen die Karl-Marx-Straße bis zu McDonald's und biegen nach rechts in die Słubicer Straße. Hinter den leerstehenden Häusern der Grenzabfertigung laufen sie über die Brücke. Sie bemerken die überfluteten Oderwiesen nicht, weil sie Ausschau halten nach einem Taxi, das zum Basar fährt, den die Schmidts Polenmarkt nennen. Sie besorgen sich dort Zigaretten und Pilze. Die Eltern gehen zum Friseur, danach essen alle zusammen ein Schnitzel.

Zur selben Zeit setzt sich Jerzy Kirej am Basar hinter das Steuer seines weißen Transporters. Der Gastronom fährt die Uferstraße entlang – am Kreisel ist jetzt mehr Verkehr, sodass es etwas dauert, bis er auf die Brücke kommt. Er muss innerlich lachen, weil er sich noch gut an die Schlangen erinnern kann, die es früher gab. Nichts davon ist geblieben. Nur der Zoll macht manchmal Stichproben. Kirej fährt bei Gelbrot über die Ampel, weil er weiß, dass es danach ewig dauert. Er drückt aufs Gaspedal, um die Rosa-Luxemburg-Straße mit Schwung hochzufahren. Hinten an den Bahngleisen biegt er nach rechts in Richtung Frankfurt West. Und auf dem Hof der Gelben Kasernen parkt er vor Kaufland. Am Eingang begrüßt ihn ein polnischer Mitarbeiter, der ihn fragt, was er genau brauche. Kirej nimmt heute 20 Kilogramm Zucker, vier Stiegen Joghurt, eine Palette Rapsöl. Dazu sucht Kirej selbst Würste aus, die seine deutschen Kunden auf dem Basar gerne essen.

Ende und Neuanfang: Die Teilung der Stadt

1895 weihten die Bürger von Frankfurt ihre neue Oderbrücke ein. Über das monumentale Bauwerk verkehrte die Straßenbahnlinie 2 in die Frankfurter Dammvorstadt. Das östliche Ufer wurde nach dem Brückenbau weiter erschlossen und erlebte zu Beginn des 20. Jahrhundert einen wirtschaftlichen Aufschwung. Nach dem Ersten Weltkrieg rückte die Ostgrenze des Deutschen Reiches bis auf 80 Kilometer heran. Viele Deutsche aus Großpolen, die nicht die polnische Staatsbürgerschaft annehmen wollten, kamen nun über die Stadtbrücke nach Frankfurt und siedelten sich dort an. Die Stadt fühlte sich jetzt als Grenzstadt und als

Bollwerk im Osten. Sie veranstaltete in der Dammvorstadt von 1924 an eine Ostmarkschau für Gewerbe und Landwirtschaft, die ein Schaufenster in die neue Grenzregion sein sollte. In den 1930er Jahren wurde Frankfurt (Oder) dann ein Ort der nationalsozialistischen Aufrüstung. 1933 wählten in der Stadt 55 Prozent NSDAP.

Das historische Stadtzentrum blieb bis zum April 1945 vom Zweiten Weltkrieg unberührt. Die Oderbrücke war das erste wichtige Bauwerk, das zerstört wurde. Am 19. April 1945 sprengten Soldaten der Wehrmacht einen der acht Pfeiler, der massive Überbau aus gelben Klinkern versank im Wasser, nur die Gründungen von sechs Pfeilern waren noch erhalten. Zuvor wurden am östlichen Brückenkopf immer wieder Deserteure öffentlich gehängt, um Fahnenflüchtige vor dem Überqueren der Brücke abzuschrecken. Ab dem 22. April brannte dann nach Gefechten mit der Roten Armee die gesamte Innenstadt am linken Oderufer nieder. Frankfurt (Oder) hatte als urbane Struktur aufgehört zu existieren.

Am rechten Oderufer wurden zunächst eine sowjetische Militärverwaltung und dann eine polnische Zivilverwaltung errichtet. Über eine provisorische Holzbrücke kehrten noch im Mai 1945 viele Bewohner der einstigen Dammvorstadt nach Beendigung der Evakuierung in ihre Wohnungen am anderen Ufer zurück, wurden aber am 17. Juni über die gleiche Brücke vertrieben. Damit hatte die Dammvorstadt aufgehört zu existieren, es entstand das polnische Słubice. Das Betreten der Brücke war sowohl für deutsche als auch für polnische Bewohner der Stadt verboten. Sie diente so vor allem den Truppenbewegungen der sowjetischen Armee. Außerdem kamen noch immer Trecks von deutschen Vertriebenen aus dem Osten über diese Brücke nach Frankfurt, wo sie in Auffanglagern versorgt wurden.

Sozialistische Befindlichkeiten: Lokale deutsch-polnische Beziehungen

Jede Veränderung der Politik in der DDR und der Volksrepublik Polen veränderte auch die Brücke über die Oder. Nach der Teilung von Frankfurt (Oder) und der Gründung von Słubice im Mai 1945 herrschte zunächst jahrelang Funkstille zwischen beiden Städten und Ländern. Erst 1951 wurde die Errichtung einer neuen Brücke beschlossen, nachdem die DDR 1950 mit dem Görlitzer Abkommen die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkannt hatte. Die neue Brücke sollte aber nicht etwa der Verbindung beider Städte dienen, sondern die strategische Route von

Berlin nach Moskau mit einer weiteren Oderüberquerung versehen. So blieb die Brücke lange den Delegationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vertretern der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vorbehalten – ein Personenverkehr war zwischen beiden sozialistischen Ländern nicht vorgesehen.

Dennoch führten entlang der Brücke wichtige Verbindungslinien, die Frankfurt und Słubice weiter aneinander banden. So wurde gleich nach dem Krieg eine Stromleitung über den provisorischen Bau gelegt, um Słubice für die erste Zeit an das Frankfurter Stromnetz anzuschließen. Ähnlich wurde mit der Wasserversorgung verfahren. Die damals aus einer Notlage erwachsene Kooperation setzte sich im Jahre 1960 fort, als das bereits aus der Vorkriegszeit vorhandene Słubicer Gasnetz über eine Leitung entlang der Stadtbrücke an die deutsche Seite angeschlossen wurde. Und in der Oder lag auf Höhe der Brücke ein Telefonkabel, das bis 1945 die Dammvorstadt mit Frankfurt (Oder) verbunden hatte. Technisch war Słubice weiterhin an das Frankfurter Telefonnetz angeschlossen, sodass man ohne Vorwahl lokale Gespräche nach Słubice führen konnte. 1956 probierte der Fernmeldeingenieur Eckhard Reiß 1956 diese Telefonleitung aus. Er erreichte eine Kollegin im Postamt Słubice. Sie gab den Hörer weiter an ihren Vorgesetzten, der Reiß auf Deutsch erklärte: „Frau Zabkowa ist bereits verheiratet – was wollen Sie von uns?“ Reiß erklärte, dass er sich Słubice ansehen wolle. Die Kollegen schickten ihm per Post eine Einladung, er erhielt ein Visum und konnte über die Autobahnbrücke nach Słubice einreisen. Reiß fragte neugierig, drehte einen Film mit seiner 8mm-Kamera und lernte die Familie seiner Kollegin kennen. Als letzter (und einziger) machte er Bilder vom alten jüdischen Friedhof von Frankfurt (Oder), der nun in Słubice lag und 1961 zusammen mit den anderen deutschen Friedhöfen eingeebnet wurde. Reiß wurde im Laufe der Jahre zum Lokalhistoriker von Dammvorstadt und Słubice.

Auch unmittelbar nach 1945 gab es entlang der Brücke zahlreiche Verbindungslinien zwischen Frankfurt und Słubice.

Doch Reiß blieb eine Ausnahme. Das 1952 errichtete Bauwerk erfüllte in den folgenden Jahren kaum eine Funktion als Brücke. Es lag fern ab vom Bewusstsein der meisten Bewohner, in den lokalen Zeitungen wurde es kaum erwähnt. 1966 wurde aufgrund von Arbeitskräftemangel in der DDR ein Vertrag über die Beschäftigung von Arbeitern im grenznahen Bereich unterzeichnet. Er regelte den Einsatz von polni-

schen Frauen im Frankfurter Halbleiterkombinat. Schon bald fuhren sie jeden Morgen in Bussen von Słubice nach Markendorf und passierten dabei wie selbstverständlich die Brücke. Zur Normalität wurde der Gang über die Brücke erst 1972. Durch die Einführung eines visumfreien Grenzverkehrs ergoss sich ein Strom von Besuchern über die Oderbrücke. Viele kamen zum Einkaufen und Gucken. Andere hatten besondere Anliegen: Einige Frankfurter passierten die Brücke abends, um sich die neuesten Filme aus dem Westen im Słubicer Kino „Piast" anzusehen. Die Kulturpolitik der Volksrepublik war bereits zu diesem Zeitpunkt viel weltoffener als ihr Pendant in der DDR. Andere nutzten die offene Grenze, um mit dem eigenen PKW nach 27 Jahren zu ihren ehemaligen Höfen und Wohnungen zu fahren, die nun von Polen bewohnt waren.

Diese Phase der offenen Grenze brach Ende des Jahres 1980 jäh ab. Damals führte die DDR aus Furcht vor politischen Impulsen der Solidarność-Bewegung erneut die Visumpflicht ein, was einer Schließung der Grenze gleich kam. Zwar blieb die Brücke weiterhin für bereits bestehende Verbindungen zulässig, auch die begonnene Zusammenarbeit von Schulen und Kindergärten konnte zum Teil fortgesetzt werden. Doch insgesamt passierten in den 1980er Jahre viel weniger Menschen die Brücke.

Stahl, Beton und Erdreich: Die Brücke als Bauwerk

2002 wurde parallel zu der 1952 errichteten Stadtbrücke eine neue Brücke fertig gestellt und dann an deren Stelle geschoben. Neue Betonpfeiler wurden in der Oder errichtet. Für das Verschieben der 250 Meter langen Brücke wurde die Grenze zwei Wochen lang für den Autoverkehr gesperrt, zwei Tage konnten auch Fußgänger nicht passieren. Nur das Widerlager auf deutscher Seite ruht seither noch an dem Ort, an dem schon die Ende des 19. Jahrhunderts errichtete Steinbrücke begann. Bemerkenswert an der 2002 errichteten Brücke ist neben der wesentlich geringeren Zahl von Pfeilern vor allem der Bogen, der den Pfeiler am deutschen Ufer mit dem Pfeiler in der Flussmitte verbindet. Dieser Bogen ist, obwohl ingenieurtechnisch kaum vonnöten, an das Aussehen der alten Brücke von 1952 angelehnt. Diese besaß ebenfalls einen charakteristischen Stahlbogen. Dabei war diese Form zu Beginn der 1950er Jahre aus der Not geboren: Die Brücke sollte möglichst schnell fertig gestellt werden, weshalb Stahlbalken über die alten Pfeiler verlegt wurden. Da aber die nötige Menge Stahl nicht zu beschaffen war, griffen die Inge-

nieure auf zwei Eisenbahnbrückenteile zurück, die notdürftig verbunden und mit Beton ausgegossen wurden. Zur Stabilisierung wurde der Bogen angeschweißt.

Die Ausführung der damaligen Brücke in Stahlbeton und die Forderungen seitens der Schifffahrt, eine Durchfahrtshöhe von 4,50 Meter zu sichern, brachte auch eine Erhöhung der Fahrbahn von drei Meter mit sich, was auf der Frankfurter Seite eine bedeutende Anrampung notwendig werden ließ.

Die Brücke als Grenze

Als 1989 wieder der visafreie Grenzverkehr eingeführt wurde, bildeten sich schon bald lange Schlangen von Touristen, die erneut aus Neugierde, aber vor allem zum Einkaufen auf die andere Seite strömten. Mit der offenen Grenze und den politischen Veränderungen wurde nun auch eine selbstständige Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene möglich, was sich sogleich in der Unterzeichnung von neuen Kooperationsvereinbarungen niederschlug. Auch wenn in den 1990er Jahren noch viele Vorbehalte und Barrieren zu spüren waren: Es war eine Zeit des Booms, die Brücke wurde zum ersten Mal zu einer bedeutsamen Verkehrsachse, die sich in ihrer Dynamik und den durch die Grenzkontrollen verursachten Schlangen in den Innenstädten deutlich bemerkbar machte.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 betrug die Länge der Fußgängerschlange manchmal 150 Meter. Studenten der Europa-Universität Viadrina kamen zu spät zu den Vorlesungen im Collegium Polonicum in Słubice, einem gemeinsamen Projekt der Europa-Universität Viadrina und der Adam-Mickiewicz Universität Poznań. Peter Liesegang wohnte damals im polnischen Wohnheim und pendelte jeden Tag mehrmals von einem zum anderen Ufer. Er kam auf die Idee, die Wartenden mit einer Tafel zu informieren, dass die Studierenden Vorrang bei der Abfertigung genießen. Nicht immer hatten die Frankfurter und Słubicer Verständnis, wenn Dutzende junge Menschen an der Schlange vorbeizogen und ein Zweiklassensystem einführten: Student und Nichtstudent. Die Situation änderte sich auch 2004 nicht, als Polen Mitglied der Europäischen Union wurde, da noch immer entlang der Oder die Grenze der Schengenzone verlief und intensiv kontrolliert wurde.

Die Brücke als Symbol

In den 1950er Jahren hieß die Brücke zunächst Oderbrücke. Nach dem Ausbau der Autobahnbrücke wurde sie zur Unterscheidung Stadtbrücke genannt. Doch durch die politische Instrumentalisierung wurde sie immer wieder „Brücke der Freundschaft" genannt. Und im Laufe der Jahre wurde sie zum Symbol von Frankfurt und Słubice als „Brückenstadt". In den 1990er Jahren versuchte sich die Doppelstadt als „Tor zum Osten" und „Stadt der Begegnung" zu positionieren. So bezogen sich eine Vielzahl von Initiativen und Institutionen, die nach 1989 gegründet wurden, explizit auf die Brücke. Dadurch dass 1952 der charakteristische Bogen verwendet wurde, entwickelte sich der Bogen als Symbol für beides: Den Brückenschlag über die Oder und die Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Europa-Universität Viadrina griff den Bogen in ihrem Logo auf. Der Verein „Frankfurter Brücke" und auch Studenteninitiativen wie „Spotkanie – die Begegnung" übernahmen den Bogen, weil er in ihren Augen für die Überwindung der Grenze stand. Genau deshalb war bei der Ausschreibung des Brückenneubaus die Beibehaltung der Bogenform vorgesehen: Der Bogen war physisch notwendig, um das Symbol weiterhin mit der gebauten Stadtbrücke in Einklang zu belassen.

Der 1952 geschaffene Brückenbogen hat heute eine vielfache symbolische Funktion bekommen.

Inzwischen ist die Brücke vor allem ein Symbol der Normalität geworden. Die Kontrollhäuser wurden abgerissen, Bundesgrenzschutz und Straż Graniczna haben ihre Bürogebäude verlassen. Die Autos können aus der Karl-Marx-Straße nach rechts zur Brücke abbiegen – etwas Undenkbares in den 1990er Jahren, als die Autoschlange die gesamte Rosa-Luxemburg-Straße füllte und die Wartezeiten im Radio in Stunden angegeben wurden. Fußgänger können selbstverständlich beide Seiten der Brücke benutzen. Nur noch das Dach der Abfertigungsanlagen erinnert an diese ehemalige Grenze.

Die von Achim Scharbatke entworfene Brücke ist 251 Meter lang und besteht aus einem Stahlverbundhohlkasten, auf den eine Fahrbahn aufgebracht wurde. Sie wurde 2002 anstelle einer 1952 gebauten Brücke errichtet, die ihrerseits den 1895 errichteten und 1945 gesprengten Vorgängerbau ersetzt. Charakteristisches Wahrzeichen ist der Stahlbogen, der 1952 als Provisorium entstand, beim Neubau jedoch wegen seiner symbolischen Wirkung bewusst eingefügt wurde.

Petra Ouliková

Die Karlsbrücke in Prag

Dr. Petra Ouliková hat Archivwissenschaft und Kunstgeschichte an der Karlsuniversität in Prag studiert und 2002 in Kunstgeschichte promoviert. Seit 2001 ist sie im Nationalarchiv in Prag tätig, außerdem seit 2005 als Dozentin für Christliche Kunst an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karlsuniversität.

Geschichte und Kunst begegnen einander auf einer der ältesten steinernen Brücken Europas, der Karlsbrücke in Prag. Die Brücke hat festliche und tragische Momente erlebt, Naturkatastrophen und Kriegszeiten überstanden. Der Gang über die Brücke zählt zu den touristischen Höhepunkten eines Besuchs der „Goldenen Stadt".

Die Karlsbrücke war zweifellos eines der Hauptsymbole des Königreichs Böhmen und ist es auch für die heutige Tschechische Republik. Sie stellt ein Wunder des mittelalterlichen Brückenbaus dar und bildet bis heute eine Verkehrsader im Herzen der hunderttürmigen Stadt Prag über die Moldau hinweg. Über viele Jahrhunderte war sie die einzige Brücke und hatte damit auch eine große wirtschaftliche und strategische Bedeutung.

Vorgeschichte und Entstehung

Bereits im 10. Jahrhundert gab es eine Holzbrücke über den Fluss, die 1158 von einer ersten Steinbrücke abgelöst wurde. Diese wurde nach der Ehefrau des Königs Wladislaw II., Judith, benannt, die sich um den Bau der Brücke verdient gemacht hatte. Die romanische Judithbrücke war für ihre Zeit eine großartige technische Meisterleistung, die einzige aus Stein erbaute Brücke in Mitteleuropa neben der Steinernen Brücke in Regensburg. Allerdings war sie wesentlich schmaler als die heutige Karlsbrücke und auf viele massive und breite Pfeiler gebaut. Eines ihrer Gewölbe blieb im Kellergeschoss des Klosters der Kreuzherren mit dem Roten

Stern[1] auf dem Altstädter Moldauufer erhalten. Allerdings bestand die Judithbrücke nur knapp 200 Jahre, denn im Februar 1342 wurde sie durch Treibeis, Holz und weiteres angeschwemmtes Material an mehreren Stellen durchbrochen und zerstört; kaum ein Drittel blieb erhalten. Die Vernichtung dieses stolzen Bauwerks wurde von den Zeitgenossen als böses Omen betrachtet, so als ob die Krone des Reiches zu Fall gekommen wäre.

Nun war Prag gegen Ende der Herrschaft von Johann von Luxemburg (gest. 1346) bereits eine bedeutende Stadt, die dringend einer festen Verbindung über die Moldau bedurfte. Daher wurde unmittelbar nach der Katastrophe eine provisorische Holzbrücke errichtet. Für die Benutzung der Brücke war ein Zoll zu entrichten, den der Orden der Kreuzherren einzog und bis zum Jahr 1252 für die Erhaltung der Brücke einsetzte. Nach dem Hochwasser von 1342 wurde der Zoll ausschließlich für den Wiederaufbau der Brücke bestimmt. Kaiser Karl IV. (reg. 1346/47-1378) entschied dann, dass nicht die alte Brücke renoviert, sondern eine neue Brücke erbaut werden sollte. Er war derjenige, der Prag zur ersten Stadt in Mitteleuropa, sogar des ganzen Heiligen Römischen Reiches erhob. Auf der Prager Burg wurde mit dem Bau einer prachtvollen gotischen, dem heiligen Veit geweihten Kathedrale begonnen; auch die neue, breitere und festere Brücke sollte diesem Heiligen geweiht sein.

Ihr Grundstein wurde im Beisein des Herrschers gelegt, der Zeitpunkt vom Hofastrologen bestimmt. Grundlage war die Zahlenreihe 1-3-5-7-9-7-5-3-1, mithin das Jahr 1357, der 9. 7. um 5 Uhr und 31 Minuten. Die Bauleitung lag bis zum Jahre 1375 bei dem Steinmetz Meister Otto, der von der Prager Kleinseite stammte, dann wurde sie Peter Parler, dem Baumeister des Veitsdom, anvertraut, der ein wirklich herausragendes Werk geschaffen hat. Während des Baus wurde die Holzbrücke, wie ein Bericht von 1367 mitteilt, weiter genutzt. Die erste sichere Nachricht über die Vollendung der Brücke stammt aus dem Jahr 1406, anderen Quellen zufolge könnte sie bereits um 1380 genutzt worden sein. Von den Pragern wurde diese Brücke zuerst Steinerne oder auch Prager Brücke genannt. Erst im Jahre 1870 erhielt sie offiziell den Namen „Karlsbrücke". Die Brücke spannt sich über den Fluss fast in einer Linie,

Der Name „Karlsbrücke" wurde erst 1870 festgelegt.

1 Diese Gemeinschaft entstand im 13. Jahrhundert aus einer Laienbruderschaft, die sich in Prag vor allem der Krankenpflege widmete. 1237 erfolgte die päpstliche Anerkennung als Orden mit eigener Regel. (Anm. d. Redaktion)

jedoch etwas südlicher als die Judithbrücke. Insgesamt ist sie 520 Meter lang, 10 Meter breit und stützt sich auf siebzehn Pfeiler.

Die Karlsbrücke mit Blick zum Hradschin (Fotografin: Petra Ouliková)

Brückentürme

Auf beiden Seiten der Brücke durften massive Brückentürme mit Toren nicht fehlen, denn sie bildeten einen wichtigen Bestandteil der Stadtbefestigung. Der niedrigere Turm des Kleinseitner Brückenturms auf dem linken Moldauufer geht auf die Judithbrücke zurück; von ihr ist ein spätromanisches Relief erhalten geblieben. Den höheren Turm hat im 15. Jahrhundert König Georg von Podiebrad erbauen lassen.

Der Altstädter Brückenturm wurde durch Peter Parler noch während der Regierung Karls IV. erbaut. Er gehört mit seinen reichen Verzierungen zu den schönsten gotischen Türmen in Europa. Der Turm kommt als eine mächtige Kulisse in Richtung zur Hradschiner Akropolis mit dem Veitsdom zur Geltung. Mit diesem ist er auch durch die Lage auf dem Weg der Krönungsumzüge von der Altstadt zur Prager Burg verbunden. Die monumentale östliche Fassade bietet ein von Karl IV. konzipiertes Bildprogramm.[2] Das Erdgeschoss mit der Wappengalerie repräsentiert

2 Über die kunsthistorische Ausgestaltung der Brückentürme und der Figurengruppen ist zahlreiche Literatur in tschechischer und deutscher Sprache erschienen. Erwähnt seien Karel Neubert (u. A.): Karlův most. Prag 1991; Ondřej Šefců (Hrsg.): Karlův most. Prag 2007; Johanna Baronin Herzogenberg: Prag. Ein Führer. 8., erweiterte Aufl. München 1990, S. 169-188, 263 f. Einen virtuellen Rundgang mit Erläuterungen zu den Skulpturen bietet u. a. Radio Prag, vgl. http://old.radio.cz/de/html/karlsbruecke_statuen.html (letzter Zugriff: 12.04.2012). – Die nachfolgende Aufnahme des Altstädter Brückenturms

die irdische Sphäre, das erste Geschoss mit figürlichen Darstellungen ist dem Herrscher gewidmet, das Obergeschoss zeigt die böhmischen Landespatrone. Die Dekoration der westlichen Fassade in Richtung Brücke, die die thronende Madonna mit dem knienden Kaiser Karl IV. als Stifter und einer seiner Frauen an seiner Seite darstellte, wurde am Ende des Dreißigjährigen Kriegs 1648 zerstört, als die schwedische Armee die Kleinseite und den Hradschin besetzt hielt und vergeblich versuchte, die Altstadt zu erobern. Heute befindet sich dort eine Marmortafel mit Hinweisen zur Geschichte des Turms.

Altstädter Brückenturm (Fotograf: Ben Godfrey)

Bildhauerarbeiten auf der Brücke

Die Brüstung der Karlsbrücke zeigt eine großartige Galerie von dreißig Statuen und Gruppen von Heiligen. Sie stammen nicht alle aus einer Epoche, denn viele Barockwerke wurden in späterer Zeit durch neuzeitliche Statuen ersetzt. Heute können wir nicht einmal deren Originalgestalt bewundern, denn die ursprünglichen Skulpturen wurden nach und nach durch Kopien ersetzt. Die Originale sind im Lapidarium des Nationalmuseums in Prag eingelagert. Alle Skulpturen der Brücke bis auf zwei sind aus böhmischem Sandstein gemeißelt.

Seit dem Mittelalter stand auf der Brücke ein *Kruzifix*, das später durch Statuen der Schmerzhaften Jungfrau Maria und des Heiligen Johannes des Evangelisten ergänzt und mehrfach ausgebessert wurde. Die jetzige Gruppe fertigte vermutlich im Jahr 1628 Wolf E. Brohnan, sie wurde im Jahr 1657 in Dresden in der Gießerwerkstatt von Hans Hillger erworben.

Auf dem Brückenpfeiler der Halbinsel Kampa am linken Moldauufer steht eine Statue des *Ritters Bruncvík* mit goldenem Schwert; er wurde nach einem beliebten Helden mittelalterlicher Ritterlegenden auch Roland genannt. Ähnliche Säulen finden wir in vielen weiteren euro-

stammt von Ben Godfrey und ist zu finden unter http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aftnn_The_old_town_end_of_the_King_Charles_bridge.jpg?uselang=de (letzter Zugriff: 17.04.2012).

päischen Städten, wo diese ursprünglich als Zeichen der Befugnisse der städtischen Autonomie aufgestellt wurden; in Deutschland ist besonders der Roland von Bremen bekannt. Die Prager Statue stammt wahrscheinlich vom Beginn des 16. Jahrhunderts, die heutige Gestaltung ist eine romantisierende Rekonstruktion von Ludvík Šimek von 1884.

Eröffnet wurde die Ausschmückung der Karlsbrücke mit der Aufstellung der von Johann Brokoff angefertigten Bronzeplastik des *Heiligen Johannes von Nepomuk* am 20. März 1683, am Jubiläum des Todestages des Märtyrers. Als Generalvikar des Prager Erzbischofs Johann von Jenstein zog er bei dessen Auseinandersetzungen mit König Wenzel IV. den Zorn des Königs auf sich, der ihn 1393 verhaften, grausam foltern und anschließend von der Brücke in die Moldau werfen ließ. Die Stelle ist heute durch ein Messingkreuz im Steingeländer markiert. Die Brücke entwickelte sich dadurch auch zu einem Wallfahrtsort. Durch die Prager Brückenplastik hat die Nepomuk-Ikonographie auch einen verbindlichen Prototyp erhalten: ein bärtiger Kanoniker mit einem Birett auf dem Kopf, priesterlich gekleidet, in der Hand ein Kreuz haltend. Statuen dieses Märtyrers des Beichtgeheimnisses, der auch zum Patron der Brücken geworden ist, finden sich heute in aller Welt.[3]

Mit der Aufstellung der Skulptur des Heiligen Johannes von Nepomuk setzte die barocke Ausgestaltung der Brücke ein.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts verstärkte sich die Ausschmückung der Brücke. Die meisten Figuren wurden zwischen den Jahren 1706 und 1714 aufgestellt. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging man davon aus, die Brückenverzierung gehe auf eine einheitliche Konzeption des Jesuitenordens zurück. Heute wissen wir, dass sie sich organisch unter dem Patronat des Altstädter Rats mit Beteiligung des Hochadels, königlicher Beamter und der wichtigsten Orden entwickelt hat. Das große Vorbild für die Prager

Johannes von Nepomuk auf der Karlsbrücke

3 Dazu ausführlich Herzogenberg (wie Anm. 2), S. 182-188; die nachfolgende Abbildung ist dem Internet entnommen (Quelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jan_Nepomucky_na_Karlove_moste.jpg?uselang=de; Fotograf: Ludek; letzter Zugriff: 12.04.2012).

Brücke war der Ponte degli Angeli in Rom mit seinen Engelsstatuen, die von Schülern Gianlorenzo Berninis ausgeführt wurden. Zu Beginn hat vermutlich niemand gedacht, dass die Prager Brücke dieses Vorbild nicht nur übertreffen würde, sondern dass hier eine so wunderschöne Allee von Figurengruppen entstehen könnte, der keine andere in Europa gleicht. Den Ruhm dieser großartigen Brückengalerie haben bald nach ihrer Vollendung graphische Darstellungen in umfangreichen Alben verbreitet, die durch Verleger wie Kaspar Wussin, Joachim Jan Kamenický und Martin Engelbrecht veröffentlicht wurden. Das bekannteste von ihnen hat 1714 Augustin Petr Neuräutter unter dem Titel „*Statuae Pontis Pragensis*" herausgegeben.[4] Die Vorlagen zu den 28 Kupferstichen haben die Prager Maler Karel Kulík und Jan J. Heinsch gemalt.

Bei der Ausschmückung der Karlsbrücke waren sieben Werkstätten beteiligt, die zwei ganze Generationen von Prager Bildhauern repräsentierten. In schneller Abfolge wurden die Brückenpfeiler erst mit einzelnen Statuen besetzt, später mit Statuengruppen und zuletzt auch mit regelrechten Figurenensembles, die als lebendige dramatische Szenen zu verstehen sind. Die wertvollsten Figurengruppen entstanden in den Werkstätten der bedeutendsten Vertreter der barocken Bildhauerei in Böhmen, bei Matthias Bernhard Braun (1684-1738) und Ferdinand Maximilian Brokoff (1688-1731), dem Sohn des bereits erwähnten Johann Brokoff (1652-1718).

Grundmotiv für die barocke Ausschmückung der Karlsbrücke war die *Verehrung der böhmischen Landespatrone.* Für die Durchführung des Programms hat der Magistrat der Prager Altstadt als Verwalter der Brücke gesorgt, bei der Ausführung setzten jedoch Stifter aus Adel und Beamtenschaft oft Zeichen durch Einfügung ihrer persönlichen Patrone. So hat zum Beispiel der kaiserliche Rat und Landesrichter Wenzel Ernst Markwart von Hrádek eine Statue des heiligen Wenzel (als Landes- und Namenspatron) bei dem in Prag ansässigen italienischen Bildhauer Ottavio Mosto bestellt. Persönliche Gründe veranlassten auch Johann Wenzel Obytecký, kaiserlicher Rat und Beisitzer des Landesgerichts, der Werkstatt von Ferdinand Maximilian Brokoff 1707 die Statuengruppe

4 Der vollständige Titel lautet: „Statuae pontis Pragensis, das ist: die weit und breit berühmte Prager Brücke von verschiedenen Wohlthätern und Verehrern des lieben heiligen Gottes herrlich angegeben und von trefflichen Bildhauern kunstmäßig aufgeführte Säulenbilder mit sondern Fleiß entworfen, und in Kupferstichen herausgegeben von Augustin Neuräutter, Bürger und Kupferstecher der königl. alten Hauptstadt Prag. Anno MDCCXIV."

der drei Heiligen Barbara, Margarete und Elisabeth in Auftrag zu geben. Obytecký ist noch in demselben Jahr verstorben, und so kann man vermuten, dass die Heilige Barbara hier einen Platz als traditionelle Fürsprecherin für eine gute Todesstunde fand. Die beiden anderen Heiligen stellen die Schutzpatroninnen der Mutter und der Ehefrau des Stifters dar.

Der Wunsch der *Orden* war es, auf der Brücke vor allem ihre Gründer und bedeutenden Heiligen darzustellen. Diese Gelegenheit haben sich nicht nur Gemeinschaften in Prag (z. B. Dominikaner, Augustiner, Kapuziner und Theatiner), sondern auch Konvente der Zisterzienser in Plasy (Plaß) und Osek (Ossegg) nicht entgehen lassen. Als künstlerisch besonders gelungen gilt die Statuengruppe der Heiligen Luitgard von Matthias Bernhard Braun (1710), die eine Vision der blinden Ordensfrau zeigt.[5] Die Prager Jesuiten zögerten zunächst, da ihnen die Aufstellung von Figuren als zu pompös, teuer und eigentlich überflüssig erschien. Erst nach einer deutlichen Mahnung der Ordensoberen ließen sie drei repräsentative Statuengruppen zu Ehren der Heiligen Ignatius von Loyola, Franz von Borgia und Franz Xaver errichten.

An der Ausschmückung der Prager Brücke nahm auch die *Karl-Ferdinands-Universität* teil. Eine realistische Gruppe der Heiligen Ärzte Cosmas und Damian mit der Figur des Erlösers in der Mitte wurde 1709 von der Medizinischen Fakultät in Auftrag gegeben. Die Juristische Fakultät ließ zwei Jahre später von Matthias Bernhard Braun eine Statue des Schutzpatrons der Juristen, des Heiligen Ivo, anfertigen. Wenig später endete dann die große Zeit der barocken Ausschmückung der Brücke. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts folgten noch einige Ergänzungen, die nicht immer an die Qualität der ersten Werke heranreichten. Dennoch fügten sie sich harmonisch in das künstlerische Gesamtbild der Brücke ein.

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde darüber beraten, ob die inzwischen schadhaft gewordenen Statuen ausgebessert oder durch neue ersetzt werden sollten. Das entscheidende Wort über das Schicksal der barocken Statuen hatte Josef Max (1804-1855), ein Vertreter des akademischen Klassizismus, einer Anschauung, die der barocken Ästhetik völlig entgegengesetzt war. Ein Dorn im Auge waren ihm vor

5 Dargestellt wird Jesus, der sich vom Kreuz herab beugt, Luitgard umarmt und ihr anbietet, seine Seitenwunde zu küssen; Abbildungen z. B. unter http://www.radio.cz/de/static/karlsbrucke/statue12 (letzter Zugriff: 12.04.2012).

allem die Werke aus der Werkstatt von Johann Brokoff. Einige Statuen wurden daher nicht erneuert, sondern sind im Landeslapidarium (jetziges Lapidarium des Nationalmuseums in Prag) eingelagert worden; andere wurden abgebaut und an andere Orte versetzt. An die Stelle der eingelagerten Originalfiguren traten akademisch starre, im Vergleich zu den Vorbildern blass wirkende Skulpturen, die von Josef Max, seinem Bruder Emanuel und ihrem Schüler Josef Kamil Böhm angefertigt wurden.

Das 19. Jahrhundert ging stiefmütterlich mit dem großen kunstgeschichtlichen Erbe um.

Zur Geschichte der Karlsbrücke im 19. und 20. Jahrhundert

Im September 1890 überflutete die auf 5,3 Meter angestiegene Moldau die Prager Altstadt und zerstörte auch zwei Brückenpfeiler. Die monumentalen Figurengruppen der Heiligen Franz Xaver und Ignatius von Loyola stürzten ins Wasser. Erstere wurde durch eine Kopie ersetzt, letztere hingegen von einer Figurengruppe mit den Heiligen Kyrill und Method, die Karel Dvořák schuf, abgelöst. Diese Skulptur wurde aus Anlass des 20. Jubiläums der Eigenständigkeit der Tschechoslowakischen Republik 1938 aufgestellt. Mit dieser gänzlich neuen Statuengruppe der slawischen Glaubensboten endete das lange Kapitel der Anschaffung von Kunstwerken zur Ausschmückung der Karlsbrücke.

Die Karlsbrücke ist ein lebendiges Bild der bewegten Schicksale der Stadt und des ganzen Volkes. Über sie ist die Geschichte „gegangen". Die Brücke hat feierliche und traurige Ereignisse erlebt. Sie hat Naturkatastrophen und Kriegszeiten überlebt. Über sie führten Krönungs- und andere feierliche Umzüge. Sie war Zeuge des Abschieds des eigenen Gründers, Kaiser Karl IV., sah aber auch die Trauerprozessionen für die Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk 1938 und Václav Havel 2011. Heute ist sie nach durchgreifender Restaurierung den Fußgängern vorbehalten, die Tag für Tag das Panorama von Prag und die Kunstwerke auf der Brücke bewundern.

Aus dem Tschechischen übersetzt von Michaela Götz.

Die Karlsbrücke in Prag, zwischen 1357 und ca. 1400 anstelle der aus dem 11. Jahrhundert stammenden Judithbrücke erbaut, zählt zu den ältesten Steinbrücken Europas. Ihre Länge beträgt 520 Meter, die Breite 10 Meter, sie wird von 17 Pfeilern getragen. Besonders bemerkenswert ist ihre reiche künstlerische Ausgestaltung.

Ralf Thomas Göllner

Die Széchenyi-Kettenbrücke in Budapest

Dr. Ralf Thomas Göllner ist Stellvertretender Direktor des Ungarischen Instituts an der Universität Regensburg.

Im 19. Jahrhundert ermöglichte die technische Revolution den Bau von Brücken, die seit Jahrhunderten geplant, aber nie verwirklicht werden konnten. Eine der ersten wurde die Kettenbrücke über die Donau zwischen Buda und Pest, die für die Entwicklung der ungarischen Hauptstadt einen Meilenstein setzte.

Es sind stets einige wenige, aber markante Bauten, die die Silhouette einer Stadt bestimmen und mit denen eine Stadt identifiziert wird. In seltenen Fällen sind solche Bauten sogar identitätsbildend für die Bevölkerung der Stadt und haben eine über die Stadt hinausreichende Bedeutung und Wirkung. In diese Kategorie gehört zweifellos die Kettenbrücke, die Széchenyi Lánchíd in Budapest. Und so wird es wohl kaum einen Ungarn geben, der sie nicht kennt und der nicht um ihre herausragende Bedeutung für die Geschichte Budapests und ganz Ungarns weiß.[1]

Die Széchenyi-Kettenbrücke, 2007 (Fotograf: Nils H. Măzgăreanu)

1 Ihre Bedeutung im kollektiven Bewusstsein zeigt sich am besten an einem Budapester Witz: Warum wurde in den Budaer Burgberg der Tunnel gebaut? Damit man bei Regen die Kettenbrücke hineinschieben und in Sicherheit bringen kann.

Vorgeschichte und Planungen

Bis ins 19. Jahrhundert stellten große Flüsse, so auch die Donau, ein nur schwer beziehungsweise gar nicht überwindbares Hindernis dar, sodass entlang ihrer Ufer unterschiedliche politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen möglich waren. Die Räume beiderseits des Flusses waren in Abhängigkeit von der Jahreszeit mit provisorischen Überquerungsmöglichkeiten – Fähren oder Pontonbrücken – verbunden. Die einzige feste Brücke über den Strom war seit dem 12. Jahrhundert die Steinerne Brücke in Regensburg, die zwar die Überquerung ermöglichte, aber seine Schiffbarkeit beschränkte. Die Befahrbarkeit hatte jedoch stets eine gesamteuropäische Bedeutung, da die Donau als zweitlängster Fluss und wichtigste Wasserstraße Europas immer auch eine verbindende Funktion hatte, die Ungarn mit Westeuropa verknüpfte.

Die Donau trennte sowohl ungarische Landesteile voneinander als auch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die zwei Städte Ofen (Buda) und Pest – die Vorläufer der Hauptstadt Budapest. Somit war sie einerseits ein Hindernis für eine Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, andererseits als Transportweg ein Schlüssel zum Erfolg. Eine Modernisierung war jedoch dringend notwendig, da Ungarn als Teil der Habsburgermonarchie feudal-neoabsolutistisch geprägt, infrastrukturell unterentwickelt und ökonomisch rückständig war. Die Impulse der Aufklärung stärkten die ungarische Nationalbewegung, und diese begann mit der tiefgreifenden Modernisierung der ungarischen Reichshälfte. Dabei standen ökonomische Reformen, die Entwicklung von Industrie und Handel, die Etablierung des Ungarischen als Staatssprache und schließlich deren Unabhängigkeit im Zentrum.

Ungarn als Teil der Habsburgermonarchie war im frühen 19. Jahrhundert infrastrukturell unterentwickelt und ökonomisch rückständig, ein Modernisierungsschub daher notwendig.

Eine herausragende Rolle spielte dabei Graf István (Stephan) Széchenyi (1791-1860), der wichtigste Initiator des Baus der Kettenbrücke, dessen Ziel die „moralische, materielle und politische Erneuerung der Nation“[2] war. Hierbei spielten die Verkehrswege und Trans-

2 Andreas Oplatka: Graf Stephan Széchenyi. Der Mann, der Ungarn schuf. Wien 2004, S. 181.

portmittel eine zentrale Rolle, denn sie sollten das Land einen, die Bewohner der verschiedenen Regionen miteinander verbinden und „dadurch Ungarn überhaupt erst zu einer Nation im strengen Sinne machen ..., Buda und Pest vereinigen, zum Mittelpunkt des Landes machen und dadurch zur würdigen Hauptstadt Ungarns erheben ... (und sie) sollten Handelsverbindungen mit den benachbarten Reichen ermöglichen."[3] Zwar war Pest Sitz der administrativen Verwaltung des Königreichs, der Ungarische Landtag tagte jedoch in Preßburg. Pest war mit 45.318 Einwohnern im Jahr 1821 neben Wien, das über ca. 242.000 Einwohner verfügte, doch recht provinziell. Die Schwesterstadt Ofen am gegenüber liegenden Donauufer hatte 33.281 Einwohner,[4] wodurch die vereinigten Städte für eine zentral gelegene Hauptstadt prädestiniert waren. So hatte es in der Vergangenheit auch nicht an Ideen und Plänen zu einer festen Brücke zwischen beiden Städten gemangelt. Bereits König Sigismund hatte im 15. Jahrhundert den Bau einer Brücke geplant, aber der Stand der Technik erlaubte bis ins 19. Jahrhundert die Realisierung derartiger Pläne nicht.

Mehrere Faktoren waren technisch anspruchsvoll: Eine Gesamtstrecke von etwa 380 Metern musste überwunden werden. Die damals üblichen Stein-, Gusseisen- oder Holzbrücken erforderten zahlreiche Stützpfeiler, was die geplante Brücke für Treibeis anfällig gemacht und zusätzlich den Schiffsverkehr behindert hätte. Gegen eine Eisenbrücke auf Steinpfeilern sprachen außerdem das Fehlen qualifizierter Eisenhütten sowie ausreichender Produktionskapazitäten in Ungarn, gegen eine Holzbrücke auf Steinpfeilern deren niedrige Traglast, die kurzen Wartungsintervalle und die große Anfälligkeit: Das kontinentale Klima mit hohen Temperaturen im Sommer und sehr niedrigen im Winter erforderten eine haltbare und technische ausgereifte Konstruktion sowie innovative Materialien, die erst im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelt wurden. Zudem fehlte in Ungarn das notwendige Kapital für die Umsetzung eines derart großen und kostenintensiven Projekts.

So wurden Kommunikation und Verkehr zwischen beiden Städten bis Mitte des 19. Jahrhunderts mit Fährverbindungen und einer aus 46-47

3 András Antal Déak/Amelie Lanier: Die Verbindung von Stephan Széchenyi und Georg Sina und das Unternehmen Kettenbrücke. (Europäische Hochschulschriften, Bd. 931). Frankfurt (Main) (u. a.) 2002, S. 35.

4 Angaben zu Pest und Ofen einschließlich Óbuda bei Erdmann Doane Beynon: Budapest: An Ecological Study. In: The Geographical Review 33 (1943) Nr. 2, S. 259.

Schiffen bestehenden Pontonbrücke realisiert, die jedoch beide witterungsabhängig waren. Zu Beginn des Winters, wenn die Donau zuzufrieren begann, aber vor allem im Frühjahr, wenn die Eisdecke aufbrach und große Eisschollen die Donau hinuntertrieben, war die Donau für Menschen und Waren praktisch unpassierbar. Im Winter, wenn die Donau zugefroren war, schränkte die Dicke der Eisschicht das Gewicht des Warentransports ein. Nach der Eisschmelze konnte die Pontonbrücke, bestehend aus einer Reihe miteinander verbundener Boote, aufgebaut werden und bis Herbst einen Teil der Transportkapazität übernehmen. Diese Lösung hatte aber den erheblichen Nachteil, dass die Brücke mehrmals täglich ab- und wieder aufgebaut werden musste, um Schiffe durchzulassen, die die Donau befuhren und den wichtigsten Teil der inländischen und überregionalen Transportkapazitäten übernahmen. Zudem stieg das Gewicht der transportierten Waren kontinuierlich an, sodass es absehbar war, dass die Schiffsbrücke mit der angestrebten ökonomischen Modernisierung nicht würde Schritt halten können. Außerdem war die Pontonbrücke mautpflichtig; lediglich der Adel, die Geistlichkeit und das Militär waren von der Abgabe befreit, sodass sich mit einer festen Brücke nicht nur infrastrukturelle Modernisierungen verbanden, sondern auch grundlegende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Veränderungen im Land und in beiden Städten.

Graf Széchenyi, einer der großen Modernisierer Ungarns (u. a. gründete er 1825 die spätere Ungarische Akademie der Wissenschaften) nahm sich auch des Projekts einer Brücke zwischen Ofen und Pest an. Eine Englandreise, bei der er verschiedene Brückentypen prüfte, brachte schließlich den technischen Durchbruch. Den größten Eindruck hinterließ William Tierney Clark mit seiner Hängebrücke über die Themse, der 1825-1827 erbauten Hammersmith Bridge in London, deren Design sowohl neuartig und wohlproportioniert als auch technisch ausgefeilt war.[5] Sie wurde zum Modell für die projektierte Donaubrücke.

Als Vorbild diente die 1825-1827 in London erbaute Hammersmith Bridge, eine Hängebrücke.

5 Siehe Michael Mende: „Not Only a Matter of Taste but ... of the Laws of Mechanics“: The Adoption of British Models in Nineteenth-Century Continental Suspension Bridge Design. In: Journal of Design History 2 (1993), S. 2; außerdem Judit Brody: The Széchenyi Chain Bridge at Budapest. In: Technology and Culture 29 (1988), Nr. 1, S. 109.

Finanzierung und Errichtung

Als sehr dringlich erwies sich die Finanzierungsfrage, da es sich bei dem Brückenbauprojekt „um die größte Investition (handelte), die in Ungarn bis zu diesem Zeitpunkt getätigt wurde".[6] Bis zu ihrer Fertigstellung wurden 6.220.428 Gulden investiert, davon 1.519.294 Gulden für Zinszahlungen und Landkauf sowie 100.000 Gulden für Material und Maschinen.[7] Diese Ausgabe konnte kein Investor allein tätigen, hier musste auf das noch relativ neue Instrument der Aktienausgabe zurückgegriffen werden, sodass der Brückenbau auch für den Finanz- und Investitionssektor einen Modernisierungsschub brachte. Finanzierung und Aktienausgabe mussten über ein Bankhaus bzw. einen Bankier erfolgen, und Széchenyis Wahl fiel auf Baron Georg Sina, der über Grundbesitz und zahlreiche Geschäftsverbindungen in Ungarn verfügte. Die Investition musste aber, wenn die Aktienemission erfolgreich sein sollte, neben der Befriedigung patriotischer Gefühle, an die Széchenyi appellierte, auch Gewinne in Aussicht stellen. Dies war jedoch ein heikler Punkt, denn er berührte sowohl die Pachteinnahmen der beiden Städte als auch die Adelsprivilegien sowie die fehlende gesetzliche Grundlage für die Aktiengesellschaften. Eine kalkulatorische Voraussetzung für den Brückenbau war nämlich der Abbau der Pontonbrücke und die Erhebung einer Mautgebühr durch die Brückengesellschaft, die auch den Adel einschloss. Die Beseitigung der Steuerfreiheit war ein äußerst kritischer Punkt, der nur mit der Unterstützung weiterer Adeliger sowie des Palatins (Statthalters) Erzherzog Joseph möglich war und schließlich gesetzlich geregelt werden konnte. All dies ebnete der Verabschiedung des Gesetzes XXVI/1836 „Über den Bau einer ständigen Brücke zwischen Buda und Pest" den Weg. Die Buda und Pest betreffende Entschädigungsfrage zog sich allerdings noch bis 1864 hin; man einigte sich auf eine Summe von 186.000 fl. pro Stadt.

Bevor die Bauarbeiten beginnen konnten, kam es zu einer ausgedehnten Suche nach geeigneten Baumaterialien, aber auch zu zahlreichen Petitionen, Verhandlungen und Intrigen, die den Beginn verzögerten. Vor allem das Militär hatte Schwierigkeiten mit der geplanten Brücke, weil sie

6 Oplatka (wie Anm. 2), S. 223.

7 So William Tierney Clark. In: Ders.: An Account, With Illustrations, of the Suspension Bridge Across the River Danube, Uniting Pesth with Buda, and the Adjacent Count, in the Kingdom of Hungary. London 1852-1853, S. 71.

als strategisch wichtige Einrichtung in privater Hand sein und auch das Militär eine Maut zahlen sollte. Trotzdem verhinderte das Militär den Bau nicht, denn andernfalls „hätten sich alle Gegner dieser Brücke in Ungarn am nächsten Tag hinter Széchenyi und den Brückenbau gestellt, sich in ihrer Eigenschaft als ungarische Patrioten empört und verkündet, dass der Okkupationscharakter der österreichischen Regierung durch diesen Beschluss klar hervorträte."[8]

Nachdem mithilfe des Palatins diese Probleme gelöst worden waren, konnte am 28. Juli 1840 unter Aufsicht des ausführenden schottischen Ingenieurs Adam Clark, den William Tierney Clark eingestellt und nach Ungarn entsandt hatte, der erste Baumstamm für die Errichtung des ersten Fangedamms eingetrieben werden.[9] Aufgrund der technologischen Rückständigkeit konnten nur das Bauholz und die Steine für die Pylonen aus der Monarchie geliefert werden. Die Eisenprodukte – vor allem das Schmiedeeisen und die Ketten – sowie die Baumaschinen mussten aus England eingeführt werden, zumal William Tierney Clark der Ansicht war, dass „es ... weder ausreichende Erfahrungen noch Mittel auf dem Kontinent (gibt), um eine solche Arbeit durchzuführen."[10] Angesichts der protektionistischen österreichischen Politik hatte dies lange Verhandlungen zur Folge, denn die im Aufbau befindliche eisenverarbeitende Industrie wurde durch Schutzzölle geschützt und es dauerte bis 1849, bis man sich auf eine teilweise Zollfreiheit bzw. Zollermäßigung einigte.

Trotz dieses Teilimports aus England wurde die lokale Industrie gefördert. Zahlreiche Industriebetriebe entstanden, die Materialien und Bauteile für den Brückenbau herstellten, und so verlief der Bau in angemessener Zeit. Die letzten Kettenglieder wurden durch ein revoltierendes Europa transportiert, und auch in Ungarn brach kurz vor Fertigstellung der Kettenbrücke die Revolution von 1848/49 aus, deren Ziel unter anderem die Unabhängigkeit von der österreichischen Vorherrschaft war. Die strategisch wichtige Brücke wurde in den Kämpfen beschädigt

8 Déak/Lanier (wie Anm. 3), S. 54.

9 Folgende Angaben verdeutlichen die technischen Schwierigkeiten: Die Donau war an den Stellen, wo die Pfeiler stehen, rund 16,5 m tief, dann folgte eine 5,5 m dicke Schicht Sand und Schotter, bevor die stabile Tonschicht erreicht war, auf der die beiden Pylonen errichtet wurden. – Unter einem Fangedamm versteht man eine provisorische Barriere zur vorübergehenden Trockenlegung eines Flusses oder Uferbereichs bei Baumaßnahmen. (Anm. d. Redaktion)

10 Report of William Tierney Clark on the proposed Bridge at Pesth. In: Account (wie Anm. 7), S. 27.

und war zweimal von einer Sprengung bedroht. Es war großem Glück und dem persönlichen Einsatz von Adam Clark zu verdanken, dass sie nicht zerstört wurde und – nachdem Revolution und Unabhängigkeitskrieg im August 1849 beendet waren – am 20. November 1849 offiziell eröffnet werden konnte. Széchenyi, die treibende Kraft hinter dem Brückenbau und an der Spitze der nationalen Bewegung stehend, hatten während der Revolution große Zweifel befallen; das „Bauwerk, das Ungarns Hauptstadt zum Aufschwung verhelfen sollte, ... wurde (für ihn) zum Symbol der Entzweiung der Völker".[11] Ein seelischer Zusammenbruch und Wahnvorstellungen verhinderten, dass er jemals die fertiggestellte Brücke sehen konnte.

Entwicklung und Bedeutung im 19. und 20. Jahrhundert

In der Folgezeit erwies sich die Kettenbrücke in mehrfacher Hinsicht als erfolgreiches Projekt, auch wenn die Aktienrendite ein bis zwei Prozent unter der durchschnittlichen Verzinsung von sechs Prozent lag. Die Mauteinnahmen betrugen bis 1870 durchschnittlich 414.099 Gulden pro Jahr, womit sämtliche Baukosten in 20 anstatt wie ursprünglich kalkuliert in 100 Jahren erwirtschaftet wurden. Dies war vor allem auf das rasante Wachstum von Pest zurückzuführen, zu dem die Brücke ihren Teil beitrug.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867, der einen Dualismus mit zwei Zentren begründete, bereitete auf der politischen Ebene den Weg zum Aufstieg Budapests, während ihn in der ökonomisch-infrastrukturellen Sphäre die Kettenbrücke beförderte. 1870 kaufte die ungarische Regierung die Brücke von der Aktiengesellschaft, um dem ständig steigenden Bedarf an einer Donauüberquerung zu entsprechen und weitere Brücken bauen zu können. Durch das Gesetz XXXVI/1872 entstand im November 1873 durch Vereinigung von Buda, Óbuda und Pest die Hauptstadt Budapest, und 1896 wurde in der Nähe der Kettenbrücke die erste elektrische U-Bahn auf dem europäischen Kontinent eröffnet. „(B)eide moderne Symbole, die Brücke und die U-Bahn, waren tatsächlich Beschleuniger und standen für die Vereinigung der mit Buda identifizierten traditionellen adeligen

Die Brücke war der erste Schritt auf dem Weg zur Vereinigung von Buda, Óbuda und Pest zu Budapest.

11 Oplatka (wie Anm. 2), S. 407.

Elite und der sich entwickelnden bürgerlichen, mit Pest identifizierten Elite."[12]

Das rasante Bevölkerungswachstum Budapests, dessen Einwohnerzahl sich von 178.062 im Jahr 1850 auf 881.601 im Jahr 1910 fast verfünffacht hatte, erforderte den Bau weiterer Brücken und eine Modernisierung und Renovierung der Kettenbrücke. Während ihres Baus noch hochmodern, war die nicht versteifte Konstruktion nach gut 60 Betriebsjahren zu weich und schwang zu stark unter den gestiegenen Lasten. Deshalb wurde sie 1913 bis 1915 unter der Vorgabe umgebaut, dass Aussehen und Form der Brücke erhalten bleiben, ihre Materialien jedoch den verkehrstechnischen Anforderungen entsprechen sollten. Um an den Initiator des Baus zu erinnern, wurde sie bei ihrer Wiederinbetriebnahme in „Széchenyi-Kettenbrücke" (Széchenyi Lánchíd) umbenannt.

Am 18. Januar 1945 wurde die Kettenbrücke als eine der letzten Brücken Budapests von der Wehrmacht zerstört, nur die beschädigten Pylonen blieben stehen. Der Wiederaufbau des städtischen Wahrzeichens begann 1947, wobei traditionelle und nicht verkehrstechnische Gründe für ihre Wiederherstellung sprachen. Die Széchenyi-Kettenbrücke wurde am 100. Jahrestag ihrer Eröffnung, dem 20. November 1949, wieder in Betrieb genommen; ihre Traglast war nun leicht erhöht und die Fahrbahnbreite um einen Meter auf 6,45 Meter erweitert worden. Der in der Folgezeit rapide anwachsende Straßenverkehr, die weiter gestiegenen Fahrzeuggewichte sowie die Verwendung von Streusalz machten 1987 eine erneute Sanierung nötig. Sie wurde 1988 abgeschlossen und die Brücke erhielt elf Jahre später zu ihren 150. Geburtstag eine neue Beleuchtung, die auch nachts ihre imposante und zugleich elegante Form zur Geltung bringt. Insgesamt ist die Kettenbrücke sowohl ein sehenswertes bauliches Kulturdenkmal als auch ein Symbol für die Modernisierung Ungarns sowie der Identitätsbildung der Bevölkerung.

Brückenart: Historische Form einer Hängebrücke, deren Fahrbahnträger an Ketten aufgehängt sind. Bauzeit: 1840-1849. Gesamtlänge: 380 Meter; Stützweite 202,6 Meter; Breite: 14,8 Meter; Fahrbahn: 6,4 Meter, zwei Gehwege zu je 2,2 Metern. Umbau und Modernisierung 1913-1915, nach Kriegszerstörung 1945 Wiederherstellung und Verbreiterung der Fahrbahnen bis 1949, Restaurierungs- und Ausschmückungsarbeiten 1987/1988 und zum 150. Jubiläum 1999.

12 Thomas Bender/Carl E. Schorske: Budapest and New York Compared. In: Dies. (Hrsg.): Budapest and New York Studies in Metropolitan Transformation 1870-1930. New York 1994, S. 2.

Dejan Mihailović

Die Brücke über die Drina in Višegrad – Geschichte und Erzählung

Dejan Mihailović, Redakteur beim größten serbischen Verlag „Laguna", ist Autor von Kurzgeschichten und Übersetzer aus dem Russischen und Englischen.

Historisches Geschehen und literarische Deutung verbinden sich im Werk „Die Brücke über die Drina" von Ivo Andrić zu einer eigentümlichen Symbiose, die auch heute noch den Leser zu fesseln vermag. Entstehung und Geschichte der Brücke werden nachgezeichnet, damit verbunden ist ein nachdenklicher Blick auf die Geschicke einer zerrissenen Region im Südosten Europas.

Symbolik

In vielen Deutungen des Werks von Ivo Andrić (1892-1975) und besonders seines Romans „Die Brücke über die Drina" sind die Kritiker geneigt, seine Erzählungen über Brücken ausschließlich als literarisch gestaltetes *Symbol für Verbindung, Versöhnung und Durchdringung* zwischen verschiedenen Völkern, Kulturen, Religionen und Traditionen zu verstehen, konkret von Völkern, die durch die historischen Umstände an der jahrhundertealten Grenze zwischen Ost und West leben. So berechtigt diese Meinung auch sein mag, so sehr sie Andrić selbst auch vertreten hat, so ist es auch notwendig, die historischen Umstände zu betrachten, in denen der Literaturnobelpreisträger aus dem ehemaligen jugoslawischen Staat geboren wurde, aufgewachsen ist und sich als Mensch und als Autor formiert hat, um hinter dieser vereinfachten und einseitigen Interpretation die Brücke im Werk Andrićs auch als tieferes und komplexeres Symbol zu sehen. Im Herzen des Balkans gelegen, sollte Bosnien in den Gedanken der Menschen, die von dort stammen und in die „große weite Welt" aufgebrochen sind, zumeist das „ferne gebirgige und finstere

Land, in dem das Leben ohne weitere Freundlichkeit und Zahmheit einfach arm, stur, hart"[1] ist, bleiben.

Dieses tiefere, verborgene und komplexere Symbol der Brücke, das Andrić später in seiner „Chronik aus Višegrad" (so der Untertitel des Romans) liefert, hat er bereits in der Weihnachtsnummer 1933 der Belgrader Zeitung „Politika" angedeutet, wo er in einem Text mit dem Titel „Brücken" zum ersten Mal den Gedanken vom Wert und der Bedeutung dieser Bauwerke ausdrückte, die ihn von früher Jugend an faszinierten und die für ihn vor allem *Symbol der Sehnsucht nach etwas anderem, Besserem und Sinnvollerem* waren:

Die Brücke als Symbol – „unsere ganze Hoffnung ist auf der anderen Seite."

„Von allem, was der Mensch in seiner Lebenskraft schafft und baut, ist in meinen Augen nichts besser und wertvoller als Brücken. Sie sind wichtiger als Häuser und heiliger, weil allgemeiner, als Kirchen. Sie gehören jedem und sind jedem gegenüber gleich, nützlich, immer mit Sinn erbaut, an Orten, wo die meisten menschlichen Bedürfnisse zusammenkommen, haltbarer als andere Bauten und sie dienen zu nichts, was geheim oder böse wäre ... So findet mein Sinn überall auf der Welt, wohin er sich auch wendet und dreht, treue und verschwiegene Brücken wie die ewige und ewig unerfüllte Sehnsucht des Menschen, alles, was vor unserem Geist, unseren Augen und Füßen auftaucht, zu verbinden, zu versöhnen und zu vereinen ... Schließlich: Alles, woran sich unser Leben zeigt – Gedanken, Anstrengungen, Blicke, Lächeln, Worte, Seufzer –, all das strebt zu einem anderen Ufer, auf das es als Ziel hin ausgerichtet ist und an dem es erst seinen wahren Sinn erlangt ... Denn alles ist Übergang, eine Brücke, deren Enden sich in der Unendlichkeit verlieren und demgegenüber alle irdischen Brücken nur Kinderspielzeug sind, blasse Symbole. Und unsere ganze Hoffnung ist auf der anderen Seite."

Die Pfade von Višegrad

Die österreichisch-ungarische Verwaltung von Višegrad dauerte so lange wie der erste moderne serbische Staat am Übergang zweier Jahrhunderte – von 1878 bis 1918. Etwa in der Mitte dieser Zeit wurde Ivan Matkovčik, Wachtmeister im Dienst der Monarchie, zum Kommandanten der

1 So Andrić in seiner Erzählung „Durst". Alle weiteren Zitate stammen von Andrić, wenn es nicht anders angegeben ist.

Grenzgendarmerie in der bosnischen Kleinstadt Višegrad ernannt. 1894 nahmen er und seine Frau Ana, die Schwester von Andrićs Vater, einen neuen Bewohner in ihr geräumiges Haus über dem Drina-Ufer auf. Die Matkovčiks, die keine eigenen Kinder hatten, nahmen Ivo Andrić, ihren zweijährigen Verwandten, gerne zu sich, um ihn aufzuziehen und auszubilden. Sie wohnten „am linken Ufer der Drina, in einem einstöckigen Steinhaus mit schönem Zaun um einen gepflegten und üppigen Garten voller Blumen, in dem man durch einen Tunnel von Rosen auf einem weißen Steinpfad zur Veranda ging, die von Weinreben bedeckt war". Von dieser Veranda bot sich ein Blick auf die Drina, ihre alte Steinbrücke und den Ortskern von Višegrad, der sich um die Brücke auf beiden Seiten des Flusses erstreckte. Der kleine Gast, dessen Vater schwer an Tuberkulose erkrankt war, war zu seiner Tante nach Višegrad geschickt worden, denn seine Mutter Katarina war zwischen der Sorge um ihren schwer erkrankten Mann und ihrem Dienst in fremden Häusern hin- und hergerissen.

Der Junge wuchs bei seinen Višegrader Verwandten in guten materiellen Umständen auf, einigermaßen behütet vor dem üblen Schicksal, das seine Familie ergriffen hatte. Die Kleinstadt Višegrad, eine Grenzstation mit etwa 1.500 Einwohnern, vor allem Muslime und erheblich weniger Serben und Juden, hatte damals etwa 50 Ausländer im Dienst der Doppelmonarchie, die die Institutionen dieses österreichisch-ungarischen Kreises in Bosnien leiteten: das Kreisamt, das Gericht, den Zoll, die Finanzverwaltung und die Garnison. Ivan Matkovčik, der polnischer Herkunft war, war schon in den ersten Jahren der österreichischen Verwaltung in das Grenzstädtchen gelangt. „Er war ein außergewöhnlich milder Mann, gebildet, er konnte Deutsch und auch unsere Sprache sprach er gut, hatte eine schöne Handschrift, war von guten Manieren und war den Menschen aus der Gegend gegenüber immer hilfsbereit, die wegen der Nähe der Grenze und den unsicheren Zeiten leicht in Ungelegenheiten kommen konnten." Da er wegen seiner Stellung oft zu Pferd die Grenze bereisen musste, hat er zuweilen auch den jungen Ivo mitgenommen. Dabei hörte der Junge in den Dörfern um Višegrad die Bauern und ihre Gespräche und Bitten, und zum ersten Mal lernte er die Umgebung um die Stadt und ihre Pfade und Wege kennen. „Am Anfang aller Pfade und Wege, im Fundament alleine schon des Gedankens an sie, steht scharf und unauslöschlich eingekerbt der Pfad,

In der kleinen Welt an der Drina sammelte Ivo Andrić die Stoffe für sein literarisches Werk.

auf dem ich das erste Mal frei und alleine gegangen bin. Das war in Višegrad, auf harten, unregelmäßigen, ausgetretenen Wegen, wo alles trocken und kummervoll ist, ohne Schönheit, ohne Freude, ohne Hoffnung auf Freude, ohne Recht auf Hoffnung ...", schreibt Andrić am An-

Die Brücke über die Drina (Fotograf: Julian Nitzsche)[2]

fang seines Prosatextes „Pfade". Diese Pfade von Višegrad haben in dem Jungen langsam einen breiteren Horizont geöffnet und die Erkenntnis des unruhigen, merkwürdigen Himmels seiner Heimat in ihn gepflanzt, in dem sich Kulturen, Nationen und Religionen gemischt haben, in dem Türken, Serben, Kroaten, Juden, Italiener, Österreicher, Muslime, Orthodoxe, Katholiken und Menschen mosaischen Glaubens sich gestritten und versöhnt haben ... Von diesen Reisen hat Andrić die ersten Geschichten und Legenden aus dem Gebiet mitgenommen, das selten dem Frieden und dem Wohlstand überlassen wurde, in der Umarmung der stürmischen europäischen Geschichte am Rande zweier Imperien und am Übergang zweier einander gegenübergestellter Welten.

2 Für die Erlaubnis zur Einfügung des Bildes sei Julian Nitzsche, der es gemäß GNU-Lizenz für freie Dokumentation zur Verfügung gestellt hat, ausdrücklich gedankt (Quelle:http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Visegrad_Drina_Bridge_1.jpg?uselang=de; letzter Zugriff: 16.04.2012).

„Ich war vielleicht sieben Jahre alt. Gleich nach dem Abendessen ergriff mich der Schlaf, wegen des Essens, des Spiels tagsüber und der Müdigkeit. Aber sobald von Bett und Schlafen die Rede war, erhob ich den Kopf und öffnete die Augen weit, und ich wandte mich heftig gegen jeden Gedanken, mich hinzulegen ... Ich stand auf und ging zur Veranda, die in der Dunkelheit verschwand und von der aus nur zwei entfernte Lichter zu sehen waren, zwei Laternen auf der Brücke, wie zwei machtlose Funken in einem unüberwindlichen Meer von Dunkelheit, unter dem die Stadt zwischen den Bergen lag."

Einer der Lieblingspfade von Ivo Andrić, des Bosniers der Heimat nach, des Katholiken und Kroaten nach Glaube und Abstammung, von südslawischer politischer Orientierung, des serbischen Erzählers[3] nach seiner literarischen Bestimmung, war die großartige Steinbrücke, die die beiden Ufer von Višegrad miteinander verband, im Volk als „Brücke[4] über die Drina" bekannt, die fast drei Jahrhunderte früher erbaut worden war. Ivo Andrić sollte die zweite Großgestalt aus diesem Raum sein, der im Roman „Die Brücke über die Drina" Višegrad und seine Brücke berühmt machen sollte, in dem er die Geschichte von ihrer Entstehung, ihrer Bedeutung und dem Widerstand gegen die Zeit in den historischen Stürmen und Wenden, die diesen Bau immer begleiteten, an die Welt brachte.

Knabenlese

Der berühmte Wesir Mehmed Pascha, an den man sich in Bosnien schon lange wegen seiner guten Werke und Stiftungen erinnerte, ließ in Višegrad mehrere Gebäude errichten, die sein Zeitalter überdauerten und bis heute existieren. Der Wohltäter war selber ein Bauernkind aus Bosnien,

3 Andrić lehnte während des Zweiten Weltkriegs im besetzten Belgrad das Ansinnen eines serbischen Herausgebers ab, ihn in eine Anthologie serbischer Schriftsteller aufzunehmen, obwohl er sich einen „serbischen Erzähler" nannte. Mit einer ähnlichen Begründung hatte er 1933 die Einladung eines kroatischen Herausgebers abgelehnt, in eine Anthologie der neueren kroatischen Lyrik aufgenommen zu werden: „Ich muss Ihnen sagen, dass es mir aus meiner Perspektive weder vernünftig noch berechtigt erscheint, heute eine Anthologie herauszugeben, die sich auf einen Stamm beschränkt ... Ich könnte niemals an einer Publikation teilnehmen, aus der prinzipiell unsere anderen, mir so nahen Dichter ausgeschlossen wären, nur weil sie anderen Glaubens sind oder in einem anderen Gebiet geboren wurden."

4 Die Brücke wird im Roman nicht mit dem üblichen Begriff „most", sondern mit dem Wort „ćuprija" bezeichnet, das türkischen Ursprungs ist (Anm. d. Übersetzers).

der im Rahmen der „devşirme“, der „Knabenlese“ (die serbische Bezeichnung lautet: Abgabe in Blut) in die Türkei gebracht wurde, als er etwa 15 Jahre alt war. Bald nach 1520 war der osmanische Infanteriekommandeur Jaijabascha Jelildsche nach Bosnien gekommen, um für die Zwecke des türkischen Reichs und seiner Expansionsambitionen die ausgesuchtesten Jungen und jungen Männer von dort zum Dienst in der ausgedünnten türkischen Armee mitzubringen.

Die Knabenlese (türkisch: „devşirme“, eigentlich „Sammlung“), die alle drei bis vier Jahre erfolgte, war eine Praxis, die Sultan Murad I. in der Mitte des 14. Jahrhunderts im Osmanischen Reich eingeführt hatte: die „Sammlung“ von Jungen aus christlichen Familien in osmanisch verwalteten Regionen. Sie wurden nach Istanbul gebracht, im islamischen Geist erzogen und ausgebildet, um in vier Gruppen von Institutionen des Reichs arbeiten zu können: der Staatsverwaltung, dem Bildungsbereich, der Religion und der Armee. Der Gründer der Janitscharen, des „neuen Korps“ von in der Provinz gesammelten und in Istanbul ausgebildeten Soldaten, Kara Halil Hajredin Pascha Tschadarli, erster osmanischer Großwesir und Initiator der Knabenlese, hat in einem diplomatischen Dokument aus dem 15. Jahrhundert die klare Haltung der osmanischen Behörden gegenüber der Berechtigung der Knabenlese dargestellt: „Das Volk in den eroberten Gebieten wird als Sklave der Eroberer betrachtet, denen es als ihr Besitz gehört, ebenso wie die Güter des Volkes, seine Frauen und Kinder.“

Der Stifter

Mehmed Pascha Sokolović ist auf der Erfolgsleiter des Osmanischen Reichs vom Janitscharen bis zum Großwesir emporgestiegen und hat sich als tapferer Krieger, weiser Staatsmann unter drei Sultanen und bekannter Wohltäter einen Namen gemacht, der seine Heimat und seine Herkunft nie vergessen hat. Er nahm an der Schlacht bei Mohács 1526 und an der Belagerung Wiens 1529 teil. 1565 wurde er Großwesir. Als einer der größten Stifter seiner Zeit ließ er Gebäude, Schulen, Brücken, Brunnen, Herbergen und Volksküchen überall in der türkischen Provinz Balkan errichten, auf beiden Seiten der Drina. In Višegrad baute er ein Hamam (öffentliches Bad), eine Tekija (Derwischkloster) und die Karawanserei, von der türkische Historiker sagen, dass sie bis zu 10.000 Pferde, Kamele und Maulesel unterbringen konnte. In Belgrad ließ er einen Brunnen auf der Festung Kalemegdan anlegen. 1557 ließ er das Patriar-

chat von Peć erneuern; damals wurde sein Bruder Makarije Sokolović zum ersten Patriarchen der erneuerten serbischen Kirche gewählt. Auch in Istanbul hat Mehmed Pascha zwei Moscheen und eine Medrese bauen lassen. Er kam als Opfer einer politischen Verschwörung ums Leben, durch die Hand eines Derwischs, der – Ironie des Schicksals – ein bosnischer Landsmann des Wesirs war.

Die Brücke über die Drina

Gegen Ende seines Lebens entschloss sich Mehmed Pascha, eine Brücke in seiner Geburtsgegend zu erbauen, die Brücke über die Drina in Višegrad. Den Bau vertraute er dem berühmten osmanischen Architekten Koca Mimar Sinan an. 1571 begann der Bau und dauerte bis 1578. Die Brücke ist aus weiß-rosa bearbeitetem Kalkstein entstanden, mit 12 Pfeilern und 11 Bögen. Sie hat eine leichte Steigung zur Mitte hin, ist 180 Meter lang und 6 Meter breit – ein Meisterwerk der damaligen Baukunst.

In der Mitte der Brücke ist auf der einen Seite eine Terrasse aus Stein gebaut, das so genannte „Sofa", wo sich Generationen von Višegradern getroffen haben. Hier gab es einmal einen schönen Brunnen, an dem sich die Muslime vor dem Gebet gewaschen haben. Dort wurden in der türkischen Zeit Aufständische gehängt und gepfählt. Dort versammelte sich unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg die bosnische revolutionäre Jugend und träumte von einem freien Bosnien, vereint mit anderen südslawischen Ländern auf dem Balkan, ohne Stammestrennungen und Hass. Dem „Sofa" gegenüber ist eine große Platte aufgestellt, das so genannte „Tor", auf der auf weißem Marmor zwei Chronogramme stehen, zwei „Tarih" des Dichters Nihad; eines stammt aus der Zeit des Baubeginns 1571, das andere aus der Zeit des Bauabschlusses 1577. Letztere Verse, zum Lob des Mehmed Pascha Sokolović, lauten:

Zur Zeit des Weltenherrschers Murad-Han, Sohns des Selim,
Ließ der Wohltäter Herr Mehmed Pascha,
Ergebener Großwesir dreier Herrscher,
Diese große Stiftung errichten; sie sei Gott wohlgefällig!
In reiner Absicht, am Fluss Drina
Baute er mit Eifer die große Brücke.
Der Bau wurde so herrlich, dass jeder, der ihn sieht,
Ihn für eine kleine Perle im Wasser hält, und das Himmelgewölbe
für ihre Muschel.
Gott, lass den Bau seines Glücks und seines Lebens beständig sein!

Gib ihm, Herr, alles, was er in dieser und in jener Welt wünscht!
Nihad hat ihm das Chronogramm geschrieben; segne ihn,
wer ihn sieht:
Mehmed Pascha hat diese Brücke über das Wasser erbaut.

Obgleich die Brücke besser und beständiger war als alle anderen im Reich, hat sie doch im Lauf der Jahrhunderte viel Unglück erlebt. So wurde sie im österreichisch-türkischen Krieg 1873 bombardiert; 1896 vernichtete eine große Überschwemmung große Teile von Višegrad, wobei das Steingeländer beschädigt wurde, die Brücke selber jedoch fast unzerstört blieb. 1914 bauten die Österreicher Minen in die Brücke ein, und bei der serbischen Bombardierung der Kleinstadt im selben Jahr wurden zwei Pfeiler und die dazwischenliegenden Bögen vernichtet. Im Zweiten Weltkrieg wurden 1943 vier Pfeiler mit den Bögen von Minen zerstört. Der detailgetreue Wiederaufbau der Brücke fand zwischen 1949 und 1952 statt.

Die Brücke ist eines der wichtigsten nationalen Denkmäler von Bosnien und Herzegowina. Im Juli 2007 wurde sie von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt. Sie gehört zur Entität Republika Srpska, doch ist sie heute kein Symbol, das verbindet, versöhnt und Horizonte öffnet, sondern ein Symbol für Leiden, Blutvergießen, Gewalt und Hass: In einer Art rückwärtsgewandter Geschichte war im Sommer 1992, als, entgegen den Idealen der Generation von Andrić, der blutige Zerfallskrieg des Landes begonnen hat, für das ihre Väter und Großväter gekämpft hatten, die Brücke von Višegrad der Schauplatz, wo serbische paramilitärische Formationen, als „Weiße Adler" bekannt, bei der ethnischen Säuberung der Stadt einige tausend muslimischer Bewohner der Stadt umbrachten, darunter auch Hunderte von Kindern. Im Laufe des Krieges wurden daraufhin Denkmäler von Andrić zerstört, seine Bücher verbrannt und der Autor zum Urheber des Hasses gegen die Bosniaken erklärt.

Seit 1992 steht die Brücke leider auch für den Hass, der das Zusammenleben der Menschen in Bosnien vergiftet hat.

Zurufe

Im Roman „Die Brücke über die Drina" hörte der Ladenbesitzer Alihodscha Mutevelić, ein weiser alter Stadtbewohner, der sein ganzes Leben ein ergebener türkischer Untertan war, im Frühherbst 1908 den Er-

lass des Kaisers und Königs Franz Josef über die österreichisch-ungarische Annexion Bosniens, ungläubig, „mit etwas geöffnetem Mund und gesenktem Kopf", und er hörte dabei zum wiederholten Male einen kaiserlichen Erlass, andere, und doch die gleichen „kaiserlichen Worte": „der in die Furchen des aufgepflügten Bodens geworfene Same", „die Sorgen des Thrones", „die Einführung von Verfassungsmäßigkeit im Lande", „der Leitstern Unserer Regierung" ... Er hörte die Worte, die er einzeln für sich nicht verstand, aber deren Sinn ihm auf einmal klar vor Augen stand: „Hier rufen sich Kaiser über Länder und Städte und über die Köpfe ihrer Völker hinweg etwas zu. Und ein jedes Wort im Erlass eines jeden Kaisers wiegt schwer. Länder werden zerrissen, Menschen verlieren ihren Kopf. Daher sagt man ‚Same ... Stern ... Sorgen des Throns', damit man die Dinge nicht bei ihrem richtigen Namen rufen und sagen muss, wie es ist: dass Länder und Gebiete, und mit ihnen lebendige Leute und ihre Siedlungen, wie Kleingeld von Hand zu Hand gehen, dass ein rechtgläubiger und gutwilliger Mensch auf Erden keinen Frieden finden kann, nicht einmal so viel, wie er es für sein kurzes Leben braucht."

In den historischen Wirren und in der Erzählung von Ivo Andrić hat sich die Brücke über die Drina in Višegrad am Ende des 20. Jahrhunderts nicht weit von der Symbolik entfernt, die ihr durch die Jahrhunderte zugewachsen war, und auch nicht von den Zwecken, die ihr zeitweise und für kurze Zeit zugedacht waren. Die erste Stiftung des Mehmed Pascha und die Dankbarkeit gegenüber seinem Volk, aus der sie entstand, Richtplatz und Treffpunkt, Verbindungsstelle und Anblick versteinerter Schönheit, zu Kriegszeiten Werkzeug im Dienst der Vernichtung des Feindes, der es wagen würde, sie zu überschreiten, und in Friedenszeiten ein Anblick, der den Horizont in eine bessere Welt und auf andere Ufer öffnet: Sie bleibt fest und unbesiegbar, während sie ihre Besitzer wechselt, Epochen überholt und die Wandlungen und Moden der Zeit übersteigt, während das „sich Zurufen" dauert und während „unsere ganze Hoffnung auf der anderen Seite ist".

Aus dem Serbischen übersetzt von Thomas Bremer.

Die Brücke wurde 1571-1578 aus weiß-rosa bearbeitetem Kalkstein erbaut, hat 12 Pfeiler und 11 Bögen, ist insgesamt 180 Meter lang und 6 Meter breit. Nach Schäden durch Hochwasser und Kriegseinwirkung, zuletzt während des Zweiten Weltkriegs, wurde sie 1949-1952 in der ursprünglichen Gestalt erneuert.

Martina Mlinarević-Sopta

Stari Most, die Alte Brücke – Bogen des Lebens und des Todes

Martina Mlinarević-Sopta hat in Mostar Anglistik und Kroatistik studiert. Sie ist Dichterin, Prosaistin, tagespolitische Kommentatorin, eine der meistgelesenen Internetkolumnistinnen, und ist an einem bosnisch-herzegowinischen und einem kroatischen Internetportal als gesellschaftliche Aktivistin beteiligt. Sie leitet das Zentrum für Fremdsprachen und lebt in Široki Brijeg.

In illustrierten Büchern über Jugoslawien durfte sie niemals fehlen: die Alte Brücke in Mostar, für den Mitteleuropäer ein typisches Symbol für die Verbindung zwischen Okzident und Orient und damit nah und fremdartig zugleich. Ebenso ins kollektive Gedächtnis eingegraben sind Zerstörung und Wiederaufbau, die erst wenige Jahre zurückliegen.

Miljenko Jergović, einer der hervorragendsten bosnischen Literaten der heutigen Zeit, bezeichnete diese Brücke als einen „abgeschnittenen Fingernagel von Gottes Daumen". Einige der schönsten Gedichte der Völker Bosniens und der Herzegowina sind der Alten Brücke und Mostar gewidmet. Vor ihrer außerordentlichen Schönheit standen schon zahlreiche unvergessliche Literaten und versuchten, das Gefühl auf Papier zu übertragen, das einen überkommt, wenn man die gewundenen steinernen Sträßchen des Stadtteils Kujundžiluk hinabsteigt und dieses faszinierende Bauwerk, das in seiner Geschichte immer mehr als nur eine Brücke war, wie auch Mostar immer mehr als nur eine Stadt war, wenn es also wie eine Taube, die zwischen zwei Türmen gefangen ist, vor den Augen aufleuchtet.

Die Reinheit der Farben ist das erste, was man von Mostar bemerkt. Insbesondere, wenn man aus Richtung Sarajevo kommt und die Hänge der verzaubernden bosnischen Berge im Nebel hinter sich lässt, die eine unsichtbare natürliche Grenze bilden, die zwei Gebiete trennt, welche nicht nur klimatisch, sondern auch von der Mentalität her verschieden sind. „Der Geist von Mostar" ist ein Synonym für die außergewöhnliche

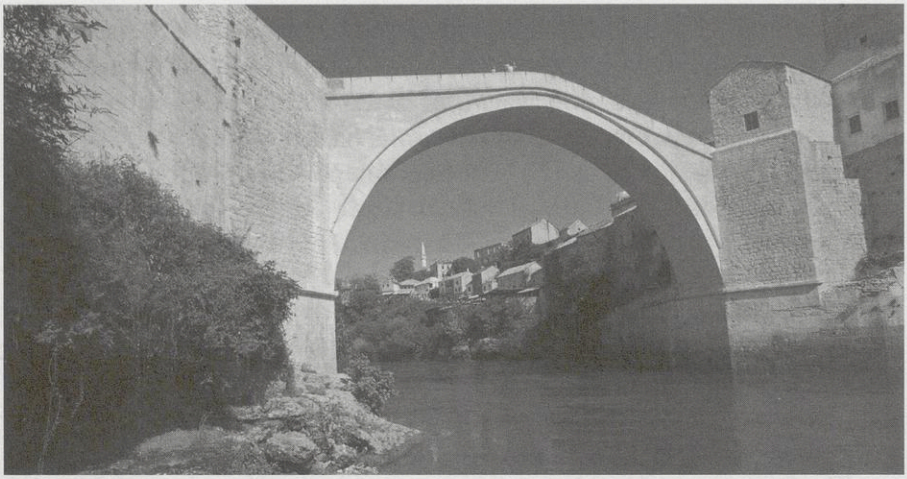
Leichtigkeit und den einzigartigen Humor, welche den Menschen aus dieser Gegend in den schwersten Momenten geholfen hat, standhaft zu bleiben. Wenn man den letzten Tunnel verlässt, explodiert geradezu die Schönheit des Mostarer Tals vor den Augen, wie ein überreifer herzegowinischer Granatapfel, mit einer Sonne, wie man sie wohl selten anderswo sehen kann: eine goldene Kugel, aufgehängt an einem kristallblauen Himmel. Von beiden Seiten der Straße duften die Obstbäume, eine Rhapsodie aus der spröden herzegowinischen Erde, die mit den fleißigen Händen ihrer Bewohner dem uralten kargen Steinboden abgerungen wurde. Am längsten wird man die Süße der Mostarer Kirschen am Gaumen schmecken. Und der Fluss Neretva, geheimnisvoll, wild und schnell, braust entlang des Weges, mit einer Farbnuance, die noch niemand richtig beschrieben hat. In normalen Welten verbinden Flüsse Ufer miteinander, aber die Neretva ist alles andere als ein normaler Fluss. Ihre Geschichte ist schmerzhaft und wunderbar, sie ist der wahrhafte Sinn dieses Himmelsstrichs, sie hat den Menschen dieser Gegend Leben gegeben und sie hat Blut getrunken, wenn sie die Toten dieser Gegend wegtrug, den ganzen Weg bis zum Meer, wo sich ihr Lauf schließlich beruhigt. Entlang ihres Weges durch die Stadt von einigen Brücken überspannt, die seit jeher ihr Wahrzeichen sind und die der Stadt durch die *Mostari* (eigentlich: die Brückenwächter) auch den Namen gegeben haben, ist sie dort am schönsten, wo sie sich unter der Alten Brücke durch die Stromschnellen zwängt.

Hajrudin, der die Brücke nie gesehen hat

Um die Alte Brücke und ihren Bau ranken sich viele Legenden und historische Schriften. Vor dem Bau der Alten Brücke waren hier die Ufer der Neretva bereits mit einer Brücke verbunden. Diese Brücke wird, wie auch Mostar selbst, zum ersten Mal in einem Brief eines Dubrovniker Bürgers an seinen Stadtrat erwähnt, in dem er schreibt, dass sich Vladislav Hercegović, Sohn des Herceg Stjepan, von seinem Vater losgesagt und ihm Blagaj, zwei Burgen und die Brücke an der Neretva (*et do castelli al ponte Neretua*) geraubt hat. Die Türken haben dieses Gebiet im Jahr 1466 erobert, und das Städtchen bei der Brücke wurde immer wichtiger. Man weiß nicht genau, wann diese erste Brücke gebaut worden war, aber es ist bekannt, dass sie bis zur Herrschaft Mehmeds II., des Eroberers, genutzt wurde, unter dem im 15. Jahrhundert eine neue gebaut wurde. Doch war auch diese neue Brücke von schlechter Qualität.

Im Jahr 1565 benachrichtigten die Bewohner Mostars Sultan Sulejman I. in Istanbul davon, dass die Brücke in der Gemeinde Mostar über den Fluss Neretva baufällig war, und baten ihn, stattdessen eine neue Brücke zu erbauen. Der Sultan bestimmte, dass die alte Brücke abgerissen und der Bau einer neuen Brücke begonnen werden sollte. Also erließ er entsprechende Anordnungen an den Kadi (Richter) von Mostar und Muhamed-beg, den Vertreter des Sultans in der Herzegowina. In Dokumenten im staatlichen osmanischen Archiv in Istanbul finden sich wichtige Informationen über die Vorbereitungen zum Bau, über die sozialen Kategorien und die juristischen Personen, die nach dem Gesetz an der Finanzierung der Brücke zu beteiligen waren, über die Schätzung der Höhe der Baukosten und darüber, wer die fachlichen und die physischen Bauarbeiten durchführen sollte. Dort findet sich auch ein Dokument, in dem der Name des Architekten angeführt ist, der den Plan für die Brücke und die beiden steinernen Türme zu ihren Seiten entworfen hat. Es handelt sich um ein Projekt des Baumeisters Hajrudin, Schüler des Baumeisters Sinan, des größten osmanischen Architekten im 16. Jahrhundert. Die Angabe ist zudem in einem Dokument des „Mühimme defteri" (türkisch: wichtiges Buch) aus den Jahren 1567-1569 erhalten. Im Erlass des Sultans, gerichtet an den Staatsarchitekten Sinan, heißt es, dass der herzegowinische Beg Husein für den Bau einer Festung im Hafen Makarska der Hohen Pforte den Architekten Hajrudin vorgeschlagen hat, der kurz vor dem angegebenen Datum mit sehr großem fachlichem Geschick und Können die Planung und den Bau der Brücke in Mostar beendet hat. Er war ein junger Mann aus der Gegend, der am Hof des Sultans in einer technischen Schule ausgebildet worden war. Nach dem Abschluss des Studiums arbeitete er in einem Team von staatlichen Architekten. Da er die Sprache des Volkes sprach und mit den Arbeitern und der Bevölkerung kommunizieren konnte, bei der die Brücke gebaut werden sollte, wurde er angewiesen, das Terrain zu begutachten. Die Arbeiten begannen am 24. Oktober 1557. Für den Bau waren 456 Steinblöcke und 300.000 Akçe (damalige Währung im Osmanischen Reich) nötig. Der Stein war der berühmte Tenelija, ein Kalkstein, der in einem Steinbruch etwa fünf Kilometer südlich der Stadt gewonnen wurde.

Zur Planung und Ausführung der Brücke existieren ausführliche Unterlagen im osmanischen Archiv in Istanbul.



Stari Most, die Alte Brücke (Fotograf: Achim Pohl; Quelle: Renovabis-Archiv)

Die Bogenlaibung der Brücke ist aus 111 Reihen von Steinblöcken gebildet. Jede Reihe besteht aus zwei bis fünf Steinblöcken. Die Geometrie der Brücke und die schiere Faszination, die der Bau hervorgerufen hat, haben schon immer die Aufmerksamkeit wissenschaftlicher und architektonischer Untersuchungen angezogen. Der Bau wurde von vielen Unglücksfällen begleitet, aber die fleißigen Arbeiter haben alles ausgehalten. Der Bogen ist fast 29 Meter lang, 20 Meter hoch und wie ein abgesenkter Halbkreis gekrümmt. Der Radius der Krümmung der Brücke beträgt 19,5 Ellen bzw. 14,76 Meter. Charakteristisch ist die schlanke und elegante Gestalt des Bauwerks: Das Profil der Brücke ist so dünn und hoch über dem Wasser, dass es vielen schwerfiel sich vorzustellen, ein solches Bauwerk könne aus riesigen Steinblöcken gebaut werden. Die Brücke hat eine helle, leuchtende Farbe, die sich während des Tages, abhängig von der Sonne, ändert. Die Arbeiten wurden 1566 fertiggestellt, womit eine der schönsten Brücken der Welt erbaut worden war.

Die ungewöhnliche Gestalt der Brücke fasziniert bis heute und trug von Anfang an zur Legendenbildung bei.

Eine Legende, die sich um den Bau der Brücke rankt, ist besonders interessant: Aufzeichnungen berichten, dass zu der Zeit, als das Gerüst von der fertigen Brücke abgenommen werden sollte, der berühmte Bauherr Hajrudin geflohen war, da er dabei nicht zuzusehen wagte, aus Angst, dass mit dem Gerüst auch die ganze Brücke einstürzen würde. Angeblich hatte Sultan Sulejman I. Hajrudin den Tod angedroht, sollte

die Brücke einstürzen. Es ist überliefert, dass er den Boten, der ihm die gute Nachricht von der erfolgreichen Eröffnung der Brücke überbrachte, mit fünf Beuteln Dukaten belohnte; er selber hat sein Meisterwerk aber bis zum Lebensende nicht gesehen.

Die Brücke im Krieg, die Brücke im Frieden

Von Hajrudin bis zum Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts diente die Brücke als Verbindung zwischen den Ufern des Flusses, als Ort der Begegnung, als einzigartiges Detail auf den Postkarten dieses bunten Himmelsstriches, das Touristen, Passanten, Reiseschriftsteller und Dichter begeistert hat. Von der Brücke wurde in die kalte und schnelle Neretva gesprungen, unter ihr wurde poussiert, und von ihr wurde der Sonnenuntergang betrachtet, wenn die Sonne träge hinter die Rücken der umliegenden Berge hinabglitt.

Im Wahnsinn des Krieges, der Mitte der neunziger Jahre Bosnien und Herzegowina erreichte, erlitt Mostar starke Zerstörungen, die den einzigartigen Geist der Stadt unwiederbringlich auslöschten. Am 9. November 1993 wurde die Alte Brücke durch erbitterten Granatenbeschuss zerstört. Diese Zerstörung ist eines der stärksten Symbole für die Kriegszeit; die Filmsequenz lässt einen schaudern und den Atem stocken. Der Fall der Brücke in den Fluss bedeutete die Zerstörung jeglicher Vernunft, die Teilung einer Stadt in zwei nationalistisch vergiftete Ufer, die seither bis heute einen verschwiegenen, leisen Krieg tief in sich selbst führen. Die Alte Brücke wurde bis 2004 wiedererrichtet, völlig erneuert und 2005 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen.

Seither lockt die Brücke zahlreiche Touristen an, die die unübertroffene Schönheit und den Glanz der Steine auf dem elegant gestreckten geschwungenen Bogen zwischen den Türmen Tara und Halebija bewundern; dort sind Museen, reich an archäologischen Schätzen und an ausführlichen fotografischen Darstellungen der Brücke in der Periode zwischen der Zerstörung und dem Wiederaufbau. Die Alte Brücke ist heute die Personifizierung der Wahrheit, dass auf dieser Welt nichts ewig und unsterblich ist und die brutale Anwesenheit des menschlichen Bösen die größten menschlichen Errungenschaften einfach in Staub verwandeln kann. Sie ist auch eine Geschichte, die man mit Ehrfurcht hört: verletzt und wieder auferstanden, wie Phönix aus einem skrupellosem Chaos, ein Zeuge der Zeit, von guten und schlechten Menschen, von schönen und unglücklichen Tagen.

Die Nachkriegsmarginalisierung des wahren „Geists von Mostar" versucht leider, all das Menschliche, Humane und Humorvolle, das diese Stadt ausgemacht hat, auszurotten. Die Alte Brücke wird als Eigentum des einen Volkes an dem einen Flussufer eingeordnet, während das andere auf dem anderen Ufer jede Verbindung mit ihr negiert. Allerdings wird für einen Menschen, der Mostar liebt und im Herzen hat, niemals etwas geteilt sein, das man mit Gewalt zu teilen versucht.

Wenn Sie im Sommer nach Mostar kommen, wird die Hitze in der von Bergen umgebenen Stadt Sie in ein betäubendes Karussell versetzen, werden die abgetretenen Steine faszinierende Reflektionen in Ihren überraschten Augen erscheinen lassen, wird die Neretva rettende Kühle für Ihre schmerzenden Füße bieten. Wenn Sie im Winter nach Mostar kommen, werden Sie den Mostarer Nordwind spüren, der die Seele zerreißt und den Körper reinigt, der alles vor sich herträgt und dem Himmel die Wolken wie ein Wirbelsturm zerpflückt, bis zu seiner einzigartigen Bläue. Auf Ihrer Lippe werden einige Flocken vom Berg Velež oder aus dem Gebirgsort Goranci landen, Sie werden das Trampeln wilder Pferde von den Bergwiesen hören, die Kirchenglocken werden von den Kirchen läuten, der Ruf zum Gebet aus den Moscheen erschallen, und vielleicht werden Sie im Augenwinkel sehen, wie der Schatten und der Hut des größten Mostarer Dichters, Aleksa Šantić, über die Brücke huschen.[1] Im Frühling ist Mostar gerade wie aus den Gedichten. Der Herbst riecht nach Esskastanien und Regen für Umarmungen unter einem Regenschirm. Aber wann auch immer Sie kommen, eines ist in Mostar immer gleich: die Alte Brücke. Stolz, glänzend und gewaltig. Die schönste Brücke, voller Trauer und Freude.

Aus dem Kroatischen übersetzt von Thomas Bremer.

Die Brücke wurde 1557-1566 aus Tenelija-Kalkstein erbaut. Ihr markanter Bogen ist ca. 29 Meter lang, 20 Meter hoch und wie ein abgesenkter Halbkreis gekrümmt (Radius der Krümmung: 14,76 Meter). Nach Kriegszerstörung 1993 wurde sie zwischen 1995 und 2004 in den alten Formen wiedererrichtet.

1 Diese Anspielung ist eher metaphorisch zu verstehen, denn der Lyriker Aleksa Šantić ist bereits 1924 verstorben.

Stefan Markov

Die „Donaubrücke" zwischen Russe und Giurgiu – eine Brücke ändert ihren Namen

Stefan Markov ist der Direktor der Caritas Russe.

Zu den Grundprinzipien der Staaten des ehemaligen Ostblocks gehörte die „verordnete Freundschaft" zwischen den „sozialistischen Bruderstaaten". Tiefverwurzelte Ressentiments wurden damit eher unter den Teppich gekehrt als überwunden, und das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien machte da keine Ausnahme. Der Bau der Donaubrücke zwischen beiden Staaten hat jedoch sicher zur Annäherung der Menschen beider Länder geführt und zum Aufschwung der gesamten Region beigetragen.

Es gibt eine Brücke, die man als „Symbol des Sozialismus" bezeichnen könnte. Und entsprechend wurde sie auch getauft, nämlich „Mostăt na družbata", „Die Brücke der Freundschaft". Mit dieser Freundschaft ist dabei nicht so sehr die Freundschaft zwischen den Völkern an beiden Ufern des Flusses gemeint, sondern vielmehr die imaginäre und aufgezwungene Freundschaft zwischen den einzelnen sozialistischen Staaten, von Moskau, dem Zentrum des sowjetischen Imperiums, bis zum Schwarzen Meer. Der Fluss ist natürlich die Donau, der zweitgrößte Strom Europas, und die Brücke verläuft zwischen zwei Staaten, beides inzwischen Mitgliedsländer sowohl der NATO als auch der EU: Bulgarien und Rumänien. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks redet niemand mehr von der „Brücke der Freundschaft", sondern nur noch von der „Donaubrücke". Daher kann man sagen, dass die Brücke nach und nach ihren Namen geändert hat. Sie wird sich wohl erneut umbenennen müssen – denn bis zum Ende dieses Jahres wird es eine neue Brücke, die sogenannte „Donaubrücke 2", zwischen den beiden Ländern geben, was die alte Brücke zwangsläufig zur „Donaubrücke 1" machen wird.

Die Rolle des RGW beim Bau der Brücke

Eine wichtige Rolle für den Bau der Brücke spielte die Wirtschaftspolitik des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), der Wirtschaftsgemeinschaft der sozialistischen Länder. Der RGW war 1949 gegründet worden und wurde von Moskau dominiert. In der zweiten Sitzung des RGW, die vom 25.-27. August 1949 in Sofia stattfand, wurde den Mitgliedsländern empfohlen, sich in bestimmten Wirtschaftszweigen für die Jahre 1950-1953 miteinander abzustimmen. Übereinkünfte waren hier auch für den Bau großer Energiegewinnungs- und Bewässerungsanlagen, von Transportmitteln, Produktionsanlagen und Kombinaten vorgesehen. Diese Beschlüsse der zweiten Sitzung des RGW erwiesen sich als günstig für die Realisierung der bereits getroffenen und von Moskau unterstützten politischen Entscheidung zum Bau der Donaubrücke.

Durch die Brücke konnte die Verbindung Bulgariens und Rumäniens von Nord- und Mitteleuropa mit der Türkei und den Ländern des Nahen Ostens gesichert werden.

Infolge der Empfehlungen des RGW für eine Kreditvergabe an die schwächer entwickelten Länder erhielt Bulgarien zwischen 1949 und 1952 von der UdSSR mehrere Darlehen – hauptsächlich in Sachleistungen. Davon waren zwei Kredite an konkrete Empfehlungen des Rates gebunden, und eine davon bezog sich auch auf den Bau der Donaubrücke. Der RGW erwies sich als außerordentlich passende Organisation, um die jahrzehntelange Problematik einer fehlenden Donaubrücke zwischen Rumänien und Bulgarien zu lösen. Der institutionelle Rahmen des Rates erleichterte die Koordination der verschiedenen Initiativen in Sofia und Bukarest. Auch waren die Chancen, die anderen beteiligten osteuropäischen Staaten für das Projekt zu gewinnen, damit wesentlich gestiegen.

Die Haltung der Türkei

Aufgrund der verschlechterten Beziehungen des damaligen Jugoslawiens zu den übrigen Staaten des Ostblocks drängte die Türkei darauf, einen Verkehrskorridor durch Bulgarien und Rumänien einzurichten. Diese Haltung der Türkei führte dazu, dass die Option einer Brücke zwischen Russe und Giurgiu auf volle Unterstützung stieß. Eine Brücke zwischen diesen beiden Orten ermöglichte es dem nach Süden hin ausgebauten bulgarischen Eisenbahnnetz, eine wichtige internationale Ver-

bindung zu erschließen. So konnte die Verbindung von Nord- und Mitteleuropa mit der Türkei und den Ländern des Nahen Ostens gesichert werden. Außerdem würde eine Brücke zwischen Russe und Giurgiu die Entfernung zwischen der UdSSR und Bulgarien wesentlich verkürzen. Die zunehmenden Wirtschaftskontakte zwischen den beiden Ländern, aber auch der Wunsch Moskaus, seinen Einfluss in der Region dauerhaft zu festigen, führten schließlich dazu, dass die Variante einer Donaubrücke bei Russe den Vorzug erhielt.

Entstehung eines Gemischten Ausschusses

Im Juli 1950 wurde ein gemischter bulgarisch-rumänischer Ausschuss gegründet. Dessen Aufgabe bestand darin, dafür zu sorgen, dass dem sowjetischen Forschungsteam alle notwendigen Arbeitsmaterialien, Transportmittel und Arbeitskräfte zur Verfügung standen, um die technischen Untersuchungen über die notwendigen Voraussetzungen und Vorbereitungen zur Planung einer Brücke über die Donau – oder eines Tunnels – durchzuführen.

Die Arbeiten des Teams dauerten bis zum 5. Juni 1952. Nachdem die Untersuchungen abgeschlossen waren, wurde der ursprünglich von deutschen Ingenieuren in den Jahren 1942/43 vorgeschlagene Standort für eine Brücke verworfen. Der neue Standort befindet sich nun an der engsten Stelle der Donau, an der die Brücke auch einer zukünftigen Erweiterung der Städte Russe und Giurgiu nicht im Weg stehen würde. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse konnten nun die Projektvorbereitungen für die Errichtung der Brücke beginnen.

Die Gründung der Organisation „Donaubrücke"

Am 31. Juli 1951 wurde in Moskau ein Protokoll zwischen den Regierungen Bulgariens, Ungarns, Polens, der UdSSR und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Mit diesem Dokument wurde der bulgarisch-rumänische Verband „Donaubrücke" gegründet. Seine Aufgabe war es, die Ausführung aller notwendigen Tätigkeiten technischer, finanzieller oder anderer Art, die mit dem Bau der Brücke zu tun hatten, zu übernehmen. Es wurde entschieden, dass der Verband „Donaubrücke" noch vor dem 20. Dezember 1951 als Hauptinvestor einen Vertrag mit dem Ministerium für Verkehr und Kommunikation der UdSSR über den Auftrag des Brückenbaus abschließen sollte. Der Zeitplan für die Arbei-

ten sah ihre Komplettierung noch vor dem Jahresende 1954 vor. Am 18. Dezember 1951 wurde in Moskau ein Abkommen über die Beteiligung der UdSSR am Bau der Donaubrücke unterzeichnet, worin die UdSSR sich einverstanden erklärte, Bulgarien und Rumänien zum Bau der Brücke einen Kredit in Rubel in Höhe von 12,5 Prozent der Baukosten zur Verfügung zu stellen. Dieser Kredit sollte innerhalb von 15 Jahren nach Inbetriebnahme der Brücke, bei einem Zins von 2 Prozent in Form von vereinbarten Warenlieferungen, in Gold oder in frei konvertierbarer Währung zurückgezahlt werden.

Beginn und Probleme in der frühen Bauphase

Zum Einsatz beim Brückenbau kamen erfahrene sowjetische Spezialisten, sowjetische Technik und ca. 200 Waggons mit unterschiedlichsten Gerätschaften. Aufgrund einer Verzögerung bei der Kostenberechnung des Projektes beschloss die bulgarische Regierung im ersten Quartal des Jahres 1952, zusätzlich pauschal 70 Millionen Leva zu gewähren. Damit wollte man vermeiden, dass derartige formale Hürden zu einer Verzögerung des Baus führen würden. Zweimal stand man dabei vor ernsthaften Herausforderungen durch die Naturgewalten. Von Dezember 1952 bis Januar 1953 führte die Donau ungewöhnlich viel Hochwasser, das die Baustellen zu zerstören drohte. Im Frühjahr des Jahres 1954 gefährdeten riesige Eisschollen die Anlagen. Auch führte die angespannte Arbeitssituation an der Brücke vermehrt zu Unfällen.

Das Abkommen über Organisation und Regulierung des Autoverkehrs auf der Brücke zwischen Russe und Giurgiu

Dieses Abkommen wurde im März 1954 zwischen Bulgarien und Rumänien geschlossen. Dazu kam ein Abkommen über den Unterhalt und die Instandhaltung von Eisenbahntrasse und Straße auf der Brücke sowie ein Abkommen über die grenzüberschreitenden Bahnverbindungen zwischen Bulgarien und Rumänien. Mit diesen Vorschriften sollte die Frage der Nutzung und des Unterhalts der Brücke dauerhaft geregelt werden. Auf Drängen der bulgarischen Seite zog man schließlich die offizielle Eröffnung vor. Sieben Monate vor dem ursprünglich angesetzten Termin konnte die Brücke für die Nutzung freigegeben werden, was am 20. Juni 1954 mit den angemessenen Feierlichkeiten erfolgte.

Technische Details der Brücke

2 Jahre und 3 Monate hat der Bau der Brücke gedauert. Mit einer Gesamtlänge von 2,8 Kilometern war sie zunächst die längste Brücke Europas, bis im März 1998 die Brücke über den Tejo in Lissabon (Länge: 18 Kilometer) eröffnet wurde.

Die Brücke ist zweistöckig, mit den Eisenbahngleisen in der unteren Ebene und der Straße auf der oberen Ebene. Ein spezieller Mechanismus macht es möglich, den mittleren Teil der Brücke anzuheben, um sehr hohe Schiffe passieren zu lassen, aber auch, um die Donau auch bei Hochwasser noch als Wasserstraße nutzen zu können. Die Fundamente der Brücke bestehen aus Stahlbeton, verkleidet mit Granit aus dem Vitoša-Gebirge, um das Bauwerk vor dem Eisbruch des einsetzenden Frühjahrs zu schützen. Die architektonische Planung ist das Werk des Architekten Georgi Ovčarov, während der ukrainische Bildhauer Mihajlo Paraščuk die künstlerische Gestaltung (die Brückenportale auf bulgarischer und auf rumänischer Seite wie auch die Löwenköpfe, die über die ganze Länge der Brücke hinweg angebracht sind) ausführte.

Die 1954 eröffnete Brücke, eine technische Meisterleistung, war mehr als 40 Jahre die längste Brücke Europas.

Die Brücke zwischen Russe und Giurgiu (Fotograf: Stefan Markov)

Zum weltweit ersten Mal kam eine neue Bauweise für Gewölbekonstruktionen zur Anwendung, die ohne Zwischenstützen in der Donau funktionierte. Und zum ersten Mal erfolgte das Einschlagen der Pfeiler durch das Aufweichen der Erdschichten durch Wasser unter Hochdruck.

Die wirtschaftlichen Vorteile

Die Errichtung der Brücke ermöglichte es, den Durchgangsverkehr zwischen Russe und Giurgiu um das Zehnfache zu steigern, während im Warenverkehr ca. 10-12 Stunden Transportzeit eingespart werden konnten. Nach Fertigstellung der Brücke konnte sich Russe mit gutem Grund als „Nördliches Tor Bulgariens" bezeichnen. Die Stadt wurde zu einem wichtigen Handelskreuz und Verkehrsknoten. Von hier aus führen Straßen über Pleven nach Russe, nach Kărdžali und Svilengrad, nach Varna, Silistra und über die Donaubrücke bis nach Bukarest. In Russe wurde die erste Freihandelszone Bulgariens gegründet, in der sowohl Transport- und Speditionswesen, Handel und Produktion ihren Platz fanden. Durch die Donaubrücke konnte Russe zu seiner früheren Bedeutung als wichtiges Wirtschafts- und Kulturzentrum, das es während der Wiedergeburtsperiode Bulgariens im 19. Jahrhundert war, zurückkehren.

Eine einträgliche Brücke

Für die Nutzung dieser Brücke werden Gebühren erhoben – und diese sind recht hoch. Mit ihrer Aufhebung befassen sich die Justizverwaltungen der beiden Länder und sogar das Europäische Parlament, aber bis jetzt ist eine Abschaffung reines Wunschdenken. Bulgarien hat inzwischen einseitig die Mautgebühr für PKW, die das Land verlassen, auf 2 Euro gesenkt, aber von rumänischer Seite aus kostet es weiterhin 6 Euro. Für Kleinbusse beträgt die Maut 12 Euro, für Lastwagen und Busse 25 Euro und für Lastwagen über 12 Tonnen 37 Euro. Und der Verkehr ist enorm: In der Touristensaison überqueren täglich 2.600 Autos die Brücke. Trotz der Gebührensenkung konnte Bulgarien im Jahre 2010 allein 14 Millionen Euro an Mauteinkommen verbuchen. Dennoch ist es offensichtlich, dass trotz aller Gebühren der rumänische Ansturm von Touristen und Einkaufswilligen nach Bulgarien, nach Griechenland und in die Türkei weiter wächst. Bukarest ist nicht weit von Russe entfernt,

nur etwa 70 km, und wegen der finanzpolitischen Schieflage zwischen den beiden Ländern stürmen Tausende von Rumänen aus der Hauptstadt die Geschäfte, Restaurants und Hotels von Russe und den Wintersport- und Badeorten Bulgariens. So haben sich in Russe schnell Filialen großer Ketten wie „Metro", „Billa", „Kaufland" und „Praktiker" angesiedelt. Es gibt einen regelrechten Ansturm rumänischer Firmen in Russe, und auch der Kauf von Wohn- und Geschäftsimmobilien boomt.

Gegenwärtig ist diese Brücke die einzige auf dem mehr als 500 km langen Grenzverlauf der Donau zwischen Bulgarien und Rumänien. Gegen Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts stieß ihre Kapazität, bedingt durch die Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien und das dadurch auferlegte Embargo, schließlich an ihre Grenze. Täglich bildeten sich Schlangen wartender Verkehrsmittel von oft mehreren Kilometern Länge. Durch die langsame Fortbewegung der LKW kam es zu einer Dauerbelastung des Bauwerks, die mit den Vorschriften der technischen Nutzung nicht mehr vereinbar waren. Dieser und andere Gründe führten dazu, dass die Idee einer zweiten Brücke über den Fluss wesentlich schneller verwirklicht werden konnte. Sie soll noch in diesem Jahr Realität werden: Im Dezember 2012 wird die Brücke zwischen Vidin und Kalafat – die „Donaubrücke 2" – fertiggestellt sein. Dann wird die „Donaubrücke 1", dieses Kind „sozialistischer Freundschaft", nicht mehr die einzige Brücke zwischen den beiden Ländern sein, was sie entlasten wird; gleichzeitig wird sie weiterhin die grundlegendste Aufgabe einer Brücke erfüllen können, nämlich die, die Menschen miteinander zu verbinden.

Trotz hoher Mautgebühren wird die Brücke intensiv genutzt und stößt damit an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Aus dem Bulgarischen übersetzt von Doris Klein.

Nach ersten Planungen während des Zweiten Weltkriegs wurde die Brücke auf Beschluss des RGW von sowjetischen Experten 1952-1954 erbaut; die Ausführung lag überwiegend in sowjetischer Hand. Die Brücke hat eine Gesamtlänge von 3,5 Kilometern und erhebt sich an der höchsten Stelle 30 Meter über die Donau. Sie ist zweistöckig angelegt (Eisenbahngleise in der unteren Ebene, Straße mit zwei Fahrbahnen auf der oberen Ebene); ein spezieller Mechanismus ermöglicht die Anhebung des Mittelteils.

Guido Hausmann

Saratows langer Weg zur Brücke über die Wolga

Prof. Dr. Guido Hausmann ist Osteuropahistoriker mit den Schwerpunkten Russland und Ukraine und vertritt gegenwärtig den Lehrstuhl für Geschichte an der LMU München.

Für Brücken über die Wolga gab es bereits Ende des 18. Jahrhunderts Pläne, die jedoch an den fehlenden technischen Möglichkeiten scheiterten und auch im 19. Jahrhundert, wie z. B. das Projekt einer Eisenbahnbrücke bei Saratow, nicht ausgeführt wurden. Erst 1965 konnte eine langgestreckte Autobrücke, die Saratow mit Engels auf dem Wolga-Ostufer verbindet, realisiert werden.

Der Brückenträumer Iwan Petrowitsch Kulibin

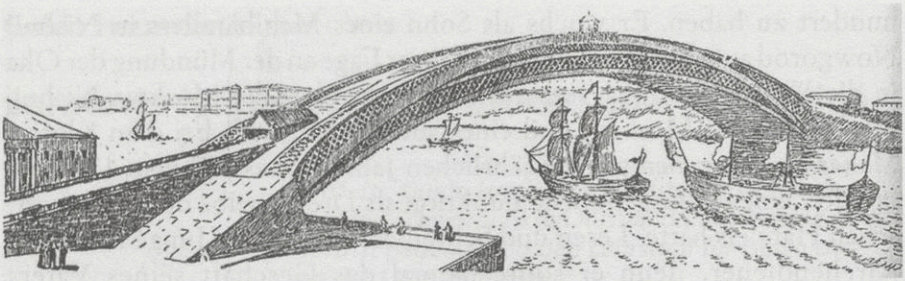
Wer im Sommer 2012 auf einem Dampfschiff von Moskau aus oder aber auch von den an der oberen und mittleren Wolga gelegenen Städten Nishnij Nowgorod oder Kasan aus die Wolga abwärts nach Astrachan fahren möchte, also fast bis zur Mündung des Flusses ins Kaspische Meer, kann ein Schiff buchen, das den Namen *Iwan Kulibin* trägt. Der Name des Schiffes erinnert an Iwan Petrowitsch Kulibin (1735-1818), eine im Vergleich zu anderen Namen von Schiffen wie etwa dem des Schriftstellers Maxim Gorki eher unbekannte Person aus dem 18. Jahrhundert. Beide Personen verbindet wenig mehr als der Umstand, dass sie von der Wolga stammten und hier ihre Kinder- und Jugendjahre verbracht haben. Kulibin wird dabei ganz unterschiedlich manchmal als Ingenieur, manchmal als Uhrmacher, Mechaniker, Brückenbauer oder allgemein als Erfinder bezeichnet, ein Zeichen sowohl für die Breite seiner Interessen und seiner Talente als auch für die Unschärfe moderner Berufsbezeichnungen, wenn sie auf das 18. Jahrhundert bezogen werden. Dazu finden sich in Darstellungen aus der Sowjetzeit und auch nach 1991 immer wieder Hinweise auf Kulibin als ein Genius oder als ein russischer James Watt, was auf die große Wertschätzung der Person in Russland hinweist.

Sein Lebensweg scheint dabei in mancherlei Hinsicht Typisches für Lebenswege intellektuell wacher und ambitionierter Russen im 18. Jahr-

hundert zu haben. Er wuchs als Sohn eines Mehlhändlers in Nishnij Nowgorod auf, einer Stadt, die dank ihrer Lage an der Mündung der Oka in die Wolga (die Oka verband wiederum über die Moskwa Nishnij Nowgorod mit Moskau) und eines südlich der Stadt bei dem Kloster Makarjew gelegenen großen jährlichen Jahrmarktes seit dem 17. Jahrhundert eine herausgehobene Funktion als Drehscheibe des innerrussischen Handels hatte. Lesen und Schreiben erlernte der Junge bei einem Kirchendiener, denn er sollte einmal das Geschäft seines Vaters übernehmen. Kulibin erhielt keine weitere formale Bildung, sondern war ein so genannter Autodidakt, der sich vor Ort durch seine technische Kreativität einen Namen machte. Sie führte ihn soweit, dass er Katharina II. bei einem Besuch der Stadt im Jahr 1768 eine Uhr überreichte, die Melodien spielte und einen eigenen Theaterautomaten hatte. Legendär und romantisch ist diese Episode seines Lebens insofern, als sie zu seiner Berufung als Leiter der mechanischen Werkstatt der Sankt Petersburger Akademie der Wissenschaften führte. In der Residenzstadt verbrachte er die folgenden drei Jahrzehnte seines Lebens, bevor er 1801 in seine Heimatstadt Nishnij Nowgorod zurückkehrte. In diese Zeit fallen zahlreiche Pläne und Projekte, die meist unverwirklicht blieben, aber sowohl auf die vorhandenen Ideen als auch auf den Ursprung erst im 19. Jahrhundert realisierter Projekte hinweisen.

Dazu gehört auch ein Modell einer hölzernen Bogenbrücke, das er in seiner Petersburger Zeit für die Newa entwickelt hatte. Sankt Petersburg kannte zwar zu dieser Zeit schon vereinzelt (wie auch Moskau) Steinbrücken, aber diese Bogenbrücke hätte die Durchfahrt von Schiffen ermöglicht. Sankt Petersburg war im 18. Jahrhundert durch die Newa und ihre Nebenflüsse in einzelne Stadtviertel geteilt, die im Winter bei Eis überwunden werden konnten, ansonsten aber nur mit einem Kahn oder über eine hölzerne Pontonbrücke, die an den kleineren Flüssen Russlands verbreitet waren. Kulibins Bogenbrücke sollte eine Länge von ca. 300 Meter haben und war so hoch, dass sie in die Stadt ein- und ausfahrende Schiffe problemlos passieren konnten. Das war zwar weitsichtig, aber sehr aufwendig und technisch noch nicht realisierbar – es blieb ein Traum, der auch nicht einfach auf die viel breitere Wolga übertragen werden konnte.[1]

1 Über Kulibin jetzt Simon Werrett: Enlightenment in Russian Hands: The Inventions and Identity of Ivan Kulibin in Eighteenth-Century St. Petersburg. In: History of Technology 29 (2009), S. 161-180. Über die Anfänge der Wolgadampfschifffahrt in Russland Guido Hausmann: Mütterchen Wolga. Ein Fluss als Erinnerungsort vom 16. bis ins



Skizze der von Kulibin projektierten Brücke über die Newa

Ideen gab es also in Russland im 18. Jahrhundert genügend, auch für den Bau von festen Brücken über Russlands viele Flüsse, aber es fehlte die nachhaltige Förderung solch innovativer Projekte, deren unmittelbarer Nutzen nicht garantiert werden konnte. Es sollte noch einige Jahrzehnte dauern, bis sich die Umstände so änderten, dass feste bzw. so genannte monumentale Brücken über Russlands größte Verkehrsader – die Wolga – führten.

Saratower Eisenbahnträume im 19. Jahrhundert

Nach dem Krimkrieg schien die große Stunde der Stadt Saratow an der unteren Wolga zu schlagen. Das Eisenbahnfieber war in Russland ausgebrochen und das Land blickte nach dem verlorenen Krieg besonders in Richtung Süden (auf den Balkan) und nach Osten, wo man mit dem Amurgebiet neue, südlicher gelegene pazifische Gebiete erobert hatte, die über das ganze Jahr eisfrei waren und neue Handelsmöglichkeiten eröffneten. Seit den 1860er Jahren wurden zudem große Gebiete des südlichen Zentralasiens erobert und als Generalgouvernement Turkestan in das Reich eingegliedert oder konnten – wie etwa das Emirat Buchara – in lockerer Abhängigkeit gehalten werden. Das war Balsam auf die Seele der politischen Elite eines Landes, dessen Marine durch den Pariser Frieden 1856 empfindlich zurechtgestutzt und dessen Großmachtstatus beschnitten worden war. Neue Leute in Russland und Europa – nicht Politiker, sondern (häufig adlige) Geschäftsleute – entwarfen Pläne für Eisenbahnverbindungen, die Russland international und weltweit vernetzen sollten. Die Pläne für eine sibirische Eisenbahn reiften in dieser Zeit heran, und Saratow sollte zu einer Drehscheibe zwi-

frühe 20. Jahrhundert. (Campus Historische Studien, Bd. 50). Frankfurt (Main) 2009 (Kapitel 7).

schen dem europäischen und dem asiatischen Russland bzw. zwischen Europa und Asien werden.

Militärstrategisches Denken spielte dabei eine Rolle, denn schließlich hatte der Krimkrieg die Schwächen des Zarenstaates bei der Verlegung von Truppen und besonders der Versorgung von Verwundeten offen gelegt und bewusst gemacht. Wirtschaftliche Argumente wurden ebenfalls herangezogen, denn Russland war nach 1856 fast bankrott, und fruchtbare Getreideregionen wie die Saratower Region an der unteren Wolga versprachen Profite, mussten dafür aber erst infrastrukturell in neuer Weise erschlossen werden. Eine Generation von Geschäftsleuten warb für eine staatliche Finanzierung des Baus neuer Eisenbahnlinien, um sie dann privatwirtschaftlich zu führen (das so genannte Konzessionssystem). Der aus dem baltischen Adel stammende Karl Fjodorowitsch von Meck (Karl Otto Georg) stieg in den Jahrzehnten nach dem Krimkrieg zu einem der Eisenbahnkönige Russlands auf. Als der neue Zar Alexander II. den Plan einer Eisenbahnlinie von Moskau nach Saratow durch die neu gegründete Saratower Eisenbahngesellschaft genehmigte, erhielt von Meck zusammen mit einigen anderen Unternehmern den Auftrag, die Gleisarbeiten und Bahneinrichtungen auf den ersten Streckenabschnitten zwischen Moskau und Kolomna und dann weiter bis nach Rjasan zu bauen, was in wenigen Jahren zwischen 1860 und 1865 gelang, einschließlich des Baus einer ersten sowohl für Fuhrwerke als auch für Eisenbahnen geeigneten Brücke über die Oka.[2]

Doch der weitere Ausbau stockte. Es gelang in den folgenden Jahren noch, die Eisenbahn über Tambow bis nach Saratow weiter zu bauen; auch jenseits der Wolga baute man bis 1897 noch eine Eisenbahnverbindung nach Uralsk. Der geplante große Wurf war das nicht. Das muss beschämend gewesen sein, sowohl für die beteiligten Geschäftsleute, die auch internationales Kapital herangezogen hatten, als auch für den Staat und die Stadt Saratow. Denn das Projekt war in der Öffentlichkeit mit

2 Siehe dazu Irina N. Paltusova: Eisenbahnunternehmer und Mäzene: Die Unternehmerfamilie von Meck. In: Dittrich Dahlmann/Klaus Heller/Jurij A. Petrov (Hrsg.): Eisenbahnen und Motoren – Zucker und Schokolade – Deutsche im russischen Wirtschaftsleben vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Berlin 2005, S. 59-72, besonders S. 59-62; detaillierte weitere Informationen dazu in der kürzlich erschienenen Dissertation von Walter Sperling: Der Aufbruch der Provinz. Die Eisenbahn und die Neuordnung der Räume im Zarenreich. Frankfurt (Main) 2011, besonders S. 63-98, sowie bei Frithjof Benjamin Schenk: Mastering Imperial Space? The Ambivalent Impact of Railway Building in Tsarist Russia. In: Jörn Leonhard/Ulrike von Hirschhausen (Hrsg.): Comparing Empires: Encounters and Transfers in the Long Nineteenth Century. Göttingen 2011, S. 60-77.

großen politischen Ideen geopolitischen Ausmaßes propagiert worden. Es sollte die militärstrategische Position Russlands in Zentralasien und im Kaukasus (dessen nördlicher Teil gerade erst militärisch befriedet worden war) stärken und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes durch die Verbindung der Hauptstädte mit einer wichtigen Getreideregion beitragen. Doch das waren noch gemäßigte Aussagen gewesen. 1858 hatte zum Beispiel einer der Gründer der Moskau-Saratower Eisenbahn, A. Safronow, das Projekt einer Sibirischen Eisenbahn propagiert, die von Saratow zum Amur und von dort weiter nach Peking führen sollte. 1867 fand ein kritischer Autor Safronows Ideen schon etwas überspannt und versah sie mit einer Reihe von Frage- und Ausrufezeichen:

Mitte des 19. Jahrhundert wurden Pläne für ein umfassendes Eisenbahnnetz in Russland entwickelt; vieles blieb jedoch auf dem Papier.

„Eine Eisenbahnverbindung zwischen dem Wolgabecken und den Flusstälern des Irtysch, Jenissej und Amur verbindet alle russischen – und folglich mit einer bemerkenswerten Logik auch alle europäischen Eisenbahnlinien in ein Netz sowie mit den Häfen der Ostsee, des Schwarzen und des Weißen (?) Meeres und die ganze Produktion (welche?) des nördlichen und mittleren Asiens ..., des Stillen Ozeans und der westlichen Ufer Amerikas (!!!???); den Einfluss des europäischen Kontinents und seiner Zivilisation auf drei Viertel der gesamten Erdbevölkerung auszuweiten, eine neue Epoche im Wandel der weltweiten (?) Handelswege zu schaffen, die Handelsdominanz der Meeresmächte zu schwächen ...“

Die Hoffnung, Saratow werde zu einem Eisenbahnknotenpunkt mit kontinentaler Bedeutung, verflüchtigte sich schnell. Ein Reiseführer der Stadt aus dem Jahr 1881 stellte resigniert fest, „dass die Bedeutung Saratows für den Handel unvergleichlich höher sei, wenn die Eisenbahn nicht in ihr enden, sondern weiter nach Osten führen würde, nach Mittelasien, nach Indien ... Solche Vorschläge hat man vor zehn Jahren ausgearbeitet, sie sind aber seitdem eingestellt worden. Man kann aber hoffen, wenn eines Tages der Gedanke einer indischen Eisenbahn realisiert wird, dass Saratow an dieser Linie als östlichster Punkt in Russland liegen wird, da von hier aus der kürzeste direkte Weg nach Indien führen wird ...“

Bis dahin war aber auch eine Brücke über die Wolga in Saratow nicht nötig. Angesichts der Breite der unteren Wolga wäre sie in technischer Hinsicht eine höchst schwierige, vielleicht unlösbare Aufgabe gewesen. Ein Zar und ein Ingenieur hätten sich mit ihr verewigen können, und sie

hätte die indische oder die Alexanderbrücke heißen können. Doch daraus wurde nichts. Viele Einwohner von Saratow mögen das beklagt haben, aber nicht alle. Zumindest ein Kaufmann mit dem Namen K. Sokolow konnte so weiter ein einträgliches Geschäft mit Überfahrten über die Wolga von Saratow in die auf der anderen Seite der Wolga gelegene Pokrowskaja Sloboda (die seit 1931 Engels heißen sollte) betreiben. Statt in Saratow entstand in den Jahren nach 1875 in der am südlichen Ende des Samarer Bogens gelegenen kleineren Stadt Sysran eine 1.443 Meter lange Eisenbahnbrücke über die Wolga, die seinerzeit längste Eisenbahnbrücke in Europa. Saratows Eisenbahnträume gingen dahin, die Verbindungen in Richtung Ural und Sibirien wurden weiter nördlich von Samara aus gebaut.

Das heißt nicht, dass sich Saratow Ende des 19. und im frühen 20. Jahrhundert nicht dynamisch entwickelte. Die im frühen 17. Jahrhundert mehrmals gegründete Festung und Stadt wurde spätestens im 18. Jahrhundert zum wichtigen Umschlagplatz für Fisch und Salz von der unteren Wolga, ostslawische Bauern, deutsche Kolonisten und andere siedelten in den unwirtlichen, aber fruchtbaren Gegenden, die Stadt wurde Ende des Jahrhunderts (1797) in den Rang einer Gouvernementsstadt erhoben. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Region immer mehr zu einem der Hauptgetreidegebiete Russlands, zum Ende des Jahrhunderts hin auch zu einer schnell wachsenden Stadt mit einer großen Zahl an Handwerkern und einer wachsenden Arbeiterschaft. Die Einwohnerzahl stieg von ca. 26.000 (1811) auf fast 250.000 (1914) an.[3]

Die sowjetische Wirklichkeit oder „Nach Engels statt nach Indien": Die Autobrücke über die Wolga von 1965

1917 – nach dem Fall der Romanowmonarchie – schien wieder eine Zeit für große Pläne zu sein. Ein P. Bolotinow schlug in diesem Jahr zum Beispiel vor, eine Eisenbahnverbindung zwischen Prag und Saratow zu bauen, die die slawischen Völker der Tschechen, Polen, Ukrainer und Russen gegen die „deutsche Aggression" verbinden könnte. Doch für die Sowjetmacht hatte in den folgenden Jahren erst einmal die notdürftige Reparatur zerstörter Eisenbahnlinien und Brücken Priorität. Zehn Jahre später beschrieb eine Publikation die Verkehrssituation in Saratow mit

3 Über Saratow im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert siehe Lutz Häfner: Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Die Wolgastädte Kazan' und Saratov (1870-1914). Köln (u. a.) 2004.

drastischen Worten: „Das existierende System des Übersetzens über die Wolga mit Fähren ist, ehrlich gesagt, ein Musterbeispiel eines archaischen Überbleibsels, äußerst unbequem und nachteilig."

Eisenbahn- und Brückenbau wurden jetzt aber nicht mehr in interkontinentalen Maßstäben diskutiert, sondern in regionalen. Es ging nicht um die Stadt Saratow, sondern im Kontext des ersten Fünfjahresplans um die vorgeblich planmäßige Entwicklung der regionalen Wirtschaft (vor allem der Landwirtschaft). Vorrangig war eine Eisenbahnverbindung von Saratow in Richtung Süden in die Gebiete westlich der Wolga, und man argumentierte mit ihr teilweise auch gegen den Bau des Wolga-Don Kanals.

Auch die 1930-1935 bei Saratow erbaute Brücke stellte keine befriedigende Lösung dar.

Kurze Zeit zuvor, im Jahr 1925, war eine große Brücke über den Amur in Chabarowsk eröffnet worden, in den folgenden zehn Jahren folgten im Zusammenhang der beiden ersten Fünfjahrespläne große neue Brückenbauten, etwa über den Dnjepr bei Kiew, über den Don bei Lysok, den Irtysch bei Omsk oder den Ob in Nowosibirsk – und auch über die Wolga in Rybinsk, Kostroma, Gorki (Nishnij Nowgorod) – sowie endlich auch bei Saratow. Doch richtig glücklich wurden die Einwohner Saratows mit dieser Brücke nicht. Man konnte zwar stolz darauf sein, dass hier zwischen 1930 und 1935 die größte Brücke der Sowjetunion gebaut worden war, zudem noch eine moderne Metallbrücke. Doch sie verlief 16 km südlich der Stadt, wo die Wolga besonders eng und tief war. Das bedeutete für die nächsten Jahrzehnte, dass der Gütertransport zwischen Saratow und dem benachbarten Engels mit der Eisenbahn mehrere Tage und für Passagiere immerhin etwa drei Stunden dauerte. Mit einer Fähre hatte man dagegen im Sommer die Wolga innerhalb einer Stunde übergesetzt. In den frühen 1960er Jahren überquerten deshalb im Winter – wenn das Eis dick genug war – täglich bis zu 20.000 Menschen die Wolga zu Fuß.

Insofern war 1965 der Bau einer der größten Autobrücken Europas ein herausragendes Ereignis in der Geschichte der Stadt.[4] Saratow und Engels waren in der Nachkriegszeit schnell gewachsen, die neue Autobrücke verband nun beide Städte miteinander und war für 6.000-7.000

4 Leider stand kein aktuelles Bild dieser Brücke zur Verfügung. Eine Aufnahme findet sich u. a. unter http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Alte_Wolgabruecke-_zwischen_Saratow_und_Engels.jpg&filetimestamp=20110326155206 (Fotograf: Mreis; letzter Zugriff: 18.04.2012).

Autos täglich gedacht. Der private Autoverkehr hatte zu dieser Zeit in der Sowjetunion gerade erst Fahrt aufgenommen. Der Architekt der Brücke Boris M. Nadeshin hat darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten sich beim Bau daraus ergaben, dass die Wolga an dieser Stelle durch eine Sandbank in zwei ungleiche große Flussarme geteilt wurde, wobei der größere Flussarm auf der Saratower Seite verlief und von den größeren Schiffen genutzt wurde.

Der Bau dieser Autobrücke lässt sich als das erfolgreiche Ende einer einhundertjährigen Geschichte deuten. Das wäre auch eine ideologische bzw. sowjetische Deutung, die den sowjetischen Erfolg der Rückständigkeit des alten Russlands gegenübersetzte. Doch wäre eine solche Deutung zu einfach. Die Brückenpläne der 1860er und 1870er Jahre standen in einem ganz anderen Kontext und sie bezogen sich auch auf die Eisenbahn. In der Sowjetzeit fielen die größeren verkehrs- und kulturgeographischen Begründungen aus dem 19. Jahrhundert weitgehend weg, ganz andere Begründungszusammenhänge führten zum Bau der großen Autobrücke im Jahr 1965. Es lässt sich alternativ auch auf die lange infrastrukturelle Vernachlässigung Saratows im alten Russland sowie in der Sowjetunion bis in die 1960er Jahre hinweisen. Dann ließe sich der politische Wille bzw. der fehlende politische Wille als entscheidend für den Bau oder Nichtbau einer Brücke in Saratow hervorheben. Doch unabhängig von beiden Deutungen ist es wohl notwendig, auf die besondere Herausforderung der Natur für den Aufbau einer modernen Infrastruktur in Russland und in der Sowjetunion hinzuweisen. Das würde auch bedeuten, dass die historische Forschung nicht nur auf große technische Infrastrukturprojekte im alten Russland und in der Sowjetunion schaut, sondern auch allgemeiner fragt, welche längerfristigen Auswirkungen die Herausforderung der Natur für das Verhältnis der Bevölkerung zu Natur und Umwelt hatte.

Die 1965 eröffnete Bogenbrücke zwischen Saratow und Engels ist aus Stahlbeton errichtet worden und ca. 2,8 Kilometer lang; auf den beiden Fahrbahnen können mehrere Fahrzeuge nebeneinander fahren. Auf der Seite von Saratow liegt die Bogenbreite wegen der dortigen Schifffahrtsrinne zwischen 106 und 166 Metern, nach Engels zu betragen die Abstände nur noch 20-70 Meter. – Ca. 15 Kilometer nördlich von Saratow wird seit Ende der neunziger Jahre eine weiträumige Umgehungsautobahn für Saratow und Engels angelegt, zu der u. a. eine 5 Kilometer lange Wolgabrücke gehört.

Regina Elsner

Sankt Petersburg – Stadt der Brücken

Die Newa hüllte sich in Stein;
die Wasser überspannen Brücken.

A.S. Puschkin, Der eherne Reiter

Regina Elsner ist Diplomtheologin und arbeitet im Forschungsprojekt „Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus" an der Universität Münster. Von 2005 bis 2010 hat sie als Mitarbeiterin der Caritas in Sankt Petersburg gelebt und gearbeitet.

„Venedig" oder „Amsterdam des Nordens" wird die glanzvolle Stadt an der Newa oft genannt, und in der Tat spielen Wasser, Kanäle und Brücken eine große Rolle in der Geschichte Sankt Petersburgs und prägen bis heute sein Bild. Viele Brücken haben eine wechselvolle Geschichte, die sich oft in wiederholten Umbenennungen wiederspiegelt. Ihre Anziehungskraft für Bewohner und Touristen ist bis heute ungebrochen.

Sankt Petersburg wird nicht selten mit Venedig oder Amsterdam verglichen – eine Stadt, in der Flüsse, Kanäle, Wasser und Brücken mehr sind als zufällige geographische oder infrastrukturelle Gegebenheiten. Stimmt der Vergleich? Zweifellos, mag man bei einem kurzen Aufenthalt denken. Wasserläufe und Brücken prägen das Stadtbild, als Tourist ist eine Bootsfahrt auf den Flüssen und Kanälen der Stadt Pflichtprogramm, und man findet kaum ein Foto- und Postkartenmotiv ohne Brücke oder Wasser. Amsterdam diente den Erbauern der Stadt als Vorbild. An Venedig erinnern der zeitweise undurchdringliche Nebel und die prachtvolle Architektur der Uferstraßen; nicht zuletzt auch die tiefe Liebe des Petersburger Dichters Joseph Brodskij zu Venedig verbindet beide Städte. Und doch hinkt der Vergleich. In Petersburg selbst wird man zum einen nicht müde zu betonen, dass man in der Anzahl der Brücken (Venedig) und Länge der Wasserläufe (Amsterdam) den beiden europäischen Städten weit überlegen ist. Gondeln und Hausboote sucht man verge-

bens, kein „acqua alta“ überflutet regelmäßig die Stadt. Schließlich ist Sankt Petersburg im Unterschied zu den beiden europäischen Brücken-Städten eine überaus junge und durch und durch geplante Stadt, in der nichts dem Zufall überlassen wurde. Jede Brücke ist ein kleines Kunstwerk, jede scheinbar so überraschende Perspektive wurde von kreativer Hand geplant. Was aber nicht theoretisch ersonnen werden konnte, ist die besondere Atmosphäre, welche diese Architektur erzeugt: Brücken prägen nicht nur das Stadtbild, sondern vor allem das Gefühl, mit dem man sich durch diese Stadt bewegt – zwischen Stein und Wasser, immer ein wenig der bodenständigen Realität enthoben und ein wenig unentschlossen zwischen den Ufern, zwischen Geschichte und Moderne, Ost und West, Politik und Kultur, Wehmut und Lebensfreude.

Brücke in die Geschichte

Peter I. der Große hatte sich viel vorgenommen: Seine neue Hauptstadt sollte an einem Ort entstehen, der aus einigen Inseln in der fast unbewohnbaren Fluss- und Moorlandschaft zwischen Ladoga-See und Finnischem Meerbusen bestand. Der Zugang zur Ostsee war vor allem für die Kriegsführung von großem Vorteil. Darüber hinaus entsprach die Lage im äußersten Westen des großen Russischen Reichs der Faszination Peters für den Westen – das Land sollte nach westlichem Vorbild modernisiert werden, die neue Hauptstadt sollte eine Brücke zu modernem Denken, Bauen und Leben sein. Die Errichtung der Stadt in der versumpften, mückenreichen und im Winter unerträglich kalten Gegend kostete tausende Menschen das Leben. Wegen der zahlreichen Toten wurde später gesagt, die Stadt sei nicht auf Pfählen, sondern auf Skeletten gebaut. Ohne Rücksicht auf Verluste verwirklichte Peter I. seinen Traum von einem Amsterdam an der Newa: eine Stadt der Kanäle, Flüsse, Werften und – Brücken. Je größer die Stadt wurde, um so notwendiger wurden Brücken – über 30 Inseln im Newa-Delta wurden so im Laufe der Zeit miteinander verbunden, um Raum zu schaffen für die neuen Hauptstadtbewohner, für Marine, Regierung, Verwaltung, Kultur und Bildung nach europäischem Vorbild.

Wäre es nach Peter I. gegangen, hätte es nur ein Minimum an Brücken gegeben – das Volk sollte sich die Schifffahrt bis zur Perfektion aneignen. Nach ersten Plänen sollte das Stadtzentrum auf der Wassilij-Insel entstehen, mit einem Netz von Kanälen, Brücken und großen Wasserbecken für die Wendemanöver der Schiffe. Die Idee wurde verworfen, denn die

Insel war zu anfällig für Hochwasser und bei Eisgang völlig abgeschnitten vom Festland. Mit dem Bau der Admiralität – der Werft der Stadt – und der Entscheidung von 1710, das Alexander-Newskij-Kloster als geistliches Zentrum der neuen Hauptstadt östlich der Peter-Pauls-Festung zu errichten, verlagerte sich der Stadtbau ebenfalls in diese Richtung. Das Flüsschen Moika war bis 1723 die Stadtgrenze, die „Große Perspektive" – der spätere Newskij-Prospekt – wurde als Verbindungsstraße durch Moor und Wald zwischen Werft und Kloster gelegt. Später wuchs die Stadt und damit die Anzahl der eingebundenen Flüsse, Kanäle und Brücken. Allein im historischen Stadtzentrum zwischen Newa und Fontanka kann man heute 74 Brücken zählen.

Diese ältesten Brücken sind geradezu ein Spiegel der Stadtgeschichte: Die ersten Brücken waren schwimmende Holz-Konstrukte, die immer so konzipiert waren, dass sie den Wasserverkehr nicht behinderten, der absoluten Vorrang genoss. Unter der Last des zunehmenden Verkehrs zu Land, wegen ihrer Anfälligkeit für Feuer- und Wasserschäden und durch den Traum der Stadtgründer, eine westliche Stadt aus Stein zu errichten, wichen die Holzbrücken zunehmend stabilen Bauwerken aus Granit und Gusseisen. Mit dem Wachsen der Stadt und der Verkehrswege wurden die Brücken oft mehrfach an Straßenbreite und neue Transportmittel (Straßenbahnen) angepasst. Im Verlauf der Geschichte änderten sich außerdem die Namen der Brücken je nach politischer Façon. So wechselte die erste Brücke über die Newa ihren Namen vier Mal: Newskij-Brücke (1843), Blagoweschenskij [d.h. Verkündigungs]-Brücke (1850), Nikolai-Brücke (1855), Leutnant-Schmidt-Brücke (1918) und schließlich seit der Rekonstruktion 2007 wieder Blagoweschenskij-Brücke. Die Troitzkij-Brücke hieß zu Beginn Petersburger Brücke, wurde 1918 zur Brücke der Gleichheit und 1934 zur Kirow-Brücke umbenannt. Die Schlossbrücke hieß zeitweise Brücke der Republik, die Litejnij-Brücke trug wenige Jahre den Namen von Zaren Alexander II., während die Nowo-Konjuschennyj-Brücke von 1975 bis 1998 den Namen des Mörders von Zar Alexander II. trug – Grinewitzkij-Brücke.

In architekturhistorischer Hinsicht gleichen die Brücken einem Lehrbuch.

Auch in architekturhistorischer Hinsicht gleichen die Brücken einem Lehrbuch. Von der einfachsten Holzbrücke über prunkvoll verzierte Geländer und Skulpturen, elegante Hängebrücken und raffinierte Zugmechanismen bis hin zu modernen Stahlbeton-Konstruktionen, von pit-

toresken Parkbrücken bis zu mehrspurigen Schnellstraßen repräsentieren sie die gesamte Bandbreite des Brückenbaus. Zu den Höhepunkten dieses „Freiluft-Brücken-Museums" zählt zum einen die Bank-Brücke, die berühmt ist für ihre geflügelten Löwen-Skulpturen. Ähnlich wie die Figuren der Löwen-Brücke, die nur wenige Meter weiter den Gribojedow-Kanal überquert, verbirgt sich im Inneren der Skulpturen die Halterung der Hängebrücke. In zahlreichen Filmen dienen diese Löwen als Erkennungszeichen und Treffpunkt; sie wurden auch zum Markenzeichen der Petersburger Schokoladenfirma „Krupskaja".

Die Staro-Nikolskij-Brücke (Alte-Nikolaus-Brücke), erbaut 1784-1786, im Hintergrund die Nikolaus-Marine-Kathedrale mit freistehendem Glockenturm[1]

Ebenfalls dank ihrer Skulpturen erlangte die Anitschkow-Brücke Berühmtheit. Sie führt den Newskij-Prospekt über die Fontanka, ihre Reiter-Statuen und der leicht erhöhte Ausblick auf den Newskij bis hin zur Admiralität machen sie zum Touristenmagneten. Zahlreiche westliche Architekten durften im Laufe der Geschichte dieser Brücke ihre Handschrift einprägen. Schwäne, Vasen und Obelisken zierten in vergangenen Zeiten den Brückenrand. Der aus dem Baltikum stammende Bildhauer Peter Clodt (1805-1867) wurde mit der Herstellung von Reiterfiguren beauftragt; ihm gelang ein Meisterwerk der naturgetreuen Bronze-Darstellung von Tier und Menschen und zugleich eine beein-

1 Die Aufnahme stellte freundlicherweise Alexei Kouprianov zur Verfügung (Quelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Staro Nikolskii_bridge_st_petersburg_downstream.jpg (letzter Zugriff: 18.04.2012).

druckende Allegorie auf die Bezwingung der Natur durch den Menschen. Mehrere Ausführungen der Bronze-Skulpturen wurden zunächst vom Zaren verschenkt – an den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin, an den König beider Sizilien Ferdinand II. nach Neapel sowie als Park-Kunstwerke in Vororte von Petersburg und Moskau. Erst 1850 wurden die endgültigen Statuen auf der Brücke aufgestellt und haben diesen Ort seitdem nur zwei Mal verlassen: Zur Zeit der Blockade der Stadt während des Zweiten Weltkriegs wurden sie zum Schutz vor Angriffen im Garten des nahegelegenen Anitschkow-Schlosses vergraben, und in den Jahren 2000 bis 2002 wurden sie in Vorbereitung des Stadtjubiläums umfassend restauriert.

Die von dem französischen Architekten Gustave Eiffel mitgestaltete Troitzkij-Brücke mit ihrem fast filigran wirkenden Stahlgerüst beeindruckt durch die Kombination von moderner Architektur und imperialer Dekoration des Geländers. Besonders an frostigen Tagen entsteht durch den millimeterdicken Rauhreif an Metallträgern, Gittern und Laternenhaltern und durch das Knirschen der Eisschollen unter der Brücke eine märchenhafte Atmosphäre. Zu jeder Jahreszeit eröffnet sich von dieser Brücke ein von keinem Objektiv zu fassender einzigartiger Blick, der vom Schlossufer über Eremitage, Admiralität, Schlossbrücke, Spitze der Wassilij-Insel mit Börse und Rostra-Säulen bis hin zur Peter-Pauls-Festung reicht.

Von Farben und Küssen

Zahlreiche Brücken in Petersburg sind nicht nur wegen ihrer Schönheit, sondern auch aufgrund ihrer Namen und Legenden berühmt. Die vier zentralen Brücken wurden wegen ihrer ähnlichen Konstruktion von der Bevölkerung oft verwechselt. Sie erhielten darum unterschiedliche Farben – grün (Newskij Prospekt), blau (Isaaksplatz), gelb (Schlossplatz) und rot (Gorochowaja Ulitza) und wurden nach diesen Farben benannt. Die Blaue Brücke ist mit 97,3 Metern die breiteste Brücke der Stadt, ein organischer Teil des Platzes vor der Isaaks-Kathedrale, der von Fußgängern und Autofahrern als Brücke meist gar nicht wahrgenommen wird. Nur bei einer Rundfahrt auf einem der Touristenboote taucht man sekundenlang in die plätschernde Dunkelheit unter der Brücke. Durch ihre Breite war die Brücke ideal geeignet für den Handel, hier wurde Salz abgeladen, gehandelt und Arbeit gesucht, zum Ende des 18. Jahrhunderts wurden hier auch Arbeitskräfte verkauft. Die Grüne Brücke wurde lange

Zeit als „Polizeibrücke“ bezeichnet, da sie direkt neben dem Hauptquartier der örtlichen Polizei lag. 1918 wurde sie umbenannt zur „Volksbrücke” in proletarischer Abgrenzung zur imperialen Bedeutung der Polizei. Die Gelbe Brücke hat als einzige der „farbigen Brücken“ ihren ursprünglichen Namen nicht zurück bekommen. Sie heißt bis heute in Anlehnung an die nahe gelegene Sänger-Kapelle „Sänger-Brücke“.

Die Theater-Brücke ist ein guter Ort, um russische Hochzeitsbräuche und -garderoben zu studieren. Die drei sternförmig angelegten Brückenarme über Moika und Gribojedow-Kanal (der dritte Arm ist eine Brückenimitation und dient als Damm) sind eingefasst von einem kunstvoll gestalteten gusseisernen Geländer. Unter Petersburger Brautpaaren ist der Brauch entstanden, diese Geländer durch Schlösser zu verzieren, auf denen die Namen der Frischvermählten und das Datum der Hochzeit verewigt sind. Die Schlüssel werden zum Zeichen der Dauerhaftigkeit des gemeinsamen Glücks, begleitet von champagnerseligen Wünschen, in Moika oder Gribojedow-Kanal versenkt. An besonders sonnigen Wochenenden übersteigt die Zahl der zurückgelassenen geleerten Sektflaschen die Zahl der Schlösser, welche – als Tribut an den Schutz der historischen Brücke oder an die hohen Scheidungsraten in der Stadt – regelmäßig weggeräumt werden.

Einen eigenwilligen Blick auf die Brückenstadt vermittelt diese Graphik der russischen Künstlerin Irina Zlobina.[2]

2 Irina Zlobina, die die Graphik freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, ist Kunstgraphikerin. Viele ihrer Werke finden sich in Museen und privaten Sammlungen, u. a. auch in Deutschland. Weitere Informationen bietet ihre Homepage www.zlobina.carbonmade.com.

Ebenfalls über die Moika führt die poetischste Brücke der Stadt – die „Brücke der Küsse". Ursprünglich nur nach dem Inhaber der nahegelegenen Wirtshauses Pozelujew benannt, bot das Wortspiel (pozeluj, russisch „Kuss" [!]) von Anfang an Anlass zu verschiedenen Deutungen. Als die Moika noch Stadtgrenze war, verabschiedeten und begrüßten sich hier Reisende und ihre Familien. Später wurde der Abschiedsschmerz der Garde-Soldaten der Marine aus der naheliegenden Kaserne und ihrer Liebsten zur Illustration des Brückennamens. Auch ein Gefängnis befand sich einige Zeit in unmittelbarer Nähe der Brücke, die Verhafteten konnten sich auf der Brücke von ihren Verwandten verabschieden. Für junge Paare wurde es zum Brauch, sich auf der Brücke oder von einem Ende der Brücke bis zum anderen zu küssen, da so die Liebe niemals aufhören würde. Im Vergleich zu vielen anderen Brücken in der Stadt kann diese für das lange gemeinsame Glück noch mit einer anderen Metapher dienen: Sie ist keine Hebebrücke, die Brückenflügel können nicht getrennt werden. Der Chansonsänger Leonid Utesov widmete diesem Umstand das Lied „Leningrader Brücken":

...
Unvermeidbar werden wir älter,
aber Lena und ich
lieben einander bis heute! Was ist das Geheimnis?
Nun, es muss einfach anerkannt werden,
dass alle Brücken getrennt werden,
nur nicht die Pozelujew-Brücke.

„Vorübergehend geteilte Stadt"

Zu Beginn des Brückenbaus in Petersburg wurden fast ausschließlich Zugbrücken aus Holz erbaut, da nur sie den regen Schiffsverkehr in der Flottenstadt ermöglichten. Als die akute Gefahr eines feindlichen Angriffs auf dem Wasser gebannt war und zumindest die innerstädtischen Kanäle und Flüsse keine notwendigen Transportwege mehr darstellten, wurden viele dieser Brücken durch steinerne Brücken ersetzt oder umgebaut und konnten so nicht mehr geöffnet werden. Der Schiffsverkehr auf der Newa zwischen der Ostsee und dem Landesinneren ist jedoch bis heute ein zentraler Wirtschaftsfaktor der Stadt. Acht Brücken über die Newa sowie fünf Brücken über die Kleine Newa und die Große Newka werden von April bis Oktober jede Nacht für mehrere Stunden für den Schiffsverkehr geöffnet und für den Festlandsverkehr geschlossen. Da-

mit prägen die Brücken das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt stärker als die in der Nacht geschlossene Metro oder die oft stundenlangen Staus am Tag.

Wer zur fraglichen Zeit nicht auf der richtigen Seite der Stadt ist, muss sich ein alternatives Nachtquartier suchen. Für den Tourismus ist das nächtliche Öffnen der Brücken ein einmaliges Schauspiel. Wie von Zauberhand heben sich die Arme der Brücken als Tore für die Frachtschiffe zwischen Ladoga-See und Ostsee, welche an den hell erleuchteten Prachtbauten am Ufer vorbeiziehen. Die Schlossbrücke öffnet ihre mittleren Brückenflügel in strahlender Beleuchtung durch die Straßenlaternen auf und Neonlampen unter der Brücke. Sie wurde so zum Markenzeichen der Stadt und zum beliebtesten Fotomotiv unter Touristen. Wenige Minuten vor der Schlossbrücke öffnen sich die Brückenflügel der Blagoweschenskij-Brücke und kurze Zeit danach der linke Flügel der Troitzkij-Brücke. Besonders zwischen diesen drei zentralen Brücken tummeln sich unzählige Touristen- und Party-Boote, die einem für ein kleines Vermögen das Gefühl geben, die Brückenarme würden sich nur für einen selbst erheben. Die vor allem im Sommer in mehreren Reihen am Ufer dicht gedrängten Schaulustigen erfreuen sich derweil an dem Blitzlicht-Feuerwerk von den Booten.

Ein besonderes Schauspiel bieten die nächtlichen Brückenöffnungen.

Die Petersburger selbst wagen sich selten in diesen Tumult der ausländischen Gäste; für sie veranstaltet die Stadt mehrmals im Jahr zentrale Feste wie den Stadtgeburtstag am 27. Mai oder das Fest der Schulabgänger „Purpurne Segel", an denen die geöffneten Brücken von halbstündigem Feuerwerk, Laser-Shows und pompöser Musik untermalt werden. Nur die lokalen Autofahrer verfluchen die Lieblingsattraktion der Stadt, wenn sie versuchen, durch die Menschenmengen hindurch möglichst schnell noch zu den flussabwärts gelegenen Brücken und damit zum anderen Ufer zu gelangen. Eine einzige Brücke über die Newa gibt es seit 2004, die so hoch konstruiert ist, dass alle Schiffe problemlos passieren können. Jedoch liegt diese Brücke soweit flussaufwärts vom Stadtzentrum entfernt, dass die meisten Autofahrer es vorziehen, die kurzen Pausen an einigen zentralen Brücken in Kauf zu nehmen. Schließlich ist es für nicht wenige zu einer sehr willkommenen Ausrede in allen möglichen Lebenssituationen geworden: „Es tut mir leid, ich kann nicht kommen, ich war zu spät an der Brücke."

Der Hebemechanismus der Brücken inspiriert jedoch nicht nur Touristen, Fotografen, untreue Gatten und tanzwütige Jugendliche. Die provokativen Aktionskünstler „Art Grupa Woina" („Kunst-Gruppe Krieg") initiierten im Juni 2010 eine äußerst öffentlichkeitswirksame Aktion gegen die Allmacht des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) an der Litejnij-Brücke. In 23 Sekunden zeichneten neun Aktivisten der Gruppe auf den Asphalt des sich öffnenden Brückenflügels einen 65 x 27 Meter großen Penis. Dieses Kunstwerk erhob sich bei Öffnung der Brücke mehrere Nächte direkt vor der gegenüber liegenden Zentrale des FSB und war durch die zu dieser Jahreszeit faszinierend hellen Nächte gut sichtbar. Trotz Feuerwehreinsatzes ließ sich die Zeichnung nicht gleich entfernen. Die Aktion mit dem Namen „P**** in FSB-Gefangenschaft" wurde später sogar mit dem föderalen „Innovations-Preis" im Bereich visueller Gegenwartskunst ausgezeichnet – selten dient das kunstvolle Erbe der Stadt zu einer solchen Konfrontation mit Fragen der Gegenwart.

Man kann sich mit einem Besuch in Sankt Petersburg dem „eigentlichen" Russland genauso entziehen wie auf der Schlossbrücke der Hektik der Stadt und der Tristesse der Platten-Vorstädte. Auf der Lomonossow-Brücke wird man eher über die neueste Inszenierung Boris Ejfmans als über den Chodorkowski-Prozess, auf der Löwen-Brücke eher über Dostojewskij als über Wahlbetrug diskutieren. Doch Brücken sind nicht dazu geeignet, sich häuslich auf ihnen einzurichten. Selbst auf der Blauen Brücke, die so breit ist, dass sie als Parkplatz genutzt wird, wurden keine Häuser gebaut. Kann so ein Brücken-Dasein ein Dauerzustand sein? Die geöffneten Brücken der Stadt sind auch in dieser Hinsicht symbolhaft: Spätestens wenn die Brücken geöffnet werden, muss man sich entschieden haben, auf welcher Seite man die Nacht verbringen möchte.

Nach offiziellen Angaben der Stadt Sankt Petersburg befinden sich im Stadtgebiet ca. 580 Brücken. Zählt man die Brücken der Vororte und Parkanlagen hinzu, so erhöht sich die Zahl auf über 800. Die erste Brücke wurde 1705 erwähnt, die jüngste Brücke der Stadt wurde im Januar 2012 eröffnet. Die längste Brücke ist die Große Obuchov-Brücke mit 2.824 Metern, die einzige Newa-Brücke, die als Hängebrücke nicht für den Schiffsverkehr geöffnet werden muss. Die breiteste Brücke ist die Blaue Brücke, die sich im Stadtzentrum befindet und 97,3 Meter misst; als schmalste Brücke gilt die Bank-Brücke mit 1,8 Metern. Über den Hauptarm der Newa führen 9 Brücken. Die erste dauerhafte Brücke, die Blagoweschenskij-Brücke, wurde 1843 erbaut.

Bücher

Ivo Andrić: Die Brücke über die Drina. Eine Chronik aus Višegrad. Deutsch von Ernst E. Jonas. Überarb. von Katharina Wolf-Grießhaber. 3. Auflage. Wien: Paul Zsolnay, 2011. (Originaltitel: Na Drini ćuprija. Belgrad 1945)

András Antal Déak / Amelie Lanier: Die Verbindung von Stephan Széchenyi und Georg Sina und das Unternehmen Kettenbrücke. (Europäische Hochschulschriften, Bd. 931). Frankfurt (Main) (u. a.): Peter Lang, 2002.

Boris Antonov: St. Petersburger Brücken. St. Petersburg 2007.

Thomas Blees: Glienicker Brücke. Ausufernde Geschichten. 2. erweiterte Aufl. Berlin: be.bra, 1998.

Guido Hausmann: Mütterchen Wolga. Ein Fluss als Erinnerungsort vom 16. bis ins frühe 20. Jahrhundert. (Campus Historische Studien, Bd. 50). Frankfurt (Main): Campus, 2009.

Robert Michel: Fahrten in den Reichslanden. Bilder und Skizzen aus Bosnien und der Hercegovina. Mit 25 Zeichnungen von Max Bucherer. Wien und Leipzig: Deutsch-Österreichischer Verlag, 1912. (Das kulturhistorisch interessante Werk beschreibt u. a. mehrere Brücken in der Region.)

Ernst Thomas Reimbold: Die Brücke als Symbol. In: Symbolon. Jahrbuch für Symbolforschung. Neue Folge, Bd. 1 (1972), S. 55-78.

Karl Schlögel/Frithjof Benjamin Schenk/Markus Ackeret (Hrsg.): St. Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte. Frankfurt (Main): Campus, 2007.

St. Petersburg. Stadt am Wasser. Bildband. St. Petersburg 2003.

Ondřej Šefců (Hrsg.): Karlův most. Prag: Ottovo, 2007.

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europas und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ 6,50 (D) / € 6,70 (A) / SFr 10,80** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden:

Zweifel an Europa?, Heft 1/2012
Zwischen Hoffnungen und Ängsten ◆ Stillstand der Integration ◆ Meinungen und Gedanken aus zehn Ländern

Schwerpunkt: Bosnien und Herzegowina, Heft 4/2011
Zwischen Lähmung und Aufbruch ◆Tragik eine Vielvölkerstaates ◆ Verfassungsprobleme ◆ Alltag in einem zerrissenen Land

Ländliche Räume im Umbruch, Heft 3/2011
Zwischen Beharrung und Aufbruch ◆ Strukturwandel in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ◆ »Seelsorge der weiten Wege«

Bleibende Wunden – Psychische Folgen des Kommunismus, Heft 2/2011
Psychosoziale Folgen von Systemunrecht ◆ Zur Rolle der Kirchen ◆ Beispiele aus Albanien, Litauen, Polen, Rumänien und Tschechien

Polen und Russland – eine schwierige Beziehung, Heft 1/2011
Schatten der Vergangenheit ◆ Außen- und innenpolitische Aspekte ◆ Polen aus russischer Sicht – Russland aus polnischer Sicht

Albanien, Heft 4/2010
Historischer Überblick ◆ Politischer und kultureller Wandel ◆ Religion und Nation

Umweltprobleme in Mittel- und Osteuropa, Heft 3/2010

Medien als Macht?, Heft 2/2010
Einfluss der Medien in Deutschland ◆ Medienentwicklung in Mittel- und Osteuropa ◆ Ethik der Medien

Kirche und Politik in Russland, Heft 1/2010

Weitere Informationen, auch zu früheren Jahrgängen, finden Sie unter www.owep.de.

Heft 3/2012 erscheint Mitte August zum Thema »Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa«.

Verlag Friedrich Pustet **www.verlag-pustet.de**

Editorial

Rechtsradikalismus tritt als gesellschaftliche (Rand-)Erscheinung nicht nur in den Ländern Mittel- und Osteuropas auf, sondern auch in Westeuropa. Dennoch haben die rasant vollzogenen Veränderungsprozesse in Mittel- und Osteuropa in den vergangenen zwei Jahrzehnten insbesondere dort zu „sozialen Spannungen und Frustrationen, zu politischen Konflikten und Identitätskrisen" (Britta Schellenberg) geführt, die – in unterschiedlichem Ausmaß – ein Erstarken national(istisch)er Tendenzen in diesen Gesellschaften zur Folge hatte. Vor allem die Verlierer der Transformation flüchteten und vereinten sich in ideologisch schillernden und in ihren Fundamenten schwer zu definierenden Gruppierungen, um sich dort insbesondere durch die demonstrative Abgrenzung von (noch) schwächeren Minderheiten und Bevölkerungsgruppen – z. B. Homosexuellen, Juden, Roma und Sinti, Menschen mit Behinderung usw. – wieder stark zu fühlen. Die gerade erst angeeigneten demokratischen Prozesse werden von diesen Gruppierungen abgelehnt und oftmals der Sehnsucht nach einem vermeintlich starken Staat(sführer) geopfert.

Das Ausmaß dieses Phänomens ist in den Ländern Ost- und Mitteleuropas allerdings sehr unterschiedlich, ebenso seine Erscheinungsform. In dem einem Land wird es durch das Erstarken radikaler politischer Parteien sichtbar (z. B. Ungarn, Ukraine), in einem anderen durch die Bildung politischer Gruppierungen mit – teils getarntem – antisemitischem Grundkonsens (Rumänien), wieder in einem anderen durch gesellschaftlich latent vorhandene Xenophobie ohne Zugang zur Öffentlichkeit oder Parteien (z. B. Russland) oder ohne entschiedenen Widerstand in der Politik (z. B. Polen).

Das vorliegende Heft möchte einen Einblick in ausgewählte, vor allem auch aktuelle Aspekte der diesbezüglichen Situation bieten, ohne freilich dem Anspruch gerecht werden zu können, dieses sensible und schwer greifbare Thema vollständig zu erfassen.

Die Redaktion

Stefan Borrmann

Rechtsextremismus – Facetten eines Begriffs

Prof. Dr. Stefan Borrmann ist Professor für internationale Sozialarbeitsforschung an der Hochschule Landshut und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit.

Begriffe wie Rechtsradikalismus, (Neo)Faschismus, Neonazis, Rechtspopulismus, Neue Rechte, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus werden oft als Synonyme zum Begriff des Rechtsextremismus verwendet. Dies ist wenig zielführend, weil diese Begriffe zwar auf Verbindungspunkte zum Rechtsextremismus verweisen, nicht aber als deckungsgleich angesehen werden können. Rechtsextremismus kann vielmehr als mehrdimensionales Einstellungsmuster verstanden werden, das sich aus Menschen- und Gesellschaftsbildern zusammensetzt, die verschiedene Ungleichwertigkeitsvorstellungen beinhalten.

Rechtsextremismus bezeichnet als Überbegriff im alltäglichen Sprachgebrauch verschiedenste Ausprägungen und Erscheinungsformen, die sich grob in drei Kategorien, in die Mikro-, Meso- und Makroebene, einteilen lassen.[1] Dieser Kategorisierung zumindest in der Tendenz folgend, beschäftigen sich entsprechend der wissenschaftlichen Zuordnung verschiedene Disziplinen mit unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Auf der *Mesoebene* untersucht z. B. die Politikwissenschaft vorrangig das rechtsextreme Organisationsspektrum (Parteien, Vereine, Stiftungen, Zeitschriften, so genannte Kameradschaften usw.) und deren Anhänger- bzw. Wählerschaft.[2] Die *Makroebene* wird vor allem von der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Ge-

1 Jürgen R. Winkler: Rechtsextremismus: Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. In: Richard Stöss (u. a.) (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 38-68, hier S. 40 f.

2 Vgl. z. B. Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn 1999; Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder. Wiesbaden 2001.

schichtsforschung bearbeitet[3], und auf der *Mikroebene* bezieht man sich ergänzend auf zahlreiche andere Disziplinen (z. B. die Wissenschaft der Sozialen Arbeit, Psychologie oder Sozialpsychologie), da diese „die Verankerung bestimmter politischer Orientierungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung, zum Beispiel auf die Verbreitung von Ideologieelementen des Rechtsextremismus, auf die Einstellung zu Ausländern oder auf Einstellungen zum Nationalsozialismus"[4] untersucht.

Rechtsextremes Menschen- und Gesellschaftsbild

„Rechtsextremismus ist nicht gleichzusetzen mit Rassismus, Nationalismus, Xenophobie, Autoritarismus, Antipluralismus, Antisemitismus, Ethnozentrismus, Verfassungsfeindlichkeit oder der Ideologie der Ungleichheit. Erst durch Denken in Zusammenhängen, das mit diesen einfachen Zuordnungen bricht, lässt sich Rechtsextremismus begreifen und zwar, indem die einzelnen Elemente miteinander in Beziehung gesetzt werden und so zu einem (Bezugs-)System verdichtet werden."[5] Dem Rechtsextremismus liegt nach dieser Umschreibung ein komplexer Erklärungszusammenhang zugrunde, der nicht auf einzelne Elemente reduziert werden kann, vielmehr eine verbindende Klammer benötigt.

Die ideologischen Bestandteile des rechtsextremistischen Menschen- und Gesellschaftsbildes lassen sich als verbindende Klammer zwischen der erwähnten Mikro-, Makro- und Mesoebene bezeichnen. Verwiesen sei hier auf den Begriff des *soziologischen Rechtsextremismus*, den Wilhelm Heitmeyer 1989 geprägt hat. Er führt dazu aus: „Zu den Grundelementen dieses Verständnisses (von Rechtsextremismus, der Verf.) gehört, dass die rechtsextremen Orientierungsmuster im Kern als Angriff auf die Gleichheit von Menschen verstanden werden müssen, der mit sozialer, psychischer und physischer Ausgrenzung bzw. Vernichtung anderer verbunden ist und Gewalt als

Dem Phänomen „Rechtsextremismus" liegt ein komplexer Erklärungszusammenhang zugrunde, der nicht auf einzelne Elemente reduziert werden kann.

3 Wolfgang Benz (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt (Main) 1994.

4 Winkler (wie Anm. 1), S. 41.

5 Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder: Rechtsextremismus – Begriff, Methode, Analyse. In: diess. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen 1994, S. 7-20, hier S. 12.

zentralen Regelungsmechanismus gesellschaftlicher Verhältnisse und Konflikte versteht."[6] Ungleichheitsvorstellungen von Menschen finden sich laut Heitmeyer in

- nationalistischen Überhöhungen,
- rassistischen Sichtweisen/Ausländerfeindlichkeit,
- Unterscheidung von wertem und unwertem Leben (Eugenik),
- der Behauptung „natürlicher" Hierarchien,
- der Betonung des Rechtes des Stärkeren,
- einem „totalitären" Normverständnis.

Die beschriebene Gewaltakzeptanz drückt sich aus durch die

- Ablehnung rationaler Diskurse – Überhöhung des Irrationalen,
- Betonung des alltäglichen Kampfes ums Dasein,
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen sozialer und politischer Konflikte,
- Betonung autoritärer und militärischer Umgangsformen und Stile,
- Gewalt als normale Aktionsform zur Regelung von Konflikten.

Entsprechend dieser Differenzierungen definiert Heitmeyer Rechtsextremismus als eine Verbindung zwischen Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Gewaltakzeptanz: „Von rechtsextremistischen Orientierungsmustern ist also vorrangig dann zu sprechen, wenn beide Grundelemente zusammenfließen, wenn also die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform."[7]

Grundstrukturen rechtsextremistischer Ideologie

„Wie jede politische Doktrin auch, vermittelt rechtsextreme Ideologie eine spezifische, für das Subjekt logisch konsistente Sicht auf die Welt, die es – ausgehend von drängenden subjektiven Orientierungsbedürfnissen – erlaubt, Gegenwart wie Vergangenheit zu deuten und Zukunft

6 Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim, München 1989, S. 15 f. (Zitat S. 15).

7 Ebd., S. 16.

von hierher perspektivierbar zu machen."[8] Eine solche Deutungsmöglichkeit enthält sowohl Menschen- als auch Gesellschaftsbilder und, ausgehend von diesen, in der Regel auch Erklärungen, Ziele und von Werten abgeleitete Handlungsoptionen. Aus diesem Grund werden im Folgenden in Anlehnung an zwei Beiträge von Willibald I. Holzer und Helmut Fröchling[9] Grundelemente des rechtsextremen Gesellschafts- und Menschenbildes dargestellt und erläutert.

Das Gesellschaftsbild in der rechtsextremen Weltanschauung

- *Antiindividualismus und Antiliberalismus:* Verbindendes Element des Rechtsextremismus zum antidemokratischen Konservatismus ist der gemeinsame Kampf gegen die zentralen Errungenschaften der Französischen Revolution von 1789 („liberté, égalité, fraternité"). Dabei wird in der rechtsextremen Ideologie die Vorstellung verneint, dass das Individuum ein autonomes Subjekt gesellschaftlich-politischen Handelns und zugleich Träger universeller Menschenrechte ist. Da der liberal-demokratische Verfassungsstaat zumindest den Anspruch erhebt, universell geltende Menschenrechte und staatsbürgerliche Mitwirkungsrechte zu unveräußerlichen Normen des Staates erhoben zu haben, wird dieses Staatsmodell in der rechtsextremen Ideologie abgelehnt.
- *Antipluralismus und die Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden:* Eine pluralistische Gesellschaftsstruktur, die die Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen, den freien Wettbewerb zwischen Werten, Zielvorstellungen und Interessen einzelner sowie ergebnisoffene Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einschließt, ist mit dem rechtsextremen Gesellschaftsbild unvereinbar. Stattdessen wird ein Demokratieverständnis propagiert, das auf Ausgrenzung und Homogenität ausgerichtet ist. Wie diese demokratietheoretische Vorstellung von Homogenität spezifiziert werden kann, lässt sich erkennen, wenn die Zugangskriterien für die angesproche-

8 Willibald I. Holzer: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993, S. 11-96, hier S. 31 f.

9 Vgl. Holzer (wie Anm. 8) und Helmut Fröchling: Die ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus. Grundstrukturen rechtsextremistischer Weltanschauung. Politischer Stil, Strategien und Methoden rechtsextremer Propaganda. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin 1996, S. 84-123.

ne Volksgemeinschaft näher betrachtet werden. Im rechtsextremen Weltbild sind diese zum großen Teil biologisch oder ethnisch definiert. Damit sind sie nicht erwerbbar, sondern quasi „natürlich" vorgegeben.

- *Volk und Volksgemeinschaft:* Im rechtsextremen Gesellschaftsbild ist der Vorrang der Volksgemeinschaft vor dem einzelnen Individuum zentral. „Volk" wird dabei nicht als soziologische Kategorie begriffen, der man z. B. durch Zuzug oder Erlernen der Sprache beitreten kann, sondern als natürliche Ordnung, Schicksalsgemeinschaft oder lebendiger Organismus.

Typische Elemente sind die Vorstellung von „Volksgemeinschaft" und „Führerstaat".

- *Der autoritäre Führerstaat:* Die Staatsauffassung wird entscheidend durch die rechtsextreme Auffassung von Individuum und Volk geprägt. Der Staat ist mehr als nur ein Funktionsträger zum Vollzug von Gesetzen, Gewährleister der verfassungsmäßigen Ordnung oder Kontrolleur hoheitlichen Handelns – er ist die „sichtbar gewordene, lebende Ganzheit von Volkstum und Volk."[10] Der „starke Staat", wie ihn die rechtsextreme Ideologie als „organische Handlungsform der Nation" entwirft und propagiert, ist gekennzeichnet durch absolute Staatsautorität und eindeutigen Vorrang von Staatsräson und Gemeinwohl vor Partei-, Gruppen- und Individualinteressen.[11]
- *Ethnopluralismus:* Grundlage für den Ethnopluralismus ist wiederum die Ablehnung der Gleichwertigkeit von Menschen. Stattdessen werden diese in ethnische Gruppen unterteilt, die in ihrer jeweiligen Eigenart und auch Wertigkeit durch erbbiologische Anlagen determiniert sind und auf dieser Grundlage im Laufe der Jahrhunderte eine spezifische Kultur ausgeprägt haben. Kultur und Ethnien werden in einer solchen Sichtweise als etwas Statisches begriffen. Nach dieser Sichtweise ist es daher notwendig, die Ethnien biologisch und damit kulturell homogen, also intakt, zu halten; eine Verständigung zwischen ihnen ist letztlich kaum möglich. Vor diesem Hintergrund erhält die Forderung nach einem „Selbstbestim-

10 Joachim H. Schwagerl: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt (Main) 1993, S. 168.

11 Vgl. Fröchling (wie Anm. 9), S. 96.

mungsrecht der Völker" neue Bedeutung. Die Forderung „Deutschland den Deutschen" wird mit einer solchen Begründung durch die Forderung „Türkei den Türken" oder „Polen den Polen" ergänzt.

Das Menschenbild in der rechtsextremen Weltanschauung

„Bei ihrer Konstruktion sozialer Wirklichkeit gehen Rechtsextreme von einem Bild des Menschen aus, das sich an den organisch gewachsenen Zusammenhängen der Natur und deren ‚ewigen' Gesetzen orientiert und ihn nicht als Individuum, sondern primär als Angehörigen, als bloßes Glied eines Kollektives – also seiner Familie, seines Volkes, seiner Nation – begreift."[12] Daraus resultiert die Vorstellung, dass die Position des Individuums nicht durch Rechte, sondern vor allem durch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft definiert wird. Die vorhandenen Rechte des Individuums sind zudem an die Zugehörigkeit zur eigenen „Volksgemeinschaft" geknüpft. Ein solches Menschenbild richtet sich diametral gegen die Werte der Aufklärung. „Speziell gegen die demokratischen Postulate von der Gleichwertigkeit aller Menschen, aus der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung folgen sollte, setzen Rechtsextreme ... die tiefe ‚Verwurzelung des Individuums in Familie, Volk, Nation und Tradition', die es ihm zur Pflicht machen, die tradierten Normen, Sitten und Gebräuche zu beachten und sich fraglos in eine dienende Rolle gegenüber ‚Volk und Vaterland' hineinzufügen." Gilt in der rechtsextremen Ideologie der Platz eines „Volkes" in der ‚Hierarchie der Völker' als Ergebnis eines sozialdarwinistisch geprägten Kampfes („survival of the fittest"), so lässt sich Ähnliches auch für den Platz des Einzelnen in der Gesellschaft konstatieren. Im Rahmen der durch die erbbiologische Ausstattung des Individuums gegebenen Möglichkeiten setzt sich auch hier der Stärkere durch. Dabei sind erfolgversprechende Verhaltensnormen im rechtsextremen Menschenbild stark an als männlich geltende Dominanzvorstellungen wie Kraft, Härte, Aggressivität, Ausdauer, Durchsetzungsvermögen oder Kameradschaft angelehnt.

Das Menschenbild richtet sich diametral gegen die Werte der Aufklärung.

12 Ebd., S. 105 (auch das nachfolgende Zitat).

Erklärungen, Werte, Ziele und Handlungsstrategien im rechtsextremen Weltbild

Eine Antwort auf die Frage, welche Elemente in der rechtsextremen Ideologie als zentrale Erklärungen oder Begründungen für das erläuterte Gesellschafts- und Menschenbild dienen, rückt den Bezug auf das rechtsextremistische *Naturverständnis* in den Vordergrund. Deutlich wird hierbei die ganzheitliche Tendenz rechtsextremer Ideologie, denn „das um Natur entwickelte System von Axiomen und Ableitungen, das subjektiv von hoher Plausibilität sein kann, ruht in sich selbst, da es das Prinzip des Zweifels und damit die Möglichkeit der Fehlerkorrektur zumindest für seine zentralen Aussagen nicht zulässt."[13] Ein Resultat dieser Erklärungen der Wirklichkeit besteht darin, dass eine vernunftgeleitete, rationale und wissenschaftlich reflektierte Auseinandersetzung mit der Welt und aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen abgelehnt wird. Was ist, ist aus nicht veränderbaren Gründen so, wie es ist, und muss nicht weiter begründet werden. Dieser Mangel an Erklärungen bzw. die ganzheitliche Erklärung der Welt aus sich selbst führt dazu, dass Strukturen des Totalitären, ein Freund-Feind-, ein Gut-Böse-Denken in der rechtsextremen Ideologie nicht als Verlust an Differenzierungs- oder Nuancierungsvermögen begriffen werden, sondern als identitätsstiftende Gewissheit. Auf derselben Begründungsbasis wird der Kampf gegen oder die Ausgrenzung von Minderheiten (oder um es im rechtsextremen Sprachstil zu sagen: „von nicht zum Volkskörper gehörenden" Personen) legitimiert. Diese stellen dem rechtsextremen Weltbild zufolge eine Bedrohung für das eigene schützenswerte Volk dar und müssen deshalb bekämpft und ausgegrenzt werden.

Individuelle Freiheit, universelle Menschenrechte und ein pluralistisches Demokratieverständnis werden abgelehnt.

Aus den dargestellten Gesellschafts- und Menschenbildern und ihrer kurz erläuterten Begründung lassen sich die ihnen zugrundeliegenden Werte und Ziele ableiten. In der rechtsextremen Weltanschauung wird eine antiindividualistische, das Volk und den Staat in den Mittelpunkt stellende Sichtweise positiv bewertet. Die aus den Errungenschaften der Französischen Revolution abgeleiteten Werte wie individuelle Freiheit, Meinungsfreiheit, universelle Menschenrechte und ein pluralistisches Demokratieverständnis sind in dieser Sichtweise abzulehnen.

13 Holzer (wie Anm. 8), S. 59.

Was ist Rechtsextremismus?

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Rechtsextremismus kann man als ein mehrdimensionales Einstellungsmuster bezeichnen, das sich aus Menschen- und Gesellschaftsbildern zusammensetzt, in denen verschiedene Vorstellungen von Ungleichwertigkeit enthalten sind. Diese beruhen auf einer ganzheitlichen Weltsicht.

Das *rechtsextreme Gesellschaftsbild* lässt sich durch

- Antiindividualismus,
- ein antiliberales und antipluralistisches Demokratieverständnis,
- die Ausgrenzung von Minderheiten,
- die Propagierung einer „Volksgemeinschaft" mit nicht erwerbbaren Zugangskriterien (Ethnie, Nation, Rasse),
- ein autoritäres Staatsverständnis,
- und ein ethnozentristisches oder ethnopluralistisches Gesellschaftsbild

näher spezifizieren. Das *rechtsextreme Menschenbild* wird ergänzend dazu gebildet aus

- der Ablehnung der Gleichwertigkeit der Menschen,
- der Verneinung der Universalität der Menschenrechte.
- einem sozialdarwinistischen
- und ethnozentristischen/rassistischen Menschenbild.

Aus diesen Menschen- und Gesellschaftsbildern ergeben sich für die Definition zwei dem Rechtsextremismus inhärente Handlungsdimensionen:

- eine latente Gewaltorientierung (Bereitschaft, Akzeptanz, Forderung, Billigung oder Duldung),
- die Demonstration (vermeintlicher) Stärke (sozialdarwinistisch begründet).

Die erläuterte Definition von Rechtsextremismus bildet den Ausgangspunkt für mögliche Differenzierungen – sie ist also als eine „Basisdefinition" zu begreifen, auf deren Grundlage Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen miteinander zu vereinbaren sind.

Britta Schellenberg

Rechtsradikale Erscheinungen in Ost- und Westeuropa

Britta Schellenberg, Historikerin und Politologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Angewandte Politikforschung und Lehrbeauftragte am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU München.

Die Verbreitung des Rechtsradikalismus und seine destruktive Kraft rufen zu einer eindringlicheren Beschäftigung mit dem Phänomen auf. Der folgende Beitrag soll einen Überblick über die radikale Rechte in Ost- und Westeuropa vermitteln. Er bietet eine Übersicht zu Struktur und Stärke ebenso wie zu Entstehungsbedingungen und Zielen.

Rechtsradikale sind im 21. Jahrhundert angekommen. Sie argumentieren heute dicht an den Ängsten unserer Zeit und positionieren sich neu in den europäischen Gesellschaften.

Die Entdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrunds" in Deutschland und die Attentate Anders Breiviks in Norwegen sind nur der Gipfel anhaltender rechtsradikaler Gewalt, die aufgrund ihrer außerordentlichen Brisanz auch die Öffentlichkeit beschäftigt. In vielen Ländern Europas gehören Gewalttaten gegen Migranten, politische Feinde, Roma, Muslime und Juden zum Alltag. Neben gewaltsamen Übergriffen sind es die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien, die die aktuelle Bedeutung des Rechtsradikalismus in Ländern Ost- und Westeuropas belegen. Rechtsradikale Parteien sitzen in vielen nationalen Parlamenten und ebenso im Europäischen Parlament. Bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich zeigte sich jüngst erneut die Stärke der radikalen Rechten: Im April 2012 stimmten 17,9 Prozent der Franzosen im ersten Wahlgang für die Kandidatin des rechtsradikalen Front National, Marine Le Pen.

Die Akteure

Um das Phänomen besser zu verstehen, ist es hilfreich, seine verschiedenen Erscheinungsformen zu kennen und seine Entstehungsbedingungen zu reflektieren. Die radikale Rechte lässt sich nach Michael Minkenberg[1] in vier ideologische Kategorien einteilen:

- *Die extreme Rechte:* Sie zeichnet sich durch ideologische Nähe zu faschistischen Regimen, dem Nationalsozialismus oder autokratischen Regimen der Zwischenkriegszeit aus. Sie ist milizenhaft strukturiert und auf eine „Führer"-Figur ausgerichtet. Beispiele hierfür sind die deutsche NPD, die griechische *Morgenröte* (7 Prozent im Mai 2012)[2] und die ungarische *Jobbik* (16,7 Prozent im April 2010).
- *Die ethnozentrische oder rassistische Rechte:* Ihre Agenda ist insbesondere die Trennung von Ethnien, „Rassen" und Kulturen. Sie propagiert die Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien und glaubt an die Überlegenheit der eigenen Ethnie. Beispiele für entsprechende Parteien sind der französische *Front National* (4,3 Prozent im Juni 2007), der belgische *Vlaams Belang* (7,8 Prozent Juni 2010), die österreichische *FPÖ* (17,5 Prozent im September 2008), ebenso die Italienische *Lega Nord* (8,3 Prozent im April 2008).
- *Die populistische Rechte:* Sie ist programmatisch flexibler, ist auf eine charismatische Führerfigur ausgerichtet und tritt als „Vertreter" zur Umsetzung des „Volkswillens" auf. Als Parteientyp ist die populistische Rechte in Westeuropa am erfolgreichsten. Es fällt auf, dass sie in den nordischen Ländern besonders stark ist. In den nationalen Parlamenten sitzen u. a. die *Wahren Finnen* (19,1 Prozent im April 2011), die *Schweizerische Volkspartei* (26,6 Prozent Oktober 2011), die *Dänische Volkspartei* (12,3 Prozent September 2011), die norwegische *Fortschrittspartei* (22,9 Prozent September 2009),

1 Vgl. Definition und Akteure der radikalen Rechten bei Michael Minkenberg: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen, Wiesbaden 1998; außerdem Britta Schellenberg: Dispersion and Differentiation: The Structures and Trends of the Radical Right in Europe. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing-Extremism in Europe. Gütersloh 2009, S. 531-546, besonders S. 531 ff.

2 Wenn eine Partei im nationalen Parlament vertreten ist, sind jeweils Prozentzahlen und Wahldatum vermerkt.

und die niederländische *Partei für die Freiheit* (15,5 Prozent Juni 2010).

- *Die religiös-fundamentalistische Rechte* argumentiert primär religiös und verbindet nationalistische und exklusive Forderungen mit dem Anspruch religiöser Vormachtsstellung. Sie ist in Polen verbreitet, etwa in der *Liga der Polnischen Familien.*

Im Osten Europas ist die radikale Rechte organisatorisch weniger entwickelt als in Westeuropa – ein Schicksal, das sie mit den meisten politischen Parteien in der Region teilt. Wahlerfolge sind hier weniger stark ausgeprägt bzw. weisen weniger Kontinuität auf.

Neben politischen Parteien, die oben bereits als Beispiele für die verschiedenen ideologischen Ausformungen erwähnt wurden, umfasst die radikale Rechte weitere Organisationsformen:

Zum einen gibt es *bewegungsförmige Organisationen,* die auf Mobilisierung der Öffentlichkeit zielen und bestehende, feste Organisationsformen ablehnen. Sie bilden häufig neue Strukturen wie Vereine, Verbände und Initiativen. Ein Beispiel dafür ist die transnationale Initiative *Cities against Islamisation,* die mit Demonstrationen in Großstädten Westeuropas auf sich aufmerksam macht und „Bürgerprotest" organisiert. Hinter ihr stehen allerdings vor allem rechtsradikale Parteien; hierzu gehören aber auch gewalttätige Gruppen wie die Ungarische Garde (und entsprechend agierende „Bürgerwehren").

Zum anderen ist das *subkulturelle Milieu* eine nicht zu vernachlässigende Größe. Es zeichnet sich durch lose Strukturen ebenso wie durch ein hohes Gewaltpotenzial aus. Hierzu sind die Neonazi-Musikszene zu rechnen, ebenso rechte Hooligans, Neonazi-Kameradschaften und Autonome Nationalisten. Die subkulturell gewaltbereite Szene ist besonders stark in Ostmitteleuropa und Osteuropa verbreitet, allerdings auch in Deutschland und Schweden. In Deutschland entwickelte Organisationsformen wie die Neonazi-Kameradschaften und die Autonomen Nationalisten sind beispielsweise in der Tschechischen Republik inzwischen übernommen worden.

Die radikale Rechte ist im Osten Europas organisatorisch weniger entwickelt als im Westen, zeichnet sich jedoch durch ein hohes Gewaltpotenzial aus.

Themen, Zielgruppen und Entstehungshintergründe in Ost und West

Zentral für die rechtradikale Ideologie ist, dass die Gemeinschaft oder „das Volk" ethnisch, religiös und national definiert und als homogener Körper begriffen wird.[3] Es wird ein „Wir" etabliert, aus dem durch spezifische Exklusionsmechanismen „Das Andere", „Das Fremde" als Schlechtes, Böses und an gesellschaftlichen und individuellen Problemlagen Schuldiges ausgeschlossen wird. Charakteristisch ist eine Überzeugung, die ich als „regressive Utopie" bezeichne: Die Akteure beschwören etwas angeblich Vergangenes, eine ethnisch und religiös homogene Gesellschaft, die es freilich in der Realität nie gab. Europa und die Staaten Europas sind über die Jahrhunderte gekennzeichnet von Wanderungsbewegungen und geprägt durch diverse religiöse Glaubensrichtungen. Rechtsradikale klammern sich an den Begriff von Nation und Volk und definieren ihn ethnisch und religiös. Jeder, der nach den so definierten Kriterien nicht dazugehört, wird als „fremd" ausgegrenzt, wenn nötig gewaltsam. In dieser „Logik" muss alles „Fremde" ausgeschlossen werden, um das eigene Überleben zu sichern.

Identität und Exklusion

Fragen der eigenen Identität gewinnen in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels sowie neuer und globaler Kommunikations-, Informations- und Arbeitsmöglichkeiten an Relevanz und betreffen jeden. Während einige Bevölkerungsgruppen Veränderungsprozesse weitgehend als positiv empfinden, fühlen sich andere davon überfordert oder lehnen sie schlicht ab. Rechtsradikale Akteure empfinden diese Veränderungen als eine Bedrohung ihrer Identität und bieten ihre „regressive Utopie" als Allheilmittel für individuelle wie gesellschaftliche Probleme an. Das Thema „(nationale) Identität" wird von der radikalen Rechten kulturell und ethnisch interpretiert und stellt ein wichtiges Feld ihrer Agitation dar. Es ist besonders anschlussfähig an den gesellschaftlichen *Mainstream*, weil es zum einen sehr existenziell thematisiert werden kann und zum anderen alle Mitglieder der (Mehrheits-) Gesellschaft betrifft. Sehr früh hatten der französische *Front National* und sein Vor-

3 Vgl. zu den Begrifflichkeiten auch den Beitrag von Stefan Borrmann in vorliegendem Heft.

sitzender Jean-Marie Le Pen die Bedeutung des Themas „Identität" für die radikale Rechte erkannt und „die weiße Rasse" als Kernkonzept europäischer Identität propagiert. Das, was als „fremd" herausgegriffen wird, ist dabei zum Teil variabel und dem Zeitgeist unterlegen.

Heute gilt in Westeuropa als „das Fremde" insbesondere „das Muslimische". Antisemitismus stellt allerdings weiterhin ein Kernelement der radikalen Rechten dar, jedoch hat er bei verschiedenen Akteuren der radikalen Rechten unterschiedliche Gesichter:

„Identität" und „weiße Rasse" bilden im Anschluss an Jean-Marie Le Pen das Kernkonzept der radikalen Rechten in Europa.

- Von zu Gewalt aufrufendem und offenem Hass bei der extremen Rechten (etwa in Ungarn) und der fundamentalistisch-katholischen Rechten (etwa in Polen)
- bis zu Codes und sekundäre Anspielungen (etwa in der Referenz zur „amerikanischen Ostküste") bei den gemäßigteren Rechtsradikalen.
- Widersprüchlich sind diesbezüglich Entwicklungen bei rechtspopulistischen Parteien, etwa in den Niederlanden und Dänemark: Hier wird Antisemitismus ausgeklammert und sogar die Nähe zu Juden oder dem Staat Israel gesucht. Der Holocaust wird als historischer und nationaler Bezugspunkt anerkannt.[4]

Neben der Ausgrenzung von Gruppen nach Religionszuordnung umfasst das von Rechtsradikalen ausgemachte „Fremde" auch Minderheiten wie Roma sowie behinderte, obdachlose, arme oder arbeitslose Menschen. In Osteuropa ist das Repertoire der Feindgruppen deutlich breiter und die Ablehnung der Gruppen aggressiver: Neben Roma trifft rechtsradikaler Hass vor allem Juden, ethnische Minderheiten (wie die Türken in Bulgarien) und Homosexuelle.

Zu den heutigen Feindgruppen in den westlichen Gesellschaften gehören neben der „multikulturellen" Gesellschaft auch die „Achtundsechziger"-Bewegung und ihre Vertreter, die nach Ansicht der radikalen Rechten als unzumutbar empfundene kulturelle und politische Veränderungen verursacht haben, u. a. eine stärkere Individualisierung der Gesellschaften, die Emanzipation von Frauen, Schwulen und Lesben.

4 Vgl. Jaap van Donselaar/Willem Wagenaar: Country Report The Netherlands. In: Bertelsmann Stiftung (wie Anm. 1), S. 375-424; Susi Meret: Country Report Denmark. In: ebd., S. 81-126.

Schaut man sich die rechtspopulistischen Diskurse in westlichen Ländern an, findet man immer wieder das gleiche Muster: Die Ablehnung der Einwanderungsbewegungen seit den fünfziger und sechziger Jahren und des kulturellen Wandels, als deren Verkörperung die „Achtundsechziger" begriffen werden. Ihre Anliegen werden als „Political Correctness" gebrandmarkt und diskreditiert.

Fragen nach der eigenen Identität werden im östlichen Europa mit deutlich höherer Dramatik gestellt: Die dortigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse waren gegenüber denen Westeuropas ungleich gravierender und vollzogen sich noch dazu rasant. Infolge traumatischer Erfahrungen der osteuropäischen Transformation nach Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion kam es fast überall zu sozialen Spannungen und Frustrationen, zu politischen Konflikten und Identitätskrisen, die u. a. ein Erstarken des Nationalismus zur Folge hatten. Beklagt werden die Auflösung gemeinschaftlicher Solidarität und eine allgemeine politische Entfremdung. Ängste gegenüber der neuen, beschleunigten, globalen Welt sind hier besonders verbreitet.[5]

Gegen Politiker, Politik und die repräsentative Demokratie

In ihren populistischen Slogans und Kampagnen zweifeln Rechtsradikale an, dass „das Volk" tatsächlich von den regierenden Politikern vertreten wird. Sie stellen diese sowie weitere gesellschaftspolitische Akteure als korrupt oder unglaubwürdig, als raffgierig und elitär dar. Sie diskreditieren Politiker, politische Parteien und schließlich die Demokratie selbst.

Hingegen präsentieren sich die rechtsradikalen Parteien in populistischer Manier selbst als die „wahre Stimme des Volkes" und „Vertreter des einfachen Mannes", den sie in einen „Volkskörper" entindividualisieren und damit für sich vereinnahmen. Dabei unterstreichen sie beispielsweise in der Schweiz ihr Politikverständnis durch geschickt inszenierte Volksbegehren wie das über das „Minarettverbot". Plädoyers für mehr direkte Demokratie – und vor allem für weniger Parlamentarismus – sind auch in anderen Ländern Westeuropas vonseiten der radikalen Rechten nicht unüblich. Über Unterschriftenlisten und Bürgerbegehren

5 Vgl. József Bayer: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2002), S. 265-280.

bringen sie ihre politischen Anliegen ein. So initiieren Rechtsradikale in Westeuropa beispielsweise Initiativen gegen den „Islam" und „die Moslems", insbesondere gegen den Bau von Moscheen. Während sie soziale Problemlagen „des Volkes" beklagen, rufen sie dazu auf, zur Durchsetzung der Interessen des Volks müsse „hart durchgegriffen" werden. Gängige Feindbilder sind dabei zum einen der angebliche „Parteien-Filz", zum anderen bestimmte Gruppen, denen ihr kriminelles Treiben erst durch die etablierten Parteien ermöglicht werde („Ausländer" und „Sozialschmarotzer"). Dabei entwerfen rechtsradikale Politiker wie beispielsweise der Franzose Jean-Marie Le Pen eine Art Polizeistaat als Vision, in dem politische Parteien keine zentrale Rolle spielen. In Osteuropa ist die verbale Aggressivität gegen Politiker meist spitzer und hat in vielen Ländern (etwa in Bulgarien und Ungarn) in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.[6]

Allerdings unterscheiden sich die radikalen Rechten in verschiedenen Ländern Europas in Bezug auf ihr Politik- und Staatsverständnis: Während die Rechtsradikalen in den jungen Demokratien Osteuropas eine nationalsozialistische/faschistische und kommunistische Vergangenheit haben und sich auf autoritäre Politikkonzepte der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert beziehen, stellen sich die radikalen Rechten in den alten (weitgehend) ungebrochenen Demokratien (Dänemark, Niederlande, Norwegen und Schweden) offensiv in die demokratische Tradition ihres Landes. Die *Schwedischen Demokraten,* die *Dänische Volkspartei* oder Geert Wilders *Partei für die Freiheit* (Niederlande) begreifen sich daher als die eigentlichen Vertreter der demokratischen Werte ihres Landes. Ein Beispiel für ihre Selbstinszenierung als „Anwalt" demokratisch-liberaler Werte stellen Kampagnen dar, in denen sie sich gegen vermeintlich autoritäre und frauendiskriminierende muslimische Einwanderer zur Wehr setzen. Dabei stellen sich diese Parteien bewusst in den demokratischen Diskurs, fordern Meinungsfreiheit für sich ein und beschimpfen Gegner als Rassisten, die ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am politischen Prozess des Landes verwehren wollen.

6 Vgl. Kristian Vigenin: Die radikale Rechte in Bulgarien. ATAKA – Aufstieg, Fall und Nachspiel. In: Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.): Europa auf dem „rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2011, S. 209-215 (die gesamte Publikation ist auch online verfügbar: http://library.fes.de/pdf-files/do/08337.pdf; letzter Zugriff: 16.07.2012); József Bayer: Country Report Hungary. In: Bertelsmann Stiftung (wie Anm. 1), S. 285-326.

Insgesamt orientiert sich die radikale Rechte in Osteuropa mehr an der Vergangenheit als ihr westliches Pendant. Sie lehnt damit nicht nur die parlamentarische liberale Demokratie ab, sondern ist häufig per se antidemokratisch. Selbst in den konsolidierten Demokratien Osteuropas ist die Demokratie nicht als „einzige Alternative" anerkannt, was der radikalen Rechten Möglichkeiten eröffnet, die sie im Westen nicht hat. Jedoch nähren auch westeuropäische Akteure durch die pauschale Abwertung der Politik – insbesondere durch den Vorwurf, dass „Volkes Stimme" durch einen elitären Parlamentarismus ungehört bleibe – antidemokratische bzw. antiparlamentarische Gefühle.

Im Osten Europas lehnt die radikale Rechte nicht nur die parlamentarische liberale Demokratie als solche ab, sondern ist häufig per se antidemokratisch.

Wenngleich die nationalen Parlamente und der Parlamentarismus mit Schmähungen überzogen werden, so lässt sich der Großteil rechtsradikaler Akteure (vor allem in Westeuropa) auf das „demokratische Spiel" ein und strebt nach Macht über die Parlamente. Zu einem neuen, besonderen Sündenbock ist die Europäische Union (EU) avanciert, die noch viel grundlegender negiert und verbal attackiert wird. Das Projekt der europäischen Integration wird abgelehnt, die EU selbst mit negativen Zuschreibungen bedacht. Sie gilt als Ausdruck „moralischen und kulturellen Verfalls", „wirtschaftlichen Ruins", „sozialer Katastrophe" und „zügellosen Liberalismus'". Wenngleich einige Akteure ihre eigenen, Europa-freundlichen Visionen hegen, empfinden Rechtsradikale eine außerordentliche Bedrohung durch die EU: So sollten für ein „unheilvolles Projekt ... jahrtausendalte, angesehene Nationen ... geopfert" werden.[7]

Anhänger, Wähler, Zielgruppen: Die radikale Rechte geriert sich als Verteidiger heutiger „sozialer Fragen"

Einstellungsuntersuchungen und Befragungen zeigen, dass die radikale Rechte heute insbesondere bei den „relativen" Verlierern aktueller gesellschaftlicher Prozesse zu punkten hofft. Ob bei der *British National*

7 Europäisches Parlament, Plenardebatten. Zukunft Europas (Aussprache), Jean-Marie Le Pen, Straßburg, 19.02.2008. Zitiert nach Sabine Riedel: Nationalismus im EU-Parlament – Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009. SWP-Studie, Dezember 2008.

Party, der *Fortschrittspartei* in Norwegen oder der *Dänischen Volkspartei:* Angesprochen werden vor allem diejenigen, denen im Zuge wirtschaftlicher und sozialer Veränderungsprozesse in den Bereichen Arbeit, Einkommen, Prestige, Zugang zu Bildung und Freizeit Verluste drohen, Menschen also, denen es einst besser ging bzw. die Angst haben abzusteigen. Die Hauptzielgruppen der radikalen Rechten sind in Westeuropa vor allem Menschen aus unteren sozialen Schichten und der unteren Mittelschicht. In Osteuropa ist – entsprechend den viel fundamentaleren gesellschaftlichen Veränderungsprozessen – zudem eine breitere Mittelschicht Adressat.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure gerieren sich gerade auch im Osten Europas als vermeintliche „Fürstreiter" der kleinen Leute.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure nutzen diese Abstiegs- und Verlustängste und gerieren sich daher vielerorts als vermeintliche „Fürstreiter" der kleinen Leute bzw. der „relativen" Verlierer globalisierter Wirtschaftsprozesse. Es ist gar nicht lange her, dass ein Teil der heutigen rechtsradikalen Parteien neoliberale Wirtschaftskonzeptionen begrüßte (Teile dieser Parteien, wie z. B. die österreichische *FPÖ* oder die *Schweizerische Volkspartei,* favorisieren auch weiterhin eine Liberalisierung der Märkte und machen sich gegen Steuern stark). Heute propagieren sie in der Öffentlichkeit eine „nationale und soziale" Politik und begrüßen den Sozialstaat, der (nur) für seine ethnisch-nationalen Bürger sorgt. „Arbeit zuerst für Deutsche" – das ist ein passender Slogan, der dies verdeutlicht, oder die NPD-Werbung „sozial geht nur national".[8]

Insbesondere in den nordischen Ländern, in denen soziale Gerechtigkeit ein hoch anerkanntes Gut ist, wird von der radikalen Rechten offensiv der Abbau des Wohlfahrtstaats kritisiert. Man sehnt sich nach wirtschaftlich prosperierenden Zeiten der 1950er- und 1960er-Jahre, nach einem Land des Aufbaus der öffentlichen Wohlfahrt, nach hoher Erwerbstätigkeit, nach Fortschritt und – das ist der Zusammenhang, den die radikale Rechte herstellt – einer ethnisch-homogenen Gesellschaft ohne Einwanderer. Vor diesem Hintergrund bezeichnen sich Parteien wie die *Dänische Volkspartei* als „die wahren Sozialdemokraten" oder die *British National Party* als die „Vertreter der britischen Arbeiterklasse". In den postkommunistischen Ländern Osteuropas fordert die radi-

8 Vgl. Britta Schellenberg: Die radikale Rechte in Deutschland. Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher/Schellenberg (wie Anm. 6), S. 59-83.

kale Rechte die staatliche Kontrolle des liberalisierten Markts noch deutlich stärker ein als im Westen.[9]

Weiter fällt auf, dass es sich bei den Wählern und Anhängern vor allem um junge Menschen und zudem überdurchschnittlich häufig um Männer handelt. Beispielsweise wurde in Österreich bei den Nationalratswahlen im September 2008 die rechtspopulistische FPÖ stärkste Partei bei den unter 30-Jährigen. Insgesamt kam die Partei auf 17 Prozent der Stimmen, unter den Erstwählern (16-19-Jährige) waren es 44 Prozent. Die jungen Männer fühlen sich von einem Heinz-Christian Strache (FPÖ) wie von seinen „Kameraden" in anderen europäischen Ländern (etwa Gábor Vona der ungarischen Jobbik-Partei) besonders angezogen. Das liegt sicherlich auch daran, dass diese sehr moderne Wahlkämpfe führen (etwa Discobesuche und Rap-Rhythmen, mit Einsatz von facebook und dem Angebot einer ganzen Reihe modischer Accessoires).

Resümee

Rechtsradikalismus ist eine Gefahr für den Zusammenhalt und das friedliche Miteinander der europäischen Gesellschaften. Die Einordnung des Phänomens ist Grundvoraussetzung dafür, um diese Herausforderung anzunehmen. Die radikale Rechte hat ganz offensichtlich in Ost- und Westeuropa ähnliche Themen und Feindbilder. Allerdings zeigt sich auch, dass historische Entwicklungen und aktuelle gesellschaftliche Veränderungsprozesse die Struktur der radikalen Rechten, ihre ideologischen Elemente und die Vehemenz, mit der sie vertreten werden, unterschiedlich prägen.

9 Nora Langenbacher/Britta Schellenberg: Einleitung. Ein Sammelband zu Erscheinungsformen und Entwicklung der radikalen Rechten in Europa. In: Langenbacher/Schellenberg (wie Anm. 6), S. 11-27, S. 12 f.

Dimitar Denkov

Bulgarien: Roma auf den Saturn oder hinter die Sahara!

Prof. Dr. Dimitar Denkov ist Professor für Philosophie an der Universität Sofia.

Mit provokanten Parolen machen Nationalisten in Bulgarien gegen die Roma Front, deren soziale Lage sich in den letzten Jahrzehnten ständig verschlechtert hat. Auch wenn der Rechtsextremismus parteipolitisch eher unbedeutend ist, plädiert der folgende Beitrag für Wachsamkeit gegenüber entsprechenden Umtrieben und fordert zu einem ernsthaften Engagement für eine Verbesserung der Lage der Minderheiten im Lande auf.

I.

Die makabre Legende, wonach in Konzentrationslagern die Juden zu Seife verarbeitet wurden, und die mundartlich-phonetische Verwandtschaft zwischen dem bulgarischen Wort „sapun" (Seife) und dem Namen des fernen Planeten scheinen der Hintergrund zu sein, worauf sich der witzige Spruch „Roma auf den Saturn" auf Wohnblock- und facebookwänden bezieht, nachdem er sich als eine durchaus ernst zu nehmende nationalistische Parole „Roma zu Seife" etabliert hatte. Freilich klingt er bisweilen human und sogar mit der wissenschaftstechnischen Entwicklung verbunden. Der Spruch soll danach etwas durchaus Positives ausdrücken: Die „Menschlichkeit" des „Madagaskar-Plans"[1] in der technischen Gegenwart weiterzuführen, die Roma also nicht zu Seife zu verarbeiten – die meisten sind sowieso mager –, sondern sie fernzuhalten, weg von Bulgarien, dessen Boden die Verschmutzung seines Blutes durch Roma nicht duldet. Immerhin sind es rund 38 Prozent der bulgarischen Bevölkerung, die das Romaproblem durch Aussiedlung lösen wollen.

1 Gemeint ist der Plan der Nationalsozialisten, große Teile der jüdischen Bevölkerung Europas nach Madagaskar auszusiedeln (Anm. d. Redaktion).

Was die türkische Minderheit betrifft, gilt ein blutgieriger Spruch, der bei den eher seltenen Exzessen zusammen mit dem für die Roma zitiert wird: „Türken sollen unters Messer." Bisher ist so etwas keinem passiert – die Bulgaren sind wegen ihrer ethnischen Toleranz berühmt, Fußballfans und Skinheads gibt es nicht so viele und nicht so aggressive, um die Energie einer kritischen Masse nach außen zu lenken; gerne beschimpfen und verprügeln sie sich gegenseitig.

Der Spruch und seine „humane" Deutung wird oft dem Führer der bulgarischen Nationalisten, Volen Siderov, zugeschrieben und von seinen Anhängern verbreitet, obwohl es nicht erwiesen ist, dass er ihn direkt ausgeklügelt hat. Man braucht das auch nicht: Die Bücher von Siderov über die „jüdische Verschwörung" stehen seit langem in den Bücherläden Bulgariens, nebst „Mein Kampf" und den „Protokollen der Weisen von Zion".[2] Die Hasspropaganda gegen Roma, Türken und nationale Verräter von links und rechts ist das Lieblingsgenre seiner Reden im Parlament und sonstigen Kundgebungen in der Nähe von Moscheen, Ghettos und Zeitungsredaktionen, die als „Feindagenturen" bezeichnet werden. Wenn man dazu die Schwarzlederjacke und den Parteigruß seiner Partei „Ataka" (Angriff)[3] – rechte Hand zur Faust geballt und nach oben gerichtet – hinzuzählt, weiß man genau, wo man ihn und seine Anhänger einzuordnen hat und wo er seine Gegner sieht, nämlich in den Feinden alles „rein Bulgarischen", „echt" Patriotischen und „weißen" Europäischen.

In der bulgarischen Rechten vermischen sich unterschiedliche Feindbilder.

II.

Somit unterscheiden sich die bulgarischen Nationalisten kaum von anderen in der Welt, die als Träger einer kurzen politischen Bekleidung in Krisenzeiten wieder guten Zulauf zu ihrer Mode finden. In ihrer nackten Rhetorik tauchten in letzter Zeit auch globalisierungsfeindliche und

2 Dieses berüchtigte Traktat, in dessen Mittelpunkt die These einer „jüdischen Weltverschwörung" steht, erschien zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Russland und wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kreisen des russischen Geheimdienstes verfasst. Obwohl schon lange als Fälschung entlarvt, kursiert es bis heute in antisemitischen Kreisen (Anm. d. Redaktion).

3 Vgl. dazu auch Tim Graewert: Schlaglichter auf das bulgarische Wahljahr 2009. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 4, S. 255-261, bes. S. 259 f.

christlich-orthodoxe Züge auf, denn Siderov, ehemals Fotograf und nach der Wende Chefredakteur der antikommunistischen Zeitung „Demokratia", hatte sein Theologiestudium während des ersten Mandats im Parlament beendet. Das bremst etwas das extremistische Pathos, aber der wirkliche Grund scheint banaler zu sein: Am 2. Juni 2012 gründeten seine Ex-Frau Kapka Siderova und der Stiefsohn Dimitar Stojanov (übrigens Abgeordneter im Europäischen Parlament, Mitglied des Vorstandes der kurzlebigen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität") eine neue „mildnationalistische", in gewisser Hinsicht jedoch altmodische „Familienpartei". Sie soll die echten Wurzeln des Patriotismus, des Glaubens und der bulgarischen Ehre, vor allem in der Familie, bewahren. Was die Partei und die Familie betrifft, ist es durchaus verständlich: Siderov hatte sich in eine Liebesgeschichte mit einem hübschen Fraktionsmitglied verwickelt, und diese Frau war zuvor mit seinem Stiefsohn verlobt gewesen – ein Szenario, das sogar die Regisseure der in Bulgarien populärsten türkischen Fernsehserien sich kaum vorstellen konnten: Seine Nächsten wurden komischerweise zu den Fernsten.

Diese Mischung aus Witz, historischen Anspielungen, komischen Nachahmungen, Slapstick und Operettengags mit der zugehörigen kulturpolitischen Wirklichkeit Bulgariens, die dazu geführt hat, dass die Partei „Ataka" in der bulgarischen Volksversammlung bereits zweimal mit 8 bzw. 9 Prozent der Stimmen vertreten gewesen ist, weist ganz klar auf einen nicht immer auffälligen, jedoch stets präsenten, akuten Extremismus hin. Auch wenn er die Sprache der geschichtlich bekannten Rechten oder Linken benutzt, ist dieser Extremismus kein rechter oder ein linker. Außer einzelnen Fällen, die überflüssigen Medienlärm verursachen, hat er keine tragischen Dimensionen. Der klassische Weg von der Tragödie zur Farce geht weiter in die Opera buffa. Daher scheint der bulgarische Extremismus im Vergleich zu anderen extremistischen und nationalistischen Bewegungen und Parteien in Europa harmloser zu sein. Mit Sicherheit steht er für die Banalität des Bösen, die wir dank seiner Komik zu vergessen und seine witzigen Sprüche zu entschuldigen geneigt sind.

III.

Die Sprüche sind aber durchaus verständlich, denn sie decken die Realität auf, in der die Roma wirklich fern von den anderen bulgarischen Bürgern leben Daher brauchen sie nicht auf den Saturn geschickt zu

werden. Da eingangs die Familie genannt wurde, gilt es anzumerken, dass rund 77 Prozent der Bulgaren keine Ehe mit Roma eingehen würden. Ähnlich groß ist die Abneigung bei den bulgarischen Türken gegenüber den Roma. Eine Freundschaft zwischen Bulgaren und Roma bejahen 86 Prozent der Roma, aber nur ca. 54 Prozent der Bulgaren. Das ist auch verständlich hinsichtlich einer anderen Isolation: Die Lebensumstände der Roma in Bulgarien (und Europa überhaupt) zeigen fast alle Merkmale eines Lebens südlich der Sahara. Die „subsaharische" Realität ihres Lebens ist gefährlicher als die extremistische Sprache, die sie auf den Saturn wünscht!

Demographische Krise, Emigration von ca. 1,2 Millionen Bürgern nach Westeuropa und in die USA, Landflucht, Verfall der bestehenden Industrie und strukturelle Arbeitslosigkeit konzentrierten die bulgarische Bevölkerung seit der „Wende" in einigen wenigen Regionen. Dies führte letztlich zu zentralistischen und korrupten Regierungspraktiken, die den Großstädten zugute kamen. In der Hauptstadt Sofia und ihrer Region leben und arbeiten ca. 25 Prozent der bulgarischen Bevölkerung, ungefähr ebenso viel in den restlichen sieben Großstädten. Bulgarien gehört eindeutig zu den ärmsten Ländern Europas. Etwa 24 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze von 101 Euro pro Monat. Am ärmsten sind dabei die Roma – etwa 84 Prozent haben nur einen Euro oder weniger pro Tag zur Verfügung. Diese enorme Armut reduziert jede Integrationschance aus eigener Kraft auf ein Minimum. Sie öffnet aber das Tor zu weiterer sozialer Marginalisierung und Kriminalisierung: In diesen beiden sich überschneidenden Kreisen entwickelt sich das Leben der Roma.

Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Armut sind die Hauptursachen für die soziale Marginalisierung der Roma.

Ein Grund für die bulgarische Armut ist die hohe Arbeitslosigkeit in den ländlich geprägten Regionen; bei den dort lebenden Roma sind 35-50 Prozent ohne Arbeit, bei der türkischen Minderheit 25-35 Prozent. In der Hauptstadt Sofia dagegen beträgt die Arbeitslosenquote nur 3-4 Prozent, im Landesdurchschnitt liegt sie bei etwa 12 Prozent. Das gilt aber nicht für die ca. 60.000 Sofioter Roma – in ihren neunzehn Ghettos liegt die Arbeitslosigkeit bei 30 Prozent. Als Folge bilden sich stabile Enklaven von Minderheiten, d. h. sprachlichen und konfessionellen Gruppen, die als solche in bestimmten Bezirken eines Nationalstaates oder einer Stadt die Mehrheit stellen. Diese Entwicklung trifft mit besonderer

Härte die Roma und die türkische Minderheit, deren Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse die ersten Schuljahre absolvieren müssen. Damit setzt ab dem ersten Schuljahr ein Modell ein, das – zynisch auf den Punkt gebracht – als die bulgarische Variante des modernen „lebenslangen Lernens" gelten kann, wobei die ersten sieben Jahre niemals aufzuholen sind. Im Ergebnis führt dies zu einer strikten Trennung in den Schulen: Die meisten Schüler türkischer Herkunft konzentrieren sich in 120 Grundschulen und in 34 Oberschulen; die Roma konzentrieren sich in 550 Grundschulen, zumeist Dorfschulen, aber nur 17 Oberschulen. Nach einer unseligen Tradition, die noch aus den Zeiten des „real existierenden Sozialismus" stammt, sind mehr als 85 Prozent der Schüler in den „Institutionen" (d. h. Schulen für geistig Behinderte, Waisen, Kinder von Häftlingen usw.) Roma – es ist nicht verwunderlich, dass die Zöglinge dieser Schulen nach sieben Jahren Unterricht sogar ihre Abschlusszeugnisse nicht lesen können.

Ähnliches gilt generell für die Schulabschlüsse: 22,6 Prozent der Bulgaren, 55 Prozent der bulgarischen Türken und 46,2 Prozent der Roma haben nur einen Grundschulabschluss. Bei der Matura lauten die Zahlen jedoch 54 Prozent, 24 Prozent und 7,8 Prozent. Besonders markant sind die Angaben bezüglich der Hochschulausbildung: Hier sind es ca. 23,5 Prozent der Bulgaren gegenüber 2,7 Prozent der türkischen Minderheit und 0,2/0,4 Prozent der Roma. Perspektiven für eine Veränderung lassen sich nicht erkennen, egal wie oft man über „Bildungsentwicklung" spricht. Korrekter wäre es, über „Bildungssegregation" zu sprechen, die jegliche Integration aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Arbeits- und Alltagslebens unmöglich macht.

Am meisten beunruhigt der Anteil der Menschen ohne Grundschulausbildung. Er liegt bei den Bulgaren nahezu bei null Prozent, bei der türkischen Minderheit bei 5,6 Prozent – bei den Roma erreicht er 20,5 Prozent. In der Mehrheit sind diese Menschen Analphabeten. Im Hinblick auf das Schlagwort „Kinder gebären Kinder", das vor allem für die Roma zutrifft, gilt außerdem die feste Norm, dass sie diesen Analphabetismus ihren Kindern weitergeben. So gibt es im Bulgarien des 21. Jahrhunderts, ähnlich wie am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts, eine dritte Generation von Analphabeten. Der Anstieg des Analphabetismus wird zusätzlich durch religiöse, geschlechts- und altersspezifische Aspekte verstärkt. So ist er etwa für muslimische Romamädchen im Alter zwischen 12 und 14 Jahren besonders prägend. Es ist nicht so selten, dass Mädchen in diesem Alter Mütter werden und unter

den verschlossenen Augen der Sozialämter und mit Hilfe zahlreicher Nichtregierungsorganisationen ihre ethnischen Traditionen pflegen. 2011 wurde die elfjährige Cortesa aus Sliven, einer Stadt mit etwa 100.000 Einwohnern – darunter 20 Prozent Roma – die jüngste Mutter Bulgariens. Natürlich gab das wieder den Hetzparolen, Romafrauen sollten sterilisiert werden, Auftrieb, wobei geflissentlich verschwiegen wird, dass die Lebenserwartung der Roma bei 58 Jahren liegt, bei den Bulgaren jedoch bei 77 Jahren.

IV.

Dieser Zustand der Marginalisierung und Isolation der Roma kommt übrigens der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht zugute, die große Gruppen schlecht gebildeter Menschen zur Eigenlegitimation, bei Wahlen und beim Treffen von politischen Entscheidungen und bei Projektfinanzierungen ausnutzt – so bleibt der Status quo zur Verwirklichung der eigenen Ziele ungefährdet erhalten. Letztendlich garantiert dies die Stabilität einer Politik, die kein Interesse an einer Verringerung oder Überwindung dieser Ungleichstellung durch Bildung, Aufklärung und Qualifikation hat. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Bulgarien sich unter jenen im Bildungs- und Sozialbereich stagnierenden Ländern einreiht, in denen das Allgemeinbildungs- und Qualifikationsniveau degradiert wird und der Beobachter mit dem Paradox konfrontiert ist, dass die älteren Generationen über ein höheres Bildungsniveau als ihre Kinder und Enkel verfügen.

Eine Verbesserung des Bildungsniveaus würde dazu beitragen, die sozialen Spannungen in Bulgarien zu entschärfen.

Daher scheint es wirklich kurios, sich vor einem eher witzigen Nationalismus zu ängstigen. Die Parole „Roma auf den Saturn“ wirkt blass im Vergleich zur Realität in Bulgarien „hinter der Sahara“. Dieser witzige Nationalismus schiebt mit seinen Parolen die alte rassistische Erklärung nach, derzufolge die Schwächsten für ihre eigenen Probleme wie auch für die der anderen schuldig sind. Die Romafrage in Bulgarien und Europa insgesamt hält uns aber den Spiegel vor und stellt uns die christlich wie humanistisch motivierte Aufgabe, den Schwächsten – auch wenn und vor allem wenn sie nicht unserer Nation und unserem Glauben angehören – zu helfen. Denn der Fernste ist auch der Nächste.

Jeton Neziraj

Kosovo: Der Aufbau eines Staates

Jeton Neziraj ist Dramatiker, seine Werke werden in Europa und den USA aufgeführt und sind in viele Sprachen übersetzt. Er publiziert auch zu kulturellen und politischen Themen. Neziraj ist Gründer und Direktor von Qendra Multimedia, einer Produktionsfirma mit dem Schwerpunkt „Kultur" in Prishtina.

Mit der Verkündigung der Unabhängigkeit von Kosovo im Februar 2008 wurden viele empfindliche politische Fragen gelöst, dennoch ist das Verhältnis zwischen Serben und Albanern im Kosovo bis heute voller Spannungen. Leidtragende der latenten Auseinandersetzungen sind die Roma, deren Schicksal im Mittelpunkt des folgenden Beitrags steht.

Auf dem Rücken eines riesigen Stiers

Obwohl vor vielen Jahrhunderten der Glaube ausgestorben ist, dass die Welt auf dem Rücken eines großen Stiers gehalten wird, wünschten meine Altersgenossen und ich als Kinder, dass das wahr wäre. Alles, was auf der Welt geschehen ist, haben wir durch die Bewegungen eines einzigen Haares des riesigen Stiers erklärt, durch seine emotionalen Zustände, durch sein Futter usw. Von Ländern wie etwa Palästina und Israel haben wir gedacht, dass sie sich an den sensibelsten und reizempfindlichsten Teilen des Stierrückens befinden und das der Grund dafür ist, warum wir von dort immer spektakuläre Nachrichten erhielten. Jetzt, nach vielen Jahren, kommt mir, wenn ich an diese Kinderphantasien zurückdenke, der Gedanke, dass vielleicht auch Kosovo auf dem Rücken eines Stieres liegt, und zwar genau dort, wohin der Stier gewöhnlich mit seinem Schwanz jedes Mal schlägt, wenn eine Schmeißfliege dorthin fliegt.

Das Kosovo, nur ein kleiner Fleck auf der Europakarte, ist auch weiterhin der Mittelpunkt der Welt, wo verschiedene Menschen, Organisationen und Strukturen, legale und illegale, ihre schwarz-weißen Spiele fortsetzen wie auf einem Schachbrett. Die Verkündigung der Unabhän-

gigkeit von Kosovo im Februar 2008 hat viele empfindliche politische Fragen gelöst, zugleich sind aber auch viele andere Fragen ungelöst geblieben und neue Fragen hinzu gekommen. Die Hauptbedrohung der Zukunft des Kosovo liegt auch weiterhin in den nationalistischen Kräften und in den Resten der Formationen von Milošević in Serbien, doch gleichzeitig stellen auch innere Faktoren eine ebenso große Gefahr für die Zukunft dar, Faktoren, die mit dem Anwachsen des politischen Extremismus, des religiösen Radikalismus und den Beziehungen gegenüber den Minderheiten zusammenhängen. Das gilt besonders gegenüber den Roma, deren Lage niemals die Aufmerksamkeit hatte, die sie in den politischen Agenden haben müsste.

Die Kosovo-Albaner beschuldigen die internationale Gemeinschaft für die Zuspitzung der Lage im Norden des Kosovo, der unter der Kontrolle von serbischen Parallelstrukturen steht. Wie eine Zeitbombe ist Nord-Mitrovica weiterhin der neuralgische Punkt, der das Wachstum von Extremismus auf beiden Seiten, bei Serben und bei Albanern, stimuliert. In diesen neuen Umständen nehmen die hoffnungslose Isolation, die Armut und die politischen Aktionen, die im Norden des Kosovo in eine unklare Richtung gehen, Einfluss auf viele Individuen und politische Gruppen unter den Albanern, sodass sie als mögliche Alternative immer mehr das Projekt einer Vereinigung des Kosovo mit Albanien betrachten.

* * *

Seit einiger Zeit bilden radikale religiöse Gruppen, Gemeinschaften und Sekten eine weitere Gefahr für die sensible Zukunft des Kosovo. Einige von ihnen arbeiten schon seit Jahren offiziell registriert als Missionen von humanitären Aktivitäten, inoffiziell haben sie sich mit verdächtigen subversiven Aktivitäten beschäftigt. Die aggressivsten in dieser Hinsicht waren radikale Gruppen von Islamisten, denen es gelungen ist, in die Strukturen dessen einzudringen, was der „traditionelle Islam des Kosovo“ heißt; das ist faktisch eine Version von liberalem Islam, der als solcher im Kosovo funktioniert und eine jahrhundertelange Tradition hat. Die Konfrontationen dieser radikalen Gruppen von Islamisten mit anderen und untereinander werden jetzt offensichtlich.

Kosovo ist seit einiger Zeit zum Tummelplatz radikaler Gruppierungen geworden.

Die „Partei der Gerechtigkeit", die bei Wahlen bisher nie mehr als drei Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, hat im vergangenen Jahr ein Gesetz vorgeschlagen, nach dem man in öffentlichen Schulen Religionsunterricht einführen sollte, doch im Parlament vom Kosovo hat dieser Vorschlag keine Unterstützung erhalten. Daraufhin forderte diese Partei zur Klärung der Frage ein nationales Referendum. Allerdings wirkte eine Initiative, die von einer Partei kommt, welche so wenig Wähler hinter sich hat, nicht sehr ernsthaft.

Die Führer der „Demokratischen Partei von Kosovo", die jetzt an der Macht ist, werden häufig als Nachfolger des Marxismus-Leninismus etikettiert. Als sie von der „Partei der Gerechtigkeit", die einer ihrer Koalitionspartner in der Regierung ist, in Versuchung geführt wurde, Religionsunterricht in Schulen einzuführen, stimmte die Mehrheit der Abgeordneten dieser Partei gegen den Gesetzesvorschlag; das wurde dann mit den Worten kommentiert: „Die haben sich aber spät daran erinnert, von Marx und Lenin die Anerkennung der Existenz Gottes zu verlangen!"

* * *

Während in der Zwischenzeit viel für die Verbesserung der Lage der Serben auf dem Kosovo getan wurde, die dank der aktuellen politischen Umstände erheblich von der so genannten „positiven Diskriminierung" profitiert haben, sind die übrigen Minderheiten wie etwa die Roma außerhalb der Aufmerksamkeit der Politik geblieben. Die Anti-Roma-Welle in Europa, ihre Abschiebung aus Frankreich und besonders aus Deutschland, rassistische Proteste und Aufrufe gegen Roma in Bulgarien und Rumänien haben als schlechte Vorbilder für die Kosovaren gedient. Die Regierung des Kosovo hat sich einverstanden erklärt, die aus Deutschland abgeschobenen Roma aufzunehmen, indem sie Garantien für ihre Aufnahme und für einen Status gegeben hat, die sie nicht erfüllen konnte. Diese Garantien beziehen sich auf die Sicherheit und den sozialen Status der abgeschobenen Roma. Auf eine bestimmte Art und Weise haben die Garantien der Regierung von Kosovo der deutschen Regierung dazu gedient, die Organisationen und Gruppen, die sich mit dem Schutz der Menschenrechte in Deutschland und Europa beschäftigen und die diesen Prozess als etwas sehen, was die grundsätzlichen Menschenrechte gefährdet, ruhig zu stellen.

Roma auf dem Kosovo (eine ganz persönliche Sicht)

Ich kann mich nicht genau erinnern, wann ich als Kind das erste Mal von Roma gehört habe. Ich kann mich wie in einem Nebel an ihre Zelte erinnern und an die Romafrauen, die gekommen sind und uns angeboten haben, „das Schicksal aus der Hand zu lesen". Das sind bereits bekannte Erzählungen und Stereotype über Roma. Aber ich glaube, dass auch meine Vorstellungen über Roma in jener Zeit rassistisch gefärbt waren. Ich glaubte, dass sie schlecht sind, dass sie Kinder stehlen, Diebe sind, unrein sind usw. usw. – also Vorstellungen, die in das klassische Arsenal des Rassismus fallen.

Bis in die neunziger Jahre waren die Roma im damaligen jugoslawischen Staat, zu dem auch das Kosovo gehörte, wohl einigermaßen angepasst. Das Radio- und Fernsehprogramm von hat zu jener Zeit eine eigene Sendung mit Nachrichten für Roma gesendet, ebenso kulturelle und pädagogische Sendungen in ihrer Sprache. Ihre Lage auf dem Kosovo war nicht sehr viel anders als die in den anderen Teilen Jugoslawiens, außer vielleicht hinsichtlich des Lebensstandards, der auf dem Kosovo ohnehin der niedrigste in der damaligen Föderation war. Doch die Beziehungen zwischen Albanern und Roma haben sich dann erheblich verschlechtert. Das war die Zeit, als Milošević die Autonomie des Kosovo abgeschafft und eine Politik von Gewalt, Repression und ethnischen Teilungen betrieben hat. Die Albaner haben sich einer solchen Politik durch Aktionen entgegengestellt, die als der „große Boykott" bekannt sind, und deswegen wurden sie mit Gewalt von Arbeitsplätzen, aus Firmen, Fabriken, Krankenhäusern, der Verwaltung und dem öffentlichen Dienst entfernt. Davon haben damals außer den Serben auch die Roma profitiert, weil sie die Anstellungen an den am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätzen erhalten haben, die nach den Entlassungen der Albaner leer geblieben sind. Viele Roma sind auf diese Weise in den Strudel der Politik von Milošević geraten, die ihren Hauptkampf gegen die Albaner geführt hat. Eine solche politische Entwicklung hat bei der albanischen Mehrheitsbevölkerung auf dem Kosovo ein Bild von den Roma als „Handlangern des serbischen Extremismus" geschaffen. Diese Vorstellung über die Roma wurde während des Krieges im Kosovo vertieft, weil Roma auch in die militärischen, polizeilichen und paramilitärischen For-

Die Roma gerieten im Kosovo zwischen die Fronten des albanisch-serbischen Konflikts.

mationen rekrutiert wurden, die Verbrechen an den Albanern ausgeübt haben.

* * *

Zur Zeit des Krieges auf dem Kosovo haben wir von den Bergen aus Roma gesehen, die albanische Häuser geplündert haben, die noch nicht verbrannt waren, die geplünderte Gegenstände in Lastwagen geladen und sie weggefahren haben. Damals habe ich zwei Artikel gelesen, die Flüchtlinge aus dem Kosovo geschrieben haben, welche vorläufig in Makedonien untergebracht waren. Der Autor des einen Artikels war ein bekannter albanischer Intellektueller, den anderen hat eine junge Romafrau geschrieben. Der erste Artikel war voller Vorwürfe gegen die Roma und zeigte sie im Licht der Beteiligung an den Verbrechen, die sich während des Krieges ereignet haben. Der andere Beitrag der Romafrau machte hingegen klar, dass es Roma gab wie sie, die mit dem Schicksal der Mehrheit der Albaner Mitleid hatten und das gleiche tragische Schicksal geteilt haben.

Nach dem Ende des Krieges wurde ein guter Teil der Roma gezwungen, Kosovo zu verlassen, wie das auch viele Serben aus Angst vor möglicher Rache der Albaner gemacht haben. Aber man muss betonen, dass durch das Abkommen von Kumanovo vom 9. Juni 1999 die serbische Seite verpflichtet war, alle bewaffneten Formationen aus dem Kosovo zu entfernen, einschließlich der paramilitärischen Einheiten; davon gab es viele im Kosovo, und sie haben ihre Familien mit sich genommen. Auch sind nach dem Krieg viele Romaflüchtlinge, die vorher geflohen waren, nämlich während der von serbischen Streitkräften durchgeführten ethnischen Säuberungen, nicht mehr ins Kosovo zurückgekehrt. Die verbliebenen Roma haben die Kontakte mit der albanischen Bevölkerung auf ein Minimum reduziert. In den ersten Jahren nach der Intervention und der Befreiung des Kosovo konnten sich Roma ebenso wenig wie Serben frei im Kosovo bewegen. Und auch heute gibt es Städte und Dörfer mit albanischer Mehrheit, in denen Roma nicht willkommen sind.

* * *

Drei Jahre nach dem Krieg im Jahr 2002 haben wir zusammen mit einer Gruppe von französischen Theaterleuten ein Theaterprojekt initiiert, das wir „Reise nach UNMIKSTAN“[1] nannten. Aus dieser Gruppe ist mir ein Rom aus Prizren bekannt, von dem ich später erfahren habe, dass er Dichter ist. Wir haben ihn eingeladen, zu uns zu kommen, aber er lehnte es ab. Später sagte er mir in einem Telefongespräch: „Aber ich bin nicht ein einziges Mal nach dem Krieg in Prishtina gewesen ... Ich möchte nicht, dass Sie wegen mir Schwierigkeiten bekommen.“ Dennoch konnten wir ihn überzeugen zu kommen. Das war zu einer Zeit, als man in Prishtina keine Roma gesehen hat. Er ist gekommen, fühlte sich aber natürlich unangenehm berührt. Durch die Stadt ist er mit niedergeschlagenem Blick gegangen, als wolle er sein Gesicht verbergen. Einige Jahre später erzählte er mir, dass er im Bus, mit dem er aus Prizren nach Prishtina gereist ist, dauernd Zeitung gelesen hat, damit er sein Gesicht verbergen konnte und nicht als Rom erkannt wurde.

Selbst Intellektuelle hegen Vorurteile gegen die Roma.

* * *

Unglücklicherweise hat sich die Welle der Intoleranz gegenüber den Roma auf dem Kosovo nicht nur auf diejenigen gesellschaftlichen Schichten beschränkt, die traditionell negative Stereotype gegenüber den Roma hatten, sondern eine solche Haltung ist auch bei der intellektuellen Elite anzutreffen, besonders bei jenen aus der älteren Generation, die in der erregten nationalistischen Ideologie aufgewachsen sind. So ist vor Kurzem ein talentierter Romakünstler von einem politischen Extremisten überfallen worden. Obwohl man das einen „zufälligen Zwischenfall“ nannte, blieb doch die Angst, dass Angriffe auf diesen Künstler sich wiederholen könnten. Gott sei Dank wurde dieser Zwischenfall von den Medien entsprechend kritisch beleuchtet. Aber wie viele Fälle gibt es, von denen die Öffentlichkeit nichts weiß?

Als Teenager habe ich den Roman von Erskine Caldwell „Trouble in July“ (deutsch: Ein heißer Tag) gelesen, von dem ich mich schwach an den Hauptthelden erinnere, einen Afroamerikaner bzw. Schwarzen, wie

1 UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) ist der Name der UN-Friedensmission für Wiederherstellung und Wiederaufbau des Kosovo.

man das damals nannte, der wegen eines Verbrechens angeklagt war, das er nicht begangen hat. Er flieht und will sich vor einer Menge von Weißen verstecken, die ihn verfolgen, um ihn zu lynchen. Am Ende erwischen sie ihn und wollen seine Aussage weder hören noch beachten.

Die kosovarische Gesellschaft muss sich vom Erbe und dem Gewicht der Vergangenheit, wonach alle Roma als Kriegsverbrecher und Mitarbeiter des Regimes von Milošević betrachtet werden, befreien – bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg.

Deutsch von Thomas Bremer.

Stephan Ozsváth

Ungarn: Bei den Enkeln Attilas

Stefan Ozsváth ist Hörfunk-Korrespondent im ARD-Studio Südosteuropa (Wien).

Die Geister der Vergangenheit spuken in Ungarn jetzt bei Tageslicht. Die nationalkonservative Fidesz-Regierung um Ministerpräsident Viktor Orbán betreibt eine Politik der Restauration: Großungarn-Träume sind wieder salonfähig, Rechtsextreme und Antisemiten aus der Vergangenheit erfahren neue Ehren, die Regierung Orbán knüpft bewusst an die autoritäre Herrschaft des Reichsverwesers Miklós Horthy an. Der Umbau der ungarischen Gesellschaft im Sinne der Regierungspartei ist flächendeckend, die Abwendung vom Westen, von der Europäischen Union ist symptomatisch.

Ungarn – ein Volk von Freiheitskämpfern?

„Ich grüße Euch, Enkel Attilas." Der Vorsitzende der rechtsextremen Partei Jobbik (Die Besseren/Rechteren) Gábor Vona spricht zu seinen Anhängern am 15. März, dem Nationalfeiertag in Budapest. Seine Rede ist kämpferisch. „Wir wissen, was Freiheit ist", ruft er in das Mikrofon. Die Ungarn seien immer der Puffer gewesen für die Franzosen. Ungarisches Blut sei dafür geflossen, dass die Franzosen ihre Ruhe haben. „Wir haben den Tatarensturm erlitten", sagt der Rechtsextreme, „und die türkische Besatzung". Ein Klassiker rechter Denkmuster in Ungarn. David gegen Goliath. Kleines Land gegen fremde Großmächte. „Das ist das romantische Geschichtskonzept der Rechten", sagt der Budapester Historiker János Rainer: „Ungarn als Opfer der Geschichte."

Und in der wimmelt es von Helden, von vergossenem Blut. Von Freiheitskämpfen. Und Niederlagen. 1526 – die Schlacht von Mohács gegen die anstürmenden Osmanen: Ein Flop, der gut 150 Jahre türkischer Besatzung nach sich zog. 1848/49 – die gescheiterte Revolution gegen die Habsburger. 1956 – der aussichtslose Aufstand: Halbwüchsige mit Molotow-Cocktails gegen russische T-54-Panzer.

„Siege in der Niederlage“ nennt der jüdische Publizist Paul Lendvai den Trick der ungarischen Rechten, die wenig erfolgreiche Rolle der Magyaren in der Geschichte umzudeuten, die Nation zu überhöhen.

Und der kürzlich verstorbene Theatermacher Ivan Nagel ging noch weiter. Auf einer Veranstaltung der Berliner Schaubühne Anfang des Jahres sagte der aus Budapest stammende Adorno-Schüler: „Diese Opfer-Ideologie hat als Spitze den Antisemitismus, weil dort der Fremdherzige am schärfsten zu fassen ist“, so der Theatermann, der nur unter falschem Namen den Holocaust überlebt hatte.

Hetze gegen „Fremdherzige“

„Niemand muss uns den Freiheitskampf erklären“, ruft der nationalkonservative Ministerpräsident Viktor Orbán seinen Anhängern an diesem 15. März zu. Hunderttausende sind auf den Kossuth-Platz vor dem Parlament gekommen. „Er bestimmt unser ganzes Sein“, behauptet der umstrittene Premier. „Wir werden keine Kolonie sein“, ruft er seinen begeisterten Anhängern zu. Die Stoßrichtung beider Redner (Vona und Orbán) ist klar: Es geht gegen Brüssel und gegen das „Diktat“ des internationalen Finanzkapitals. „Damit sind die Juden gemeint“, erklärt der Politologe Zoltán Kisszelly – Globalisierungskritik also im antisemitischen Gewand. Antisemitismus ist seit der politischen Wende in Ungarn salonfähig geworden. „Der Geist ist der Flasche entwichen“, heißt es bei MAZSIHISZ, dem Verband der jüdischen Gemeinden in Ungarn. Einer der schlimmsten Hassprediger ist der Journalist Zsolt Bayer. Er hetzt in der rechten Tageszeitung „Magyar Hírlap“ und im „Echo TV“ – beides regierungsnahe Medien. Auch gegen den weltbekannten Pianisten András Schiff. Der hatte einen ungarn-kritischen Leserbrief in der „Washington Post“ geschrieben. „Ich wurde als Saujude beschimpft“, schilderte der Pianist auf der Veranstaltung der Berliner Schaubühne („Antisemitismus in Ungarn – was tun?“). Orbáns Wadenbeißer Zsolt Bayer hetzte nicht nur gegen Schiff, sondern auch gegen den grünen Europa-Politiker Cohn-Bendit und gegen den britischen Journalisten Coen. „Alle diese Cohens und ihre Vorfahren“ hätte man 1919 im Wald von Orgovány verscharren müssen. Dort fand damals ein Massaker rechtsgerichteter Bürgerwehren statt. „Ich trete deshalb in Ungarn nicht mehr auf“, sagt Schiff.

Globalisierungskritik erscheint in Ungarn in antisemitischem Gewand.

Antisemitismus ist wieder salonfähig in Ungarn

Auch Imre Kertész, einziger ungarischer Literaturnobelpreisträger und Holocaust-Überlebender, zieht es vor, in Berlin statt in seiner Heimatstadt Budapest zu leben. In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt" prangerte er vor drei Jahren die Verhältnisse in seinem Heimatland an. „Rechtsextreme und Antisemiten haben das Sagen", so Kertész damals. Die Vergangenheit werde nicht aufgearbeitet, alles werde zugeschminkt mit „Schönfärberei". Die Ungarn hätten einen „Hang zum Verdrängen". Die Reaktion folgte prompt. „Ungarnhasser", „Kertész verunglimpft die Nation" oder schlicht: „Jude" – das waren die Titelzeilen in den ungarischen Zeitungen. Der Literat konterte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen: Seine Kritik sei nicht ungarnfeindlich, ließ er seine Landsleute wissen, er wolle nur die Wahrheit sagen dürfen. Doch damit tun sich die Ungarn schwer. „Es hat nach 1945 keine Aufarbeitung des Pfeilkreuzler-Rassismus in Ungarn gegeben", meint auch der Schriftsteller und ehemalige Bürgerrechtler Rudolf Ungváry.

Ein halbes Jahr vor Kriegsende, im Herbst 1944, kamen die ungarischen Pfeilkreuzler unter Ferenc Szálasi an die Macht. Zehntausende Juden brachten die Ableger der deutschen Nazis um, sie schossen sie in die eiskalte Donau. Ungarische Behörden halfen tatkräftig mit beim „Holocaust nach dem Holocaust", dem insgesamt mehr als eine halbe Million ungarischer Juden zum Opfer fiel. Imre Kertész beschreibt die Deportationen in seinem „Roman eines Schicksalslosen". Ein Tabu-Thema in Ungarn. Die Schuhe, die am Ufer der Donau an die Massaker der Pfeilkreuzler erinnern, füllte vor einigen Jahren jemand mit Schweinefüßen.

Die Rechtsextremen profitieren von der Krise

Vier Jahre lang saß mit der MIÉP, der ungarischen Wahrheits- und Lebenspartei, nach der politischen Wende von 1989 erstmals eine offen antisemitische Partei im Parlament. Ihr Erbe hat Jobbik angetreten: 47 Abgeordnete haben den Einzug in das Parlament an der Donau geschafft, 3 in das Europäische Parlament. Bei der Parlamentswahl 2010 machten 17 Prozent der Ungarn ihr Kreuz bei den Rechtsextremen von Jobbik. Ihre Parteiarmee, die „Ungarische Garde" wurde zwar verboten, aber in immer neuen Namen und neuen Fantasie-Uniformen taucht sie immer wieder auf.

Aufmarsch rechter Gardisten (Foto: Dagmar Gester)

Die Rechtsextremen sind es, die derzeit am meisten vom allgemeinen Frust profitieren. Ungarn leidet unter der Wirtschaftskrise und der politischen Alternativlosigkeit. Und: Die Rechtsextremen treiben Viktor Orbán, den national-konservativen Ministerpräsidenten, der mit Zweidrittelmehrheit regiert, noch weiter nach rechts. Dies merkt man auch an der Sprache. Die Jobbik-Europaabgeordnete Krisztina Morvai verunglimpft Juden gerne als „Fremdherzige". Viktor Orbán hat die Vokabel übernommen. „Damit versucht er, die antisemitischen Ungarn anzusprechen", sagt der Schriftsteller und Bürgerrechtler Rudolf Ungváry. Reine Taktik, meint die Philosophin Ágnes Heller, denn per se antisemitisch sei die Regierungspartei Fidesz nicht – „(sie übernehmen) nur die Slogans".

Aber Jobbik (2003 gegründet) ist die Partei, die immer mehr an Zuspruch gewinnt, schon jeder fünfte Ungar würde hinter dieser Partei das Kreuz machen, so jüngste Umfragen. „Sie distanzieren sich nicht von Gewalt, sie greifen Juden an, sie hassen Fremde", meint Péter Feldmájer, Vorsitzender des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in Ungarn (MAZSIHISZ), „und sie machen immer wieder deutlich, dass sie Rechtsstaat und Gesetze nicht ernst nehmen." So legte Parteichef Gábor Vona 2010 seinen Amtseid im Parlament in der Weste der mittlerweile verbotenen „Ungarischen Garde" ab.

Rechtsextreme Subkultur

In Ungarn hat sich in den letzten Jahren eine breite rechtsextreme Subkultur entwickelt. Es gibt entsprechende Radiosender wie „Szent Korona Rádió". Läden wie „Szkitabolt" (Skythenladen) in Budapest schießen wie Pilze aus dem Boden. Dort kann man CDs erstehen, Bücher und rechtsextreme Aufkleber. Man kann sich in Runenschrift weiterbilden und von früher träumen, als Europa vor den Pfeilen der Ungarn zitterte. Um das praktisch zu erlernen, werden auch entsprechende Utensilien verkauft: Reflexbögen, Pfeile und allerlei Schamanenwerkzeuge wie

Trommeln. Auch im Internet und in der Musikszene ist eine entsprechende Subkultur entstanden. „Nemzeti-Rock" (National-Rock) ist das Etikett für Bands wie „Kárpátia", „Nemzeti Front" (Nationalfront) oder „Romantikus Eröszak" (Romantische Gewalt). Diese Bands touren nicht nur in Ungarn, sondern auch in den Anrainerstaaten, in denen viele Ungarn leben. Ihre Texte propagieren die Wiederauferstehung eines Großungarn. Auf einer eigenen Internet-Seite (nemzetirock.hu) gibt es Veranstaltungstipps für Rechtsrock-Fans, etwa die regelmäßig stattfindenden Nemzeti-Rock-Festivals, Überschrift: „Für die Heimat". Als Gegengewicht zum Budapester Sziget-Festival organisieren Rechtsextreme alljährlich das „Nemzeti Sziget"-Festival. Das Internet-Portal kuruc.info – ein rechtsextremer Digital-Pranger – sammelt unter den Rubriken Judenkriminalität, Zigeunerkriminalität und Anti-Magyarismus vermeintliche Verfehlungen von sogenannten „Vaterlandsverrätern". Zweifelhafte Ehre: Der Verfasser dieser Zeilen wird dort als „der Heimat entfremdeter, jüdischer Publizist" charakterisiert. Nach dem Posting landete ein Shitstorm in meinem E-Mail-Fach.

Roma als Sündenböcke

Die Partei Jobbik stellt in dem kleinen Ort Tiszavasvár im Osten Ungarns den Bürgermeister. Gegenüber einer iranischen Delegation, die er in dem Ort herumführte, bezeichnete Parteichef Gábor Vona die kleine Gemeinde im Osten Ungarns als „Hauptstadt unserer Bewegung". Jobbik betreibt in dem Ort eine Bürgerwehr – toleriert von der Polizei. Wochenlang konnte eine rechtsextreme Bürgerwehr im nordostungarischen Gyöngyöspata unbehelligt Roma terrorisieren. „Das Gewaltmonopol kann nur vom Staat ausgehen", empört sich MAZSIHISZ-Vorsitzender Péter Feldmájer angesichts der rechtsextremen Umtriebe auf den Straßen seit Jahren.

Die größte Minderheit in Ungarn, die Roma, sieht sich in einigen Orten einem Klima des Hasses und der Gewalt ausgesetzt.

Erst nach einer Beschwerde der EU-Justizkommissarin Viviane Reding schritt die Polizei ein. Auch in Gyöngyöspata regiert mittlerweile ein Jobbik-Bürgermeister, Oszkar Juhász. Wegen der rechtsextremen Umtriebe war sein überforderter Vorgänger im Amt zurückgetreten. Jetzt wurde die Tonbandaufnahme einer vertraulichen Unterredung des Kommunalpolitikers Juhász vor der Wahl öffentlich, in der er von einem

Bürgerkrieg mit den Roma faselte: „Das ist kein Problem", wird Juhász zitiert, „aber er soll erst dann ausbrechen, wenn wir gewinnen können". Und weiter: „Diese Rasse muss man hier in ein paar Tagen durch den Fleischwolf drehen."

Eine solche Einstellung gegenüber der größten Minderheit in Ungarn sorgt für ein Klima des Hasses und der Gewalt. Rechtsextreme Killertrupps töteten in den vergangenen Jahren ein halbes Dutzend Roma – immer nach dem gleichen Muster: Verlassene Ortschaften in der Provinz, Häuser am Dorfrand, abgelegen. Die Attentäter kamen alle aus dem Jobbik-Umfeld, die geistigen Brandstifter sowieso. So genannte „Zigeunerkriminalität" gehört zum Standard-Repertoire von Jobbik-Ideologen, Hetze gegen die etwa 600.000 ungarischen Roma zum Umgangston der Partei. „Das ist ein politisches Konzept, um Wählerstimmen zu gewinnen", sagt der Roma-Funktionär Orbán Kolompár. Aber ein Konzept, das zieht. Denn Bagatelldelikte wie Diebstähle sind in der Provinz durchaus ein Problem. Und Roma sind eben auch unter den Tätern. „Das ist aber organisierte Kriminalität auf niedrigem Niveau", so der Budapester Sozialwissenschaftler Szilvester Póczik. Der Grund dafür: Der Staat hat sich aus der Provinz zurückgezogen. Eine Lücke, die die Rechtsextremen füllen wollen. Entsprechend hoch sind die Zustimmungsraten dort, wo viele Roma wohnen und die Arbeitslosigkeit hoch ist. Der Bürgermeister von Gyöngyöspata, Oszkár Juhász, gewann 33,8 Prozent der Stimmen. „Das Roma-Problem ist ein Armutsproblem", meint der Pécser Verleger Gábor Csordás. Jeder zweite Roma ist arbeitslos. Aber auch immer mehr Nicht-Roma seien mittlerweile in Ungarn arm. „Aber sie geben nicht zu, dass sie sich zuwenig weiterbilden", sagt Csordás, der 2005 auf der Leipziger Buchmesse den „Preis zur Europäischen Verständigung" erhielt. Stattdessen machten die Ungarn die Roma zu Sündenböcken. Tatkräftig unterstützt von Jobbik, der Partei, die diese Stimmungen aufgreift. Und das mit Erfolg. „Die völkische Ideologie ist in Ungarn immer noch aktuell", beklagt Endre Bojtár, der Chefredakteur der liberalen Wochenzeitung „Magyar Narancs". Die Rechtsextremen sind „gegen Juden, gegen Roma, gegen Rumänen, gegen Russen, gegen alles Fremde", so der Linksintellektuelle. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Tárki (Mai 2012) belegt das eindrucksvoll. Danach würden 40 Prozent der Ungarn Flüchtlingen kein Asyl gewähren. Die Rechtsextremen von Jobbik fordern offen den Austritt Ungarns aus der Europäischen Union, auf Veranstaltungen der Partei brennen die blauen Fahnen mit den Sternen.

Die Wunde Trianon

Im Budapester Burgviertel herrscht am diesjährigen Nationalfeiertag Volkfeststimmung. An einem Stand schnitzt József Szarvas aus Debrecen Frühstücksbretter und hölzerne Topfuntersetzer. „Das ist Großungarn", erklärt er die Dimensionen. Ob er sich das wieder so wünscht? Er nickt. Nebenan am Stand verkauft eine Frau Großungarn-Aufkleber „mit Aufschrift ‚hazám, meine Heimat'", erklärt sie. „In Runenschrift". Rechtsgesinnte können auch ein entsprechendes „Nationaltaxi" ordern, mit Großungarn-Landkarte auf der Tür und entsprechender Musikberieselung auf der Fahrt. Überall im Land wuchern die Trianon-Denkmäler – in kleinen Dörfern und Städten. Ortsschilder in Runenschrift werden aufgestellt. Es gibt einen Gedenktag, an dem an die Unterzeichnung des als „Diktat" empfundenen Trianon-Vertrages 1920 erinnert wird. In der Folge verlor Ungarn zwei Drittel seines Territoriums an die Anrainerstaaten. Über Nacht wurden etwa drei Millionen Ungarn zu Rumänen, Slowaken, Ukrainern und Jugoslawen. „Trianon ist die offene Wunde der Ungarn", erklärt der Politologe Zoltán Kisszelly. Und die empfinden viele Magyaren als schmerzhaft. „Das ist wie eine Art Gefühlszement, das hält die Rechten zusammen", sagt der Journalist Endre Bojtár. Der Reichsverweser Miklós Horthy setzte in der Zwischenkriegszeit auf die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete. Das Motto während eines Vierteljahrhunderts war „Nem, nem soha", nein, nein, niemals würden die Ungarn verlorenen Gebiete hergegeben. Das neue Gebet lautete „Ich glaube an einen Gott, ich glaube an ein Vaterland, ich glaube an Ungarns Auferstehung". Das wird heute noch rezitiert – etwa am 17. März 2012 anlässlich der geplanten Vereidigung von Gardisten der „Ungarischen Nationalgarde" – der „Ungarischen Garde" im neuen Gewand. „Nem, nem, soha" – so heisst auch ein Lied der Band „Nemzeti Front", die Musiker von „Romantikus Eröszak" fordern offen: „Weg mit Trianon".

Trianon ist die offene Wunde Ungarns, die bis heute schmerzt.

Revisionismus

Nicht nur Rechtsextreme, sondern auch konservative Politiker in Ungarn fühlen sich den Auslandsungarn verpflichtet. Auch die Regierung Orbán hat sie besonders im Blick. Sie spricht von „Kulturnation" und „Nationskörper". Am Nationalfeiertag im März begrüßt der Premier

seine Landsleute in den Anrainerstaaten. Schon vor dem Amtseid 2010 beschloss die nationalkonservative Regierung mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament die doppelte Staatsbürgerschaft für die Auslandsungarn – was sofort für Krach mit der Slowakei sorgte. Das Wahlrecht soll ihnen Mitsprache in Ungarn sichern. Wieder gibt es Spannungen – diesmal mit Rumänien. Mit dem neuen Wahlrecht hofft Viktor Orbán, seine Wählerbasis auch jenseits der Landesgrenzen abzusichern. „Er will nie wieder eine Wahl verlieren", erklärt der Ungarn-Korrespondent Gregor Mayer. „Alles ordnet Orbán diesem Ziel unter". Das sei aber kein „Revisionismus light", meint Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Orbán versuche lediglich, die Auslandsungarn näher an das Mutterland zu binden. Denen allerdings könnte er damit einen Bärendienst erweisen: Die rumänische Ungarnpartei UMDR droht aus der Bukarester Regierungskoalition zu fliegen. Und der Schriftsteller Ungváry warnt: „Das ist der Tod der Ungarn als Ungarn im Ausland". Denn der Doppelpass fördere den Exodus. „In 100 Jahren", so Ungváry, gebe es in den angestammten Siedlungsgebieten keine Ungarn mehr. Selbst Anhänger der ungarischen Regierungspartei Fidesz sehen Doppelpass und Wahlrecht für die Auslandsungarn mittlerweile kritisch. Denn die Ungarn aus Siebenbürgen und den anderen Anrainerstaaten drängen in den ungarischen Arbeitsmarkt und die ungarischen Sozialsysteme. Und die sind jetzt schon überlastet.

Rückwärtsgewandte Geschichtspolitik

In Ungarn werden jetzt bewusst neue „Helden" zutage gefördert, die zu sozialistischen Zeiten tabu waren wie die Diskussion um Trianon. Die Bücher des siebenbürgischen Kriegsverbrechers und Rumänenhassers Albert Wass etwa füllen seit den neunziger Jahren zunehmend die Buchhandlungen, nach ihm werden Plätze benannt und Denkmäler errichtet. Wass soll mitverantwortlich sein für Erschießungen auf dem Gut seiner Familie in Siebenbürgen. Rumänien verurteilte ihn 1946 deshalb als Kriegsverbrecher, da war Wass schon ins US-Exil geflüchtet.

Albert Wass wurde jetzt in den nationalen Lehrplan der Fidesz-Regierung aufgenommen, ebenso der Blut-und-Boden-Dichter und Pfeilkreuzler-Abgeordnete József Nyirö. Die Asche des im spanischen Exil verstorbenen Hitler-Fans József Nyirö wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in Siebenbürgen bestattet – mit ausdrücklicher Unterstützung des ungarischen Parlamentspräsidenten László Kövér. Die Umbet-

tung der Urne sorgte auch für erhebliche diplomatische Verwerfungen mit Rumänien. Aus Protest gab der Holocaust-Überlebende und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel den wichtigsten ungarischen Kulturpreis zurück. Es werde zunehmend klar, dass ungarische Behörden das „Weißwaschen tragischer und krimineller Episoden in Ungarns Vergangenheit" ermutigten, begründete er seine Entscheidung. Auch der ehemalige Reichsverweser Miklós Horthy, der die Revision des Trianon-Vertrages anstrebte und sich deshalb mit Hitler verbündete, erfährt unter der Orbán-Regierung neue Ehren: Parks, Statuen und Plätze werden nach ihm benannt. Das kleine Horthy-Museum in seinem Heimatort Kenderes ist zum Wallfahrtsort von Rechtsextremen und Butterfahrten geworden. Horthys Amtszeit war unter anderem geprägt durch eine offen antisemitische Gesetzgebung.

Der Revisionismus führt auch zu einer Verschlechterung der Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn.

Auch der Dramatiker István Csurka, Gründer der Partei MIÉP, war kurz vor seinem Tod Anfang 2012 vom Budapester Bürgermeister István Tarlós (Fidesz) zum Intendanten des hauptstädtischen Theaters „Új Színház" gemacht worden – erst nach internationalen Protesten zog der Konservative den Antisemiten Csurka von diesem Posten wieder ab. Kurz bevor Csurka am 4. Februar 2012 verstarb, hetzte er auf einer Veranstaltung in Szeged noch einmal gegen die Europäische Union.

„In vielerlei Hinsicht ähnelt die heutige Situation in Ungarn der Situation in den dreißiger Jahren", meint der ungarischstämmige Wiener Publizist Paul Lendvai. Und er ist skeptisch, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändert. Die Rechte ist übermächtig – mit der Zweidrittelmehrheit der nationalkonservativen Regierung Orbán und den 47 Jobbik-Abgeordneten. „Die linke Opposition ist noch zu schwach", meint der Publizist Lendvai. „Und es fehlt eine zentrale Führungspersönlichkeit."

Anton Shekhovtsov und Andreas Umland

Der verspätete Aufstieg des ukrainophonen Rechtsradikalismus[1]

Dr. Anton Shekhovtsov ist Kreisau-Fellow des George Bell-Instituts sowie Mitglied der Radicalism and the New Media-Forschungsgruppe der Universität Northampton, England. – Dr. Andreas Umland ist DAAD-Fachlektor für Politikwissenschaft und Dozent des Masterprogramms Deutschland- und Europastudien an der Nationalen Universität „Kiew-Mohyla-Akademie", Ukraine.

Anders als etwa im benachbarten Russland oder Rumänien blieb Rechtsradikalismus in der Ukraine während der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts eine marginale Erscheinung und wurde nur durch Randgruppen wie den Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN) und die Ukrainischen Nationale Versammlung (UNA) verkörpert. Erst Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts kristallisierte sich heraus, dass die ehemalige Sozial-Nationale Partei unter ihrer neuen Bezeichnung All-Ukrainische Union „Freiheit" es schaffen könnte, zu einer relevanten politischen Kraft zu werden und erstmals eine rechtsradikale Fraktion in der Werchowna Rada, dem Parlament der Ukraine, zu bilden.

In der Nachkriegssowjetunion nahm radikaler Nationalismus eine marginale Position in der ukrainischen Gesellschaft ein.[2] Die meisten Führer

1 Ausführlichere frühere Versionen dieses Aufsatzes erschienen in Russisch in der Kasaner Fachzeitschrift „Ab Imperio" (Nr. 2, 2010) sowie in Ukrainisch in dem Kiewer Periodikum „Polityčna krytyka" (Nr. 2, 2011). Der Überblick ist eine direkte Fortsetzung unseres Kurzbeitrages: Anton Shekhovtsov und Andreas Umland: Die Entstehung des ukrainophonen parteiförmigen Rechtsextremismus in der Ukraine der 1990er. In: Ukraine-Analysen, Nr. 105, 12.06.2012, S. 15-17. – Wir sprechen hier von „ukrainophonem" Rechtsradikalismus, da es daneben auch noch einen russophonen bzw. panslawistischen Rechtsradikalismus in der Ukraine gibt. Die Quellen, Entwicklungsdynamik und Ideologie des ukrainischen prorussischen Ultranationalismus unterscheiden sich prinzipiell von den hier untersuchten Organisationen, weshalb wir ihn in diesem Beitrag ignorieren.

2 Vgl. Julian Birch: The Ukrainian Nationalist Movement in the U.S.S.R. since 1956. London 1971.

der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) waren 1944-1945 emigriert. In der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurden ukrainische nationalistische Tendenzen jedweder Art selbst auf Ebene der Subkultur, intellektueller Zirkel oder kleiner Gruppen vom sowjetischen KGB und Innenministerium entschieden bekämpft. Dies unterschied sich merklich von der Lage des russischen Nationalismus seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Obwohl antisowjetischer Russozentrismus ebensolcher Verfolgung unterlag, wurden andere mehr oder minder offen russophile – etwa nationalbolschewistische – Ideen häufig geduldet, teils sogar in das politische System und kulturelle Leben der UdSSR integriert.

Die Suche nach neuen politischen Strategien nach der Jahrhundertwende

Im Unterschied zur politischen Entwicklung einiger anderer postkommunistischer Staaten jener Periode gelang es in den neunziger Jahren keiner rechtsradikalen Partei der Ukraine, genügend Wählerunterstützung zur Bildung einer eigenen Fraktion im nationalen Parlament zu gewinnen.[3] Die verschiedenen ukrainischen Grüppchen und Gruppierungen blieben bis in die Anfangsjahre des neuen Jahrhunderts hinein derart marginal, dass sie kaum die Aufmerksamkeit von Journalisten und Wissenschaftlern auf sich zogen. Vor den Rechtsradikalen stand die Frage nach ihrer künftigen politischen Existenz und Relevanz. Die Mehrzahl von ihnen suchte nach neuen ideologischen und organisatorischen Ansätzen.

In Reaktion auf die Misserfolge der rechtsradikalen Wahlblöcke und Parteien entschied sich der aus der Bandera-Fraktion der Organisation Ukrainischer Nationalisten hervorgegangene Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN) 2002 für einen Anschluss an den gemäßigt nationalistischen Block „Unsere Ukraine". Diese Wahlvereinigung wurde von dem früheren Premierminister und späteren Präsidenten Wiktor Juschtschenko angeführt, dessen Popularität seit der Kampagne „Ukraine ohne Kutschma" 2001 gewachsen war. Die Zusammenarbeit mit „Un-

3 Die in der Mitte der neunziger Jahre in der Werchowna Rada bestehende nationalistische Abgeordnetengruppe „Der–avnist" (Staatlichkeit) erfüllt aus verschiedenen Gründen nicht die Kriterien, um hier als vollwertig rechtsradikale parlamentarische Fraktion betrachtet zu werden.

sere Ukraine ermöglichte es dem KUN, 2002 und 2006 jeweils drei Abgeordnete in die Werchowna Rada zu entsenden. Am Vorabend der darauffolgenden vorgezogenen Parlamentswahlen von 2007 wurde der inzwischen als Chef von „Naftohas", dem staatlichen ukrainischen Energiekonzern, unpopulär gewordene KUN-Führer Olexi Iwtschenko allerdings von der Wahlliste von „Unsere Ukraine" entfernt. Der KUN verweigerte daraufhin seine weitere Teilnahme am Block und an der Wahlkampagne von „Unsere Ukraine".

Nach der Niederlage der Ukrainischen Nationalen Versammlung (ukrainische Abkürzung: UNA) bei den Wahlen von 2002, als sie lediglich 0,04 Prozent landesweit sowie nur ein Direktmandat erringen konnte, versuchte auch diese Partei, ein Wahlbündnis zu bilden.[4] Zum potenziellen Partner wurde die Ukrainische Konservative Partei (UKP). Diese politische Organisation wurde 2005 von Mitarbeitern der Interregionalen Akademie für Personalführung Kiew (ukrainische Abkürzung: MAUP) gegründet, die – zumindest damals – eine offen antisemitisch auftretende Leitung hatte. Die MAUP ist die größte private Hochschule der Ukraine mit Zweigstellen in mehreren ukrainischen Städten. Sie erhielt damals offenbar sowie bekommt womöglich weiterhin finanzielle Unterstützung aus der arabischen Welt und publiziert ein antisemitisches Periodikum namens „Personal pljus", sowie eine Buchreihe unter ähnlichem Titel. Im September 2005 wurde dem amerikanischen Rassisten und ehemaligen Ku-Klux-Klan-Führer David Duke von der MAUP der Grad eines Kandidaten der Wissenschaften (äquivalent dem deutschen Dr. phil.) in Geschichte verliehen. MAUP-Leitungsmitglieder, die damals zur UKP gehörten, waren etwa Heorhiy Schtschjokin, Wasyl Jaremenko und Juri Schilow.[5] Sie sind Au-

Die ukrainische Rechte blieb wegen ihrer Zersplitterung lange Zeit bedeutungslos.

4 Hier und im Folgenden werden die Wahlergebnisse der Parteien und Blöcke entsprechend der offiziellen Datenbank der Zentralen Wahlkommission der Ukraine angeführt; vgl. http://www.cvk.gov.ua (letzter Zugriff: 24.05.2009).

5 Ausführlicher zur MAUP und zum Antisemitismus in der Ukraine siehe Per Anders Rudling. Organized Anti-Semitism in Contemporary Ukraine: Structure, Influence and Ideology. In: Canadian-Slavonic Papers 48 (2006), Nr. 1-2 (2006), S. 81-119; Semen Averbuch: Novyj antisemitizm v Ukraine. Kiew 2005; Vjačeslav Lichačev: Antisemitizm v Ukraine, 2005-2006: http://www.vaadua.org/News/04-06/02-04-06.htm (letzter Zugriff: 21.12. 2009; Nadine Epstein. The Mysterious Tale of a Ukrainian University's Anti-Semitic Crusade. In: Moment: Jewish Politics – Culture – Religion. November-

toren verschwörungstheoretischer Pamphlete, die in Regalen vieler Buchhandlungen in der Ukraine neben den Werken anderer ukrainischer Pseudo-Historiker und Konspirologen wie Eduard Chodos, Ihor Kahanez und Juri Kanyhin sowie älterer antisemitischer ukrainischer und russischer rassistischer Literatur vertrieben werden.[6]

Trotz der manifesten ideologischen Nähe der MAUP zum parteiförmigen ukrainischen Rechtsextremismus scheiterten die Verhandlungen über die Errichtung des Wahlblocks aus UNA und UKP. Daraufhin nahmen beide Parteien im Jahr 2006 getrennt an den Wahlen teil. Sie erhielten jedoch jeweils nur 0,06 Prozent bzw. 0,09 Prozent der Stimmen. An den Wahlen 2007 nahm keine der beiden Parteien teil.

Wie sich später herausstellte, wählte eine andere rechtsextreme Minigruppierung der neunziger Jahre, die hauptsächlich in der Westukraine verankerte Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU), im etwa gleichen Zeitraum eine effektivere Strategie. Die SNPU, die an den wichtigen Parlamentswahlen von 2002 nicht teilgenommen hatte, hielt 2004 einen Neugründungskongress ab, auf dem eine Umwandlung der Organisation, d. h. vor allem eine Erneuerung ihres öffentlichen Images, vollzogen wurde. So legte die Sozial-Nationale Partei ihren zweideutigen Namen ab und nannte sich nun All-Ukrainische Union „Freiheit" (VO „Svoboda"). Darüber hinaus änderte die Partei ihres offizielles Symbol. Die zuvor verwendete neofaschistisch anmutende gespiegelte Wolfsangel wurde durch einen stilisierten Dreizack (das ukrainische Staatssymbol), der aus drei Fingern der rechten Hand besteht, ersetzt. Schließlich wurde Oleh Tjahnibok zum Führer der neu benannten Organisation – offenbar weil er durch seine zwei Legislaturperioden als direkt gewählter Abgeordneter der Werchowna Rada 1998-2002 und 2002-2006 an politischem Gewicht in der Partei gewonnen sowie eine gewisse Bekanntheit in der ukrainischen Gesellschaft erworben hatte.

Die Umformungen des äußeren Bildes der Partei geschahen unter Beibehaltung der grundlegenden ideologischen SNPU-Prinzipien wie Russophobie, Revolutionarismus und Ultranationalismus. Dies ermöglichte es „Svoboda", sich einerseits in den Augen der Öffentlichkeit von

---

Dezember 2009: http://www.momentmag.com/Exclusive/2009/2009-12/200912-MAUP.html (letzter Zugriff: 21.12. 2009).

6 Dazu z. B. Adrian Ivakhiv: In Search of Deeper Identities: Neo-Paganism and „Native Faith" in Contemporary Ukraine. In: Nova Religio. The Journal of Alternative and Emergent Religions 8 (2005), Nr. 3, S. 7-38.

ihrer offen neofaschistischen Vergangenheit zu distanzieren und andererseits die Unterstützung durch radikalnationalistische Aktivisten und Wähler zu halten bzw. auszuweiten.

2005 versuchten sowohl Tjahniboks neue Freiheitspartei als auch die UNA, ein Wahlbündnis mit Schtschjokins UKP herzustellen. Zur Teilnahme an dem anvisierten nationalistischen Block rechtskonservativer Parteien wurden solche Parteien wie die Volksbewegung der Ukraine (Borys Tarasjuk), die Ukrainische Volkspartei (Juri Kostenko), die All-Ukrainische Union „Vaterland" (Julia Timoschenko) oder der KUN eingeladen. Trotz hartnäckiger Bemühungen um die Schaffung des Blocks während des Jahres 2005 blieb das Projekt letztlich ergebnislos, was dazu führte, dass die Freiheitspartei sich an den darauffolgenden Parlamentswahlen als unabhängige Kraft beteiligte.

Russophobie und Ultranationalismus sind Grundprinzipen der in der Westukraine verankerten Sozial-Nationalen Partei der Ukraine (SNPU).

Stimmenanteile ukrainophoner rechtsextremer Parteien und Blöcke bei den Wahlen zur Werchowna Rada (Parlament) 1998 bis 2007 (in Prozent)

Partei bzw. Block / **Parlamentswahljahr**	Block „Nationale Front" (KUN, UKRP & URP)	Block „Weniger Worte" (SUU & SNPU)	UNA	AUU „Freiheit" (ehemalige SNPU)
1998	2,71	0,16	0,39	–
2002	–	–	0,04	–
2006	–	–	0,06	0,36
2007	–	–	–	0,76

Abkürzungen: KUN – Kongress Ukrainischer Nationalisten, UKRP – Ukrainische Konservative Republikanische Partei, URP – Ukrainische Republikanische Partei, SUU – All-Ukrainische Politische Vereinigung „Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine", SNPU – Sozial-Nationale Partei der Ukraine, UNA – Ukrainische Nationale Versammlung, AUU – All-Ukrainische Union.

Das Ergebnis von Tjahniboks neuformierter Partei bei den Wahlen zur Werchowna Rada 2006 und 2007 – 0,36 Prozent bzw. 0,76 Prozent – erinnerte jedoch zunächst an das Niveau der Unterstützung, das die SNPU und andere ultranationalistische Organisationen in früheren Par-

lamentswahlen erreichten, etwa an das Ergebnis des Jahres 1998 des SNPU-geleiteten Blocks „Weniger Worte" von 0,16 Prozent. Dennoch zeigte die Dynamik der Ergebnisse zwischen 1998 und 2007 (von 0,16 Prozent über 0,36 Prozent zu 0,76 Prozent) bereits, dass die SNPU bzw. Freiheitspartei die einzige ukrainische rechtsextreme Organisation ist, die ein wenn auch geringes, so doch stetiges Wachstum an Popularität über einen längeren Zeitraum verzeichnen konnte.

„Svoboda" im Aufwind: Vom politischen Rand in die große Politik

Der politische Durchbruch gelang der Partei Tjahniboks mit ihrem überraschenden Sieg bei den Regionalwahlen zum Gebietsparlament im Bezirk Ternopil in der Westukraine am 15. März 2009. Bei diesen Wahlen erhielt die Freiheitspartei 34,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, hingegen lag der Stimmanteil ihres nächsten Rivalen, des propräsidialen Blocks „Jedinnyj zentr" (Vereintes Zentrum) nur bei 14,2 Prozent. Infolgedessen erhielten die extremen Rechten im Gebietsparlament von Ternopil 50 der insgesamt 120 Sitze. Der Vorsitz des Parlamentes ging an das Mitglied der Partei „Freiheit" Olexi Kajda. Damit hatte „Svoboda" eine Position in der postsowjetischen Ukraine erreicht, die sie deutlich von allen anderen ultranationalistischen Organisationen unterschied.

Zwar muss ergänzt werden, dass die Wahlbeteiligung bei diesem regionalen Votum gering war. Auch nahmen eine Reihe wichtiger ukrainischer Politiker aus dem nichtpräsidialen Orange-Lager, zum Beispiel Julia Timoschenko, Arseni Jazenjuk und Anatoli Grizenko, nicht aktiv am Wahlkampf im Gebiet Ternopil teil. Jedoch rückt der überraschende Sieg der Ultranationalisten die SNPU-Nachfolgepartei und ihren Führer Tjahnibok erstmals in das Licht der breiten Öffentlichkeit. Seit Frühjahr 2009 sind die Freiheitspartei, Tjahnibok und weitere Mitglieder ihrer Führung kontinuierlich in einflussreichen nationalen Massenmedien der Ukraine präsent.

Die Partei konnte ihre größere Medienpräsenz bei der darauffolgenden nationalen Abstimmung, der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen vom Januar 2010, zwar zunächst nur bedingt in Stimmengewinne umsetzen. Der Präsidentschaftskandidat der Freiheitspartei Tjahnibok erhielt damals 1,43 Prozent der abgegebenen Stimmen und nahm damit den achten Platz unter den 18 Kandidaten ein. Zum einen setzte die

Partei damit Anfang 2010 jedoch ihre vorherige Tendenz einer ungefähren Verdoppelung ihres nationalen Wahlergebnisses im Vergleich zu vorherigen Wahl von 1998 und 2006, 2006 und 2007 sowie 2007 zu den Präsidentschaftswahlen von 2010, fort: Tjahniboks Ergebnis war knapp zweimal so hoch wie der Stimmenanteil von „Svoboda" bei den Parlamentswahlen 2007. Zum anderen änderte sich unmittelbar im Anschluss mit dem Amtsantritt Wiktor Janukowitschs als neuer Präsident der Ukraine die politische Gesamtwetterlage. Dies war insofern von Bedeutung, als die Freiheitspartei inzwischen bedeutsam genug geworden war, um von Janukowitschs „Polittechnologen" in deren Wahlmanipulationsstrategien einbezogen zu werden.

Der aus der SNPU hervorgegangenen Freiheitspartei (VO „Svoboda") gelang bei Lokal- und Regionalwahlen im Oktober 2010 ein zweiter und womöglich nachhaltiger Durchbruch.

Letzteres war ein Grund dafür, dass der Freiheitspartei bei den darauffolgenden Lokal- und Regionalwahlen im Oktober 2010 ein zweiter und womöglich nachhaltiger Durchbruch gelang. Die Partei wiederholte in den beiden anderen galizischen Regionen, d. h. dem Lemberger sowie Iwano-Frankiwsker Gebiet, in etwa ihren Erfolg bei den Ternopiler Regionalwahlen von 2009. „Svoboda" hatte zudem beeindruckende Erfolge bei einigen gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen vorzuweisen – wiederum allen voran in Galizien sowie in etwas geringerem Ausmaß in weiteren Städten und Gemeinden im Westen der Ukraine.

Vor allem jedoch errang die Freiheitspartei landesweit über 5 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen. Bemerkenswert war hierbei, dass dieses Resultat vom Oktober 2010 noch den Erfolg übertraf, den man aufgrund der bisherigen Entwicklungsdynamik, d. h. infolge einer Verdoppelung des Stimmenanteils bei jeder weiteren Wahl, erwarten konnte. Die Partei erhielt nicht das Doppelte von Tjahniboks Ergebnis von 1,43 Prozent vom Januar 2010, sondern einen um das nahezu Vierfache gestiegenen Stimmenanteil knapp zehn Monate später. Obwohl „Svoboda" auch weiterhin ohne Repräsentanten in den zentralen Legislativ- und Exekutivorganen des ukrainischen Staates blieb, stellte der parteiförmig organisierte Rechtsradikalismus in der postsowjetischen Ukraine seit Oktober 2010 damit erstmals einen relativ signifikanten politischen Faktor auf nationaler Ebene dar.

Die Hintergründe für diesen Erfolg waren vielfältig. Zum einen folgte der Aufstieg von „Svoboda" mit einiger Verspätung einem postkommu-

nistischen, ja gesamteuropäischen Trend zunehmender Wahlerfolge rechtsradikaler und -populistischer Parteien seit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Zum anderen waren hierfür Spezifika der neuen politischen Situation in der Ukraine unter Janukowitsch verantwortlich. So war der Popularitätsgewinn für „Svoboda" Ausdruck der gestiegenen Polarisierung der ukrainischen Politik seit Frühjahr 2010. Er stellte etwa eine Reaktion auf die Ernennung Dmytro Tabatschniks, eines dubiosen galizierfeindlichen und russophilen früheren Kutschma-Assistenten, zum neuen Bildungsminister der Ukraine dar.

Der Aufstieg von „Svoboda" folgte mit einiger Verspätung einem postkommunistischen, ja gesamteuropäischen Trend zunehmender Wahlerfolge rechtsradikaler und -populistischer Parteien seit dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Zudem schien die bereits erwähnte „Polittechnologie" der neuen politischen Führung der Ukraine eine Rolle beim rasanten Aufstieg der Freiheitspartei unter Janukowitsch gespielt zu haben. Wie sich im Laufe des Jahres 2010 herausstellte, wurde „Svoboda" einerseits als bequemer, da lediglich in Galizien relevanter politischer Sparringspartner für Janukowitschs Partei der Regionen identifiziert und andererseits als nützlicher Konkurrent für die „orangenen", meist nationaldemokratisch orientierten Parteien betrachtet. Daher wurden die Wahlchancen der Freiheitspartei im Vorfeld der Regionalwahlen vom Oktober 2010 von Janukowitschs Polittechnologen offensichtlich gezielt verbessert. So erhielten „Svoboda"-Vertreter unverhältnismäßig häufig Gelegenheit, in den von der regierenden Regionenpartei mittelbar kontrollierten elektronischen Massenmedien aufzutreten, z. B. in den beliebten allwöchentlichen Fernsehdiskussionen „Große Politik" moderiert von Jewgeni Kiseljow und „Schuster Live" moderiert von Sawik Schuster. Auch hatte „Svoboda" – im Gegensatz etwa zu Julia Timoschenkos Vaterlandspartei – kaum Probleme bei ihrer Registrierung für eine Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen im Oktober 2010. Bei einigen dieser Wahlen musste „Svoboda" daher nicht mit Timoschenkos Partei, die nicht registriert worden war, konkurrieren. „Svoboda" war in diesen Fällen vielmehr die prominenteste national orientierte politische Kraft, für die sich die Wähler entscheiden konnten, was offenbar erheblich zu ihrem Wahlerfolg in den betreffenden Regionen bzw. Kommunen beitrug.

Es bleibt abzuwarten, ob es „Svoboda" in den anstehenden Parlamentswahlen im Oktober 2012 schafft, zu einer signifikanten Kraft im

ukrainischen Parlament zu werden. Die Partei wird zwar mit einiger Sicherheit etliche galizische Direktmandate in der Abstimmung nach Mehrheitswahlrecht erringen können. Das alleine würde jedoch nicht zur Bildung einer politisch relevanten Parlamentariergruppe genügen. Hierfür müsste sie ebenfalls bei dem Votum nach Verhältniswahlrecht erfolgreich sein, was ein Novum für die Ukraine wäre. Solch einen Erfolg zu erzielen, ist mit Anhebung der Eingangsbarriere für die Werchowna Rada von drei auf fünf Prozent bei den kommenden Wahlen schwerer geworden. Eine ganze Reihe von Faktoren – nicht zuletzt die wahltaktischen sowie gesamtpolitischen Kalkulationen und entsprechende Aktionen der Polittechnologen der Regionenpartei – werden darüber entscheiden, ob dem ukrainischen Rechtradikalismus demnächst der Sprung ins Parlament gelingt oder nicht.

Aus dem Russischen übersetzt von Michael Fiedler.

Anna Tatar

Radikalismus in Polen – Dokumentation von Vorfällen mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund

Anna Tatar ist Doktorandin am Institut für Komparatistik an der Fakultät für Polonistik der Universität Warschau und Redaktionssekretärin der Zeitschrift „NIGDY WIĘCEJ".

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Erfassung (Monitoring) bzw. Katalogisierung rassistischer und fremdenfeindlicher Vorfälle sowie neofaschistischer Straftaten in Polen, die vom Verein „NIGDY WIĘCEJ" betrieben wird. Der Text macht mit als „hate crime" bezeichneten Vorkommnissen vertraut, zählt die wichtigsten Katalogisierungskategorien von Vorfällen und Straftaten auf und belegt diese mit Beispielen. Außerdem werden die Vorgehensweise der Katalogisierung sowie deren Ziele skizziert.

Die Katalogisierung von Vorfällen mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund sowie von Straftaten, die Neofaschisten in Polen begangen haben, ist eines der wichtigsten Themen antifaschistischer Betätigung. Die Kenntnis dieses wichtigen sozialen Problems in Polen ermöglicht Maßnahmen, um Diskriminierung und Intoleranz entgegenzuwirken sowie positive Einstellungen wie etwa Toleranz und Offenheit gegenüber Fremdheit und Multikulturalität zu fördern.

Erfassung (Monitoring) in Polen

In Polen gibt es kein zentrales staatliches System zur Überwachung von rassistischen, fremdenfeindlichen und neofaschistischen Straftaten. Derartige Daten werden von Regierungsstellen und juristischen Institutionen unsystematisch gesammelt und auf unterschiedliche Weise geordnet, ohne dass Definitionen und Kategorien verschiedener Formen von Gewalt zugrundegelegt werden. Die für die Sicherheit des Staates verantwortlichen Dienste wie die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego, ABW) oder das Büro für Nationale

Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego, BBN) veröffentlichen keine Berichte über die Bedrohung durch die extreme Rechte oder über rassistische Straftaten. Das Polizeisystem für Kriminalstatistik „Temida" bleibt bisher die wichtigste offizielle Quelle für Straftaten und Vorfälle mit rassistischem Hintergrund. Die Informationen sind weder hinsichtlich der Motive der Straftäter (z. B. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit) noch hinsichtlich der Opfergruppe geordnet. Außerdem gehen Personen, die Rassisten oder Neofaschisten zum Opfer gefallen sind, selten zur Polizei. Die Statistiken bilden also nur einen kleinen Teil der Wirklichkeit ab. In Polen bemühen sich leider auch nur wenige Nichtregierungsorganisationen, die Rassismus, Neofaschismus oder andere Aspekte von Intoleranz gegenüber Minderheiten bzw. Frauen bekämpfen, um eine entsprechende Katalogisierung. Ihre Arbeit beschränkt sich meist auf ausgewählte Fälle und Oper einer bestimmten (sozialen, religiösen usw.) Gruppe. Ziel ist es oft, die Strafverfolgungsorgane und andere Staatsorgane zu einem entschlossenen Handeln zu bewegen.

Für die Katalogisierung rechtsextremistischer oder rassistischer Gewalt gibt es in Polen kein zentrales staatliches System.

Die Erfassung durch den Verein „NIGDY WIĘCEJ" („Nie wieder")

Der Verein „NIGDY WIĘCEJ" („Nie wieder") betreibt seine Erfassung und Katalogisierung im Rahmen eines Programms der Stefan Batory-Stiftung zur Überwachung von rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Vorfällen. Rassistische Vorfälle in Fußballstadien werden außerdem vom Zentrum für Rassismus-Katalogisierung in Osteuropa im Rahmen eines FARE-Projekts[1] mit Unterstützung der UEFA überwacht.

Die von „NIGDY WIĘCEJ" beobachteten Vorkommnisse kann man als *hate crimes* bezeichnen. *Hate crimes* werden vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte definiert als Straftat gegen Personen oder Gruppen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder Nationalität,

1 FARE steht für das 1999 gegründete Netzwerk „Football against Racism in Europe" (Anm. d. Redaktion).

aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Sprache, Hautfarbe, Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters, ihrer geistigen oder körperlichen Behinderung oder wegen anderen Gründen. Diese Definition ist wegen ihrer geringen Präzision jedoch nicht unproblematisch, da verschiedene Erfassungsorganisationen damit unterschiedliche Dinge bezeichnen. Außerdem werden verbale Aggression, soziale Ausgrenzung und institutionelle Diskriminierung nicht berücksichtigt.

Die wichtigsten Kategorien von Vorfällen und Straftaten, die von „NIGDY WIĘCEJ" beobachtet werden

Rassismus – „die Ansicht, dass jemand aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse besser sein kann. Rassisten definieren Rasse als eine Gruppe von Personen mit gemeinsamer Herkunft. Sie unterscheiden Rassen anhand von physischen Merkmalen wie zum Beispiel Hautfarbe", aber auch anhand ihrer ethnischen Herkunft und angeblich unüberwindbarer, fundamentaler kultureller Unterschiede.

Ein Beispiel für einen in der Dokumentation beschriebenen rassistischen Vorfall: „Lublin. Anfang Oktober 2009 kam es zu einem rassistischen Zwischenfall in einem Supermarkt der Kette ‚Biedronka' in der ul. Wieniawskiej. Ein Rom wurde von einer Kassiererin und einem Wachmann des Diebstahls sowie des Zahlens mit Falschgeld beschuldigt. Als der Mann protestierte, sagte die Frau zu ihm: ‚Jeder Schwarze ist ein Dieb'. Die Polizei verhörte Zeugen und überprüfte die Kameraaufzeichnungen aus dem Laden. Weder der Diebstahl noch der Gebrauch von Falschgeld konnten nachgewiesen werden. Der verleumdete Bogdan Szczerba, ein Mitglied des Vereins ‚Rom', kündigte eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft an." Die Verkäuferin in Lublin bezichtigte also eine Person, die eine andere Hautfarbe als die „normale" weiße besaß. Aufgrund des fremden Aussehens des Kunden beschuldigte sie ihn einer nicht begangenen Tat. Solche rassistischen Vorfälle sind in Polen am häufigsten.

Faschismus – „eine auf Gewalt basierende, rechtsextreme politische Bewegung, die sich in einem Regime, das über einen Terrorapparat verfügt, am umfassendsten verwirklicht. Die Anhänger des Faschismus stammen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere in politischen und wirtschaftlichen Krisenzeiten. Die Faschisten glauben an eine gerechte Regierung der starken Hand und lehnen die parlamentarische Demokratie ab."

Ein Beispiel für einen im Rahmen der Katalogisierung beschriebenen neofaschistischen Vorfall: „Włocławek. Anfang Dezember 1999 griff ein Nazi und Skinhead in der ul. Toruńska einen vorübergehenden Teenager an und schlug ihn zusammen. Einziger Grund der Aggression war das ‚zu wenig patriotische' Aussehen des Jungen, der auch als ‚Schmutzfink' (*brudas*), ‚Dreck' (*śmieć*) und ‚Fixer' (*ćpun*) beschimpft wurde." Das Opfer der Straftat von Włocławek war eine Person, die anders als „normal" aussah. Die Neofaschisten halten alternative junge Leute für ein „wenig wertvolles Element", ihrer Meinung nach weichen sie vom Bild eines „richtigen Polen" ab.

Nazismus – „eine Ideologie und Praxis des deutschen politischen Faschismus, die sich durch Rassismus, Antisemitismus, Totalitarismus, Demagogie, Aggressivität und Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Nationen auszeichnet. Das Wort ‚Nazismus' ist vom Ausdruck ‚Nationalsozialismus' abgeleitet." Ein Beispiel für einen im Rahmen der Katalogisierung beschriebenen neonazistischen Vorfall: „Wrocław. Am 3. April 2008 beschrieb die Lokalausgabe der Tageszeitung ‚Gazeta Wyborcza' nicht zum ersten Mal Begebenheiten, die auf neonazistische Sympathien eines Teil der Anhänger des Fußballvereins Śląsk Wrocław hindeuten. Das Internetportal wroclawianie.info, eine der bekanntesten und größten Fanseiten des Vereins, zeigte viele Dutzend Muster von Aufklebern, von denen ein Teil rassistische und antisemitische Aufschriften und Zeichnungen aufwiesen: eine Darstellung Hitlers mit dem Hitlergruß vor der Vereinsfahne; die Slogans ‚Skinheads Hooligans 88'[2] sowie ‚Null Toleranz' mit einem Ku-Klux-Klan-Mitglied in seiner typischen spitzen Kapuze, der auf einen durchgestrichenen Davidstern und die Karikatur des Gesichts eines Schwarzen deutete; Gestalten von drei Männern in Springerstiefeln, die einen liegenden Schwarzen treten, mit der Aufschrift: ‚So vergnügt sich der Adel von Wrocław'. Diese Aufkleber tauchten regelmäßig in Straßenbahnen und verschiedenen Stadtteilen auf. Die Staatsanwaltschaft nahm sich des Falls an."

Antisemitismus – „Gegen Juden gerichtete Vorurteile. Die Antisemiten behaupten, dass sich die Juden grundlegend von anderen Menschen unterscheiden, dass sie die Welt beherrschen wollen und zu diesem Zweck eine weltweite Verschwörung anzetteln. Diese Form von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz führt zur Diskriminierung sowohl von

2 „88" weist zweimal auf den 8. Buchstaben des Alphabets und damit indirekt auf den Gruß „Heil Hitler" hin (Anm. d. Redaktion).

einzelnen Juden als auch von ganzen jüdischen Gemeinschaften [oder von Personen, die man für Juden hält – A.T.]."

Ein Beispiel für einen im Rahmen der Katalogisierung beschriebenen antisemitischen Vorfall: „Gardzienice. In der Nacht vom 12. auf den 13. September 2008 wurde auf die Umfassungsmauer des Zentrums für Theaterpraktiken ‚Gardzienice' die Aufschrift ‚Jude raus' und die Zeichnung eines Davidsterns am Galgen gemalt. Zwei Wochen später, am 26. September, während der Vorstellung *Der Kosmos von Gardzienice,* stellte sich eine aus zehn Personen bestehende Gruppe von Neofaschisten vor dem Gebäude auf und skandierte: ‚Fort mit den Juden!' Ein weiterer Vorfall mit antisemitischem Hintergrund, der sich gegen die Künstler von Gardzienice richtete, ereignete sich in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober. ‚Unbekannte Täter' verwüsteten das Gelände des Zentrums und verursachten große materielle Schäden. Die Polizei konnte einen von ihnen fassen. Es war ein 25jähriger Einwohner von Gardzienice, Artur B. Der Mann erklärte auf der Polizeiwache in Świdnik, dass er seine Abneigung gegen die Anwesenheit von jüdischen Personen im Dorf habe manifestieren wollen. Gleichzeitig drückte er sein Bedauern darüber aus, was er getan hatte. Wegen Aufruf zu Rassenhass und Zerstörung von Eigentum drohte ihm eine Strafe von bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug." Der Täter der Straftaten von Gardzienice wies eindeutig auf die antisemitische Grundlage seiner Taten hin. Aufgrund der vermeintlichen jüdischen Herkunft der Künstler wurde das Zentrum für Theaterpraktiken mehrmals verwüstet. Die übrigen Täter riefen während einer Vorstellung öffentlich zu Rassenhass auf.

Homophobie – „gesellschaftliche Angst vor Homosexuellen [sowie Transsexuellen und Bisexuellen, A.T.], die oft als ‚pervers' angesehen werden". Homophobe beurteilen jemanden nur aufgrund seiner sexuellen Orientierung.

Ein Beispiel eines homophoben Vorfalls: „Warschau. Am 9. Juni 2009 informierte die Kampagne *Gegen Homophobie* (*Kampania Przeciwko Homofobii*) die Redaktion der Zeitschrift ‚NIGDY WIĘCEJ' über zwei Fälle von Straftaten aufgrund von Hass gegenüber Personen mit anderen sexuellen Neigungen. Eine lesbische Frau ... hatte anonyme telefonische Drohungen erhalten, auch hatte man versucht, ihr Auto anzuzünden. Das Opfer erstattete Anzeige bei der Polizei, die jedoch behauptete, sie habe für die Einleitung eines Verfahrens zu wenige Beweise vorgelegt. Der zweite Vorfall ereignete sich am 13. Mai in Danzig, wo eine transsexuelle Person von einem Polizisten im Dienst beleidigt wurde. Die Kam-

pagne *Gegen Homophobie* erhob Klage gegen das Verhalten des Beamten." Diese Straftaten und Vorfälle wurden aufgrund einer anderen als „normalen" sexuellen Orientierung der Opfer begangen. In beiden Fällen ist die Reaktion der Polizei bemerkenswert – sie war nichtheterosexuellen Personen gegenüber gleichgültig oder gar feindlich.

Es kommt im Übrigen nur selten zu „reinen" Vorfällen, die mit Hilfe einer einzigen Kategorie beschrieben werden könnten. Die Tätermotive sind meist komplexer und die für ihre Beschreibung verwendeten Begriffe haben eine ähnliche Bedeutung. Die Katalogisierung durch den Verein „NIGDY WIĘCEJ" möchte deshalb eine vorherrschende Tendenz ausmachen, um die Vorfälle und Straftaten möglichst genau erfassen zu können.

Bei vielen Vorfällen kommen mehrere Komponenten zusammen.

Opfergruppen

- Immigranten, Flüchtlinge, Ausländer auf Besuch in Polen, Vertreter nationaler Minderheiten (Roma, Afrikaner, Tschetschenen, Juden, Vietnamesen, Ukrainer, Russen). In Polen sind sehr oft Fußballspieler mit anderer Hautfarbe und Nationalität Opfer von Rassisten und Neofaschisten.
- Vertreter religiöser Minderheiten (Juden, Moslems, Buddhisten und andere). Beispiele für Angriffe auf diese Gruppen sind die Verwüstung von (meist jüdischen) Friedhöfen sowie rassistische Aufschriften auf sakralen Gebäuden (meist Synagogen).
- Feministinnen, Umweltschützer, Homosexuelle. Sie werden oft bei ihren Kundgebungen, bei Konzerten alternativer Musik und Ausstellungen moderner Kunst angegriffen.
- Behinderte. Sie gelten (bei Rechtsextremen) als „nicht vollwertiges Element", werden aber auch in manchen staatlichen Institutionen und an öffentlichen Orten diskriminiert.
- Alternative Jugendliche. Sie äußern ihre Abweichung vom Mainstream der gesellschaftlichen Verhaltensweisen u. a. durch ihr nicht dem Standard entsprechendes Äußeres. Rassisten sind derartigen Personen gegenüber oft gewalttätig. Die Neofaschisten halten sie für ein „nicht vollwertiges Element" oder für „Schmutzfinken".
- Obdachlose. Angriffe auf sie sind in Polen ein großes Problem, das bei der Erfassung von *hate crimes* ignoriert und nicht berücksichtigt wird.

Entstehung und Notwendigkeit der Katalogisierung

Der Verein „NIGDY WIĘCEJ" betreibt durch ein Netz von Korrespondenten und durch die Zusammenarbeit mit Minderheiten- und Nichtregierungsorganisationen die umfangreichste und glaubwürdigste Aufarbeitung zum Thema rassistische und neofaschistische Gewalt in Polen. Die monatliche Veröffentlichung von Berichten zu lokalen Aktivitäten von Neofaschisten ist sehr wichtig; hierfür ist eine systematische Informationsgewinnung notwendig. Selbst wenn nichts geschehen ist, sollte dies von den Korrespondenten mitgeteilt werden. So kann beispielsweise der Rückgang rechtsextremer Tendenzen in einer Region dokumentiert werden.

Die Korrespondenten können unterschiedliche Informationsquellen nutzen. So können sie mit lokalen Minderheitenorganisationen zusammenarbeiten und die von ihnen zusammengetragenen Daten nutzen. Oft werden Vorfälle auch von Freiwilligen des Netzwerks gemeldet. Jede Notiz sollte folgende Informationen enthalten: Datum des Vorfalls, dessen genauer Ort, eine genaue Beschreibung (wer waren Opfer und Täter, wie sahen sie aus, was haben sie gesagt, was haben sie getan, gab es Zeugen, wie haben diese sich verhalten, hat die Polizei eingegriffen). Personenbezogene Daten werden von „NIGDY WIĘCEJ" nicht weitergegeben.

Der Verein „NIGDY WIĘCEJ" beobachtet seit vielen Jahren rassistische und fremdenfeindliche Vorkommnisse sowie neonazistische Straftaten in Polen. 2009 erschien ein *Braunbuch* (*Brunatna Księga*) mit Beschreibungen von Vorfällen zwischen 1987 und 2009; 2011 folgte ein *Braunbuch* für die Jahre 2009 bis 2010. Es handelt sich hierbei um die umfangreichste und glaubwürdigste Zusammenstellung von Fällen rassistischer und neofaschistischer Gewalt in Polen. Das *Braunbuch* wird in den Heften der Zeitschrift „NIGDY WIĘCEJ" und auf der Homepage des Vereins[3] veröffentlicht. Medien, internationale Organisationen und Wissenschaftler greifen oft darauf zurück. Die Zusammenarbeit mit den Medien ist ein wichtiger Bestandteil der Vereinsarbeit; sie hat bereits mehrere tausend Zeitungsartikel, Fernseh- und Rundfunksendungen, Dokumentarfilme, Bücher sowie wissenschaftliche Abschlussarbeiten und Dissertationen hervorgebracht.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

3 http://www.nigdywiecej.org

William Totok

„Radikal, militant, nationalistisch und christlich-orthodox"

Rechtsextremismus in Rumänien

William Totok, rumäniendeutscher Schriftsteller und Publizist, lebt in Berlin. Er ist Mitverfasser des Abschlussberichts der Internationalen Kommission zur Erforschung des rumänischen Holocaust (2004).

Nach dem Ende der Ceaușescu-Ära haben sich in Rumänien zahlreiche rechtsgerichtete Gruppierungen gebildet, die teilweise an faschistische Organisationen der Zwischenkriegszeit anknüpfen und in den vergangenen Jahren wiederholt für Unruhe unter den Nationalitäten des Landes gesorgt haben. Es bleibt abzuwarten, ob sie künftig eine starke politische Rolle spielen werden.

Nach dem Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu im Dezember 1989 war von dessen national-kommunistischem System nichts weiter übrig geblieben als der Nationalismus. Aus den Trümmern der Diktatur wucherten in kürzester Zeit die alten chauvinistischen Klischees, derer sich auch viele der neu entstandenen politischen Parteien bedienten. In den ersten Jahren nach der politischen Wende schien sich der Nationalismus zu einer parteiübergreifenden Ideologie zu entwickeln. Diese erreichte eine radikale und militante Ausdrucksform vor allem in einigen rechtsextremistischen Organisationen.

Bereits im Frühjahr 1990, während der legendären Besetzung des Bukarester Universitätsplatzes durch antikommunistische Studenten, ertönten nationalistische Parolen und Lieder wie: „Es lebe, es lebe, es lebe unsere Moldau, hoch lebe Siebenbürgen und unsere Walachei!" Diesen Slogan hatte während der national-kommunistischen Ceaușescu-Diktatur ein Hofdichter in Umlauf gebracht. Er ertönte regelmäßig bei Konzerten und politisch-kulturellen Veranstaltungen. Die von Staatspräsident Ion Iliescu herbeigerufenen Bergarbeiter beendeten im Frühjahr 1990 die Massenkundgebung auf dem Bukarester Universitäts-

platz mit einer bestialischen Prügelorgie. Zahlreiche Verletzte und mehrere Tote waren der Preis dieser zum posttotalitären Mythos verklärten antikommunistischen Protestkundgebung, die später dann sogar zum Stichwortlieferanten für rechtsextremistische deutsche Organisationen avancierte. Der Begriff „national befreite Zone", der 1993 von jungen, der NPD nahestehenden Funktionären in Umlauf gebracht wurde, geht nämlich auf den Schlachtgesang der Bukarester Kundgebungsteilnehmer zurück, die den Universitätsplatz in der rumänischen Hauptstadt zu einer vom „Neokommunismus befreiten Zone" erklärt hatten.

Völkisch angehauchte Agitation

Die fatale Ähnlichkeit solcher Parolen mit der völkisch angehauchten Agitation aus der Ceauşescu-Zeit fiel den meisten Teilnehmern gar nicht auf. Die Huldigungslieder mythisch verklärter Volkshelden wurden von den Demonstranten ebenso angestimmt wie die abgewandelten Kampflieder der faschistischen Legionäre aus den dreißiger Jahren. (Der offizielle Name der 1927 von Corneliu Zelea Codreanu gegründeten faschistischen Legionärsbewegung lautete: „Legion des Erzengels Michael", 1934 umbenannt in Partei „Alles für das Land"/„Totul pentru Ţară", auch als „Eiserne Garde" bekannt). Die Wende ermöglichte auch die Wiederaufbereitung der vermeintlich längst untergegangenen klerikal-faschistischen Legionärsideologie. Alle nach 1990 gegründeten ultranationalistischen Parteien berufen sich auf ihre Säulenheiligen von Anno dazumal und geben vor, die wahren Ideale der rumänischen Nation zu verkörpern. Eine Sonderstellung nimmt dabei Codreanu (1899-1938) ein, der die antisemitische und militant fremdenfeindliche „Legion des Erzengels Michael" ins Leben rief. Auch der ehemalige Studentenführer Marian Munteanu, Chef einer der ersten neofaschistischen Nachwendeparteien, der „Bewegung für Rumänien" (Mişcarea pentru România), berief sich auf das ideologische Vorbild Codreanus.

Nach der politischen Wende lebte die vermeintlich längst untergegangene klerikal-faschistische Legionärsideologie der dreißiger Jahre wieder auf.

Holocaustleugnung und Hetze gegen Minderheiten

Als Konsens unter den rumänischen Rechtsgruppierungen gilt bis heute die Leugnung des Holocaust und der von den Legionären angezettelten

antisemitischen Pogrome. Während der militär-faschistischen Antonescu-Diktatur von 1940 bis 1944 wurden fast 400.000 rumänische Juden in KZ-ähnlichen Einrichtungen getötet. Munteanu hatte in mehreren Interviews diese Gräueltaten öffentlich bestritten. 1941 hatten die Legionäre während eines beispiellosen Massakers zahlreiche Juden ermordet und sie anschließend im Bukarester Schlachthaus an Fleischerhaken aufgehängt. „Im Schlachthaus hat überhaupt nichts stattgefunden", erklärte Munteanu 1993, „das ist eine unverschämte und ordinäre Lüge." Die Reaktion des verstorbenen Oberrabbiners Moses Rosen – „Was hier schon wieder gegen die Juden gesagt wird, ist der reinste Faschismus" – war unmissverständlich, wurde aber von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Die nach der Wende entstandenen rechtsextremen Parteien sind untereinander allerdings heillos zerstritten. Bezeichnend für die Zersplitterung des rechtsextremistischen Spektrums sind die Aussagen von Radu Sorescu, dem Gründer und Chef der sogenannten „Partei der Nationalen Rechten" (Partidul Dreapta Națională). Sorescu, dessen Partei inzwischen untergegangen ist, lehnte alle anderen ultranationalistischen Organisationen ab und bezeichnete sie als „organisierte Vaterlandsverräter". Einzig und allein in der vom Hitler-Bewunderer Corneliu Zelea Codreanu gegründeten Legionärsbewegung fand er nachahmenswerte ideologische Anknüpfungspunkte: „Wir sind ideologisch mit der Legion Codreanus verwandt." In dem von Sorescu erträumten Staatsmodell sollte es keinen Platz mehr für nationale Minderheiten geben. Deshalb hatten er und seine Parteigenossen es sich zum Ziel gesetzt, die so genannte „Zigeunergefahr" zu bekämpfen, die Roma in „Reservaten" zu internieren und einen „ethnokratischen Staat" zu errichten, an dessen Spitze nur Blutsrumänen stehen werden.

Bevorzugte Hassobjekte der sich gegenseitig bekämpfenden rechten Gruppierungen sind Roma und Ungarn.

Die „Führer" solcher rechtsextremer Gruppierungen erheben eifersüchtig den Anspruch darauf, allein die Ideale der rumänischen Nation zu vertreten. Deshalb sind sie unversöhnlich untereinander verzankt und haben kein gemeinsames Aktionsprogramm, auch nicht mit der 1991 entstandenen „Partei Groß-Rumänien" (Partidul România Mare), die bis im Jahr 2008 im rumänischen Parlament vertreten war und deren Chef, Corneliu Vadim Tudor, heute Abgeordneter des Europäischen Parlaments ist. Die nationalpopulistischen Reden oder Artikel von Tudor, die in der Wochenschrift

„România Mare“ (Groß-Rumänien) erscheinen, tragen den Stempel rechtsextremer Demagogie. Tudor schürt absurde Überfremdungsängste, die in einem Land wie Rumänien oft auf fruchtbaren Boden fallen, und heizt die nationalistischen Instinkte an. Seine bevorzugten Hassobjekte sind die Roma und die große ungarische Minderheit, die er des Revisionismus und Terrorismus bezichtigt.

Die Neue Rechte, das Flaggschiff der Extremisten

Auch die 2001 gegründete Organisation „Noua Dreaptă“ (Neue Rechte) lehnt die Zusammenarbeit mit anderen ultrarechten Konkurrenten ab. Diese von Rechtsanwalt Tudor Ionescu geführte Gruppierung definiert sich als „radikal, militant, nationalistisch und christlich-orthodox“.

Um sich nicht dem Vorwurf der Volksverhetzung auszusetzen, praktiziert die Noua Dreaptă – ähnlich wie andere Organisationen – so etwas wie einen getarnten Antisemitismus. Ohne konkret zu werden, aber anspielungsreich genug, werden in den öffentlichen Stellungnahmen dieser Organisation die von „okkulten Kräften“ ausgehenden Gefahren für den Fortbestand der rumänischen Nation beschworen. Die immer mit antijüdischen Vorurteilen aufgeladenen Hinweise auf Freimaurer, Geheimbünde und der von diesen angestrebten „neuen Weltordnung“ sind für die Öffentlichkeit leicht entschlüsselbar. Die Neue Rechte gebärdet sich als Multiplikator des Evangeliums und der christlichen, rumänisch-orthodoxen Religion, folgt aber in Wirklichkeit einer unheilvollen Ideologie, die auf Versatzstücken der faschistischen Legion des Erzengels Michael fußt. Die Organisation plädiert für einen starken rumänischen Nationalstaat, für die drastische Bestrafung dessen, was sie als „Zigeunerkriminalität“ bezeichnet, und für ein totales Abtreibungsverbot. Gleichzeitig definiert sich diese völkisch orientierte Gruppierung als eine euroskeptische Gegnerin des Multikulturalismus und der NATO.

Die „Nationalistische Partei“

2010 regte die Noua Dreaptă die Gründung einer eigenen politischen Partei an. Ein Jahr später unterzeichneten die Vorsitzenden der Neuen Rechten und der rechtsnationalen, antiungarischen Vereinigung Vatra Românească (Rumänische Heimstatt) im Hinblick auf eine gemeinsame Parteigründung ein Abkommen.

Die Vatra Românească (eigentlich „Uniunea Națională Vatra Românească"/„Nationaler Verband Rumänische Heimstätte") ist eine ultranationalistische Organisation, die offiziell am 1. Februar 1990 in der siebenbürgischen Stadt Tîrgu Mureș ins Leben gerufen wurde. Der Gründung dieser Organisation war eine wüste anti-ungarische Kampagne vorausgegangen, durch die man die durch die Revolution verunsicherte rumänische Bevölkerung in Siebenbürgen auf eine imaginäre „ungarische Gefahr" aufmerksam machen wollte. So wurde behauptet, die Ungarn würden die Abtrennung Siebenbürgens von Rumänien vorbereiten, die rumänischen Kinder aus den Schulen vertreiben, die Beamten systematisch aus ihren Ämtern entfernen und durch ethnische Ungarn ersetzen. Als effiziente Propagandapostille diente die aus dem ehemaligen lokalen kommunistischen Parteiblatt hervorgegangene Tageszeitung „Cuvântul liber" (Freies Wort). Schützenhilfe leistete zudem auch der lokale rumänischsprachige Fernsehsender. Zu den Gründungsmitgliedern zählten rumänische Journalisten, Autoren, Künstler, Vertreter des so genannten patriotischen Flügels der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei Securitate, Offiziere und Veteranen der rumänischen Armee. Die neu geschaffene Organisation sollte als eine Art kulturpolitischer Gegenbewegung zu dem bereits am 25. Dezember 1989 entstandenen Demokratischen Verband der Rumänienungarn (Uniunea Democrată Maghiară din România, UDMR, ungarisch: Romániai Magyar Demokrata Szövetség, RMDSZ) fungieren. Logistische Hilfe und finanzielle Unterstützung erhielt die Vatra von dem rumänischstämmigen italienischen Multimillionär Iosif Constantin Drăgan, der zum Ehrenvorsitzenden der Organisation gewählt wurde; er setzt sich u. a. für die Rehabilitierung des faschistischen Militärdiktators und Hitlerverbündeten Ion Antonescu ein und unterstützt gezielt die chauvinistischen, minderheitenfeindlichen, insbesondere anti-ungarischen Kampagnen. Die ersten Vorsitzenden der Vatra Românească waren Dr. Zeno Opriș (heute Ehrenvorsitzender der Vatra) und danach der Maler Radu Ceontea, der allen Ernstes in einem Interview erklärt hatte, jeder Ungar trüge ein Seil in seiner Hosentasche, um damit einen Rumänen zu erdrosseln.

Die rudimentäre Ideologie der Vatra Românească basiert auf einem militanten Anti-Magyarismus. Ein erklärtes Ziel der Organisation ist es, die Rechte der ungarischen Minderheit einzuschränken, deren Präsenz im öffentlichen Raum zu begrenzen, die Schulen dieser Nationalität und den Unterricht in ihrer Muttersprache abzuschaffen. Außerdem plädiert

die Vatra Românească für einen ökonomischen Protektionismus und gegen den „Ausverkauf des Landes" an Ausländer – damit sind in erster Linie Ungarn und Juden gemeint.

Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rumänen und Ungarn in Tîrgu Mureş im Frühjahr 1990 fasste der Führungskern der Organisation den Beschluss, eine politische Partei zu gründen, um an den ersten freien Wahlen nach dem Untergang des Kommunismus teilnehmen zu können. Die Gründung der „Partidul de Uniune Naţională a Românilor din Transilvania" (Partei der Nationalen Einheit der Rumänen aus Siebenbürgen, PUNTR) erfolgte am 15. März 1990. Schon im Sommer änderte die Gruppierung ihren Namen in „Partidul Unităţii Naţionale Române" (Nationale Rumänische Einheitspartei, PUNR).

Die „Nationalistische Allianz" bildet ein Sammelbecken für Nationalisten, Holocaustleugner und Euroskeptiker.

Die Vatra Românească verfügt in zahlreichen Bezirken über lokale Ableger. Die von dem Hochschullehrer Ion Coja geleitete Bukarester Filiale rückte nach 1999 ins Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit. Coja gilt nicht nur als einer der Ideologen der Vatra, sondern auch als ein ideologischer Vordenker der rumänischen Holocaustleugner. Um seine weltanschaulichen Vorstellungen effektiver zu verbreiten, gründete er 2001 die „Liga zur Bekämpfung des Antirumänismus" (Liga pentru combaterea antiromânismului, LICAR). Zusammen mit der Vatra Românească, dem „Verband der Kriegsveteranen und deren Nachkommen" (Uniunea Veteranilor de război şi a Urmaşilor Veteranilor), und anderen verwandten Verbänden organisierte die LICAR 2001 eine erste Tagung, zu der als Referenten mehrere rumänische Holocaustleugner eingeladen wurden.

Die von der Noua Dreaptă und der Vatra Românească 2011 vereinbarte Schaffung einer neuen Partei unter dem Namen „Partidul Naţionalist" (Nationalistische Partei) ist allerdings bislang nicht zustande gekommen. In der Folgezeit wurden 30.000 Unterschriften von Sympathisanten gesammelt und bei einem Bukarester Gericht hinterlegt, das über die offizielle Zulassung zu entscheiden hat.

Die „Nationalistische Allianz"

Die noch nicht zugelassene Partei versteht sich als „Retterin" des rumänischen Staates, der angeblich durch eine zu niedrige Geburtenrate,

eine dramatische Zunahme der Abtreibungen und durch die ethnische „Überfremdung" in seiner Existenz bedroht ist. Ein weiteres, in ihrem 25-Punkte-Programm enthaltenes Ziel der Nationalistischen Partei ist die Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien.

Bei den diesjährigen Kommunalwahlen wollte die neue politische Organisation bereits mit eigenen Kandidaten antreten und den Sprung ins Parlament schaffen. Da die angestrebte Parteigründung bislang wegen bürokratischen Hürden noch nicht zustande gekommen ist, hat sich die Noua Dreaptă nun auf die Suche nach einer ideologisch verwandten Organisation mit einem verbindlichen Rechtsstatus gemacht. Als Partner für eine beabsichtigte Allianz gilt die Partei „Alles für das Land" (Partidul Totul pentru Țară). Diese politische Gruppierung wurde 1993 von ehemaligen Alt-Legionären und Überlebenden der nach 1944 entstandenen antikommunistischen Guerillagruppen in Bukarest zunächst unter dem Namen „Partei für das Vaterland" (Partidul pentru Patrie) aufgebaut. In einigen Großstädten hatte die Partei ihre Kandidaten für die Wahlen vorgestellt, wobei sie sich der Unterstützung lokaler Ableger der Noua Dreaptă erfreut. In Temeswar beispielsweise haben sich die „Autonomen Nationalisten" (eine lokale Variante der Noua Dreaptă) und die Partei „Alles für das Land" auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, der sich um das Amt des Bürgermeisters bewirbt. Die derzeitige lose Zusammenarbeit der beiden Organisationen läuft unter der Bezeichnung „Nationalistische Allianz".

Die Gefahr einer Machtübernahme durch ultrarechte Gruppierungen besteht im heutigen EU-Land Rumänien zwar nicht, häufiger Einsatz von national-populistischer Rhetorik gehört jedoch inzwischen zu den bewährten wahltaktischen Mitteln demokratischer Parteien. Gerade diese nationalistischen Entgleisungen werfen oftmals ein schiefes Licht auf einzelne Politiker und nähren den berechtigten Zweifel an deren demokratischer Kompetenz.

Partei „Alles für das Land": Eröffnung des Wahlkampfs 2012 (Archiv Totok)

Natalja Zorkaja

Russland zwischen Fremdenfeindlichkeit und Ethnonationalismus

Natalja Zorkaya ist Mitarbeiterin des Levada-Zentrums in Moskau.

Mit dem Ende der Sowjetunion wurden in allen Nachfolgestaaten Hoffnungen auf ein allmähliches Angleichen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft an den „Westen" gehegt, die sich jedoch nach und nach zerschlagen haben. Dies führte besonders in Russland zu einer Rückbesinnung auf alte Werte und Traditionen, ließ aber auch latent vorhandene Abwehrhaltungen gegen das „Andere" anwachsen. Heute sind übersteigertes Nationalbewusstsein und Mistrauen gegen „Fremde" weit verbreitet.

I.

Einfluss und Einflussreichtum des Rechtsextremismus in Russland sind höchst kompliziert, widersprüchlich und heftig. Rechtsradikale Bewegungen und Parteien mit antisemitischen, nationalistischen und profaschistischen Inhalten, die schon Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre auf den Plan traten, hatten praktisch nie unmittelbaren Zugang zu den Massenmedien. Dagegen stieg mit der wachsenden Ausbreitung des Internets die Zugänglichkeit von Informationen über ihre Aktivitäten jäh an.

Im verhältnismäßig unabhängigen Fernsehen der Jelzin-Epoche erschienen die Themen „Rechtsradikale" und „faschistoide Ultranationalisten" hinreichend häufig. Diese Erscheinungen wurden von den demokratisch orientierten Massenmedien als ernsthafte Bedrohung der sozialen und bürgerlichen Welt dargestellt – damals noch im Kontext des demokratischen Wechsels und der Verstärkung von Werten der Bürgerrechte und Freiheiten, der Formierung einer Zivilgesellschaft. Die Vorstellungen der liberalen demokratischen Öffentlichkeit und der demokratischen und kulturellen Eliten jener Periode von der Komplexität und

den Problemen dieses Wandels waren äußerst verschwommen. Mit der Zeit zeigte sich ein gewaltiges Kenntnisdefizit darüber, wie die Sowjetgesellschaft und ihre Institutionen aufgebaut waren, welches die grundlegenden Charakteristika des besonderen Typus des „Sowjetmenschen" gewesen sind, die im Allgemeinen bereits in der Epoche des Totalitarismus unter Stalin entstanden waren, und eine entsprechende Unfähigkeit, die Probleme und Aufgaben zu verstehen, denen sich ein Staat unvermeidlich gegenüber sieht, wenn er den Weg zu Veränderungen eingeschlagen hat. Die Hoffnung auf schnelle Veränderungen nicht nur der „sozialen Eliten", also gebildeter, spezialisierter Gruppierungen, sondern auch der gesamten Bevölkerung erwies sich recht bald als Illusion. Die ursprüngliche Euphorie verwandelte sich vor dem Hintergrund zusammenbrechender ökonomischer und der Oberflächlichkeit demokratischer Reformen in heftige Verzweiflung. Diese Verzweiflung nährte wachsende Unzufriedenheit und Ängste, die allmählich alle Gesellschaftsschichten durchdrangen.

In der gebildeten Schicht löste das Auftreten antisemitischer und nationalistischer Bewegungen und Gruppierungen zu Beginn der neunziger Jahre eine massenhafte Emigration vor allem der jüdischen Bevölkerung aus, besonders aus den „Hauptstädten". Der Ausbruch und die Zunahme der Ängste und Phobien, die alle Bereiche der täglichen Existenz erfassten, äußerten sich massenhaft in Frustration, Aggression und gegenseitigem Misstrauen. Diesen Ängsten liegt einer der grundlegenden Züge des sozialanthropologischen Typus des „Sowjetmenschen" zugrunde – die Vorstellung von seiner „Besonderheit", seiner „Ausschließlichkeit", die einen Vergleich mit „Anderen", den „nicht zu uns Gehörenden" blockiert und nicht zulässt. Der Vergleich wird praktisch ausschließlich zur Demonstration der eigenen Überlegenheit gebraucht. Die gesamte Sowjetepoche war von der Idee der Gegenüberstellung des Staates mit der ganzen übrigen Welt, vor allem der „westlichen", gekennzeichnet. Auf gesellschaftlichem Niveau hatte das äußerst wichtige Folgen, nämlich ein bis heute ausschlaggebendes Massen- oder Kollektivbewusstsein des russischen Menschen. Dieses seinem Sinn und seiner Struktur nach archaische Prinzip wurde zu einem zentralen in der „neuen Identität" des postsowjetischen Menschen. Es basierte nicht auf den positiven Gedanken der Selbstbestimmung und

Die Vorstellung von der „Besonderheit" des Sowjetmenschen, die einen Vergleich mit „Anderen", den „nicht zu uns Gehörenden" blockiert und nicht zulässt, wirkt bis heute nach.

Selbstachtung, sondern auf dem Ausschluss der „Fremden". Das waren mit der Zeit immer mehr ethnisch und konfessionell Fremde (die nicht Orthodoxen). An der Wende zum neuen Jahrhundert wurde daraus ein Massenphänomen, das sich als ethnische Xenophobie immer weiter festigte.

Bereits zu Beginn der Übergangsperiode bündelten in der Hauptsache die randständigen, aus dem öffentlichen und politischen Raum verdrängten radikal nationalistischen Gruppen, Bewegungen und kleinen Parteien die verbreitete Unzufriedenheit und die Massenangst, indem sie sie in die Sprache der interethnischen und rassistischen Ideologie und Feindschaft übersetzten. Dabei hat es im Massenbewusstsein der ersten Hälfte der neunziger Jahre keine ethnische und rassistische Feindschaft in erkennbarer Form gegeben. Gewiss, eine ethnische Feindseligkeit der Russen gab es auch in der Sowjetzeit, auf latente, schwebende Art. Sie war auf der einen Seite tabuisiert durch die Ideologie der „Völkerfreundschaft", andererseits durch die angenommene Rolle des „großen Bruders". Dieses Tabu wirkte erkennbar noch eine gewisse Zeit, besonders für die ältere Generation. Auch die tiefste traumatische Krise der „sowjetischen Identität", die dem Zerfall der Union folgte, berührte anfangs nicht die nationale Identität, sondern bewirkte in erster Linie eine Reanimierung des Isolationismus, der „belagerten Festung", und dementsprechend eines Feindbildes, das diese Konstruktion stützte. Wenn bei der Volksbefragung von 1989 auf die Frage, ob Russland Feinde habe, eine relative Mehrheit (48 Prozent) antwortete „Wozu Feinde suchen, wenn die Wurzel des Übels in den eigenen Fehlern liegt?" und nur 4 Prozent der Ansicht war, das Land sei „von Feinden umgeben", so bildete schon Mitte der neunziger Jahre der Teil der Menschen, die annahmen, dass Russland Feinde habe, die Mehrheit (und bis jetzt schwankt er im Durchschnitt zwischen 65 und 70 Prozent).

Zum Hauptthema wurde im Massenbewusstsein die *Feindseligkeit ehemaliger Sowjetrepubliken gegenüber Russland* und somit auch gegenüber den Russen (was durch die nationalen und nationalistischen Bewegungen in denselben gestützt wurde), denn genau so wurde vor allem das Unabhängigkeitsstreben der ehemaligen „kleinen Brüder" verstanden. Besonders schmerzlich nahm man die Abspaltung der baltischen Republiken wahr (des ehemaligen „Westens" innerhalb der Sowjetunion), und in dem Maße, wie sie sich dem Westen mit den Beitrittsbemühungen zu NATO und zur Europäischen Union annäherten, belebte sich im Massenbewusstsein immer mehr auch die antiwestliche

Stimmung. Die Offenheit gegenüber dem Westen zur Zeit der Perestroika erwies sich als kurzlebig. Sie basierte vor allem auf illusorischen Hoffnungen, bald ein „normales" neues Leben zu beginnen, glücklich, sorgenfrei, ganz so, wie in der Vorstellung der Mehrheit die Menschen im Westen leben. Mit dem Bankrott dieser Hoffnungen verschwand auch das Bestreben, unter den neuen Bedingungen zur „großen Welt" zu gehören; es verstärkte sich im Gegenteil die Strömung einer Selbstbestätigung vermittels früherer Großmachtambitionen, was unvermeidlich großrussische chauvinistische Stimmungen nach sich zog.

II.

Das Thema „Lage der Russen" erklang gleich nach dem Zerfall der UdSSR mit äußerster Heftigkeit. Man komprimierte die panischen Stimmungen, denen zufolge ein massenhafter Exodus oder sogar die Flucht der „Russen" aus den ehemaligen Unionsrepubliken drohe, hervorgerufen durch deren Unterdrückung und die Einschränkung ihrer Rechte (obwohl die Verdrängung russischer qualifizierter Kader durch die „nationalen" lange Zeit vorher begonnen hatte und in der Logik des unvermeidlichen Zerfalls der UdSSR erfolgte). Die vom Levada-Zentrum in den ehemaligen Unionsrepubliken durchgeführten Befragungen zeigten, dass diese Befürchtungen höchst übertrieben und in bedeutsamem Maß mit der Projektion jener Ängste, die durch die Ungewissheit des eigenen Lebens hervorgerufen wurden, verbunden waren. Obwohl sich die Situation in den verschiedenen Republiken unterschiedlich gestaltete, äußerte damals nur ein geringer Teil der russischen Bevölkerung die Absicht, diese oder jene Republik zu verlassen (gerade in den besser gestellten baltischen Ländern waren es besonders wenige Menschen), und so deckten auch diese Befragungen keine erkennbaren Anzeichen einer nationalen Diskriminierung auf. Aber die Einseitigkeit der Beurteilung und die Darstellung dieser Probleme durch Beamte, durch Repräsentanten der Macht und durch einzelne Massenmedien trugen ihr Scherflein zu dem seit Ende der neunziger Jahre folgenden Anwachsen der Fremdenfeindlichkeit und des russischen Ethnonationalismus bei.

Allen Befürchtungen zum Trotz kam es nicht zu einem Massenexodus der Russen aus den unabhängig gewordenen Republiken.

Die rechtsextremen Gruppierungen, Bewegungen und Parteien bündelten auch diese Problematik der „Beleidigten" und „Gekränkten"

(als welche sich eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung empfand), indem sie soziale und rechtliche Probleme in einen nationalistischen Diskurs überführten (z. B. „Genozid an den Russen"). Und obwohl sie, wie bereits angemerkt, zum öffentlichen Raum keinen Zutritt hatten und in der Politik stets eine marginale Rolle spielten (selbst die bekannteste national-sozialistische Partei RNE[1] hatte weniger als 1,5 Prozent Unterstützung), drang der „nationalistische Diskurs" in die Sprache der Politik und somit in die Rhetorik der Behörden ein. Zum ersten und leuchtendsten Beispiel wurde Schirinowskij mit seiner Partei LDPR,[2] deren Erfolg bei den Wahlen von 1993 durch niedere Massenangst und Xenophobie in Verbindung mit neuen Formen chauvinistischer, imperialistischer und aggressiv-nationalistischer Rhetorik bewirkt wurde.

Wandelt man auf den Spuren des Weges, der von Schirinowskij in der Putin-Ära der *„gelenkten Demokratie"* angelegt wurde, so errang das Kreml-Projekt schon 2003 einen politischen Erfolg (Schirinowskij und seine Partei waren eher ein Projekt der Geheimdienste): die Partei „Rodina" („Heimat"), die einen Block aus nationalen und national-patriotischen Parteien unter der Führung Dmitrij Rogosins darstellte und einen „gemäßigten" Nationalismus propagierte. Außer der Sprache der Feindschaft und Intoleranz gegenüber dem „Fremden" ist den Parteien dieser Geistesrichtung, die mit den Machtstrukturen entstanden und ihnen eng verbunden bleiben, in der Hauptsache die Imitation der Besorgnis für die Interessen und Probleme breiter Massen sozial schwacher Bevölkerungsgruppen gemeinsam. Auf diese Weise werden politische Entscheidungen sozialer und ökonomischer Probleme der Bevölkerung durch die Konservierung antimoderner, antidemokratischer, archaischer Orientierungen und Stimmungen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung ersetzt, für die man unter anderem die Rhetorik von der Bedrohung der Selbstständigkeit und Eigenart des russischen Volkes und sogar seiner Vernichtung verwendet, Aufrufe zur Treue zu ihren (nicht aber den westlichen) „Traditionen und Werten", zur „traditionellen Kultur", zur „traditionellen Religion", zu deren Schutz vor äußeren und inneren (heute vor allem liberalen) Neidern und Feinden.

1 Russkoe national'noe edinstvo = Russische nationale Einheit (Anm. d. Übersetzers).
2 Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii = Liberaldemokratische Partei Russlands (Anm. d. Übersetzers).

III.

Mit dem Machtantritt Putins Ende der neunziger Jahre, dem Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges, setzt das heftige Anwachsen einer diffusen Fremdenfeindlichkeit ein und im Laufe der 2000er-Jahre deren Umwandlung in eine ethnisch ausgerichtete Xenophobie. Sie kommt besonders stark unter *Jugendlichen* zum Ausdruck kommt, vor allem unter ihren sozial peripheren Gruppen.

Im Laufe der 2000er Jahre wuchs die Zahl vor allem jugendlicher radikal gesinnter Gruppen und Bewegungen, darunter offen rassistische und faschistische, ununterbrochen an. Diese sich immer mehr radikalisierenden Gruppierungen, die immer öfter zu unmittelbarer Gewalt bereit sind, finden in der Gesellschaft und unter der Jugend selbst keine einigermaßen erkennbare Unterstützung (diese liegt im Bereich von 1-2 Prozent), obwohl die latente Unterstützung der von ihnen verbreiteten Geistesrichtungen bedeutend breiter ist. So wird eine solche faschistische Lieblingslosung dieser Gruppierungen und Bewegungen wie „Russland den Russen" seit vielen Jahren von etwas weniger als einem Fünftel der Gesamtbevölkerung nachdrücklich unterstützt.

Für die Bevölkerung akzeptabler erscheinen jedoch die seit Mitte der 2000er Jahre als Antwort auf die „farbigen Revolutionen" (vor allem in der Ukraine) in Russland arbeitenden polittechnologischen Kreml-Projekte der „politisch" engagierten Jugendbewegungen von den „Unsrigen" zur „Jungen Garde", den „Hiesigen", der DPNI[3] (die letzteren zwei kämpfen gegen die illegale Migration) usw., die alle dieselbe von staatlich-patriotischen oder ethnonationalistischen Losungen überdeckte Sprache der Feindschaft und Intoleranz verwenden. So ist es nicht verwunderlich, dass am Ende des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre gerade die Jugend besonders starke antimoderne Einstellungen bekundet – antiwestliche, nationalistische und xenophobe Stimmungen einerseits und die Bereitschaft zur Unterstützung der höchsten Macht (Verzicht auf politische Alternativen und Wahlen) andererseits. Dabei ist, wie auch unter der Gesamtbevölkerung, die soziale Distanz gegenüber ethnisch fremden Gruppen sehr hoch und unter der Jugend noch stärker ausgeprägt. Wir führen nur die bezeichnendsten Daten auf der Skala der sozialen Distanz an, die die Stufe des Isolationismus und der nationalen Intoleranz im Hinblick auf „Fremde" markant demonstrieren:

3 Dviženie protiv nelegal'noj immigracii – Bewegung gegen die illegale Immigration (Anm. d. Übersetzers).

In welchem Maße möchten Sie mit den folgenden Nationalitäten zu tun haben?

	Ich bin bereit, sie unter den Bewohnern Russlands zu sehen		Sollen sie nach Russland kommen – aber nur zeitweise		Ich will sie nicht in Russland haben		Weiß nicht	
	Bevölkerung	Städt. Jugend	Bevölkerung	Städt. Jugend	Bevölkerung	Städt. Jugend	Bevölkerung	Städt. Jugend
Amerikaner	17	12	25	29	19	11	18	8
Georgier	19	17	22	30	31	28	14	8
Juden	27	24	17	24	17	17	16	9
Chinesen	13	11	31	40	32	28	13	8
Afrikaner	15	13	29	41	26	19	18	10
Deutsche	23	15	26	29	14	10	14	6
Tadschiken	18	13	29	34	29	34	13	9
Ukrainer	31	26	20	25	13	12	12	7
Zigeuner	24	17	19	21	35	47	15	10
Tschetschenen	21	15	19	19	38	50	13	9

2010 Bevölkerung N=1600, Jugend N=800 (Angaben in Prozent)

Das Niveau des Negativismus, der unfreundlichen Distanzierung gegenüber anderen Nationalitäten, ist umso höher, je stärker die Gefahr einer Annäherung der Fremden zu dem geht, was für den Massenmenschen als das „Seine", als nah, als lieb gilt – das Haus, die Familie und sogar die Arbeit. In diesen Fällen wächst eine allgemeine, diffuse Anfeindung proportional zur Kürzung der sozialen Distanz zwischen „unsrig" und „fremd" abrupt an. Die ethnischen Barrieren verwandeln sich in rassistische.

Für sich allein genommen kann man Xenophobie als „normale" Reaktion einer sich modernisierenden Gesellschaft auf die Schwächung früherer territorial-ethnischer, sozialer und konfessioneller Barrieren ansehen, auf den radikalen Umbruch vertrauter sozialer Barrieren, die intensiven Prozesse sozialer Mobilität, das Auftauchen großer Massen fremdnationaler Migranten vor allem in den Haupt- und Großstädten des Landes. Aber unter den Bedingungen einer Gesellschaft mit stärkeren Anomie-Erscheinungen, d. h. des Zerfalls früherer grundlegender

Aus der diffusen Abneigung aufgrund ethnischer Barrieren entwickeln sich rassistische Vorurteile.

normativer und wertmäßiger Regeln, ist die Xenophobie, besonders die ethnische Feindseligkeit oder der ethnische Nationalismus, unverhohlen von anderer Art und Funktion.

IV.

Die Trägheit der früheren repressiven institutionalisierten Strukturen neutralisiert und sterilisiert, wie die Logik der Transformation von der Ära Jelzin zum Putin-Regime zeigt, die frühen oder embryonalen Formen einer politischen Demokratie und entzieht dem ganzen prächtig deklarierten parteiisch-parlamentarischen System den Boden. Die Xenophobie ist unter diesem Gesichtspunkt Syndrom einer stagnierenden Gesellschaft, in der die Autoritäten, die Idealvorstellungen und Ziele, die Hoffnungen auf die Zukunft fehlen. Sie stellt die primitive Form eines konservativen Selbstschutzes dar, eines Widerstandes gegenüber der Modernisierung, eines Versuchs, die Prinzipien einer nomenklatorischen Konstitution der Gesellschaft zu bewahren, aber schon unter dem Gesichtspunkt eines ungleichberechtigten und hierarchischen Aufbaus: die Aufteilung in „Ethnien" (als Ersatz der Sozialstruktur) oder ethnosoziale Gemeinsamkeiten, die über ungleiche soziale, bürgerliche und politische Regeln verfügen.

Das Niveau der Xenophobie gegenüber anderen Ethnien stieß in ähnlicher Weise an seine Grenzen; die Abneigung, der Hass gegenüber dem „Fremden" ist schwach differenziert, man kann sagen, dass er nach allen menschlichen Parametern (Alter, Bildung usw.) einen „Mittelwert" umfasste. Gerade diese Diffusion und Gestaltlosigkeit in soziologischer Hinsicht zeugt vom Fehlen autoritativ-moralischer, kultureller oder sozialer Instanzen, die die Entwicklung negativer sozialer Stimmungen blockieren oder die Massenängste und -spannungen beseitigen könnten. In dieser Situation stellt die Beibehaltung und mehr noch die Stärkung des Einflusses extremistischer Gruppierungen und Bewegungen, mag er auch in seiner politischen Randständigkeit begrenzt sein, eine ernsthafte Gefahr dar.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

„Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe." Ein Gespräch mit Prof. Dr. Uwe Backes

Prof. Dr. Uwe Backes hat sich bereits in seiner Dissertation zum Thema „Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie" (1987) mit radikalen politischen und gesellschaftlichen Strömungen befasst. Lehraufträge und Forschungsaufenthalte führten ihn u. a. nach Paris, Washington und London. Seit 1999 ist er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden tätig. Die Fragen stellte Christof Dahm.

Sie sind Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden. Können Sie kurz die Schwerpunkte Ihrer Arbeit im Bereich „Rechtsextremismus" erläutern und dabei auch den Begriff „Totalitarismusforschung" umschreiben?

Die Bezeichnung „Totalitarismusforschung" im Namen unseres Instituts soll zum Ausdruck bringen, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts, insbesondere den beiden deutschen, dem NS- und dem SED-Regime, das Zentrum seiner Arbeit bildet. Die Extremismusforschung ist damit eng verbunden, denn Extremismen lassen sich als politische Gesinnungen und Bestrebungen definieren, die fundamentale Werte und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten nicht anerkennen und mithin auf diktatorische (autoritäre oder totalitäre) Gestaltungsformen hinauslaufen.

Der Rechtsextremismus ist davon nur eine von mehreren Varianten. Aber er hat uns in den letzten Jahren besonders intensiv beschäftigt – aus aktuellen wie historischen Gründen. Mit der NPD ist im Jahr 2004 eine Partei mit 9,2 Prozent der Stimmen erstmals in den Sächsischen Landtag eingezogen (zum zweiten Mal 2009 mit immerhin noch 5,6 Prozent), die

selektiv an den historischen Nationalsozialismus anknüpft und überdies eine Art Symbiose mit militanten rechtsextremen Szenen bildet (NS-affine „Kameradschaften", Skinheads usw.). Im Auftrag des Bundeskriminalamts haben wir in einem interregionalen Vergleich untersucht, in welcher Weise Wahlerfolge der NPD das Ausmaß politisch motivierter Gewalt beeinflussen. Interessierte können die in der BKA-Schriftenreihe publizierten Ergebnisse auf unserer Institutshomepage herunterladen.[1] Es liegt nahe, der Forschungsfrage auch international vergleichend nachzugehen. Erste Antworten finden sich in einem Band, der in Kooperation mit einem Straßburger Institut (Laboratoire Cultures et Sociétés en Europe der Universität Straßburg) entstanden ist: „The Extreme Right in Europe" (Hrsg.: Uwe Backes und Patrick Moreau, Göttingen 2012). Hier wird das gesamte Spektrum des organisierten Rechtsextremismus (Parteien, militante Szenen, Theoriezirkel) behandelt. Der Interaktionsdynamik gewaltgeneigter Extremismen geht ein soeben erschienenes Themenheft der Zeitschrift „Revue des Sciences Sociales" („Extrémismes et violences", hrsg. von Uwe Backes, Pascal Hintermeyer und Patrick Moreau) nach. In beiden Publikationen sind den mittelosteuropäischen Ländern eigene Beiträge gewidmet.

1 Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye: NPD-Wahlmonopolisierung und politisch motivierte Gewalt. Köln 2010 (download unter http://www.hait.tu-dresden.de/ext/details.asp?reihe=5&nr=172&la=1; letzter Zugriff: 10.07.2012).

Wie würden Sie die aktuelle Verbreitung rechtsextremistischer Strömungen außerhalb etablierter parteipolitischer Strukturen in Deutschland kennzeichnen? Gibt es besondere Schwerpunkte im Blick auf bestimmte gesellschaftliche Milieus?

Außerhalb etablierter parteipolitischer Strukturen angesiedelt ist ja auch die NPD, die es bundesweit auf nicht viel mehr als ein Prozent bringt. Nur in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist es ihr gelungen, sich „vor Ort" in einigen Landesteilen fester zu verankern und eine gewisse Stammwählerschaft (überwiegend jung, männlich, formal weniger gebildet) an sich zu binden, die neben Protestwählern für eine zweite Legislaturperiode in den Landesparlamenten gesorgt hat. Die NPD profitiert im östlichen Deutschland von autokratischen Erblasten aus realsozialistischer Zeit ebenso wie von den Folgen der postkommunistischen Systemtransformation mit ihren psychosozialen und ökonomischen Belastungen. Sie hat sich Mitte der 1990er Jahre auf diese Problemzonen konzentriert und sich gegenüber den dort stark verbreiteten militanten jugendlichen Subkulturen geöffnet. Daneben existiert aber nach wie vor eine von der Partei unabhängige NS-affine Szene mit „freien Kräften" und „Autonomen Nationalisten", die ihr Outfit teilweise von den linksmilitanten Kontrahenten der „Antifa" abgeschaut haben (schwarze Kapuzenpullover, Baseball-Kappen, Palästinensertücher usw.) und bei Demonstrationen oft aggressiv in Erscheinung treten. Sie teilen ihre Hy-

permaskulinität mit subkulturellen Jugendcliquen (Skinheads, Hooligans), die sich zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten (Hatecore-Musik, Alkohol, Fußball) zusammenfinden und anschließend pöbelnd und prügelnd durch die Lande ziehen, wenn sie nicht vorher von der Polizei gestoppt werden. Neben den meist emotional-hassgeladen und weitgehend planlos agierenden fremdenfeindlichen Gewalttätern haben sich immer wieder gewaltgeneigte Gruppen herausgebildet, die mit einer gewissen Systematik gegen ihre „Feinde" (Immigranten, Linke, Homosexuelle, Obdachlose) vorgehen, „Skinheadkontrollrunden" fahren, „national befreite Zonen" ausrufen oder sogar Brandanschläge begehen. Die im November 2011 bekannt gewordenen Mordtaten eines „Nationalsozialistischen Untergrundes" verweisen auf die Gefahr eines Rechtsterrorismus, die in den vergangenen Jahren eher unterschätzt worden ist.

Über welche Kontakte verfügen deutsche rechtsextreme Kreise ins Ausland? Für unsere Leser wäre besonders interessant, ob es Vernetzungen nach Mittel- und Osteuropa gibt.

Nationalisten tun sich im Allgemeinen schwerer als Internationalisten mit dauerhaften grenzüberschreitenden Bündnissen. Dies zeigt die Geschichte der gescheiterten Fraktionsbildungen im Europäischen Parlament. Allerdings enthält die Ideologie der härteren, an den Faschismen der Zwischenkriegszeit und/oder am historischen Nationalsozialismus orientierten Gruppierungen transnationale Ansätze. Dies gilt sowohl für die intellektuell anspruchsvolle Variante des „Ethnopluralismus" (verabsolutierende Definition des Menschen über seine ethno-kulturelle Zugehörigkeit bei gleichzeitiger Betonung der Gleichrangigkeit der „Ethnien"), wie sie von der französischen „Neuen Rechten" verbreitet worden ist, als auch für die plumpe Version der „weißen Vorherrschaft" („white power", „white supremacy"), die etwa vom NS-affinen Skinhead-Netzwerk „Blood & Honour" („Blut und Ehre" in Anlehnung an die Grußformel der Hitlerjugend) und dessen „bewaffnetem Arm" „Combat 18" (18 steht für die Buchstaben A und H im Alphabet: Adolf Hitler) verfochten wird. „Blood & Honour" ist zwar in Deutschland seit 2000 verboten, aber damit sind die mit dem Netzwerk liierten Personen nicht zur Inaktivität verdammt, zumal mit dem Internet ein grenzüberschreitendes Kommunikationsmedium zur Verfügung steht, das auch Rechtsextremisten rege nutzen. Nicht zuletzt auf diesem Wege werden die Kontakte zwischen den „Blood & Honour"-„Divisionen" (meist kleine Gruppen gewaltgeneigter Aktivisten) gepflegt, die es in den meisten europäischen Staaten gibt, darunter auch in Polen, Tschechien, der Slowakei, der Ukraine und Serbien. In Ungarn ist die Gruppierung zwar seit 2004 verboten, aber dennoch weiter aktiv. Am 10. Februar 2007 sprach sogar der damalige NPD-Vorsitzende Voigt auf dem von „Blood & Honour Ungarn" organisierten „Tag der Ehre" in Budapest

(im Gedenken an den Ausbruchsversuch von Waffen SS-Einheiten aus dem von der Roten Armee eingekesselten Budapest). Und wenige Tage später nahmen ungarische Mitglieder von „Blood & Honour" am Gedenkmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens an der Seite führender NPD-Repräsentanten teil.

Allerdings hat die NPD diese Kontakte nicht an die große Glocke gehängt, während sie aus ihren Beziehungen zu den ungarischen Ultranationalisten der „Jobbik"-Partei keinen Hehl macht. Der „Jobbik"-Vorsitzende Gábor Vona gab dem NPD-Organ „Deutsche Stimme" ein Interview, und der NPD-Vorsitzende Voigt gratulierte der Partei im Mai 2010 zu ihrem Sieg bei den ungarischen Parlamentswahlen (16,7 Prozent). Dagegen hält die NPD Distanz zu den etwas gemäßigteren rechtspopulistischen Parteien, deren Repräsentanten Strache (Freiheitliche Partei Österreichs), Stadtkewitz (Die Freiheit, Deutschland), Wilders (Partei für die Freiheit, Niederlande), Dewinter (Vlaams Belang, Belgien) und Ekeroth (Schwedendemokraten) im Dezember 2010 nach Jerusalem fuhren, um dort ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels abzulegen und zum gemeinsamen Kampf gegen den Islam aufzurufen („Jerusalem-Erklärung"). Die „Pseudopatrioten" hätten sich damit auf die Seite der „Imperialisten" geschlagen, hieß es im NPD-Parteiorgan.

Welche Informationen und Bildungsangebote können Ihrer Meinung nach dazu beitragen, rassistische, antisemitische und andere rechtsextreme Vorurteile und Feindbilder abzubauen? Welche Rolle könnten die Kirchen spielen?

Die Kirchen können mit ihren Bildungseinrichtungen und ihrem gesellschaftlichen Einfluss einen großen Beitrag zur notwendigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (wie auch anderen Formen des politischen Extremismus) leisten. Dabei geht es erstens um umfassende, differenzierte Aufklärung und Information insbesondere über die Gefahren, die von rechtsextremen Ideologien und Politikangeboten für das friedliche Miteinander in Vielfalt und Toleranz unter Respektierung des Anderen ausgehen. Zweitens können sich die Kirchen der (potenziellen) Opfer rechtsextremer Aktivitäten annehmen – und zwar unabhängig von deren religiöser oder weltanschaulicher Orientierung. Sie können Zeichen der Solidarität setzen, bedrohten Minderheiten mit schwacher Lobby das Gefühl vermitteln, dass sie ein anerkannter Teil der Gesellschaft sind und sich die Mehrheitsbevölkerung auch für ihre Rechte einsetzt und Rechtsverletzungen zutiefst missbilligt. Drittens können die Kirchen mit ihrer moralischen Autorität für einen angemessenen Umgang mit dem Rechtsextremismus eintreten. Sie können aufzeigen, wie christliches Bürgerengagement aussehen kann und wo es – im Sinne der Kardinaltugend der Mäßigung – seine Grenzen finden sollte: nämlich dort, wo Rechtsextremisten nicht mehr als Menschen wahrgenommen und be-

handelt werden und man glaubt, ihnen mit ungesetzlichen und gewaltsamen Mitteln entgegentreten zu dürfen.

Wie beurteilen Sie aus der Sicht des Wissenschaftlers die Chancen für ein Verbot der NPD? Würde es zu einer Abschwächung der „rechten Szene" beitragen oder eher zur Verstärkung rechtsextremer Entwicklungen in der Illegalität führen?

Die NPD ist nach meiner Überzeugung (und der der großen Mehrheit der professionellen Beobachter) eine rechtsextremistische Partei, die aggressiv-kämpferisch an der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung arbeitet. Sie erfüllt somit die Voraussetzungen für ein Parteiverbot. Dessen Befürworter können gute Gründe ins Feld führen: Die Partei ist angesichts ihrer geistigen Nähe zum historischen Nationalsozialismus eine permanente Provokation, bedroht in unserem Land lebende Minderheiten (nicht zuletzt die jüdische), ist mit militanten Szenen verflochten – und wird mit Steuergeldern unterstützt. Dieser für viele unerträgliche Zustand würde, so hoffen sie, durch das Verbot beendet.

Aber schon an diesem Punkt setzen die Argumente der Verbotsskeptiker (zu denen ich selbst zähle) ein. Sie befürchten vor allem, dass das Verbot die erhofften positiven Wirkungen verfehlen und dafür umso mehr negative Konsequenzen nach sich ziehen könnte: Wäre nicht nach dem Verbot mit Neugründungen zu rechnen, die das politische Potenzial rechts der Unionsparteien womöglich auf elegantere, weniger anfechtbare Weise kanalisierten? Das NPD-Verbot bedeutete dann ungewollte Starthilfe für eine rechtspopulistische Formation von der Art jener Parteien, welche die erwähnte „Jerusalem-Erklärung" unterzeichnet haben. Eine solche Partei könnte nur einen Teil der NPD-Anhänger binden, sodass der radikalere Rest unter Umständen noch gewaltbereiter würde. Schlimmstenfalls entstünde ein rechtsterroristischer Untergrund mit weit mehr Unterstützern, als bislang im Umfeld der „Zwickauer Terrorzelle" gesichtet worden sind. Verbotsskeptiker können auf die relative Folgenlosigkeit (gemessen an der Entwicklung des Anhängerpotenzials gewaltgeneigter Gruppierungen) der Auflösung einer beträchtlichen Zahl rechtsextremistischer Gruppierungen in Bund und Ländern seit 1990 verweisen. Aber selbst wenn die von ihnen befürchteten negativen Effekte eines NPD-Verbots weitgehend ausbleiben, ist das Thema Rechtsextremismus damit wohl kaum erledigt. Die Auseinandersetzung mit ihm stellt nach aller Erfahrung eine gesellschaftliche Daueraufgabe dar.

Bücher

József Bayer: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2002), S. 265-280.

Wolfgang Benz (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt (Main): Fischer, 1994.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing-Extremism in Europe. Gütersloh 2009.

Helmut Fröchling: Die ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus. Grundstrukturen rechtsextremistischer Weltanschauung. Politischer Stil, Strategien und Methoden rechtsextremer Propaganda. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin: Espresso, 1996, S. 84-123.

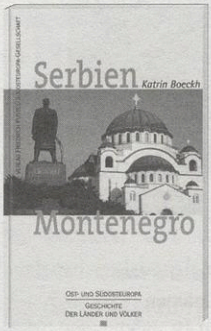
Willibald I. Holzer: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993, S. 11-96.

Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2001.

Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.): Europa auf dem „rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2011. (Auch online verfügbar: http://library.fes.de/pdf-files/do/08337.pdf)

Joachim H. Schwagerl: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt (Main): Fischer TB, 1993.

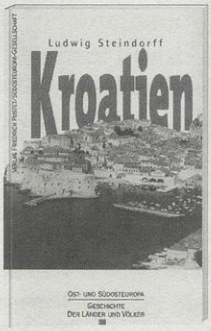
Geschichte der Länder Ost- und Südosteuropas



256 S., 26 Abb., 5 Karten, frz. Br.
ISBN 978-3-7917-2169-9, € (D) 26,95

Katrin Boeckh
Serbien und Montenegro
Geschichte und Gegenwart

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der serbischen und montenegrinischen Geschichte mit Schwerpunkt auf den dramatischen Ereignissen im 20. Jahrhundert.



2. Aufl., 272 S., 16 Bilds., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-2100-2, € (D) 26,95

Ludwig Steindorff
Kroatien
Vom Mittelalter bis zur Gegenwart

„Für seine umfassende und gleichzeitig vielfältige Information ... ist dem Autor zu danken." SÜDOSTEUROPA MITTEILUNGEN

296 S., 16 Bilds., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-2169-9, € (D) 26,95

Katrin Boeckh / Ekkehard Völkl
Ukraine
Von der Roten zur Orangenen Revolution

Die Darstellung versucht erstmals das innenpolitisch wichtigste Ereignis seit der Unabhängigkeit – die Orangene Revolution – in einen historischen Kontext zu setzen.

264 S., Karten, Zeittafeln
ISBN 978-3-7917-1751-7, € (D) 26,95

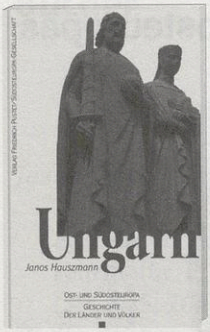
Tanja Wagensohn
Russland nach dem Ende der Sowjetunion

Seit Russland 1991 aus dem Schatten der kommunistischen Diktatur getreten ist, erschüttern politische Umbrüche und Krisen das Land. Antworten auf Fragen des Westens, der oft verständnislos auf das postsozialistische Szenario blickt.

VERLAG FRIEDRICH PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

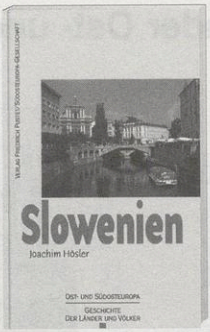
Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de



Janos Hauszmann
Ungarn
Vom Mittelalter bis zur Gegenwart

Im Mittelalter war Ungarn noch eines der mächtigsten Königreiche Mitteleuropas. Eine spannende Zeitreise durch die bewegte ungarische Geschichte!

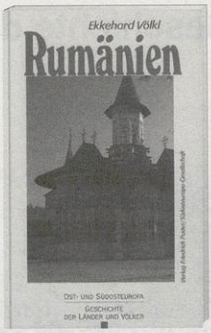
304 S., 22 Abb., Kart., Zeittaf., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-1908-5, € (D) 26,95



Joachim Hösler
Slowenien
Von den Anfängen bis zur Gegenwart

Die erste deutschsprachige Geschichte Sloweniens! Wie kam es zum Zusammenschluss mit Kroaten und Serben in zwei ganz unterschiedlichen Staaten? u. v. m.

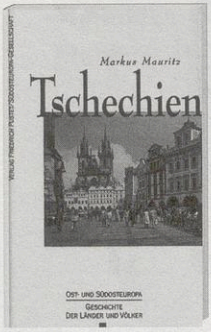
264 S., 16 Bilds., 6 Textabb., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-2004-3, € (D) 26,95



Ekkehard Völkl
Rumänien
Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Die wichtigsten Etappen der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Rumäniens. Kompetent geschrieben und gut lesbar!

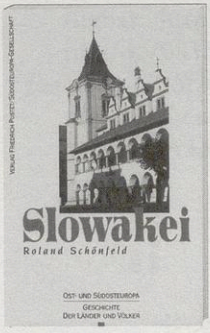
280 S., Kart., Zeittaf., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-1463-9, € (D) 26,95



Markus Mauritz
Tschechien

262 S., Kart., Zeittaf., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-1769-2
(D) 26,95

Fachlich kompetent und sprachlich gewandt spannt der Autor den Bogen von der nationalen Wiedergeburt der Tschechen im 19. Jahrhundert und der Gründung der Ersten Republik 1918 bis in unsere Gegenwart.



Roland Schönfeld
Slowakei
Vom Mittelalter bis zur Gegenwart

288 S., Kart., Zeittaf., frz. Br.
ISBN 978-3-7917-1723-4
(D) 26,95

Die Slowaken sind von der historischen Forschung bisher wenig beachtet worden. Eine Gesamtschau der wechselvollen und tragischen Geschichte der Slowaken, ihres Kampfes um Selbstbestimmung und kulturelle Identität.

VERLAG FRIEDRICH PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

Editorial

Ein Blick auf die europäische Landkarte zeigt, dass Deutschland und Tschechien im wahrsten Sinn des Wortes eng miteinander verzahnt sind. Vor 1989 war dies nicht so deutlich zu erkennen: Für die „alte" Bundesrepublik lag dieser Nachbar im Südosten und war in erster Linie ein Nachbar für Bayern; etwas deutlicher war die Nähe für die DDR erkennbar, hier war es der einzige Nachbar im Süden. Noch etwas war allerdings vor 1989 für die Westdeutschen anders. Für sie lag dieses Land mit den vielen, oft unkorrekten oder unvollständigen Bezeichnungen (Tschechoslowakei, ČSSR, Tschechei, Böhmen und Mähren usw.) jenseits des Eisernen Vorhangs und war damit trotz der seit den sechziger Jahren bestehenden Reisemöglichkeiten ein Land, vor dem eine gewisse Scheu bestand. Zwar war der „Prager Frühling" 1968 mit viel Sympathie beachtet, seine Niederschlagung mit Empörung aufgenommen worden – dennoch herrschte Zurückhaltung vor, die oft in Unverständnis und auch Unkenntnis einmündete.

Eine Ausnahme bildeten die Deutschen mit familiären Wurzeln in der Tschechoslowakei, pauschal als „Sudetendeutsche" (und „Karpatendeutsche") bezeichnet. Bis heute wissen nur wenige Deutsche und Tschechen, dass trotz der historischen Belastungen infolge von Krieg und Vertreibung von diesen Menschen schon früh vielfältige Kontakte in die alte Heimat aufgebaut wurden.

Die Geschichte schlägt gelegentlich seltsame Haken, denn im zusammenwachsenden Europa, in dem die Grenzen immer bedeutungsloser werden, gibt es seit 1990 *einen* deutschen Staat, dafür aber seit 1993 *zwei Staaten* auf dem Gebiet der Tschechoslowakei. Der westliche der beiden, offiziell „Tschechische Republik" genannt, ist der Staat, mit dem Deutschland die längste gemeinsame Grenze hat. Wie ist heute, fast ein Vierteljahrhundert nach der „Wende", das Verhältnis der Staaten zueinander – und viel wichtiger: Was wissen die Menschen voneinander? Wie gehen sie mit den immer noch langen Schatten der gemeinsamen Geschichte um? Das vorliegende Heft möchte die Leserinnen und Leser dazu anregen, über diese und andere Themen im Verhältnis zwischen zwei engen Nachbarn in Mitteleuropa nachzudenken.

Die Redaktion

Tobias Weger

Tschechien – ein historischer Abriss

Dr. Tobias Weger ist Historiker und Übersetzer und seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) in Oldenburg.

Mit der Tschechischen Republik verbindet die Bundesrepublik Deutschland die längste gemeinsame Grenze, und dennoch sind Kenntnisse zur Kultur und Geschichte dieses Nachbarlandes hierzulande nur schwach ausgeprägt. Der vorliegende Artikel kann diese Lücke nicht ausfüllen, möchte aber für eine weitere Befassung mit Tschechien Neugierde wecken.

Ein Nachbarland in der Mitte Europas

Die heutige Tschechische Republik gehört zu den beliebten Reisezielen deutscher Touristen, und auch deutsche Investoren haben das östliche Nachbarland in der Europäischen Union, mit dem die Bundesrepublik Deutschland die längste gemeinsame Grenze verbindet, als Feld ihrer Aktivitäten entdeckt. Dennoch gestaltet sich diese Nachbarschaft nicht immer unproblematisch: Nur wenige deutsche Besucher besitzen Grundkenntnisse von Geschichte und Kultur des Landes. Hinzu treten im deutschsprachigen Raum seit langem verbreitete Stereotypen und Vorurteile gegenüber den Tschechen, die in manchen Fällen bis heute die mannigfaltigen kulturellen Gemeinsamkeiten zu überlagern scheinen. Man gesteht den Tschechen zwar ihre Musikalität und eine wohlschmeckende Küche zu, und auch der Fleiß tschechischer Arbeit wird weithin geschätzt. Doch gelten andererseits tschechische Ortsnamen aufgrund ihrer für deutsche Augen ungewöhnlichen Konsonantenreihungen und diakritischen Zeichen vielfach als „böhmische Dörfer". Häufig wird die Tschechische Republik noch heute – mit allen entsprechenden Konnotationen – dem „Osten" Europas zugerechnet, worauf in der Regel von tschechischer Seite darauf verwiesen wird, dass Prag/Praha

geographisch weiter im Westen liegt als etwa die österreichische Hauptstadt Wien.

Böhmische Dörfer

Böhmische Dörfer heißt ein 1987 erschienenes Buch über eine verlassene literarische Landschaft. Mit dieser war aber nicht die tschechische, sondern die deutschsprachige Literatur Prags und der böhmischen Länder gemeint, von der niemand mehr viel Ahnung hatte. Wieso aber wird etwas Unbekanntes, Unverständliches oder Rätselhaftes gerade als „böhmisches Dorf" bezeichnet? Möglicherweise waren es die fremd klingenden Namen tschechischer Ortschaften, die diesen Eindruck bei den deutschsprachigen Bewohnern der böhmischen Länder oder bei Reisenden hinterließen. Plausibler ist aber eine ältere Herleitung: Nach dem Dreißigjährigen Krieg waren die böhmischen Länder verwüstet, die Landschaft verlassen, die Ortschaften zerstört – dies rief die Assoziation des Unheimlichen und Fremden hervor. Womöglich klingt darin auch eine noch ältere Erinnerung an die gebrandschatzten Dörfer der Hussitenkriege nach.

Kommt Ihnen das spanisch vor? Dann denken Sie an die böhmischen Dörfer der Tschechen: „Španielská vesnice" (spanische Dörfer)!

Anna Knechtel

In der Alltagssprache verwendet man in Deutschland kaum die seit dem 1. Januar 1993 – seit der Auflösung der Tschechoslowakei (Československo) – offizielle Benennung „Tschechische Republik" (Česká republika), sondern eher die Kurzform „Tschechien". Die Tschechische Republik setzt sich aus den historischen Landesteilen Böhmen (Čechy), Mähren (Morava) und Schlesien (Slezsko) zusammen. Trotz der langen Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Staatenverbänden weist das Land eine über Jahrhunderte zurückzuverfolgende Kontinuität auf, die bei seinen Bewohnern ihren Widerhall in einem ausgeprägten historischen Bewusstsein gefunden hat. Der folgende Beitrag kann nur die groben Linien dieser Entwicklung nachzeichnen, wobei aber viele Verflechtungen mit der gesamteuropäischen Geschichte sichtbar werden.

Das Land weist eine über Jahrhunderte gewachsene Kontinuität auf, die zu einem ausgeprägten historischen Bewusstsein seiner Bewohner geführt hat.

Přemysliden und Luxemburger

Lange vor der Einwanderung germanischer Stämme in das Gebiet des späteren Böhmens lebten dort bereits Angehörige anderer Völker, etwa

seit dem 3. Jahrhundert v. Chr. die keltischen Bojer, von denen das Land seinen deutschen Namen „Böhmen“ (lat. „Bohemia“) bezogen haben dürfte, von denen aber auch zahlreiche Flur- und Gewässerbezeichnungen stammen. Ab dem 1. nachchristlichen Jahrhundert kamen die germanischen Markomannen ins Land, die jedoch nach etwa 400-500 Jahren größtenteils durch von Osten hinzukommende Slawen verdrängt wurden. Es handelte sich zunächst noch nicht um eine einheitliche Gruppe, sondern um unterschiedliche Stammesverbände. Wie Polen, Sorben und Slowaken gehörten sie der Gruppe der Westslawen an, die untereinander sprachlich verwandt sind. Sie gerieten im 9. Jahrhundert in den Einflussbereich des Großmährischen Reiches, das allerdings schon um das Jahr 907 unterging. Parallel dazu begann der Aufstieg der mittelböhmischen Adelssippe der Přemysliden. Sie einten die einzelnen Stämme, die sich nun in ihrer Gesamtheit als „Tschechen“ (Češi) begriffen. Über ihre Frühgeschichte ist, abgesehen von archäologischen Funden, relativ wenig bekannt. Dafür sind zahlreiche Sagen überliefert, die im kollektiven Bewusstsein bis heute fortleben: etwa von der Fürstin Libuše, die den Pflüger Přemysl geheiratet und mit ihm die Dynastie der Přemysliden begründet habe. In einer Vision habe sie den Aufstieg Prags zu einer machtvollen Großstadt vorhergesehen.

Der Přemyslidenherzog Bořivoj und dessen Frau Ludmila empfingen um 885 von Method die christliche Taufe. Nach der Rückkehr aus dem Exil in Mähren begründeten sie auf dem Hradschin/Hradčany eine Burg, den Kristallisationspunkt der späteren Hauptstadt Prag. In der Folgezeit entwickelten die Bistümer Mainz und Regensburg einen prägenden Einfluss auf die Christianisierung und die Kirchenorganisation Böhmens. Diese wurde im Jahre 973 durch die Gründung des Bistums Prag auf eine neue Grundlage gestellt. Prag war zu jener Zeit bereits eine ansehnliche feste Stadt.

Der Machtausbau der Přemysliden in Böhmen erfolgte unterdessen nicht ohne Hindernisse. Im Jahre 929 oder 935 ermordete der spätere Herzog Boleslav I. seinen regierenden Bruder Wenzel/Václav I., der später heiliggesprochen und in den Rang eines Landespatrons erhoben wurde. Die Familie musste sich aber auch konkurrierender Sippen erwehren, von denen am prominentesten die Slavnikiden waren, deren Familienmitglieder um 995 nahezu vollständig umgebracht wurden. Ihnen gehörte auch der heilige Adalbert/Vojtěch an, der allerdings nicht dem Komplott zum Opfer fiel, sondern 997 an der Ostseeküste als Missionar von den heidnischen Pruzzen erschlagen wurde.

Kaiser Heinrich IV. ernannte im Jahre 1085 Herzog Vratislav II. von Böhmen zum König. Diese Erhebung diente ebenso der eigenen Machtsicherung wie die von Friedrich I. Barbarossa im Jahre 1158 gewährte Königserhebung Vladislavs II. Unter seinen Nachfolgern wurde ab 1212 die böhmische Krone erblich, das somit vom Herzogtum zum Königreich aufgestiegene Böhmen galt in Europa als ein vornehmer und aufgrund seiner Machtfülle und ökonomischen Bedeutung ernstzunehmender Faktor. Einen Großteil seiner wirtschaftlichen Stärke bezog es aus seinen reichen Bodenschätzen, etwa Silber aus Kuttenberg/Kutná Hora, und seinen spezialisierten Handwerkszweigen; die Glasbläserei oder die Erzeugung von Gegenständen aus Zinn entfalteten gerade in Böhmen eine besondere Blüte. Ein dichtes Netz an Städten überzog das Land.

König Přemysl Otakar II. bestimmte in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts für 25 Jahre wesentlich die Geschicke Mitteleuropas, ehe er 1278 in der Schlacht auf dem Marchfeld gegen Rudolf I. von Habs-

„Landkarte der Böhmischen Länder vor den Schlesischen Kriegen und dem Verlust des größten Teils Schlesiens. Tobias Conrad Lotter, Augsburg, zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts“ (Sammlung Tobias Weger)

burg den Tod fand. Přemysl Otakars Sohn Wenzel/Václav II. konnte Böhmen noch einmal eine glanzvolle Zeit sichern und seine Herrschaft sogar auf Polen ausdehnen. Im Zuge des Landesausbaus kamen seit dem hohen Mittelalter Siedler aus dem Westen, aus den deutschen Landen, aber auch aus Flandern und Frankreich in bisher kaum erschlossene Gebiete an den gebirgigen Rändern Böhmens, Mährens und Schlesiens, aber auch in zahlreiche Städte. Sie wurden zunächst als „Gäste" (hospites) unter den Schutz der Herrscher gestellt; ihre Nachfahren wurden allerdings zu gleichberechtigten Untertanen, die sich nur durch den Gebrauch der deutschen Sprache von ihren tschechischen Nachbarn unterschieden.

Die letzte Přemyslidin, Eliška (eine Schwester Wenzels II.), heiratete Johann von Luxemburg, der eine bis ins frühe 15. Jahrhundert fortdauernde Dynastie auf dem böhmischen Thron begründete. Ihr gemeinsamer Sohn Karl, als Karl IV. Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, gilt bis heute als der bedeutendste Herrscher Böhmens. Er vergrößerte das Territorium der von nun an so bezeichneten „Länder der Böhmischen Krone" (Corona Bohemiæ) um Schlesien und die Ober- und Niederlausitz. Prag, das Karl IV. erheblich ausbauen ließ, wurde vorübergehend zu einem Mittelpunkt des Heiligen Römischen Reiches; die unweit davon errichtete Burg Karlstein/Karlštejn diente zeitweise der Aufbewahrung der Reichskleinodien. An dieser Burg wie auch an weiteren profanen und sakralen Bauten war der Baumeister Peter Parler aus Schwäbisch Gmünd beteiligt. Im Jahre 1344 konnte Karl IV. die Erhebung Prags zum Erzbistum erreichen, dem die Bistümer Leitmeritz/Litoměřice und Olmütz/Olomouc unterstanden. Als Stätte der Bildung stiftete er außerdem im Jahre 1348 die nach ihm benannte Karlsuniversität in Prag, die älteste mitteleuropäische Hochschule nördlich der Alpen.

Hussiten und Böhmische Brüder

Unter Karls Nachfolgern machten sich soziale und kulturelle Spannungen bemerkbar. Sie wurden durch das Unbehagen vieler Theologen und Laien mit den bestehenden kirchlichen Verhältnissen noch verstärkt. Gestützt auf Thesen des englischen Reformators John Wyclif formulierte der Prager Universitätsmagister Jan Hus Vorschläge für einen kirchlichen Neuanfang. Hus wurde deshalb – unter ursprünglicher Zusicherung des freien Geleits – vor das Konzil von Konstanz zitiert, festgenommen, in einem Prozess wegen Ketzerei zum Tode verurteilt und 1415 auf

dem Scheiterhaufen verbrannt. Sein Martyrium löste eine revolutionäre Bewegung, den Hussitismus, aus, der wiederum durch einen Kreuzzug seitens des Heiligen Römischen Reiches bekämpft wurde. Gemeinsames Symbol der unterschiedlichen Strömungen der Hussiten war der Kelch, da während der Eucharistiefeier in Jan Hus' Sinne nicht nur den Geistlichen, sondern auch den Laien der Abendmahlskelch gereicht werden sollte. Aus den kriegerischen Auseinandersetzungen gingen die gemäßigten Hussiten als Sieger hervor. Eine weitere kirchliche Reformbewegung waren die Böhmischen Brüder, die später im Zuge der Gegenreformation vertrieben wurden. Ihnen gehörte etwa im 17. Jahrhundert der Theologe und Pädagoge Jan Amos Komenský/Comenius an, aber auch die Herrnhuter Brüdergemeinde führt ihre Wurzeln auf die Böhmischen Brüder zurück.

Böhmen unter der Herrschaft der Habsburger

Nach den Luxemburgern übernahmen Georg von Podiebrad und der ungarische König Matthias Corvinus die Macht in den böhmischen Ländern. Auf sie folgten die Jagiellonen mit ihrer prachtvollen Herrschaft in Böhmen, Polen und Ungarn. Als der letzte Jagiellone 1525 in der Schlacht bei Mohács gegen die Türken ums Leben kam, erbten die Habsburger seine Besitztümer und blieben für die folgenden vier Jahrhunderte Landesherren. Im Jahre 1526 traten sie die Herrschaft über die böhmischen Länder an. Bei allem gegenreformatorischen Impetus mussten sie sich in vielen Fällen dem Wohlwollen der böhmischen, mährischen und schlesischen Stände fügen. Als Phase einer reichen geistigen und künstlerischen Kultur gilt die Herrschaft Kaiser Rudolfs II. (reg. 1576-1612), der ähnlich wie Karl IV. in Prag seine Residenz aufschlug und Maler, Bildhauer, aber auch Wissenschaftler aus ganz Europa um sich scharte. Zum Konflikt kam es unter seinen Nachfolgern, als 1618 Mitglieder der protestantischen Stände drei Vertreter der kaiserlichen Macht aus einem Fenster der Prager Burg warfen. Die drei überlebten zwar den „Fenstersturz", doch löste dieser den Dreißigjährigen Krieg aus, der auch die bömischen Länder stark in Mitleidenschaft zog. Die protestantische Seite, die den Calvinisten Friedrich von der Pfalz zum antihabsburgischen Gegenkönig gewählt hatte, erlitt gleich zu Beginn in der Schlacht auf dem Weißen Berg (1620) eine Niederlage. Zu den führenden Protagonisten des Krieges gehörte der böhmische katholische Adlige Albrecht von Wallenstein/Valdštejn, der 1634 in Eger/Cheb ei-

nem Mord zum Opfer fiel. Die Protestanten wurden aus Böhmen vertrieben oder mussten konvertieren; ein großer Teil des tschechischen Adels wurde von den Habsburgern durch Neuankömmlinge aus deutschen Landen oder Italien ersetzt. Die Gegenreformation löste einen Exodus aus, sie beflügelte aber auch die noch heute spürbare Barockkultur, etwa die Verehrung des heiligen Johannes von Nepomuk.

Unter der Herrschaft Maria Theresias (reg. 1740-1780) verloren die böhmischen Länder den größten Teil Schlesiens an Preußen. Die von ihr und ihrem Sohn Joseph II. betriebene Politik des „aufgeklärten Absolutismus", die das Deutsche als alleinige Verwaltungssprache durchsetzen wollte, bewirkte bei einem Kreis tschechischer Intellektueller eine Gegenbewegung: Auf einmal wurde es wieder modern, tschechisch zu schreiben und zu publizieren. Die „nationale Wiedergeburt" brachte eine Vielzahl neuer Zeitungen und Zeitschriften, Theaterhäuser und anderer Institutionen hervor. Die tschechische Schriftsprache wurde reformiert, und langsam erlebte das Bewusstsein dafür, dass die Tschechen eine gleichberechtigte Nation neben den Deutschen innerhalb der Habsburger Monarchie seien, eine Renaissance. Der bedeutende Landeshistoriograph František Palacký (1798-1876) strebte beispielsweise noch nicht nach einem eigenen tschechischen Nationalstaat, sondern nach einer Emanzipation der slawischen Völker innerhalb der Monarchie („Austroslawismus"). In der Revolution von 1848 widersetzten sich die Tschechen dem Ansinnen des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments nach einer Einverleibung in einen großdeutschen Nationalstaat. Je mehr im 19. Jahrhundert auch die Tschechen von der Industrialisierung Böhmens profitierten, gleichzeitig aber die fortdauernde Missachtung ihrer nationalen Identität erfuhren (vor allem nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867), desto stärker setzte sich bei der jüngeren Generation das Bewusstsein durch, nur in einem national selbstverwalteten Staat ihre Rechte verwirklicht sehen zu können. Im späten 19. Jahrhundert existierten in den böhmischen Ländern daher zwei weitgehend parallele nationale Gesellschaften, eine tschechische und eine deutsche. Ab 1880 war das Tschechische neben dem Deutschen eine der beiden offiziellen Amtssprachen. Sinnbildlich für den Sprachenstreit stand die Trennung der Prager Universität in eine tschechische und eine deutsche Hochschule im Jahre 1882.

Im späten 19. Jahrhundert existierten in den böhmischen Ländern zwei weitgehend parallele nationale Gesellschaften, eine tschechische und eine deutsche.

Die Tschechoslowakei – ein eigener Staat

Die Niederlage der Habsburgermonarchie im Ersten Weltkrieg beschleunigte die Eigenstaatlichkeit, die im Herbst 1918 gemeinsam mit den Slowaken realisiert wurde. Exilpolitiker in den USA und in Frankreich hatten dafür den Grundstein gelegt. Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag die Tschechoslowakische Republik (Československá republika) proklamiert. Ihr erster Präsident wurde der Philosoph Tomáš G. Masaryk, der dem neuen Staat seinen prägenden Stempel aufdrückte. Er und sein enger Mitarbeiter und Nachfolger Edvard Beneš schufen eine solide wirtschaftliche Grundlage für die meisten Bürger des Staates. Ab der Mitte der 1920er Jahre waren auch deutsche Minister an den Regierungen beteiligt. Dennoch förderten unterschiedliche Faktoren, darunter die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929, bei vielen deutschen Bürgern das Gefühl, benachteiligt zu sein. Während viele von ihnen der Tschechoslowakei gegenüber loyal blieben, schlossen sich andere nationalistischen und nationalsozialistischen Gruppen an. Einen durchschlagenden Erfolg erzielte in den 1930er Jahren die Sudetendeutsche Partei des Turnlehrers Konrad Henlein. Die von ihm mit initiierte „Sudetenkrise" endete 1938 mit dem Münchner Abkommen, aufgrund dessen die Tschechoslowakei die mehrheitlich von deutschsprachigen Bürgern bewohnten Randgebiete an das Deutsche Reich abtreten musste. Wenige Monate später wurde der Rest des Landes von Deutschland annektiert, während sich die Slowakei als faschistischer Marionettenstaat für autonom erklärte. Zwischen 1938 und 1945 leisteten sehr viele Tschechen Zwangsarbeit für die NS-Kriegswirtschaft. Viele böhmische und mährische Juden deportierten die Besatzer ins Ghetto Theresienstadt, von dort aus weiter in die Vernichtungslager, wo die meisten von ihnen ums Leben kamen. Das erfolgreiche Attentat des tschechoslowakischen Widerstands auf den stellvertretenden „Reichsprotektor" Reinhard Heydrich im Mai 1942 hatte eine brutale Vergeltungsaktion zur Folge, als deren weltweit bekannter Symbolort Lidice gilt, dessen männliche Bewohner erschossen und dessen Frauen und Kinder verschleppt wurden.

Befreiung, kommunistische Diktatur und neue Freiheit

Nach der Befreiung des Landes von der NS-Herrschaft wurde die Tschechoslowakei wiederbegründet. Bereits während des Zweiten Weltkriegs war beschlossen worden, die Deutschen auszuweisen, um künftig Minderheitenproblemen vorzubauen. Mit Billigung der Alliierten wurde

dieser Plan in den Jahren 1945-1948 umgesetzt: Mehr als 3 Millionen Deutsche wurden vertrieben bzw. ausgesiedelt, während etwa 200.000 von ihnen – anerkannte Antifaschisten oder Ehepartner national gemischter Ehen – im Lande bleiben konnten.

Im Februar 1948 übernahmen die Kommunisten, die bereits 1946 in freien Wahlen zur stärksten Partei geworden waren, in einem Putsch die alleinige Macht. Sie errichteten eine stalinistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild, verstaatlichten die meisten Wirtschaftsbetriebe und beschränkten die Rechte der Bürger in starkem Maße. Gegen die verkrusteten Strukturen begehrte in den 1960er Jahren eine Gruppe jüngerer Kommunisten auf und initiierte damit einen Diskussionsprozess, dessen Kontrolle dem Regime aus den Händen zu gleiten drohte. Der „Prager Frühling" fand ein Ende, als im August 1968 Truppen des Warschauer Pakts einmarschierten und die Fortdauer der kommunistischen Herrschaft sicherten. Gegen die „Normalisierung" mit ihrer eklatanten Verletzung von Menschenrechten wehrten sich Dissidenten, deren bekannteste Gruppe die so genannte „Charta 77" war. In jenen Jahren erfolgten die nachhaltigsten Eingriffe in das Lebensumfeld der Menschen: der Bau riesiger Plattenbausiedlungen in den Städten und auf dem Lande, eine rücksichtlose Industrialisierung auf Kosten der Umwelt und eine Beschneidung bürgerlicher Freiheiten. Erst die allgemeine Veränderung innerhalb des Warschauer Pakts in den späten 1980er Jahren machte den Umbruch möglich. Im Herbst 1989 brach unter dem Druck von massenhaften Demonstrationen die kommunistische Herrschaft in der „samtenen Revolution" zusammen und der ehemalige Dissident Václav Havel wurde zum neuen Staatspräsidenten gewählt.

Bereits 1946 wurden die Kommunisten in freien Wahlen zur stärksten Partei der Tschechoslowakei.

In einer für viele Bürger schwierigen Transformationsphase mussten die verkrustete, auf die Bedürfnisse des Staates und des „Ostblocks" abgestimmte Wirtschaft modernisiert und die sichtbaren Schäden des kommunistischen Regimes beseitigt werden. Hinzu kamen nie geklärte Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken, die 1993 zur Auflösung der Tschechoslowakei und damit zur Gründung der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik führte. Beide Länder sind jedoch inzwischen Mitglieder der NATO, der Europäischen Union und weiterer supranationaler Institutionen geworden und pflegen eine gute Nachbarschaft.

Mathias Marquard

Die politische Entwicklung in Tschechien seit 1989

Mathias Marquard, M. A., Mag. rer. publ., hat in Regensburg Politikwissenschaft, Slavistik und Geschichte sowie in Speyer Verwaltungswissenschaften studiert. Derzeit ist er in der Geschäftsführung des Fachbereiches 6 für Kultur- und Sozialwissenschaften an der Universität Landau tätig.

Zwei Jahre sind es, die für die neueste Entwicklung der Tschechoslowakei von einschneidender Bedeutung sind: 1989, das Jahr der „samtenen Revolution", und 1993, die Entstehung der zwei souveränen Staaten Tschechien und Slowakei. Beide Veränderungen verliefen nahezu gewaltlos, jedoch hat es im politischen und gesellschaftlichen Leben Tschechiens seither manche Brüche gegeben, wie im folgenden Beitrag deutlich wird.

Die „samtene Revolution" von 1989

Was in Polen Monate und in Ungarn Wochen dauerte, erfolgte in der Tschechoslowakei praktisch in wenigen Tagen. Davon war gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation nicht unbedingt auszugehen, denn der Lebensstandard war spürbar höher als in den anderen kommunistischen Ländern. Doch indem das Regime jede Liberalisierung zu verhindern bemüht war, schnitt es sich ideell wie personell selbst von einem potenziellen reformkommunistischen Hinterland ab und konnte so beim Übergang 1989 keine Rolle mehr spielen.

Das System war Ende der achtziger Jahre daher nur oberflächlich stabil. Der recht überschaubaren Nomenklatura standen einige tausend Dissidenten gegenüber. Die prominenteste Bürgerrechtsbewegung bildete die lose organisierte „Charta 77", die bis November 1989 ca. 1.900 Dissidenten vereinte und immer wieder auf konkrete Menschenrechtsverletzungen hinwies. Zwischen diesem Dissidentenmilieu und den offiziellen Staatsstrukturen gab es zudem die so genannte „graue Zone", d. h.

die vielen Experten und Beamten in Ministerien und Forschungseinrichtungen, die die großen Mängel des Systems zwar erkannten, ohne jedoch in die offene Opposition zu wechseln. Aus beiden durchaus mit einander verbundenen Gruppen rekrutierten sich die Protagonisten des Umschwungs, der in dem Moment ausgelöst wurde, als weite Teile der bis dahin passiven Bevölkerung offen gegen die Machthaber Stellung bezogen.

Unmittelbarer Auslöser war ein Gedenkmarsch von Studierenden am 17. November 1989 in Prag zur Erinnerung an die gewaltsame Schließung der tschechischen Hochschulen durch die Nationalsozialisten 50 Jahre zuvor. Die brutale Zerschlagung der zunächst friedlich verlaufenden Kundgebung markierte den Beginn der Revolution. Die Bürger waren entsetzt – zu deutlich war die Parallele zu 1939, als die Besatzer die wehrlosen Studierenden zusammenknüppelten. In den folgenden Tagen solidarisierte sich fast das gesamte Land mit ihnen. Nur zwei Tage später gründeten sich in Prag das „Bürgerforum" (OF) und in Bratislava die „Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN), um eine Plattform zur Artikulation politischer Forderungen zu schaffen. Bereits in dieser Zeit spielte der seit 1968 mit Publikationsverbot belegte Dramatiker und Mitbegründer der „Charta 77", Václav Havel, eine bedeutende Rolle im „Bürgerforum".

In seiner letzten Amtshandlung vereidigte der kommunistische Präsident Gustav Husák am 10. Dezember eine Regierung der nationalen Verständigung zur Einleitung demokratischer Verhältnisse. Innerhalb kürzester Zeit verständigte sich das „Bürgerforum" darauf, Václav Havel als Kandidaten für das nun frei gewordene Staatsamt aufzustellen. Der auf den präsidialen Amtssitz anspielende Ruf „Havel na Hrad" (Havel auf die Burg) war bald in vieler Munde. Am 29. Dezember 1989 wurde der im Januar desselben Jahres noch zu neun Monaten Gefängnishaft verurteilte Havel zum ersten nichtkommunistischen Präsidenten nach 41 Jahren gewählt. Einen Tag zuvor war bereits mit dem Kopf des „Prager Frühlings", Alexander Dubček, eine weitere Symbolfigur zum Parlamentspräsidenten gewählt worden. Die positive Charakterisierung der raschen und gewaltlosen Revolution als „samten" wich allerdings angesichts so mancher unangetasteter Strukturen und Karrieren bald einer ambivalenteren Lesart. Ebenso wie in anderen Staaten wurde die Spannung zwi-

Mit Václav Havel und Alexander Dubček wurden zwei Symbolfiguren in führende politische Positionen gewählt.

schen Vergangenheits- und Zukunftsbewältigung nicht selten zugunsten letzterer gelöst.

Befreiung und Entzweiung: Die Teilung der Tschechoslowakei

Durch die Wende kamen Menschen in höchste Staatsämter, die kurz zuvor noch als Staatsfeinde behandelt worden waren. Symbolfigur der neuen Ära schlechthin wurde jedoch der neue Staatspräsident Havel. Sein moralphilosophisches Politikverständnis war durchaus repräsentativ für einen Großteil der Bürgerrechtsbewegung. Unter dem Stichwort einer „unpolitischen Politik", die Parlamenten, Parteien und Prozeduren eher misstraute, bildete für Havel der sich selbst infrage stellende und damit in die Verantwortung nehmende einzelne Mensch die Voraussetzung eines gelingenden Gemeinwesens. Und so träumte der neu gewählte Präsident zum Abschluss seiner ersten Neujahrsansprache von „einer Republik allseitig gebildeter Menschen, weil ohne sie keines unserer Probleme gelöst werden kann, sei es menschlich, ökonomisch, ökologisch, sozial oder politisch".

Doch in all diesen Bereichen waren die Herausforderungen gewaltig und bedurften unmittelbarer Maßnahmen. Dabei deutete der bereits kurz nach der Revolution entflammte Streit um die Staatsbezeichnung die Krise der Föderation mit zwei Teilrepubliken und einer Föderationsregierung an. Slowakische Politiker sahen ihre Republik in der Bezeichnung „Tschechoslowakische Föderative Republik" benachteiligt. Nach heftiger Diskussion einigte man sich schließlich auf den Namen „Tschechische und Slowakische Föderative Republik". Gleichzeitig scheiterte ein mühsam ausgehandelter Kompromiss zu staatsrechtlichen Fragen der Föderation im slowakischen Parlament. Dadurch wurde letztlich offenbar, dass sich eine tschechoslowakische Nation nie herausgebildet hatte – zu unterschiedlich waren die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Folgerichtig hatten sich auch nach 1989 die Parteiensysteme autonom entwickelt, eine übergreifende genuin tschechoslowakische Partei gab es nicht.

Die langfristigen und mittelfristigen Divergenzen potenzierten sich Anfang der neunziger Jahre durch die wirtschaftliche Transformation des Landes. Verfügte die tschechische Wirtschaft über zahlreiche anschlussfähige Wirtschaftszweige, rächte sich in der Slowakei der jahrzehntelange massive Aufbau einer bereits 1989 veralteten Schwerindustrie. Die Arbeitslosigkeit, ein bis dahin offiziell unbekanntes Phäno-

men, war daher im östlichen Landesteil viermal so hoch wie im Westen. Der Streit über die wirtschaftliche Ausrichtung und die ungelösten staatsrechtlichen Probleme bildeten das Umfeld der ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1992, die die Trennung besiegelten. Im tschechischen Landesteil siegte die liberal-konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) mit dem Finanzminister und Initiator der Wirtschaftsreformen, Václav Klaus, während in der Slowakei die links-nationale „Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) unter dem charismatischen Vladimir Mečiar an der Spitze lag. Beide Parteien bildeten auch im Föderalen Parlament die beiden stärksten Fraktionen.

Die ungelösten staatsrechtlichen Probleme und das wirtschaftliche Gefälle beschleunigten den Zerfall der Tschechoslowakei.

Letztlich waren die Differenzen jedoch unüberbrückbar. Indem Mečiar und Klaus den jeweiligen Regierungsvorsitz in den Teilrepubliken beanspruchten, signalisierten sie die faktische Bedeutungslosigkeit der Föderation. Als schließlich vor allem von slowakischen Abgeordneten im Juli die Wiederwahl des Föderationsbefürworters Havel zum Präsidenten hintertrieben wurde und zwei Wochen später das slowakische Parlament eine Souveränitätserklärung abgab, war die Teilung unumkehrbar. Havel trat aus Protest zurück, und nun unternahm auch die tschechische Seite schnelle und gezielte Schritte zur Teilung. Am 1. Januar 1993 entstanden so nach einem dreiviertel Jahrhundert gemeinsamer Staatlichkeit die Tschechische Republik und die Slowakische Republik.

Politische und gesellschaftliche Entwicklung nach 1993

Die Tschechische Republik hatte im Vergleich zu anderen selbstständig gewordenen postkommunistischen Staaten eine relativ günstige Ausgangslage. Gab es außenpolitisch keine gravierenden Konflikte, konnte innenpolitisch an die teilrepublikanischen Institutionen angeknüpft werden. So wurde aus dem Nationalrat 1993 die Abgeordnetenkammer als Kern des parlamentarischen Regierungssystems mit dem Staatspräsidenten als Widerlager. Zu diesem wurde noch im Januar erneut Václav Havel gewählt, der dieses Amt bis 2003 innehaben sollte. Begünstigend wirkten sich zudem das für Mitteleuropa höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf sowie eine homogene Gesellschaft aus, unter der die Slowaken offiziell mit 1,4 Prozent die größte Minderheit stellen. Weitaus größer dürfte jedoch mit ca. 250.000-300.000 Menschen der Anteil der

Roma sein. Obgleich Umfragen unter der Mehrheitsbevölkerung immer wieder aufschreckende Haltungen über Roma oder auch Muslime zu Tage fördern, ist das politische Klima insgesamt gemäßigt. Knapp 60 Prozent der Bevölkerung konnten sich 2009 klar einer sozialdemokratischen, liberalen bzw. konservativen Grundüberzeugung zuordnen. Die beiden großen Parteien, die seit den ersten Wahlen 1996 stets 40 bis 60 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnten, grenzen sich seit den neunziger Jahren insbesondere über die Wirtschaftspolitik und die Haltung zur Europäischen Union (EU) ab: die liberal-konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) und die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD).

Die ersten vier Jahre verlief die Entwicklung der jungen Republik relativ stabil. Die bereits vor 1993 initiierte Privatisierung wurde durch die Regierung Klaus (ODS) weitergeführt und führte dazu, dass Mitte 1997 der Anteil der privaten Wirtschaft drei Viertel des BIPs ausmachte. 1993 verzeichnete die Wirtschaft zudem erstmals wieder Wachstum und die Arbeitslosigkeit lag bei ca. 4 Prozent. Die ODS ging daher aus den ersten Parlamentswahlen der Tschechischen Republik 1996 als knappe Siegerin hervor. Doch spätestens ein Jahr danach offenbarten sich die massiven Schattenseiten der Liberalisierung. Die Wirtschaft geriet in eine deutliche Rezession, und Ministerpräsident Klaus musste infolge eines Spendenskandals zurücktreten; es kam 1998 zu vorgezogenen Neuwahlen.

Innenpolitisch führten diese Entwicklungen zu einem massiven Vertrauensverlust der Parteien und ihrer Vertreter und damit des neuen Systems insgesamt. Auch wenn im deutsch-tschechischen Verhältnis sowie in den Vorbereitungen zur 1999 erfolgten NATO-Mitgliedschaft wichtige Impulse gesetzt werden konnten, war zudem der EU-Beitrittsprozess unter dem überzeugten EU-Skeptiker Klaus gehörig in Verzug geraten. Dieser setzte daher im folgenden Wahlkampf voll auf die nationale Karte, konnte jedoch den erstmaligen Erfolg der Sozialdemokraten mit Miloš Zeman nicht verhindern. Da diesem ein Koalitionspartner fehlte, einigte man sich 1998 mit der ODS auf den so genannten „Oppositionsvertrag“: Im Gegenzug zur Unterstützung der Minderheitsregierung erhielt die oppositionelle ODS gewisse Mitbestimmungsbefugnisse und Posten, was von Präsident Havel und großen Teilen der Öffentlichkeit als demokratieschädigende Absprache scharf kritisiert wurde. Zur zehnjährigen Wiederkehr des 17. November protestierten daher Ende 1999 Tausende gegen die Verhältnisse.

Nach den Parlamentswahlen 2002 musste die unter Vladimir Špidla mit hauchdünnder Mehrheit zustande gekommene sozialliberale Koalition zunächst die verheerenden Flutschäden bekämpfen. Erst 2003 konnte die Regierung ihre der deutschen „Agenda 21" ähnlichen Reformvorschläge zum Umbau des Sozialstaats ankündigen, die erwartungsgemäß auf Widerstand stießen. Vor allem das Gesundheitswesen, die Bildung sowie Renten und Steuern befinden sich seitdem praktisch in Dauerreform. Nach den für die Sozialdemokraten verheerenden Europawahlen 2004 musste der parteiintern umstrittene Špidla Stanislav Gross weichen, der bereits kurze Zeit später aufgrund dubioser Finanzgeschäfte an Jiří Paroubek übergeben musste. Dennoch fiel in diese Legislaturperiode zum 1. Mai 2004 der EU-Beitritt der Tschechischen Republik, den Premier Špidla als Beseitigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges wertete. Den Weg dazu hatte ein Referendum bereitet, in dem sich zwar 77,3 Prozent für den Beitritt aussprachen, die geringe Beteiligung jedoch bezeichnend für die weit verbreitete Gleichgültigkeit war.

Das Gesundheitswesen, die Bildung sowie Renten und Steuern befinden sich seit 2003 in Dauerreform.

Die Zeit von 2006 bis 2009 war erneut durch eine politisch instabile Regierung gekennzeichnet, die zudem mit der Bewältigung der Wirt-

CorruptTour

Eine neue Agentur „CorruptTour" führt in Prag zu überteuerten Objekten: Teile der Finanzierung flossen in private Taschen. Tschechen folgen mit Wut, Ausländer mit Verwunderung, wenn etwa spekuliert wird, ob Schmiergeld im Weinkarton mehr oder weniger wiegt als der Wein. Ein korrupter Politiker bekam Millionen im Weinkarton – und ahnte dies angeblich nicht. Schnellen Reichtum, Jeep-ähnliche Angeberautos, scheußliche Villen mit Einbruchschutz, aggressive body guards, betrügerische Projekte und die Geschichten dazu: Das alles thematisieren die Stadtführer.

Nach 1989 wandelten sich kommunistische Eliten rasch zu Kapitalisten. Václav Klaus forderte dann eine „Marktwirtschaft ohne Attribute". Die Regierung spart, während die Verwendung der europäischen Fonds erlahmt. Eingespart wird nur etwa ein Siebentel dessen, was man von Europa bekommen könnte. Gegenüber Europa betrügt es sich nicht so leicht. Die Nation ist wütend und reagiert mit bitterem Humor. So sagt man heute statt „Mariánské náměstí" „Mafiánské náměstí". Auf diesem Platz (námestí) ist das Prager Rathaus, wo lange Zeit „Paten" mit den Politikern Gelder umlenkten.

Jaroslav Šonka

schafts- und Finanzkrise befasst war, die Tschechien aufgrund eines soliden Finanzsystems weniger hart traf. Dennoch stürzte die Regierung Topolánek (ODS) ausgerechnet im Frühjahr 2009 über das fünfte Misstrauensvotum, als Tschechien die EU-Ratspräsidentschaft innehatte. Der Parteilose Jan Fischer musste bis zu den Wahlen 2010 übernehmen, in denen neben den Staatsschulden vor allem die Themen Bildung und Korruption im Zentrum standen. Dabei verloren ODS wie ČSSD massiv Stimmen an zwei neue Parteien, die nun unter Petr Nečas (ODS) in der Verantwortung sind: „Öffentliche Angelegenheiten" (VV) und TOP 09 (TOP steht für Tradition, Verantwortung und Wohlstand). VV setzt sich für direktdemokratische Elemente ein, TOP 09 verspricht die bessere Vertretung konservativer Werte – damit dokumentierten die Wahlen eine deutliche Unzufriedenheit mit der politischen Elite. Wurde innenpolitisch eine umstrittene Reformagenda formuliert, trifft die EU-kritische Haltung aktuell auf Anklang in der Bevölkerung. Zudem könnte erstmals seit Jahrzehnten ein Ausgleich mit der katholischen Kirche und anderen Glaubensgemeinschaften über das im Kommunismus enteignete Vermögen erzielt werden. Ein weit verbreiteter Laizismus in Elite und Bevölkerung standen einer Klärung lange im Weg. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren wurde zumindest initiiert und sieht eine umfassende Restitution und den graduellen Ausstieg des Staates aus der Zahlung der Priestergehälter vor.

Tschechien und Deutschland [1]

Die Beziehungen zwischen Tschechien und Deutschland sind komplex. Einerseits belasteten das Münchner Abkommen von 1938, die Zerschlagung der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1939 sowie die Ausweisung von ca. 3 Millionen Deutschen aus dem Staatsgebiet ab 1945 die Beziehungen schwer. Den Hauptstreitpunkt der offiziellen Beziehungen bilden die so genannten „Beneš-Dekrete". Unter diesen insgesamt 143 durch die tschechoslowakische Exilregierung erlassenen Verordnungen regeln einige den Entzug der Staatsbürgerschaft sowie die Enteignung des Vermögens der damaligen deutschen und ungarischen Minderheit.

Im Kern wehrten und wehren sich die Vertriebenenverbände gegen die darin anklingende Kollektivschuldvermutung, welche Entzug und

1 Zum deutsch-tschechischen Verhältnis vgl. den ausführlichen Beitrag von Martin Kastler in diesem Heft.

Enteignung allein an die nationale Zugehörigkeit banden. Die tschechische Seite verwies ihrerseits darauf, dass die Dekrete im historischen Kontext gesehen werden müssten. Diese Kontroverse konnte auch nicht im 1992 unterzeichneten *Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag* geklärt werden, der dennoch durch die Vereinbarung zahlreicher Kooperationen und regelmäßiger Regierungstreffen einen Meilenstein in den Beziehungen beider Länder bildet. Vorläufiger Höhepunkt sollte jedoch die 1997 unterzeichnete *Deutsch-Tschechische Erklärung* werden, in der die deutsche Seite offiziell das von nationalsozialistischer Gewaltpolitik verursachte Leid als mittelbare Ursache der Vertreibung anerkennt und die tschechische Seite die kollektive, mit einigen Gewaltexzessen ablaufende Vertreibung bedauerte. Damit war eine konstruktive Grundlage zur Verbesserung des bilateralen Verhältnisses gelegt. Dies zeigt sich auch in den Wirtschaftsbeziehungen: Knapp ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen kamen seit 1993 aus Deutschland, wohin ein Drittel aller tschechischen Exporte geht. Zur konkreten Annäherung tragen schließlich neben dem wechselseitigen Tourismus die seit 1998 mehr als 7.000 durchgeführten Projekte des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds zur Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins bei.

Ausblick

Kennzeichnend für die politische Entwicklung war und ist ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Konsens über außen- und wirtschaftspolitische Richtungsentscheidungen. Unabhängig davon trugen zahlreiche Skandale sowie instabile Regierungen spätestens seit 1997 zu einer verbreiteten apolitischen Haltung vieler Bürger bei. Die für 2013 eingeführte Direktwahl zum Präsidentenamt sowie Vorschläge zur Einführung eines konstruktiven Misstrauensvotums zur Disziplinierung der Opposition können als Gegensteuerungsbemühungen verstanden werden. Mittelfristig etwas abkühlen dürfte sich aus ökonomischen und innenpolitischen Gründen das Verhältnis zur EU. Neue Impulse sind jedoch durch die Präsidentschaftswahlen 2013 sowie nach den nächsten für 2014 geplanten ordentlichen Wahlen zur Abgeordnetenkammer zu erwarten.

Birgit Seelbinder

Die EUREGIO EGRENSIS[1] – 20 Jahre Zusammenarbeit über Grenzen hinweg

Dr. Birgit Seelbinder ist Oberbürgermeisterin der Stadt Marktredwitz und Präsidentin der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e. V.

Wenn Länder über Jahrzehnte hinweg voneinander fast völlig getrennt waren, dann muss eine Annäherung zwischen ihnen behutsam und Schritt für Schritt erfolgen. Dies gilt insbesondere für das historisch belastete Verhältnis zwischen Deutschland und Tschechien. Eine wesentliche Rolle im Begegnungsprozess kommt den mit dem Namen „Euregio" bezeichneten grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften zu, wie im Folgenden anhand eines markanten Beispiels deutlich wird.

Der Weg hin zur EUREGIO EGRENSIS

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 ist die bayerisch-sächsisch/thüringisch-tschechische Grenzregion wieder ins Herz Europas gerückt. Die „neuen" Nachbarn äußerten bereits 1989 ihr Interesse an einer engen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zuerst sollte mit Kreisen aus Sachsen und Thüringen eine „Region Europa Mitte" geschaffen werden (1989), später ab Mitte 1990 auch mit Kreisen aus der damaligen Tschechoslowakei. Schließlich entstand auf einer Konferenz in Marktredwitz die Idee, eine Euregio, d. h. eine Koordinierungs- und Informationsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zu gründen. Vorbild war die bereits 1958 gegründete EUREGIO im deutsch-niederländischen Grenzraum.

Bereits 1991 wurden in Anwesenheit von Außenminister Jiří Dienstbier und Ministerpräsident Petr Pithart in Böhmen und Bayern Kontaktbüros eingerichtet. Am 27. Januar 1992 wurde die EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e. V. gegründet, am 18. März 1992

1 Diese Schreibweise ist die offiziell verwendete Form; vgl. z. B. http://www.euregio-egrensis.de/home.htm.

die Arbeitsgemeinschaft Vogtland/Westerzgebirge e. V. (jetzt Arbeitsgemeinschaft Sachsen/Thüringen e. V.). Am 3. Februar 1993 schlossen die drei Arbeitsgemeinschaften eine gemeinsame Vereinbarung ab. Thüringen trat im selben Jahr der sächsischen Arbeitsgemeinschaft bei.

Genau in die Gründungsphase der EUREGIO EGRENSIS im Jahr 1992 fällt auch die Unterzeichnung des damaligen Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrags. Die EUREGIO EGRENSIS nimmt in ihrer Satzung und in der gemeinsamen Vereinbarung auf die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und damit auf das Leitmotiv des Vertrags Bezug. Mittlerweile kann die EUREGIO EGRENSIS ebenso wie der Nachbarschaftsvertrag auf 20 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Sie dient seit ihrer Gründung als wichtiges Forum für kommunale und regionale Verwaltungen, Vereine und Bürger aus Böhmen, Sachsen, Thüringen und Bayern und entwickelte sich stetig weiter. Im Auftrag ihrer Mitglieder setzt sie grenzüberschreitende deutsch-tschechische Projekte um und vermittelt Kontakte zwischen deutschen und tschechischen Bürgern, Vereinen und Behörden.

Seit ihrer Gründung dient die Euregio als wichtiges Forum für kommunale und regionale Verwaltungen, Vereine und Bürger aus den beteiligten Gebieten.

Organisation und Struktur

Die EUREGIO EGRENSIS umfasst heute auf bayerischer Seite neun Landkreise und vier kreisfreie Städte in Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz.[2] Auf tschechischer Seite gehören die Region Karlsbad und ein Teil der Region Pilsen dazu. Zur Arbeitsgemeinschaft Sachsen/Thüringen zählen der Vogtlandkreis, Teile des Erzgebirgskreises sowie der Saale-Orla-Kreis und der Landkreis Greiz. Das Gesamtgebiet erstreckt sich auf rund 17.000 Quadratkilometer und etwa zwei Millionen Einwohner.

Die drei Arbeitsgemeinschaften, die Anfang der neunziger Jahre gegründet wurden, bilden bis heute die Grundstruktur der EUREGIO EGRENSIS. In Deutschland sind diese als eingetragene gemeinnützige Vereine organisiert, auf böhmischer Seite fungiert ein Kommunalver-

2 Ausführliche Informationen: EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e. V., Fikentscherstraße 24, 95615 Marktredwitz; e-Mail: info@euregio-egrensis.de, Internet: www.euregio-egrensis.eu.

Skizze der zur EUREGIO EGRENSIS gehörenden Gebiete[3]

band als Partner. Jede der drei Arbeitsgemeinschaften hat ein eigenes Präsidium (= Vorstand) sowie eine Geschäftsstelle mit hauptamtlichem Geschäftsführer und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Leitlinien für die Arbeit der Gesamt-Euregio gibt seit 1993 das Gemeinsame Präsidium vor. In das Gemeinsame Präsidium entsenden alle drei Gebiete Vertreter. Ein Repräsentant aus einer der drei Regionen wird für zwei Jahre zum Vorsitzenden des Gemeinsamen Präsidiums der EUREGIO EGRENSIS gewählt. Das Gemeinsame Präsidium tauscht sich über die Entwicklungen in den Teilregionen aus und diskutiert über gemeinsame Anliegen und Projekte.

Aufbau von Begegnungen und Entwicklung von Kulturprojekten

Nach der politischen Wende Anfang der neunziger Jahre wurden von der EUREGIO EGRENSIS zunächst Begegnungen zwischen Jugendlichen und Schülern initiiert und deutsch-tschechische Kulturprojekte auf den Weg gebracht. Besonders symbolträchtig ist das seit 1992 jährlich durchgeführte Jugendsommerlager. Jeweils 15 Jugendliche aus dem böhmischen, sächsisch-thüringischen und bayerischen Teil der EUREGIO EGRENSIS verbringen gemeinsam eine Ferienwoche. Um das trennende Element der Sprache zu überwinden, erhalten die Jugendlichen einen ersten Einstieg in die Sprache des Nachbarn. Gleichzeitig lernen die Jugendlichen bei verschiedenen Aktionen, mit interkulturellen Unterschieden umzugehen.

Wie wichtig die Kultur im grenzüberschreitenden Kontext ist, zeigt außerdem eindrucksvoll das „Festival Mitte Europa“, das seit 1991 jährlich in Sachsen, Bayern, Tschechien und in Thüringen hochkarätige

3 Eine detaillierte farbige Karte findet sich unter http://www.euregio-egrensis.de/ueber-uns.htm.

Künstler allen Bürgern zugänglich macht und den europäischen Gedanken mit Leben füllt. [4]

Das umfangreichste Projekt der EUREGIO EGRENSIS wurde im Schuljahr 1996/97 ins Leben gerufen. Seitdem führt die EUREGIO EGRENSIS das bayerisch-tschechische Gastschuljahr durch. Jährlich besuchen ca. 25 tschechische Schüler ein Schuljahr lang ein bayerisches Gymnasium im Euregio-Gebiet. Die Gastschüler lernen das Leben in Bayern kennen und verbessern ihre Deutschkenntnisse. Mit Hilfe von Projekttagen, an denen sich die deutschen Schüler verstärkt mit dem Nachbarland Tschechien beschäftigen, sollen künftig mehr deutsche Schüler für Kurzaufenthalte an tschechischen Gymnasien motiviert werden. Unterstützt wird dieses erfolgreiche Projekt unter anderem von der Bayerischen Staatskanzlei und dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Die EUREGIO EGRENSIS ist aber auch Namenspatron des so genannten Euregionalen Kirchentags. Das ist ein seit 1992 in unregelmäßigen Abständen stattfindendes Treffen von Christen aus Böhmen, Bayern, Sachsen und Thüringen. Besonders eindrucksvoll war der Euregionale Kirchentag im Jahr 2006 unter dem Motto „... und dazwischen wächst Vertrauen" mit mehr als 4.000 Teilnehmern. Das Besondere daran war, dass der Kirchentag im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Gartenschau Marktredwitz- Cheb/Eger stand und deren Abschluss bildete. Auf dem Gartenschaugelände in Marktredwitz wurde eigens eine Kapelle aus Holz errichtet. In der Tradition der Euregionalen Kirchentage stehen auch die bayerisch-tschechischen Kinderkirchentage, die seit 2009 in Marktredwitz jährlich mit über 500 Kindern stattfinden.

Grenzüberschreitende Ereignisse wie die Gartenschau Marktredwitz-Cheb/Eger und der Euregionale Kirchentag tragen wesentlich zur Verständigung bei.

Zahlreiche Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft engagieren sich darüber hinaus seit Jahren sehr stark in deutsch-tschechischen Projekten. Als besonders erwähnenswert gilt der Evangelische Kindergarten Schirnding, in dem seit 2001 deutsche und tschechische Kinder täglich gemeinsam betreut werden. Neben den Kindern, die unbeschwert die Nachbarsprache lernen, findet darüber hinaus auch ein reger Austausch zwischen den Erzieherinnen und den Eltern statt. Der Evangelische Kin-

4 www.festival-mitte-europa.com.

dergarten Schirnding, die Euregionalen Kirchentage, das Gastschuljahr und zahlreiche weitere Projekte sind seit Gründung der EUREGIO EGRENSIS gestartet worden und bilden herausragende Beispiele dafür, dass gute grenzüberschreitende Jugend- und Kulturprojekte die künftige Entwicklung der Grenzregion positiv beeinflussen können.

Entwicklungen seit 2004 – Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union

Der EU-Beitritt der Tschechischen Republik am 1. Mai 2004 war eine bedeutungsvolle politische Etappe, auf die sich die Region lange Zeit vorbereitet hatte. Aus Sicht der tschechischen Partner wurde die europäische Integration jedoch erst mit dem Beitritt Tschechiens zum Schengener Abkommen am 21. Dezember 2007 endgültig vollzogen, denn damit verschwanden die sichtbare Grenze und die Personenkontrollen.

Die erste gemeinsame Gartenschau Marktredwitz-Cheb/Eger im Jahr 2006 nutzte diese Entwicklungen. Als bundesweit erste grenzüberschreitende Gartenschau mit einem östlichen Anrainerstaat wurde das Projekt zum sichtbaren Symbol der EU-Erweiterung. Marktredwitz und Cheb/Eger konnten in kurzer Zeit ihre Stadtentwicklung vorantreiben, Brachflächen wieder nutzbar machen, die Innenstädte beleben und Erholungsräume schaffen. Insgesamt besuchten 750.000 Gäste diese grenzüberschreitende Gartenschau. Ein Erfolg war, dass viele deutsche Gäste erstmals mit dem Besuch des tschechischen Teils der Gartenschau in Cheb/Eger überhaupt im Nachbarland waren. Das gleiche galt für tschechische Gäste in Marktredwitz. Dazu beigetragen hat auch das grenzüberschreitende Nahverkehrssystem EgroNet, das die Besucher der grenzüberschreitenden Gartenschau kostengünstig und schnell in die beiden Gartenschaustädte brachte.

Verbesserung der Sprachkenntnisse

Kenntnisse in der Sprache des Nachbarlandes sind in ganz Europa wichtig und werden auch in Grenzregionen besonders gefördert. Die EUREGIO EGRENSIS startete deshalb im November 2005 eine Sprachoffensive mit dem Ziel, die interkulturelle Kompetenz im Euregio-Gebiet zu erhöhen. Die EUREGIO EGRENSIS bietet z. B. Aktionstage an Schulen in der Region an, bei denen Schüler spielerisch mit einer so genannten

„Sprachanimation" einige Worte Tschechisch lernen. Dadurch soll das Interesse von Eltern und Schülern für den Tschechisch-Unterricht an den Schulen erhöht werden.

Erfreulicherweise wird das Engagement in der Grenzregion auch durch die Initiativen des bayerischen Kultusministeriums unterstützt. 2011 hat das Kultusministerium mit dem tschechischen Schulministerium erstmals eine Kooperationsvereinbarung über die Förderung des Tschechischunterrichts abgeschlossen. Mittlerweile hat sich insbesondere an Realschulen in der Oberpfalz Tschechisch als Wahlfach etabliert und wird nahezu flächendeckend angeboten.

In den vergangenen Jahren hat die EUREGIO EGRENSIS darüber hinaus versucht, die Tschechisch-Sprachkenntnisse bei Erwachsenen zu verbessern. Ein Beispiel ist die Verbesserung der Sprachkompetenz bei den grenznahen Feuerwehren. Da die Feuerwehren entlang der gemeinsamen Grenze immer engeren Kontakt unterhalten und zum Teil auch gegenseitige Hilfe leisten, wurde ein deutsch-tschechisches „Praxiswörterbuch für die Feuerwehr" herausgegeben. Bei der Erstellung arbeiteten Vertreter der Regierungen der Oberpfalz und Oberfrankens sowie Feuerwehrführungskräfte aus Bayern und Tschechien zusammen. Heute hat nun jedes Feuerwehrfahrzeug in den an Tschechien angrenzenden Gemeinden im Euregio-Gebiet dieses Wörterbuch an Bord. Verschiedene Feuerwehren führten auch Tschechisch-Sprachkurse in Kooperation mit der EUREGIO EGRENSIS durch.

Liberalisierung des EU-Arbeitsmarktes 2011

Der nächste wichtige Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Arbeits- und Lebensraum in der Grenzregion war dann die Liberalisierung des EU-Arbeitsmarktes am 1. Mai 2011. Seitdem hat sich die Arbeitsaufnahme für tschechische Arbeitnehmer in Deutschland, aber auch für deutsche Arbeitnehmer in Tschechien erheblich vereinfacht. Viele Formalitäten sind weggefallen. Im Grenzraum sind bisher vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich sowie in der Gastronomie tschechische Arbeitskräfte anzutreffen. Die vielfach zitierten negativen Folgen für den regionalen Arbeitsmarkt sind insgesamt gesehen nicht eingetreten.

Die Öffnung der Arbeitsmärkte ist ohne größere negative Folgen für den regionalen Arbeitsmarkt geblieben.

Zukunft

Nach zwanzig Jahren der Annährung rücken nun zunehmend Sachthemen in den Fokus, die aufgrund der unterschiedlichen nationalen Systeme erst langfristig und mit nationaler Unterstützung erfolgreich bearbeitet werden können. Die Anregung für gerade diese Themen liefern interessierte Bürger und Kommunalpolitiker.

Eines dieser Anliegen ist die Verbesserung der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Rettungswesen. Denn trotz des EU-Beitritts der Tschechischen Republik 2004 ist die Zusammenarbeit im Gesundheitssektor noch wenig entwickelt. Hintergrund ist derzeit u. a. ein noch fehlendes Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik im Bereich des Rettungsdienstes. Die Verhandlungen hierzu laufen, Entwürfe wurden zwischen den verantwortlichen Stellen bereits ausgetauscht. Das Abkommen soll spätestens im nächsten Jahr unterzeichnet werden.

Da bei den Politikern vor Ort, bei den Kliniken und auch bei weiteren Experten kaum Kenntnisse über die Gesundheitssysteme im jeweiligen Nachbarland vorhanden waren, hat die EUREGIO EGRENSIS mit europäischen Fördermitteln ein Gutachten in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde 2011 fertiggestellt und zeigt die Hindernisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Notfallrettung und der stationären Versorgung auf. Zukünftig sollen nun die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit weiter entwickelt und vorangetrieben werden. Auch in anderen Bereichen, wie etwa im Brand- und Katastrophenschutz, im Verbraucherschutz sowie bei der Förderung der tschechischen Sprache sollen die grenzüberschreitende Kooperation verbessert und Hindernisse für die praktische Zusammenarbeit abgebaut werden.

Die Zusammenarbeit in der EUREGIO EGRENSIS hat sich im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre stetig intensiviert. Abgesehen von der Durchführung relativ einfacher Begegnungsmaßnahmen greift die grenzüberschreitende Koordinierungs- und Informationsstelle mittlerweile Themen auf, die grenzüberschreitend nicht sofort lösbar sind und manchmal auch kontrovers diskutiert werden. Doch die Grundlage für diese Arbeit ist von Beginn an bis heute der persönliche Kontakt zwischen den Menschen, die in dieser Grenzregion zusammenarbeiten. Dabei bilden diese persönlichen Kontakte auch die Basis dafür, dass die EUREGIO EGRENSIS heute als Garant für Frieden, Freiheit und Stabilität steht. Dieser Umstand ist nicht hoch genug zu schätzen.

Peter Morée

Die Situation der Kirchen in der Tschechischen Republik: Das Erbe von Nationalismus und Kommunismus

Dr. Peter Morée ist Dozent für Kirchengeschichte an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Karlsuniversität Prag.

Auf der tschechischen Debatte über Religion und Kirche liegen bis heute die Schatten von Nationalismus und Kommunismus; beide haben das Land im 20. Jahrhundert geprägt. Der Beitrag zeichnet die historische Entwicklung nach und zeigt auf, warum die Kirchen in der tschechischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bisher eine ziemlich unbedeutende Rolle spielen.

Reizthema „Restitution des kirchlichen Besitzes"

Bis heute ist die Situation der Kirchen in der Tschechischen Republik eng verknüpft mit der Frage der Restitution der kirchlichen Güter, die nach der Machtergreifung durch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 1948 beschlagnahmt worden waren. Es gibt kein politisches Thema in der Gegenwart – weder die Europäische Union, der Euro, die Finanzkrise, die Rentenreformen noch andere –, das eine so große Erregung in der tschechischen Öffentlichkeit bewirkt hat wie diese Frage.

Unter der Federführung der Schriftstellerin Lenka Procházková formulierten einige berühmte Persönlichkeiten der tschechischen Film- und Theaterwelt die Gründe für ihre Ablehnung des Restitutionsgesetzes. An erster Stelle der Petition, die inzwischen fast 2.000 Menschen unterzeichnet haben, steht eine historische Begründung: „Das Gesetz bricht mit den staatstragenden Ideen und Absichten von Tomáš G. Masaryk und anderen Mitbegründern der Tschechoslowakei über die Beseitigung des historischen Unrechts, das der tschechischen Nation widerfahren ist, u. a. durch die gewaltsame Rekatholisierung nach der Schlacht auf dem Weißen Berg." Ferner wird bestritten, dass die Kirchen

in der tschechischen Geschichte jemals umfangreichen Besitz gehabt hätten, und auf inkonsistente Elemente des Gesetzes hingewiesen. Im Schlussteil der Petition heißt es: „In den zwanzig Jahren seit Erringung der Freiheit ist die Zahl der Gläubigen auf ein Viertel der Bevölkerung gesunken, die Anzahl der Geistlichen hingegen um 100 Prozent gestiegen und der Betrag, den der Staat für die Aktivitäten der Kirchen ausgibt, hat sich auf bis zu 1,44 Millionen Kronen pro Jahr verdoppelt. Nichtsdestoweniger will die Regierung ohne Angabe einer gesetzlichen oder historischen Begründung einen Großteil des Staatsbesitzes einigen privaten Gruppen schenken, deren Glaubwürdigkeit stark gesunken ist."

Die Gegner des Restitutionsgesetzes verweisen auf das historisch belastete Verhältnis zwischen (katholischer) Kirche und Nation in Tschechien.

Diese Argumentation benutzt Klischees über Religion und Kirche, die in der tschechischen Gesellschaft weit verbreitet sind. Die Interessen der (römisch-katholischen) Kirche waren (und sind) nach dieser Lesart eine Bedrohung für das tschechische Volk; als Beispiel wird die gewaltsame Rekatholisierung der Tschechen im 17. Jahrhundert ins Feld geführt. Diese Inkongruenz zwischen Volk und Kirche diente als Legitimierung dafür, dass die Kirche in der Tschechoslowakei nach 1918 viele Rechte

Das „Goldene Prag"

Eine der häufigsten Fragen eines Pragbesuchers lautet: „Warum wird Prag die ‚Goldene Stadt' genannt?" Jeder gute und kluge Reiseführer hat für einen solchen Fall eine mehr oder weniger verständliche Antwort parat. Die einen weisen auf Karl IV. hin, den bekanntesten böhmischen König und römischen Kaiser, der im 14. Jahrhundert einige Türme der Prager Burg mit vergoldeten Bleiplatten belegen ließ, was den Eindruck einer goldenen Stadt erweckt haben soll. Die anderen erinnern wiederum an die schöne Legende um den im Jahre 1612 in Prag gestorbenen römischen Kaiser Rudolf II., der zahlreiche Alchimisten auf die Prager Burg eingeladen und sie bei der Suche nach einer Goldformel unterstützt habe. Egal, ob die einen oder die anderen Recht haben – denn die wahre Antwort liegt im nebeligen Dunst der Vergangenheit versteckt –, sicher ist es, dass die Stadt in der Tat eine goldene Stadt mit spannender Geschichte und inspirierender Gegenwart ist! Davon kann sich jeder Pragbesucher selbst überzeugen …

Petr Křížek

und Privilegien verlor. Von den kommunistischen Machthabern wurde dieser Tatbestand nur bestätigt und systematisiert. Das vorliegende Gesetz zur Restitution kirchlicher Güter bildet in den Augen der Unter-

zeichner der Petition eine Gefährdung der Grundlagen der historischen tschechoslowakischen und der heutigen tschechischen Staatsordnung, weil es den Kirchen eine unabhängige, wirtschaftlich verankerte Machtposition einräumt.

Die Schatten von Nationalismus und Kommunismus sind lang, und aus diesem Grund gibt es auch zwanzig Jahre nach Ende des Kommunismus noch immer keinen Ausgleich zwischen Staat und Kirche. Ob der Versuch der heutigen tschechischen Regierung in dieser Hinsicht erfolgreich sein wird, ist eher fraglich.

Die Nationalisierung der Kirchen nach 1918

Allerdings lasten die Folgen von Nationalismus und Kommunismus nicht nur auf der tschechischen Gesellschaft. Auch die Kirchen tragen historischen Ballast mit sich, der ihr Handeln prägt. Ein Teil dieser Belastung hängt mit der Beziehung zwischen Volk und Staat zusammen. Nach der tschechoslowakischen Staatsgründung 1918 entstanden aus der evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (A. B.) und Helvetischen Bekenntnisses (H. B.) – so lauteten die offiziellen Bezeichnungen in der Donaumonarchie – verschiedene neue evangelische Kirchen. Als erste wurde die „Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder" (EKBB) gegründet, die sich als Erbe der böhmischen Reformation verstand und sich auf die Bruderunität[1] berief. Aus Sicht des ersten tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk, der selbst zur evangelischen Kirche übertrat, stellte die Bruderunität den Höhepunkt der tschechischen Nationalgeschichte dar. Die evangelischen Christen waren nach dieser Geschichtsinterpretation identisch mit der Nation: Wenn die Reformation blühte, erlebte auch das Volk seine Selbsterfüllung, und wenn die evangelischen Christen wegen ihres Glauben litten, drohte der Untergang der Nation. Die neue Kirche – in ihrer Theologie überwiegend liberal und reformiert – wollte eine tschechische Kirche für das tschechische Volk sein.

Eine zweite evangelische Kirche, die aus ähnlichen Motiven entstand, war die „Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien" (DEK). Nicht nur aus theologischen Gründen, sondern auch um damit die nationale Zugehörigkeit auszudrücken, bekannte sie sich zur

1 Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Tobias Weger, oben S. 247. Die bedeutendste Persönlichkeit der Bruderunität war Jan Amos Komenský.

deutschen Reformation. In der zahlenmäßig starken deutschsprachigen Volksgruppe der Tschechoslowakei war sie eine kleine Minderheitskirche, die sich anfangs nur mühsam mit dem Untergang der Donaumonarchie abfinden konnte. Ihre Beziehungen zum neuen Staat waren schwierig, was sich hauptsächlich in Konflikten über die offizielle Staatssprache (Tschechisch) und die kirchliche Sprache (Deutsch) ausdrückte.

Wichtig ist, dass die Reorganisation der kirchlichen Landschaft nach dem Ende der Donaumonarchie aufgrund der gleichen Motivation stattfand wie die staatliche Neugestaltung. So wie neue Nationalstaaten entstanden, wurden auch ethnisch definierte evangelische Kirchen gegründet. Ein weiteres Beispiel der Einheit von Volk und Glauben ist die 1920 entstandene „Tschechoslowakische Hussitische Kirche", die allerdings nicht zu der evangelischen Tradition gerechnet werden kann. Sie identifizierte sich noch exklusiver als die tschechisch- oder deutschsprachigen evangelischen Christen mit der Nation und wollte nicht nur nationale Kirche sein, sondern versuchte sogar, eine nationale Religion zu entwerfen.

Parallel zur Bildung neuer Staaten auf dem Boden der Donaumonarchie bildeten sich ethnisch definierte evangelische Kirchen.

Mit der Konsolidierung der neuen Kirchen wurden die Grenzen der nationalistischen Begeisterung rasch deutlich. Die Abschwächung der nationalistischen Abgrenzungen hing mit der Intensivierung der ökumenischen Ausrichtung der einzelnen Kirchen zusammen. Mitgezogen in den mächtigen Strom eines politischen, gegen die römisch-katholische Kirche gerichteten Antiklerikalismus, pflegte die EKBB ihr antikatholisches Profil noch bis in die Mitte der 1920er Jahre. In der gleichen Zeit wuchs eine neue Generation von Theologiestudenten und Pfarrern im Rahmen der internationalen christlichen Studentenbewegung YMCA (Young Men's Christian Association) heran. Ihre ökumenischen Erfahrungen führten zu einer größeren Offenheit gegenüber anderen christlichen Traditionen.

Ähnlich entwickelte sich die DEK, der allerdings eine einheimische führende theologische Persönlichkeit fehlte. Ihre vorsichtige ökumenische Offenheit wurde in den 1930er Jahren durch die Auswirkungen des Kirchenkampfes, der nach 1933 innerhalb des Deutschen Reiches einsetzte, zunichte gemacht. Viele Pfarrer der jüngeren Generation, die ihre Ausbildung in Deutschland absolvierten, waren begeistert von der Theologie des Volkstums im Anschluss an Paul Althaus und andere

Theologen, einige sogar von der Bewegung der „Deutschen Christen". Diese Begeisterung stieß allerdings auf Ablehnung der Kirchenleitung, die eine Radikalisierung wie in der evangelischen Kirche in Österreich befürchtete. In den ersten Kriegsjahren verließen die Anhänger der „Deutschen Christen" enttäuscht die Kirche. In der gleichen Zeit bot die Kirchenleitung Pfarrern aus dem „Altreich", die sich wegen ihrer Zugehörigkeit zur „Bekennenden Kirche" in Schwierigkeiten befanden, systematisch ein kirchliches Dach über den Kopf. Dazu gehörte auch ein Pfarrer mit teils jüdischer Herkunft.

Die tschechischsprachigen Kirchen im „Protektorat Böhmen und Mähren" wandten in der Beziehung zur Besatzungsmacht unterschiedliche Strategien an. Die kleineren Kirchen versuchten, sich von der Politik fern zu halten, was ohne Loyalitätserklärungen allerdings kaum möglich war. Nicht wenige Mitglieder der EKBB waren im Widerstand aktiv. Einige bekannte Persönlichkeiten aus dem Umfeld der ökumenischen Studentenbewegung wurden hingerichtet.

Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Befreiung der Tschechoslowakei im Mai 1945 führte zu einer grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaft, der politischen Verhältnisse und der kirchlichen Landschaft. Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei – vor dem Krieg am Rande des politischen Lebens – wurde mit der Machtübernahme 1948 zur zentralen Gestaltungskraft im Lande. Mit der Liquidierung der DEK im Kontext der Vertreibung der deutschen Volksgruppe intensivierte sich die Rivalität zwischen der EKBB und der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche, der letztlich als „politisch zuverlässigerer" Kirche ein Großteil des Besitzes der DEK vom Staat übereignet wurde.

Das kommunistische Regime stellte die Kirchen vor ein teuflisches Dilemma der Entscheidung zwischen Anpassung und Ablehnung und beabsichtigte mit seiner Kirchenpolitik die völlige Kontrolle über das kirchliche Leben. In der Tschechoslowakei führte dies zu einer totalen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Kirchen vom Staat, der diese durch die Sicherheitspolizei (StB) und durch ein Büro (später Sekretariat) für Kirchenfragen kontrollierte. Im Grunde genommen hatten die Kirchen drei Möglichkeiten:

- Sie weigerten sich öffentlich, mit dem Regime zusammenzuarbeiten. Die römisch-katholische Hierarchie wählte am Anfang der

1950er Jahre diese Strategie, mit der Konsequenz der Internierung von Bischöfen, der Schließung aller Klöster und zahlreicher Schauprozesse gegen Vertreter der Kirche. Langfristig führte dies zu einem Verlust der verwaltenden und theologischen Führungsschicht der Kirche und letztlich zu einer geschlossenen konservativen Kirche, die nicht imstande war, die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils zu rezipieren.

- Eine andere Möglichkeit war der Rückzug in die kirchliche und theologische, jedoch ausdrücklich unpolitische Arbeit. Ein Teil der tschechischen evangelischen Christen wählte diese Haltung, meist motiviert durch eine pietistische Tradition. Sie waren allerdings von Zeit zu Zeit gezwungen, ihre Loyalität gegenüber dem Regime zu bekunden oder sich an so genannten „Friedensaktivitäten" zu beteiligen.
- Die dritte Möglichkeit bestand in der theologisch gerechtfertigten Akzeptanz des kommunistischen Regimes, die sich in der Betonung der Verwandtschaft im Kampf gegen soziales Unrecht ausdrückte. Am weitesten ging hier die Tschechoslowakische Hussitische Kirche, aber auch die Führung der EKBB betonte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit. Hieraus resultierte 1958 die Gründung der „Christlichen Friedenskonferenz" als eine ergänzende und konkurrierende ökumenische Friedensbewegung zum Genfer Ökumenischen Rat der Kirchen.

Zwischen evangelischen und katholischen Christen gab es kaum eine öffentliche Solidarität außer bei denjenigen, die sich als politische Häftlinge in Gefängnissen oder Zwangsarbeitslagern getroffen hatten.

Auch dem Ende des „Prager Frühlings" engagierten sich kritische Geistliche in der Bürgerrechtsbewegung.

In den sechziger Jahren beteiligten sich die Kirchen aktiv am Aufbruchsprozess, der 1968 im „Prager Frühling" seinen Höhepunkt erreichte. Die römisch-katholische Kirche und die EKBB riefen zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf, um eine uneingeschränkte Beteiligung der Kirchen am öffentlichen Leben zu erreichen. Die Zerschlagung des „Prager Frühlings" und der darauf folgende Abbau der Reformen – der so genannte „Normalisierungsprozess" – konnten die kritischen Geister in den Kirchen allerdings nicht völlig unterdrücken. Zahlreiche Pfarrer und Mitglieder der EKBB weigerten sich, ihre politischen Standpunkte auf-

zugeben, und begründeten dies mit der politischen Theologie von Josef L. Hromádka, des bedeutendsten evangelischen Theologen der Tschechoslowakei. Sie standen damit im Gegensatz zur Kirchenleitung, die sich gleichfalls unter Berufung auf Hromádka an die neuen Umstände anpassen wollte. 1977 führte dies zu einer harten Auseinandersetzung zwischen Pfarrern, die die Menschenrechtserklärung in Form der „Charta 77" unterzeichneten, und der Kirchenleitung. Vielen Pfarrern wurde die Ausübung ihres geistlichen Amtes vom Staat verboten, auch die eigene Kirche und die internationale Ökumene ließ sie im Stich.

Die Kirchen nach der „Wende"

Auch die Kirchen wurden 1989 von der „Wende" und den sich überschlagenden Ereignissen überrascht. Aufgrund der Bedeutung von Kardinal František Tomášek, der schon in den achtziger Jahren unter dem Einfluss des polnischen Papstes Johannes Paul II. dem Regime gegenüber immer kritischer wurde, spielte auf nationaler Ebene nur die römische-katholische Kirche eine bedeutendere Rolle. Auf lokaler Ebene fungierten evangelische Pfarrer und Gemeinden als Moderatoren im Prozess des Machtwechsels.

Unter den tschechischen Christen gab es große Hoffnungen, dass viele Mitbürger zur Kirche zurückfinden würden. Unmittelbar nach der Wende war tatsächlich ein erhöhtes Interesse an Religion und Kirche zu beobachten, das jedoch rasch abnahm, als deutlich wurde, dass die Kirchen nicht ausreichend auf die neue gesellschaftliche Situation vorbereitet waren. In den neunziger Jahren kamen dann zwei großen Fragenkomplexe auf die Kirchen zu, die bis heute nicht gelöst sind. Zum einen geht es um die Frage der *Rolle und Schuld der Kirchen und ihrer Vertreter* in der *kommunistischen Vergangenheit.* Lange Zeit haben sich die Kirchen als Opfer der kommunistischen Diktatur präsentiert, ohne die Frage der eigenen Verantwortlichkeit zu reflektieren; dies hat der Glaubwürdigkeit der Kirchen in der Öffentlichkeit geschadet. Zum anderen handelt es sich um die Problematik der *Restitution des kirchlichen Besitzes* und, damit verbunden, der *Trennung von Staat und Kirche.* Hier haben die Kirchen in ökumenischer Zusammenarbeit eine gemeinsame Position erreicht, die – wie eingangs bemerkt – in der Öffentlichkeit und der Politik scharf kritisiert wird. Aufgabe der Kirchen wird es sein, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie auch im Falle einer Restitution der tschechischen Gesellschaft dienen wird und kann.

Martin Kastler

Von der Konfrontation zum Dialog: Tschechen und Sudetendeutsche

Martin Kastler, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist seit 2010 Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde.

„Die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien sind so gut wie noch nie!" Diese Aussage gehört seit mehreren Jahren zu jeder Grundsatzrede über die zwischenstaatlichen Beziehungen von deutschen und tschechischen Politikern und Diplomaten. Und dieser Satz stimmt, wie die folgenden Ausführungen belegen, trotz und wegen der Sudetendeutschen.

Blickt man auf das deutsch-tschechische Verhältnis, muss man zunächst feststellen, dass es trotz der belasteten Geschichte und noch strittiger historischer Deutungen eine große Intensität und Normalität erreicht hat. Über 800 Kilometer Grenze verbinden Deutschland mit seinem Nachbarland. Der Fall des Eisernen Vorhangs bedeutete für beide Länder einen Neuanfang und rückte die Länder von der Randlage der beiden sich gegenüberstehenden Blöcke in die Mitte, in das Herz Europas. Die historisch gewachsene mitteleuropäische Nachbarschaft gehört nicht der Vergangenheit ab, sondern ist hier wie dort lebendige Gegenwart.

Die lebendigen Schatten der Vergangenheit

Das deutsch-tschechische Verhältnis wurde seit der Wende 1990 in besonderer Weise durch Fragen der Vergangenheit geprägt. Über Jahre füllten die Diskussion um den rechtlichen Status der „Beneš-Dekrete", die Beurteilung der Vertreibung der Sudetendeutschen, das Straffreistellungsgesetz und Entschädigungsforderungen von Vertriebenen die Titelseiten der Zeitungen in beiden Ländern. Mit der „Deutsch-Tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung" vom Januar 1997 verloren diese Themen auf Ebene der

nationalen Regierungen an Bedeutung.[1] Dennoch zeigt sich immer wieder der Schatten der unaufgearbeiteten Geschichte und wirkte sich lange Zeit vor allem auf die bayerisch-tschechische Nachbarschaft aus. Bayern versteht sich als Schirmland der Sudetendeutschen, womit Positionen der Sudetendeutschen Landsmannschaft Eingang ins Regierungshandeln fanden. So kam es trotz immer engerer Zusammenarbeit auf vielen Ebenen in der Amtszeit von Ministerpräsident Edmund Stoiber zu keinem offiziellen Besuch im Nachbarland. Diesen hatte er vom Abrücken Prags von den „Beneš-Dekreten" abhängig gemacht. Erst seine Nachfolger Günther Beckstein und Horst Seehofer konnten die Eiszeit zwischen München und Prag beenden.[2] Mit den offiziellen Besuchen von Seehofer in Tschechien im Dezember 2010 und im November 2011 begann eine neue Ära in den bayerisch-tschechischen Beziehungen.

Bereits in der ersten Phase nach der „samtenen Revolution" in der Tschechoslowakei war die Beurteilung der Geschichte das zentrale Thema. Am 2. Januar 1990 führte der erste Besuch des neu gewählten tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel nach Deutschland – nicht in die Bundeshauptstadt, sondern nach München. Havel betonte, er wolle diese Wahl des Reiseziels sehr bewusst symbolisch verstanden wissen. Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges verurteilte er als „unmoralische Tat". Auch in seinen folgenden Reden, wie beispielsweise am 15. März 1990 in Prag, nahm er zu diesem Kapitel der gemeinsamen Geschichte Stellung, kritisierte die zugrunde liegende Kollektivschuldthese und stellte fest: „Das war keine Strafe, das war Rache." Leider blieben diese historischen Sätze ohne erkennbare Reaktion bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Die katholischen Bischöfe in Deutschland und der Tschechoslowakei, später Tschechien und Slowakei, gaben 1990 und 1995 Erklärungen ab, mit denen sie den Versöhnungsprozess unterstützen wollten. In beachtenswerten Texten verurteilten die tschechischen Bischöfe die Vertreibung der Deutschen aus

Václav Havels Kritik an der Kollektivschuldthese blieb leider ohne erkennbare Reaktion bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

1 Eine Zusammenstellung von Verträgen, Erklärungen und Reden zur deutsch-tschechischen Nachbarschaft ist zu finden in: Walter Rzepka (Hrsg.): Zukunft trotz Vergangenheit. Texte zur deutsch-tschechischen Versöhnung. München 2005.

2 Vgl. ausführlicher zum bayerisch-tschechischen Verhältnis Martin Kastler Eine neue Ära zwischen Bayern und Tschechien. In: Politische Studien. Heft 432. Juli/August 2010, S. 95-104.

ihrer Heimat, bei der das ungerechte Prinzip der Kollektivstrafe angewandt worden sei. Zum zwanzigjährigen Jubiläum des Briefwechsels von 1990 feierten die beiden Vorsitzenden der Bischofskonferenzen Erzbischof Dr. Robert Zollitsch und Erzbischof Dominik Duka auf Initiative der Ackermann-Gemeinde eine gemeinsame Messe im Prager Veitsdom am Grab des Heiligen Wenzel. In der anschließenden Feierstunde erinnerte der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg an die bahnbrechende Rolle der Kirchen im Aussöhnungsprozess.[3]

Diese Stimmen konnten sich letztlich ebenso wenig durchsetzen wie die Erklärung sudetendeutscher und tschechischer Christen aus dem Jahr 1991 oder die Initiative „Versöhnung 95 – Smíření 95". Beide wurden maßgeblich von der Ackermann-Gemeinde initiiert und mitgetragen. Sicher waren solche Erklärungen ihrer Zeit voraus. Die Wunden der Betroffenen auf beiden Seiten waren noch zu tief, und in der tschechischen Gesellschaft entwickelte sich nach Jahrzehnten der kommunistischen Indoktrination nur langsam ein offener Diskurs. Umso wichtiger war in den 1990er Jahren für die Aufarbeitung der Vergangenheit die

Die Ackermann-Gemeinde

Bereits vor der „Wende" war die Ackermann-Gemeinde mit der Tschechoslowakei bestens vertraut. Schon ihre Gründer, katholische Vertriebene aus Böhmen, Mähren und Schlesien, stellten die Weichen auf Dialog und Versöhnung. Das Gründungsdokument vom Januar 1946, ein „Sühne- und Gelöbnisgebet" mit einem sudetendeutschen Schuldbekenntnis, und auch die Namensgebung nach dem literarischen Werk „Der Ackermann aus Böhmen" des Johannes von Saaz (um 1400) zeigen, dass es ihr darum geht, das schwere Schicksal anzunehmen und zugleich darin einen Auftrag für eine Friedens- und Versöhnungsarbeit zu sehen.

Von Beginn an gab es Kontakte zu tschechischen Exilanten und ab Anfang der 1960er Jahre auch Fahrten in die Tschechoslowakei. Entstanden ist ein dichtes, grenzüberschreitendes Netzwerk zur Kirche, zu Dissidenten und heimatverbliebenen Deutschen. Wenn die Ackermann-Gemeinde heute Partnerschaften zu Diözesen und Pfarreien pflegt, deutsch-tschechische Wallfahrten begeht und mit tschechischen Partnern Seminare, Diskussionsforen und Jugendbegegnungen organisiert, dann baut sie auf ihre Geschichte auf, welche sich nicht nur auf die Herkunft der Gründergeneration beschränkt. Ausdruck dieses selbstverständlichen Miteinanders ist auch die 1999 von tschechischen Christen in Prag gegründete „Sdružení Ackermann-Gemeinde", die eng mit ihrem deutschen Pendant zusammenarbeitet.

Matthias Dörr

3 Martin Kastler: Kirche bleibt Motor der Verständigung. In: Die Tagespost, 20.11.2010, und Kilian Kirchgeßner: Gegen das Verschweigen. In: Der Tagesspiegel, 19.11.2010.

„Volksdiplomatie von unten". Außerdem hat seit 1998 der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds durch die finanzielle Unterstützung von grenzüberschreitenden Projekten die staatliche wie zivilgesellschaftliche Annäherung stark gefördert.

Deutsch-tschechische Normalität mit Sudetendeutschen

Doch die deutsch-tschechische Normalität von heute hätte ohne die Menschen, die einen biographischen Bezug zu Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien haben, nicht dieselbe Intensität und Lebendigkeit. Die grenzüberschreitende Nachbarschaft lebt von einem regen Austausch auf den verschiedenen Ebenen und in nahezu allen Bereichen. Von besonderer Bedeutung sind die Euroregionen – die deutsch-tschechisch-polnische Euroregion Neiße, die Euroregion Erzgebirge, die Euregio Egrensis und die deutsch-tschechisch-österreichische Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald/Šumava-Unterer Inn. Natürlich sind auch Gemeinde- und Städtepartnerschaften ein weiteres wichtiges Werkzeug. Derzeit bestehen alleine zwischen bayerischen und tschechischen Städten und Gemeinden rund 50 Partnerschaften. In diesem Zusammenhang seien beispielsweise die Partnerschaften Prag-Nürnberg, Pilsen/Plzeň-Regensburg, Budweis/České Budějovice-Passau und Taus/Domažlice-Furth im Wald genannt. Sudetendeutsche haben bei diesen Partnerschaften eine wichtige Brückenfunktion. Nach der Vertreibung übernahmen Kommunen so genannte Patenschaften für Heimatkreise, die sich nach Herkunftsorten der Vertriebenen gründeten. In einigen Fällen gelang es, ausgehend von einer Patenschaft eine Städtepartnerschaft zu knüpfen. Beispiel hierfür ist die Patenschaft Augsburgs über die ehemaligen Bewohner von Reichenberg (tschechisch Liberec) aus dem Jahr 1955. Daraus entstand im Jahr 2001 eine Partnerschaft mit der nordböhmischen Stadt. Diese „Dreiecks-partnerschaften" sind ein gutes Modell, das zur weiteren Nachahmung anregen sollte.

Als Modell für eine vertiefte Zusammenarbeit haben sich „Dreiecks-partnerschaften" bewährt.

Bereits vor der Wende übernahmen Sudetendeutsche die Rolle des natürlichen Bindeglieds ins Nachbarland. Viele suchten seit Beginn der 1960er Jahre den Brückenschlag in ihre alte Heimat. Beispielhaft kann das Engagement der katholischen Ackermann-Gemeinde genannt werden. Kaum war es für Westdeutsche möglich, die ČSSR zu besuchen,

wurden erste Kontakte in das Nachbarland geknüpft. Während der kommunistischen Zeit unterstützte das Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde über 1.000 Priester in der Tschechoslowakei mit Geld, theologischer Literatur und Medikamenten.[4] Nach der Wende nahmen die Fahrten der Vertriebenen in die alte Heimat zu. Traditionelle Wallfahrten wurden wieder aufgenommen und fortan oft zweisprachig gestaltet. Kirchen und Friedhöfe wurden mit erheblicher finanzieller Unterstützung der ehemaligen deutschen Bewohner renoviert. Dieses selbstlose Engagement schuf Vertrauen und fand in Tschechien Anerkennung. Sudetendeutsche wurden Ehrenbürger in ihren Heimatgemeinden und erhielten hohe staatliche tschechische Auszeichnungen. Was früher undenkbar war, geschah 2003: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft eröffnete ein Büro in der tschechischen Hauptstadt. Eine richtig verstandene Vertriebenenpolitik muss heute „eine aktive, zukunftsorientierte Nachbarschaftspolitik" sein, wie es die CSU-Landtagsfraktion in ihrem Grundlagenpapier „Bayern: Herz und Mittler Europas" vom Januar 2008 formulierte.[5] Dies ist letztlich auch die einzige Möglichkeit, das gemeinsame kulturelle Erbe in den ehemals von Deutschen bewohnten Regionen Tschechiens zu erhalten.

Die Entdeckung der verschwundenen Geschichte in der Tschechischen Republik

Die Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern wird in Tschechien immer mehr entdeckt. Dabei wird der Blick nicht nur auf die kulturellen Traditionen der ehemaligen Mitbürger gerichtet. Auch die Verbrechen an den Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges werden nicht ausgeblendet. „Das Erinnerungsvirus greift um sich", bemerkte die Frankfurter Allgemeine Zeitung.[6]

Die Ausstellung „Das verschwundene Sudetenland" der Bürgervereinigung „Antikomplex", die 1998 von Prager Studenten gegründet wurde, zeigt, wie die Beschäftigung mit diesem Thema nach und nach in der Gesellschaft Fuß fasste. Die Ausstellung, erstmals im Dezember 2002 in

4 Ackermann-Gemeinde e. V.: 60 Jahre Friedensarbeit. Das Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde. München 2010.

5 www.csulandtag.de/www/dateien/www_entschliessung_vertriebene_Kreuth2008.pdf. (letzter Zugriff: 24.10.2012).

6 Dirk Schümer: Das Erinnerungsvirus greift um sich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12.06.2010, S. 41.

Prag zu sehen, stieß zunächst auf große Skepsis, hatte dann jedoch ein unerwartet großes Echo: Die Besucherzahlen waren beachtlich, die Ausstellung erfreute sich so großer Nachfrage, dass sie über Jahre ausgebucht war und eine zweite Version erstellt werden musste. Der Katalog zur Ausstellung[7] stieg zu einem wahren Bestseller auf dem tschechischen Buchmarkt auf. Auch für Nachfolgeprojekte erhält „Antikomplex" großen Zuspruch.

„Antikomplex"

„Antikomplex" ist eine Bürgervereinigung, die sich für eine Beschäftigung der Tschechen mit der deutschen Geschichte in Böhmen, Mähren und Schlesien einsetzt. Wir gehen von der Erkenntnis aus, dass in der tschechischen Gesellschaft die Bedeutung des Jahrhunderte währenden Zusammenlebens mit den Deutschen in den böhmischen Ländern unterschätzt wird. Nur so ist es wohl bis heute noch möglich, dass die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als gerechte Kollektivstrafe für die deutsche Schuld am Zerfall der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1938 und die späteren Kriegsverbrechen wahrgenommen wird.

Zu unserer Arbeit gehören Publikationen, Ausstellungen, öffentliche Diskussionen und Vorträge, auch organisieren wir Bildungsprojekte. Gleichzeitig arbeiten wir mit vielen Schulen in der Tschechischen Republik und mit vielen regionalen und lokalen Initiativen zusammen, die sich um die Entwicklung des lokalen Kulturerbes im ehemaligen Sudetenland bemühen. Das Buch und die Ausstellung „Das verschwundene Sudetenland" (zweisprachig), „Landschaftsveränderungen im Sudetenland" (tschechisch) und „Lebensgeschichten aus dem Sudetenland" (tschechisch) gehören zu unseren bedeutendsten Publikationen. Mit unserer Tätigkeit wollen wir die Diskussion über diesen dunklen Abschnitt der tschechischen Geschichte wachhalten.

Ondřej Matějka

In nahezu allen Regionen des ehemals von Deutschen besiedelten Grenzgebietes gründeten sich in den vergangenen Jahren Initiativen, die sich mit der regionalen deutschen Geschichte auseinandersetzen. Internetseiten zu den verschwundenen Dörfern (www.zanikleobce.cz) und Orten der Erinnerung (www.mistapameti.cz) geben davon ebenso Zeugnis wie renovierte Denkmäler und Gebäude. Diesem Aufbruch in der tschechischen Zivilgesellschaft kann sich auch die Politik nicht verschließen. Auf kommunaler Ebene wird vielerorts diskutiert, wie mit dem Erbe der Deutschen und den Nachkriegsereignissen umgegangen werden sollte. So erinnern beispielsweise auf der Brücke in Aussig/Ústí

7 Antikomplex: Zmizelé Sudety. Das verschwundene Sudetenland. Domažlice 2007.

nad Labem und im nordböhmischen Postelberg/Postoloprty Gedenktafeln an die Gräueltaten an der deutschen Bevölkerung. Anlässlich des 65. Jahrestages des Kriegsendes sendete das staatliche Tschechische Fernsehen ČT zur besten Sendezeit eine einstündige Dokumentation mit dem Titel „Töten auf tschechische Art". In dieser waren unter anderem bislang unbekannte Amateuraufnahmen von einem Massaker in Prag an deutschen Zivilisten ein oder zwei Tage nach dem offiziellen Kriegsende im Mai 1945 zu sehen. Diese und weitere Dokumentationen haben eine bemerkenswerte innertschechische Diskussion angestoßen.

In Aussig/Ústí nad Labem entsteht durch das Collegium Bohemicum unter der Mitträgerschaft des tschechischen Kulturministeriums ein zentrales Museum zur Geschichte der deutschsprachigen Bevölkerung in den böhmischen Ländern. Dieses wird durch das in München entstehende Sudetendeutsche Museum ein Gegenstück erhalten. Es ist eine überaus ermutigende Entwicklung in der Tschechischen Republik. Auch auf der politischen Bühne in Prag nehmen die Kräfte zu, die ein Verdrängen oder Leugnen dieser Themen ablehnen.

Ausblick: Chance für ein engeres Miteinander

Die deutsch-tschechische Nachbarschaft gedeiht nur, wenn füreinander Interesse besteht. Hier ist noch immer ein großes Ungleichgewicht festzustellen. In Tschechien wird die Entwicklung in Deutschland sehr aufmerksam verfolgt. Die Tschechen wissen, auch aus geschichtlicher Erfahrung heraus, dass alles, was hierzulande passiert, auf sie zurückwirken kann. Auf deutscher Seite ist das Interesse leider geringer. Allgemein wird unser Nachbarland Tschechien in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Für die Sudetendeutschen und ihre Nachfahren ist das Land jedoch weiterhin sehr präsent und nicht selten Motivation für grenzüberschreitende Partnerschaftsaktivitäten. Dieses Phänomen lässt sich auch vergleichbar bei christlichem Engagement für die östlichen Länder beobachten.[8] Um darüber hinaus, auch mit Blick auf das Abtre-

In Tschechien wird die Entwicklung in Deutschland sehr aufmerksam verfolgt – auf deutscher Seite ist das Interesse am Nachbarn leider geringer.

8 Eine Studie aus dem Jahre 2002 im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz wies auf die häufig auftretende biographisch bedingte Motivation ausdrücklich hin; vgl. Karl

ten der Erlebnisgeneration von Krieg und Vertreibung, neue Gruppen zu interessieren, ist es wichtig, den Blick auf unseren tschechischen Nachbarn zu richten, insbesondere im Schulunterricht, in den Städtepartnerschaften, in der außerschulischen Jugendarbeit, in der Erwachsenenbildung, durch kirchlich geförderte Begegnungsmaßnahmen, durch Übersetzung von Literatur, durch Präsentation von Kunstwerken und nicht zuletzt auch durch enge Wirtschaftsbeziehungen. Viele Möglichkeiten und eine große Verantwortung haben auch die Medien, denn die Dichte der Berichterstattung und die Themenauswahl wirken sich auf die öffentliche Meinung aus.

Die deutsch-tschechischen Beziehungen haben eben auch wegen der Sudetendeutschen in der Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen ein sehr hohes Niveau erreicht. Dank ihres Einsatzes ist ein enges deutsch-tschechisches Netzwerk entstanden. Das deutsch-tschechische Verhältnis wird allerdings auch zukünftig turbulente Zeiten erleben, sodass diese Kontakte von großer Bedeutung sein werden. Noch immer laufen Bemühungen von Vertriebenen, über Petitionen und Klagen mögliche Eigentumsansprüche durchzusetzen. Und es ist zu befürchten, dass bei der anstehenden ersten Direktwahl des tschechischen Präsidenten einzelne Kandidaten die „deutsche Karte" spielen, in dem sie bestehende Ressentiments bedienen.

Dennoch: Die Entwicklung in unserem Nachbarland, das die Geschichte „seiner Deutschen" ohne Tabus entdeckt, und der von Bayern neu eingeschlagene Weg schaffen eine neue Qualität des Dialogs und eine Normalität im gut verstandenen Sinn. In naher Zukunft wird es so gelingen, die „Lasten der Geschichte" aus dem Weg zu räumen, und dies wird so zu einem noch engeren Miteinander im Herzen Europas führen.

Gabriel u. a. (Hrsg.): Engagement für Osteuropa. Praxis und Motivationen christlicher Solidaritätsgruppen. Bonn 2002, z. B. S. 98 und 108.

Anna Knechtel

Ein Schlaglicht auf die neuere tschechische Prosaliteratur

Anna Knechtel M. A. ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Adalbert-Stifter-Vereins München.

Ein kurzer Blick kann Reichtum und Vielfältigkeit der tschechischen Literatur über den Zeitraum vieler Jahrzehnte nur streifen. Als Aussichtspunkt für solch einen weitschweifenden Blick bietet sich der Jahreswechsel 1989/1990 an, als die „samtene Revolution" das repressive politische System in der Tschechoslowakei beendete.

Vor 1989 – Zeit der drei Literaturen

In dem Zeitabschnitt nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings" 1968, der als „Normalisierung"[1] bezeichnet wird, hatte der Zwang zur Anpassung an die staatliche Kulturpolitik zur Entstehung dreier unterschiedlicher Literaturen geführt.

Zur *offiziell geduldeten* oder *geförderten Literatur* konnten sich Schriftsteller zählen, die sich den Vorgaben der staatlich definierten Kultur unterordneten.

Daneben existierte als besonderes Phänomen des so genannten „realen Sozialismus" eine scharf abgegrenzte zweite Literatur, deren Vertreter durch ihre Werke oder kritisches Verhalten das Missfallen der Staatsmacht erregt hatten und deshalb mit Publikationsverbot belegt wurden. Aus diesem Umfeld entstand das Phänomen des parallelen, vom offiziellen Literaturbetrieb unabhängigen *Samizdat*[2], auch *nonkonforme, nicht*

1 Mit dem Begriff „Normalisierung" wird der Prozess zur Wiederherstellung eines Zustands von „Ruhe und Ordnung" bezeichnet, wie er vor dem Demokratisierungsprozess der sechziger Jahre herrschte. Hierfür mussten die notwendigen Strukturen geschaffen werden: Einparteiensystem, führende Rolle der kommunistischen Partei und „ewige Freundschaft" mit der Sowjetunion; die Partei wurde von „rechtsopportunen Elementen" gesäubert, die Bevölkerung mittels Repression und Wohlstandsversprechen in Schach gehalten.

2 Aus russisch „sam" (selbst) und „izd(av)at" (herausgeben) zusammengesetzt.

erlaubte oder inoffizielle Literatur genannt. Nach Schätzung der Stiftung Charta 77 waren es etwa 350-400 Autoren[3], die an der Veröffentlichung gehindert wurden. Zu den heute noch aktuellen Zeugnissen der damaligen Zeit gehören die absurden Dramen von Václav Havel (1936 -2011),

Der „ewige Schwejk"

Das Denkmal für den braven Soldaten Schwejk besteht nicht aus Marmor oder Bronze; es ist lebendig und in fast jeder tschechischen Stadt zu finden: Dort stehen die Kneipen, die „U Švejka" heißen, „Zum Schwejk", und bis heute fließt in ihnen das Pilsner Bier in rauen Mengen. Die Welt lacht über die Abenteuer des Soldaten, den sein Erfinder Jaroslav Hašek (1883-1923) zu Zeiten des Ersten Weltkriegs durch die ganze österreichisch-ungarische Monarchie gehetzt hat, um sein böhmisches Vaterland zu verteidigen.

Als Schelmenroman kategorisieren Literaturwissenschaftler das Werk, das es längst in den Kanon der Weltliteratur geschafft hat – und die Tschechen? Sie lachen mit über Josef Schwejk, den eine wilde Mischung aus Gutmütigkeit, Vertrauensseligkeit, Naivität und Humor durch sein Soldatenleben trägt. Autor Hašek hatte mit seinem Schwejk wohl den Anspruch, seinen Landsleuten mit einiger Überzeichnung den Spiegel vorzuhalten. Und die Tschechen erkennen sich oft im Schwejk wieder: Das Kunstwort „Švejkiada" – übersetzt etwa „Schwejkiade" – hat es bis in den Sprachgebrauch geschafft, und Kommentatoren greifen oft darauf zurück, wenn sie über absurde Vorgänge in der Politik, über besondere Engstirnigkeit und atemberaubende Unverfrorenheit den Kopf schütteln. Und das haben die Tschechen vielen anderen voraus: Selbst diese Dinge können sie mit Humor nehmen; dem braven Soldaten Schwejk sei Dank.

Kilian Kirchgeßner

z. B. *Zahradní slavnost/Das Gartenfest*, *Audience/Audienz*, oder auch die Prosatexte von Ludvík Vaculík, in denen er die Repressionen des kommunistischen Staatsapparates (*Sekyra/Das Beil*), die Niedrigkeiten der menschlichen Psyche (Roman *Morčata/Die Meerschweinchen*) oder die Lebenssituation eines zum Schweigen verurteilten Intellektuellen (*Český snář/Tagträume*) beschrieb.

3 Vgl. Walter Schamschula: Geschichte der tschechischen Literatur. Teil 3: Von der Gründung der Republik bis zur Gegenwart. Köln, Weimar 2004, S. 548.

Im Laufe der siebziger Jahre entwickelte sich im Umfeld verfemter Rockgruppen auch eine tschechische Spielart des literarischen Underground.

Das vordringliche Thema der Zeit war die Absurdität eines Daseins in einer repressiven totalitären Umgebung und damit verbunden das Phänomen der verstümmelten und missbrauchten Sprache, deren Sinn, Bedeutung zu vermitteln, ins Gegenteil verkehrt war. Die Unmöglichkeit, sich klar äußern zu können, förderte den Gebrauch der uneigentlichen Rede. Die damals entstandenen Texte sind voller Metaphern, Anspielungen und Ironie, die der Leser, der nicht in derselben Welt aus unausgesprochen getroffenen Übereinkünften lebte, schwer oder gar nicht verstehen konnte.

Zwischen offizieller und inoffizieller Literatur existierte eine „*Grauzone*" *von Autoren,* die nicht gänzlich verboten waren, aber unter besonders strenger Beobachtung standen. Manch einer von ihnen hatte sich eine Rückkehr in den offiziellen Literaturbetrieb durch eine öffentliche Erklärung erkauft, in der er seine „Verfehlung" zugab. Zu ihnen gehörte auch der weltbekannte Bohumil Hrabal (1914-1997), der später in einem Interview sehr überzeugend den Mechanismus der Angst[4] beschrieb, der ihn dazu brachte.

Als dritter Zweig der tschechischen Literatur ist die *Exilliteratur* zu nennen, deren früheste Vertreter ihrem Heimatland bereits kurz nach der kommunistischen Machtergreifung 1948 den Rücken kehrten. Zu einem weiteren Aderlass kam es 1968 nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings" und infolge der darauf einsetzenden Politik der „Normalisierung". So sind bedeutende Werke der tschechischen Literatur im Ausland entstanden, z. B. die von Milan Kundera (*1929) in Frankreich, Pavel Kohout (*1928) in Österreich, Jiří Gruša (1937-2011) oder Libuše Moníková (1945-1998) in Deutschland. Einige dieser Autoren gingen dazu über, in der Sprache ihres zweiten Heimatlandes zu schreiben.

Von großer Bedeutung ist die Exilliteratur, die oft in eigens dafür gegründeten Verlagen erschien.

In den Exilländern entstanden zugleich wichtige Instrumente der Literaturvermittlung. Josef Škvorecký (1924-2012) gründete zusammen

4 Interview „Paura fatale (fatale Angst)" in der italienischen Zeitschrift *Leggere* im März 1992.

mit seiner Frau Zdena Salivarová (*1933) in Toronto den Verlag *68 publishers,* in dem zwischen 1971 und 1989 mehr als 220 Titel veröffentlicht wurden, darunter 1985 die erste tschechische Ausgabe von Milan Kunderas Roman *Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins,* welcher in Tschechien erst 2006 veröffentlicht wurde, ebenso wie 1984 die Erinnerungen des Dichters und Nobelpreisträgers Jaroslav Seifert (1901-1986) *Všecky krásy světa/Alle Schönheit dieser Welt.* Pavel Tigrid (1917-2003), der die Tschechoslowakei bereits 1948 verlassen hatte, gründete 1956 in Paris die Vierteljahreszeitschrift *Svědectví (Zeugenschaft),* die zur kulturellen und politischen Plattform für das tschechoslowakische Exil wurde. Auch in Köln gab es ab 1971 mit dem Verlag *Index,* geleitet von Adolf Müller (1929-2002) und Bedřich Utitz (*1920), eine Publikationsmöglichkeit.

Nach 1989 – neue Themen

Mit dem Jahr 1989 war die situationsbedingte Spaltung der tschechischen Literatur überwunden. Offizielle, Chartisten, Zurückgezogene der Inneren Emigration, Underground-Autoren und Exilanten konnten nun alle die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung nutzen. Neue Themen kamen auf den Tisch, darunter die Auseinandersetzung mit der Generation der Eltern und Großeltern oder auch mit historischen Ereignissen. Hierzu zählte auch ein neuerwachtes Interesse an der jüdischen und der deutschen Literatur[5] der böhmischen Länder. Möglich wurde nun die Schilderung von Reisen. Auch persönliche Notizen wurden veröffentlicht, was zu einer Häufung von Tagebuch- und Memoirenliteratur führte. Alte Tabus verschwanden und die existierenden durften ungestraft gebrochen werden. Schließlich fanden auch das Spiel mit literarischen Formen sowie sprachliche und stilistische Experimente Eingang in die Literatur.

Exil-, Underground- und Schubladenliteratur

Mancher Schriftsteller hatte jahrzehntelang nur für die Schublade geschrieben und konnte nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit treten, wie etwa der Brünner Jiří Kratochvíl (*1940) mit seinem *Medvědí román/Bärenroman.* Nicht anders erging es Daniela Hodrová (*1946),

5 VGl. Jiří Holý: Geschichte der tschechischen Literatur des 20. Jahrhunderts. Wien 2003, S. 351.

die zwar am Institut für Tschechische Literatur in Prag tätig war, ihre Romane jedoch nicht hatte veröffentlichen können. In ihrer Trilogie *Trýznivé město/Cittŕ dolente* schildert sie vor der Kulisse des Prager Stadtviertels Žižkov eine magische Welt verschobener Zeit, in der lebende Bewohner neben bereits verstorbenen Personen agieren.

Exilschriftsteller kehrten nicht immer in ihre Heimat zurück, traten aber mit neuen Titeln hervor, wie Pavel Kohout mit *Sternstunde der Mörder* oder neuerdings *Der Fremde und die schöne Frau* sowie mit zahlreichen Bühnenstücken. Ivan Binar (*1942) hingegen, der im Exil in Österreich gelebt hatte und dann in München beim Sender Radio Free Europe tätig gewesen war, lebt seit den neunziger Jahren wieder in Prag. 1997 erschien sein Roman *Kytovna umění/Die Kunstkitterei* in deutscher Übersetzung.

Die Problematik des Lebens im Exil hat in ihren Romanen Iva Pekárková (*1963) nachempfunden, die in den achtziger Jahren das amerikanische Exil wählte. Sie verarbeitet ihr Credo „Wer einmal sein Land verlässt, verliert es und findet keine andere Heimat mehr“[6], indem sie fremde Welten von innen betrachtet, ob es sich dabei um einen ungewöhnlichen Beruf, unbekannte Kulturen oder ferne Länder handelt. In *Dej mi ty prachy/Her mit der Kohle* gestaltete sie ihre Erfahrungen als Taxifahrerin in New York.

Mit der Veröffentlichung seines dreiteiligen Underground-Romans *... A bude hůř/... Und es kommt noch schlimmer* hatte Jan Pelc (*1957), der 1981 nach Paris emigriert war, bereits Mitte der achtziger Jahre einen Skandal entfacht, als dieser in der Exilzeitschrift *Svědectví* und ein Jahr später in deutscher Übersetzung bei *Index* in Köln erschien. Seine erbarmungslose Beschreibung des sinnentleerten Lebens Jugendlicher im tschechischen Grenzgebiet der siebziger Jahre machte auch bei der Veröffentlichung in Tschechien 1990 bzw. 1996 noch Furore und wurde 2007 verfilmt. Ähnlich wie Pelc thematisiert auch Zuzana Brabcová (*1959) in ihrem bereits 1984 im Samizdat erschienenen Roman *Daleko od Stromu/Weit vom Baum* ihre Generation als autistisch, dem Alkohol verfallen, verschuldet, melancholisch und ohne Hoffnungen. Anders als bei Pelc

Viele Autoren gehen sehr kritisch mit der Zeit der „Normalisierung“ um.

6 Spisovatelka Iva Pekárková: Kdo jednou opustí svou zemi, ztratí ji a žádnou jinou vlast už nenajde. In: Britské listy. Archiv. 16.11.2000 (http://www.britskelisty.cz/0011/20001116e.html; letzter Zugriff: 24.10.2012).

handelt es sich hier aber um eine Abrechnung mit den Vätern und deren Liebäugelei mit dem Kommunismus.

Zur Generation der kritischen Töchter ist auch die Autorin und Regisseurin Tereza Boučková (*1957) zu zählen, die in ihrem Erstlingsroman *Indiánský běh/Indianerlauf* aufzeigt, dass die kompromisslose politische Haltung ihres Vaters Pavel Kohout auch eine Schattenseite hatte, nämlich die Repressionen, unter denen sie selbst zu leiden hatte. In ihrem neuesten Roman *Rok Kohouta/Das Jahr des Hahns* greift sie ein in Tschechien virulentes Thema auf: die Integration von Romakindern in die tschechische Gesellschaft.

Zeitenwende und Rückblick auf die „Normalisierung"

Die Ereignisse kurz vor und nach dem Schicksalsjahr 1989 sind Inhalt des Romans von Jáchym Topol (*1962) *Sestra/Die Schwester,* welcher 1994 erschien und als einer der thematisch und auch stilistisch faszinierendsten Romane der neueren tschechischen Literatur gilt. Als Sohn des vor 1989 missliebigen Dramatikers Josef Topol war Topol junior als Heizer, Kohlenträger und Lagerarbeiter tätig und gründete 1985 die Untergrundzeitschrift *Revolver Revue.* Auch in zahlreichen weiteren Romanen kombiniert er in hastigem Erzählstil, oft im Slang, historische Ereignisse mit phantastischen und mythologischen Elementen.

Auf ein umfangreiches Werk kann seit dem politischen Umbruch Michal Viewegh (*1962) blicken, der zunächst mit literarischen Formen experimentierte, sich dann aber eher dem Geschmack einer breiten Leserschaft anpasste. Viele seiner Romane wurden verfilmt, so *Báječná léta pod psa/Blendende Jahre für Hunde,* in dem das Heranwachsen eines Jungen zur Zeit der Normalisierung verfolgt wird – ähnlich wie bei Petr Šabach (*1951), dessen spöttisch-humorvolle Erzählungen über das Leben im realen Sozialismus als Vorlage für den Kassenschlager *Pelíšky/Kuschelnester* dienten. Der Underground-Schriftsteller, -musiker und Journalist Petr Placák (*1964), der bereits 1985 mit seinem Kurzroman *Medorek* auf sich aufmerksam gemacht hatte, kann dem Zeitabschnitt der siebziger Jahre wenig Humorvolles abgewinnen. Selbst einst im Visier der tschechischen Geheimpolizei, beschreibt er deren Methoden in seinem Roman *Fízl/Spitzel.* Auch die Romane von Irena Dousková (*1964), die zunächst mit Gedichten hervortrat, sind in der Zeit der Normalisierung angesiedelt, betrachten diese jedoch aus der Perspektive einer kindlichen Ich-Erzählerin, die mit Unverständnis und Staunen die

krummen Verhaltensweisen der Erwachsenen in der totalitären Umwelt beobachtet. Der 1998 erschienene Roman *Hrdý Budžes/Der tapfere Bella Tschau* war auch als Theaterstück und als Kinofilm erfolgreich. Ihr Talent für Kurzprosa hat sie mit den geheimnisvollen Erzählungen *Čím se liší tato noc/Warum diese Nacht anders ist* unter Beweis gestellt.

Reisen in ferne Länder – Reisen in die Vergangenheit

Reisen in ferne Länder sind erst in jüngster Zeit zu Sujets der tschechischen Literatur geworden, so z. B. bei Markéta Pilátová (*1973) in ihrem Erstlingsroman *Žluté oči vedou domu/Wir müssen uns irgendwie ähnlich sein* über eine Geschichte von Flucht und Emigration nach Brasilien oder bei Petra Hůlová (*1979) in ihrem Roman *Paměť mojí babičce/Kurzer Abriss meines Lebens in der mongolischen Steppe.*

Statt in ferne Länder führen Entdeckungsreisen mitunter auch in die längst vergangene Geschichte, so bei Miloš Urban (*1967), der mit *Sedmikostelí/Die Rache der Baumeister* einen Kriminalroman verfasst hat, der buchstäblich ins Mittelalter führt. In *Hastrman/Der Wassermann* kontrastiert er heutige Umweltsünden mit tschechischen bzw. böhmischen Mythen und Märchen, während er in *Pole a palisáda/Feld und Palisade* die Sagengestalt der Fürstin Libuše als selbstbestimmte Frau deutet. Bei dem Literaturwissenschaftler Vladimír Macura (1945-1999) nimmt sich die Interpretation der tschechischen Geschichte ganz anders aus als bei Urban – und auch als in den gängigen Geschichtsbüchern. In den vier Bänden *informátor, komandant, guvernantka, medikus,* die 1999 gemeinsam unter dem Titel *Ten, který bude/Der, der wird* erschienen, ironisiert er die tschechische Bewegung der nationalen Wiedererweckung des 19. Jahrhunderts und ihre pathetische Überhöhung.

In den letzten Jahren werden auch der Zweite Weltkrieg und das Schicksal der deutschen Bevölkerung thematisiert.

Ein wichtiges Thema der tschechischen Literatur nach 1989 ist die Okkupation des Landes durch deutsche Truppen und die Verfolgungen im Protektorat Böhmen und Mähren. Über ihre Flucht in ein Dorf an der mährisch-slowakischen Grenze, das ihr Schutz vor Verfolgung bieten soll, berichtet Květa Legátová alias Věra Hofmannová (*1919) in ihren beiden Romanen *Želary/Die Leute aus Želary* und *Jozova Hanule/Der Mann aus Želary,* die sie erst 2001 bzw. 2002 veröffentlichte; beide Romane wurden inzwischen verfilmt.

Auch die Nachkriegsereignisse fanden zögernd Eingang in die Literatur, zunächst bei Zdeněk Šmíd (1937- 2011), der in seiner Familiensaga *Cejch/Unterm Mittagsstein* als einer der ersten Autoren die deutschen Bewohner des Landes und ihr Zusammenleben mit den Tschechen schildert und dabei die Vertreibung der Deutschen nicht unterschlägt. Mit *Peníze od Hitlera/Ein herrliches Fleckchen Erde* widmet sich auch Radka Denemarková (*1968) diesem Problemkreis, indem sie das Schicksal einer deutschböhmischen Jüdin schildert, die nach der Rückkehr aus einem Konzentrationslager als Deutsche von ihrem Heimathof verjagt wird und auch nach der politischen Wende vergeblich um die Rückgabe ihres Eigentums kämpft. 2009 veröffentlichte Kateřina Tučková (*1980) ihren Roman *Vyhnání Gerty Schnirchové/Die Vertreibung der Gerta Schnirch,* in dem vor dem Hintergrund der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Brünn das Schicksal einer jungen Deutschen geschildert wird. Auch Jaroslav Rudiš (*1972) lässt sich in seinen Werken von der deutschen Thematik inspirieren, nicht nur in dem Roman *Grandhotel,* der im nordböhmischen Reichenberg/Liberec angesiedelt ist und in die Zeit des deutsch-tschechischen Zusammenlebens zurückreicht, sondern auch mit der Comicfigur *Alois Nebel,* einem Bahnwärter in Mährisch-Schlesien, dessen Gesichte die Gräuel des 20. Jahrhunderts am Leser vorbeiziehen lassen.

Hommage an eine verletzte Region

Als Zeuge der einstigen Anwesenheit der Deutschen in Nordböhmen sieht sich der in Tetschen/Děčín wirkende Lyriker und Erzähler Radek Fridrich (*1968), der in Prosawerken wie *Řeč mrtvejch/Die Totenrede, Erzherz, Šrakakel/Der Schreckliche, Krooa krooa* u. a. seine Hoffnung zum Ausdruck bringt, dass trotz allen Schmerzes „das Leben wohl irgend einen geheimnisvollen verborgenen Sinn“[7] hat.

Genannt werden muss am Ende des kurzen Streifzugs die als letzte deutsch schreibende Prager Schriftstellerin apostrophierte Lenka Reinerová (1916-2008), Verfasserin mehrerer erfolgreicher Memoirenbände wie *Traumcafé einer Pragerin* oder *Närrisches Prag.* Sie begründete 2004 ein Prager Literaturhaus deutschsprachiger Autoren, das die nahezu vergessene deutschsprachige Literatur des Landes wieder ins Bewusstsein ruft.

7 http://www.czechlit.cz/autori/fridrich-radek/

Marie Talířová

Als junge Tschechin in Deutschland – Eindrücke und Gedanken

Marie Talířová stammt aus einem südböhmischen Dorf und lebt seit 2007 in München, wo sie sich seither neben dem Studium in verschiedenen Bereichen engagiert hat. Seit April 2012 ist sie als Projektmitarbeiterin in der Ackermann-Gemeinde tätig.

Mit Deutschland, Deutschen und der deutschen Sprache habe ich seit meiner Kindheit viele Erfahrungen gemacht, auch wenn ich gar nicht so viel in die Bundesrepublik gereist bin. Schon meine Vorfahren lebten aber im Grenzgebiet Südböhmens, in engster Nähe zu Österreich und Deutschland, in den vielfach gemischten deutsch-tschechischen Gemeinden. Da unsere Familie viele Bekannte und Freunde in Deutschland ebenso wie in Österreich hat, war ich seit meiner Kindheit an vielen deutsch-tschechischen Aktionen und gemeinsamen Treffen aktiv beteiligt. Dass ich aber zum Studium nach Deutschland oder überhaupt ins Ausland gehen würde, habe ich selbst eigentlich nie geplant. Dies hat sich erst nach meinem Abitur durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren ergeben, und manchmal wundere ich mich heute, wenn ich daran denke, wie „zufällig" mein Leben in Deutschland angefangen hat und was alles ich hier bis heute erlebt habe.

1999-2007 besuchte ich das Gymnasium in Kaplice/Kaplitz; in dieser Zeit habe ich zweimal an den Sommerdeutschkursen der Universität Wien teilgenommen, wo zu dieser Zeit meine Schwester studierte. Schon in der Schule haben zu meinen Lieblingsfächern Literatur, Deutsch und besonders Geschichte gehört. Das einzige, was mich ziemlich gestört hat, war die Tatsache, dass der Unterricht oft noch nach alten Richtlinien aus der Zeit des Sozialismus verlaufen ist, wo die Geschichte vielfach zum Instrument der kommunistischen Erziehung stilisiert wurde und wir beim Lernen auch viele alte Klischees und Vorurteile als selbstverständliche Tatsache mitbekommen haben.

Mein „erstes Mal" in München hat sich allerdings schon lange vor meinem Abitur abgespielt. Wir haben damals mit einer kleinen Gruppe von sieben Mädchen am Vorprogramm des Weltjugendtags in Köln 2005 teilgenommen, auf Einladung der Barmherzigen Schwestern vom Hl. Vinzenz von Paul, die in der Nähe meines Heimatdorfs, im bekannten Wallfahrtsort Maria Gojau bei Krummau/ Český Krumlov, wirken und in München ihr Mutterhaus haben. Obwohl ich mich an viele Einzelheiten des damaligen Aufenthalts in der bayerischen Metropole nicht mehr so gut erinnere, weiß ich, dass es mir dort schon damals sehr gefallen hat – eine Großstadt, wo man sich gar nicht wie in einer Großstadt fühlt, mit ihrem eher kleinen, aber schönen historischen Zentrum und vielen Grünflächen. Ich dachte mir, das wäre schon ein guter Ort zum Leben, bin aber überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass ich zwei Jahre später dort tatsächlich mein Studium beginnen würde. Hier haben die Schwestern in Maria Gojau ein wenig Schicksal gespielt. Gerne nahm ich ihr Angebot an, zu ihnen zu kommen und an einem Deutschkurs für Ausländer an der Universität München teilzunehmen. So habe ich fast ein halbes Jahr bei ihnen im Mutterhaus gelebt und im Sprachkurs die Oberstufen I und II absolviert, die ich mit der DSH[1] abgeschlossen habe, was so gut wie eine „Eintrittskarte" für ein Studium in Deutschland für die Ausländer funktioniert. Die Prüfung ist für mich so überraschend gut gelaufen, dass ich mich gleich um einen Studienplatz an der Universität München bewerben konnte – und ich wurde tatsächlich am Historischen Institut angenommen. Die Zeit, die ich in den Deutschkursen und im Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern verbracht habe, war sehr schön und stellt eine wichtige Zäsur in meinem Leben dar; ich habe nicht nur mein Deutsch wesentlich verbessert – ich hatte auch die Zeit und die Möglichkeit, über Grundsätze für meine Zukunft in Ruhe nachzudenken, und habe viele geistige Impulse erhalten, die mich bis heute prägen.

Im Wintersemester 2008/09 begann ich mit dem Magisterstudium in der Fächerkombination Neuere und Neueste Geschichte (Hauptfach), Geschichte Ost- und Südosteuropas sowie Deutsch als Fremdsprache (Nebenfächer) und lebe seitdem dauerhaft in München. Mit dem Studium in München verfolgte ich dann von Anfang an die Absicht, mir einen objektiven und qualifizierten Einblick in die Geschichte zu verschaffen,

1 DHS steht für „Deutsche Sprachprüfung für den deutschen Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber".

um später effektiv an den vielfältigen internationalen Aktionen mitwirken zu können, die ich in der Praxis schon als Kleinkind vielmals erleben konnte. Gute Einarbeitung und erste Erfahrungen dazu konnte ich durch die Arbeit im Collegium Carolinum (Institut für die Geschichte der Böhmischen Länder München) sammeln, wo ich drei Jahre als studentische Hilfskraft tätig war. Seit März 2010 bin ich außerdem für vier Jahre gewähltes Mitglied des Pfarrgemeinderats der tschechischen katholischen Gemeinde in München und engagiere mich in dieser Position in der Zusammenarbeit der tschechischen mit den deutschen Gemeinden und Vereinen. Im April 2012 habe ich schließlich eine Teilzeitstelle als Projektmitarbeiterin in der Geschäftsstelle der Ackermann-Gemeinde in München angetreten. Die Ackermann-Gemeinde war mir bereits vorher ziemlich gut bekannt, jedoch hatte ich noch keinen engeren Kontakt zu ihr gehabt. Ich wusste aber, dass ihre Arbeit meinen Vorstellungen über die Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und Tschechen entspricht – ein offener Dialog über die Vergangenheit, frei von einseitiger Kritik und Vorurteilen, und ein freundschaftlicher Ideenaustausch sowie eine gemeinsame Suche nach neuen Wegen für die Zukunft.

Und nun endlich zu der vielleicht interessantesten Frage: Wie lebt es sich als Ausländer in Deutschland? Haben sich meine Erwartungen erfüllt, hat sich meine Sicht auf Deutschland und die Deutschen verändert? Und wenn ja, wie?

Von vorneherein muss ich bemerken: Ich kann nur über das Leben in München bzw. Bayern berichten. Ich habe zwar viele Bekannte auch an anderen Orten in Deutschland, habe aber selbst nie länger woanders als in München gelebt. Als nächstes kann ich gleich sagen: Ja, meine Sicht auf das Leben in Deutschland hat sich sicher verändert. Erfüllt haben sich meine Erwartungen insofern, als man hier auch als Ausländer tatsächlich gut leben kann. Und das behaupte ich, obwohl das Leben in München für tschechische Verhältnisse recht teuer ist und auch meine eigene finanzielle Situation manchmal ziemlich bedrückend war. Vielleicht ist es Zufall, manche würden es Glück, andere Gottes Vorsehung nennen – ich habe stets Menschen getroffen, die mir geholfen haben, als ich nicht gewusst habe, wie es weitergehen kann. Auch eine „geistige" Unterstützung habe ich mehrmals gebraucht und bekommen, als es mir psychisch nicht so gut ging. Hilfe erhielt ich sowohl von Deutschen als auch von Tschechen, jüngeren und älteren Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen. All diese Menschen waren ganz wichtig, damit ich mich in München heute so wohl fühlen kann. München ist ja schon längst

keine rein deutsche Stadt, ganz verschiedene Nationalitäten und Kulturen stoßen hier aufeinander.

So hatte ich hier stets auch viele Möglichkeiten zum Vergleich und habe festgestellt: Doch, die Deutschen sind anders als die Tschechen. Damit möchte ich auf keinen Fall behaupten, dass die einen „besser" oder „schlechter" sind als die anderen. Die Deutschen sind meist viel verschlossener und ängstlicher als die Tschechen, sie bevorzugen – das ist wirklich kein Klischee – eine gewisse Ordnung der Dinge und geregelte Abläufe. Daher ist ja auch die deutsche Wirtschaft so effektiv – genau das aber empfindet ein Tscheche eher als ein mechanisches, langweiliges, eher freudloses Leben. Die Tschechen sind spontaner, knüpfen viel leichter neue Kontakte an und haben kein Problem mit Unerwartetem und Ungeplantem. Sie entscheiden sich eher situationsgemäß und planen alles nicht so viel voraus. Daher herrschen auch in unserem Land viel mehr chaotische Zustände. Auch ist es – so scheint es mir jedenfalls – dank der emotionalen Entscheidungsweise nach Lust und Laune auch möglich, dass sich ein Politiker zwar mit einem Skandal absolut unmöglich macht, nach ein paar anderen Skandalen ist das aber wieder

Böhmisches Bier

Den echten Bierliebhabern läuft schon das Wasser im Mund zusammen, wenn sie nur die Getränkekarte lesen: 24 verschiedene Sorten Bier vom Fass gibt es in der Kneipe in einem der lebendigen Prager Viertel, die meisten kommen aus winzigen Brauereien im ganzen Land. Oder das Spezialgeschäft in der Seitenstraße eines Arbeiterviertels: Hunderte Sorten Bier stehen hier in den Regalen, vom klassischen Obergärigen bis hin zum speziellen Brennnesselbier.

Solche Adressen für Bier-Connaisseure entstehen gerade überall in Tschechien, zugleich eröffnen reihenweise neue Kleinstbrauereien. Sie sind das sichtbare Zeichen für einen Wandel in der böhmischen Bierkultur: Die Tschechen besinnen sich auf den Reichtum ihrer Brautradition – und viele wenden sich ab von den großen Biermarken, die mittlerweile fast alle zu internationalen Getränkekonzernen gehören. Stattdessen kaufen Enthusiasten längst stillgelegte Brauereien auf dem Land und bringen sie wieder auf Vordermann. Diese Begeisterung für das Bier schlägt sich natürlich auch in der Statistik nieder: Durchschnittlich 145 Liter trinken die Tschechen pro Kopf und Jahr – damit sind sie unangefochtene Weltmeister.

Kilian Kirchgeßner

vergessen und er hat kein Problem, bei den nächsten Wahlen wieder gewählt zu werden.

Pauschal kann man auch sagen: Die Tschechen feiern gerne, die Deutschen arbeiten gerne. Deshalb finde ich es toll, wenn es gerade in Bayern noch anders läuft und viele Traditionen über das ganze Jahr hinweg hochgehalten werden. Allerdings ist dieses traditionelle Leben auch in Bayern vom Aussterben bedroht, weniger auf dem Lande als in den Städten. Wenn man sich die deutsche Jugend dort anschaut, so bekommt man oft einen ziemlich traurigen Eindruck. Meist interessieren die Jugendlichen nur die technischen Neuheiten oder wie viel man bei der letzten Party getrunken hat. Das ist in Tschechien vielleicht nicht besser, doch habe ich oft Eindruck, dass es bei vielen jungen Tschechen eine tiefe Sehnsucht nach dem wahren Sinn des Lebens gibt. Auch hat mich ziemlich schockiert, wie erbärmlich die Kenntnisse der deutschen Jugendlichen, besonders der, die noch in die Schule gehen, über ihre Nachbarn sind – für viele ist Tschechien einfach nur „irgendwo im Osten". Wenn jemand Prag kennt, muss man schon froh sein. Natürlich ist es nicht bei allen so, generell aber wissen die Kinder in Tschechien schon frühzeitig viel mehr über Deutschland und die anderen Nachbarländer als umgekehrt. Wohlstand und Konsumdenken haben offensichtlich das Interesse an den anderen, aber auch die Stimme der eigenen Seele verstummen lassen. Ein Ideenaustausch zwischen den jungen Leuten aus beiden Ländern könnte, meine ich, zugunsten der Zukunft unserer beiden Nationen viel bewirken.

Mein nächstes Ziel ist es, mein Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität erfolgreich abzuschließen und mich auch danach weiterhin der Zeitgeschichte zu widmen, mit dem Schwerpunkt der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Je nach Umständen und Möglichkeiten würde ich dann eine Dissertation anfertigen. Mein Zukunftswunsch wäre es, durch meine Arbeit zu guten internationalen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien und einer künftigen Zusammenarbeit der beiden Nationen ein wenig beizutragen.

Verena Hesse

„Denn mich hat keiner gefragt, und ich möchte nicht, dass du so etwas erlebst"

Verena Hesse war von September 2011 an ein Jahr als ASF-Freiwillige in Tschechien tätig und studiert inzwischen an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) Kulturwissenschaften und Slawische Sprachen.

„Tschechien??? Was macht man denn da?" Ich konnte gar nicht mehr zählen, wie oft mir diese Frage gestellt wurde. Es war die Zeit nach dem Abitur. Ich freute mich sehr darüber, von „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste" (ASF) eine Zusage für ein freiwilliges soziales Jahr in Tschechien bekommen zu haben, und wollte meine Mitmenschen dafür begeistern. Oft wollte mir das aber nicht so recht gelingen. Zugegebenermaßen ist es nicht so häufig, dass Jugendliche für ihr Auslandsjahr ein osteuropäisches Land wählen. Warum hatte ich das getan?

Die Antwort darauf liegt weit zurück, im Jahr 1946, als mein Opa aus seiner Heimat vertrieben wurde. Geboren wurde er in einem kleinen Dorf namens Seesitz/Žežice in der Nähe von Aussig an der Elbe/Ústí nad Labem, als Sohn einer deutschen Familie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Deutschen aus dem Sudetenland vertrieben. Mein Opa kam mit seiner Familie in seine heutige Heimat, das oberbayerische Dorf Weichs im Landkreis Dachau. Darauf folgte ungefähr ein halbes Jahrhundert, in dem er nicht in seine Heimat zurückkehren konnte. Aber im Jahr 2002, nach Beendigung des „Kalten Krieges", war es schließlich so weit. Diesmal im Gepäck: die ganze Familie. Ich war zu diesem Zeitpunkt 11 Jahre alt. In den folgenden Jahren reisten wir mehrmals nach Tschechien und ich war immer begeistert. Ich baute eine Beziehung zu diesem Land auf, die zunächst mehr aus meiner kindlichen Sichtweise entstand. Ich mochte die Cousine meines Opas, die letzte in Tschechien verbliebene Verwandte, sehr gern. Ich fühlte mich sehr wohl dort, liebte das gute Essen, unsere gemütliche Ferienwohnung, die wunderschöne böhmische Landschaft, die Möglichkeit, vieles billiger zu kaufen ...

Viele Jahre später, im Januar 2011, befand ich mich auf dem Auswahlseminar von ASF. Ich sollte angeben, in welchen Ländern ich mir meinen Dienst vorstellen könnte. Als erste Wahl gab ich Tschechien an. Inzwischen hatte sich allerdings meine kindliche Schwärmerei für dieses Land in eine rationalere Sichtweise gewandelt. Noch immer empfand ich eine große Begeisterung, aber inzwischen sah ich auch die vielen Probleme in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Besonders die deutsche Sichtweise bekam ich durch Erzählungen meines Opas sehr gut mit. Oft schimpfte er auf die Tschechen, da sie ihn aus seiner Heimat vertrieben hätten. Es gab einfach so viel Unrecht, dass sich Deutsche und Tschechen gegenseitig angetan hatten, und genau an diesem Punkt wollte ich ansetzen. All dies kann nie wieder gut gemacht werden. Ich dachte aber trotzdem: Hier kannst du mit deinem Friedensdienst konkret etwas zur Völkerverständigung tun!

So kam es, dass ich am 15. September 2011 im Zug nach Olmütz/Olomouc saß. Ein Jahr lang sollte ich nun offene Altenarbeit leisten, in Kooperation mit „Živá Paměť“ („Lebendige Erinnerung“), einer Organisation, die im Rahmen des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds gegründet wurde und sich um ehemalige Zwangsarbeiter unter der NS-Herrschaft kümmert. Zunächst konnte ich mir wenig darunter vorstellen und hatte sogar einige Zweifel. Wird man mir als Deutsche positiv begegnen? Wie wird es mit der Verständigung, ich spreche ja noch kaum Tschechisch? Werden mir die älteren Leute nicht auf Dauer auf die Nerven gehen? Werde ich Kontakt zu Gleichaltrigen finden, um einen Ausgleich zur Arbeit zu haben? Meine ersten Zweifel verflogen schon, als ich das erste Mal durch die Olmützer Innenstadt lief. Eine so wunderschöne Stadt! Der „Horní Náměstí“ („Oberring“) mit der Dreifaltigkeitssäule, die zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, und dem Rathaus, der „Dolní Náměstí“ mit der Pestsäule, die vielen schönen Kirchen.

Meine ersten Klienten lernte ich dann im Olmützer „Kontaktní Centrum“ kennen. Dieses wird von „Živá Paměť“ organisiert und bietet den Senioren in Olomouc die Gelegenheit sich zu treffen, über ein Thema zu diskutieren, gemeinsame Ausflüge zu planen oder einfach nur zu plaudern. Ich wurde gleich offiziell als neue Freiwillige vorgestellt bzw. sollte mich selbst vorstellen. Ich tat dies natürlich auf Tschechisch, aber als einige Nachfragen kamen, verstand ich leider nicht mehr alles. Meine Begleiterin wollte für mich ins Englische übersetzen – aber nein, das fanden die Anwesenden zu umständlich: „Reden Sie doch ruhig Deutsch, wenn Sie langsam und deutlich sprechen, verstehen wir Sie

schon." Da wurde mir bewusst, dass fast alle der Senioren teilweise sehr gut Deutsch verstehen und sprechen. Was für eine positive Überraschung! Obwohl sie meist unter schlimmsten Bedingungen Deutsch gelernt haben – fast alle waren im „Totaleinsatz" (wir nennen es Zwangsarbeit) –, sind sie heute noch bereit, diese Sprache mit mir zu sprechen, und das sogar sehr gerne! So ist wirklich ein gutes Verhältnis zu allen meinen Klienten entstanden. Ich verbringe wunderbare Stunden mit ihnen, wir unterhalten uns, lachen viel, und selbst anstrengende Arbeiten wie Fenster putzen sind zu zweit im Nu geschafft. Sie sind immer sehr froh, meine Hilfe zu haben, und oft stellen sie mich doch mit ein wenig Stolz in der Stimme mit den Worten „To je dobrovolnice z Německa" („Das ist eine Freiwillige aus Deutschland") bei Verwandten und Bekannten vor.

Neben all der Fröhlichkeit kommt manchmal die Zeit, die sie in Deutschland im Totaleinsatz verbringen mussten, zur Sprache. Dies sind grausame Geschichten, wie diese Menschen behandelt wurden und unter welchen Bedingungen sie arbeiten mussten. Da weiß ich meistens gar nicht, was ich darauf sagen soll. Und ich denke mir dann: „Ja, das waren Deutsche, deine Nation, unter denen sie damals gelitten haben." Ich kann nur bewundern, wie sie diese Erlebnisse verarbeitet haben und dass sie heute keine Abneigungen mehr gegen Deutsche hegen. Besonders rührend war der Moment, als eine Klientin mich fragte, während ich gerade Fenster putzte: „Ist es denn wirklich nicht zu kalt? Ich frage dich nur, denn als ich als 17jähriges Mädchen im Totaleinsatz gearbeitet habe, da hat mich das keiner gefragt, und ich möchte nicht, dass du so etwas erlebst!" Aber nicht nur die älteren Menschen begegnen mir hier so offen, auch viele junge Menschen, besonders Studenten.

Zu Beginn war es für mich nicht so leicht, mit Gleichaltrigen in Kontakt zu kommen, bis ich auf eine Internetseite stieß, auf der man so genannte „Tandempartner" finden kann. Das Tandemprogramm beruht auf einem sehr einfachen Prinzip: Jeweils zwei Tandempartner bringen sich gegenseitig ihre Muttersprache bei. Ich war zunächst skeptisch, dachte aber, dass es doch irgendjemanden in Olomouc geben muss, der auch heute noch Deutsch lernt. Irgendjemanden? Unzählig viele! Gleich auf meine erste Anfrage bekam ich eine höchst erfreute Antwort von einer Germanistikstudentin. Das erste Treffen sollte die e-Mail noch übertreffen. Begrüßt wurde ich mit den Worten „Endlich wieder Deutsch reden!" Mein Inserat auf der Tandem-Homepage wurde zum Selbstläufer. Nicht mehr ich schrieb den Teilnehmern, sondern vielmehr

schrieben sie mir. Das waren nicht nur Germanistikstudenten, auch viele andere. Nach und nach stand das Erlernen der Sprache nicht mehr im Vordergrund, es entstand noch etwas viel Schöneres: Freundschaft!

Durch meine Tandempartner lernte ich immer mehr neue Leute kennen und fühlte mich schon bald in Olomouc sehr zu Hause. Ich muss allerdings zugeben, dass es mich anfangs doch ein wenig Überwindung kostete, mit einer Gruppe Tschechen etwas zu unternehmen. Schließlich spreche ich die Sprache doch noch nicht so gut. Aber meine Sorgen waren meistens unbegründet, man begegnete mir immer sehr offen und fragte interessiert und auch erstaunt nach, was denn eine Deutsche hier nun tue. Mich vorzustellen und zu erklären, warum ich hier bin, das lernte ich schnell auf Tschechisch. Allerdings führte meine Angabe, dass ich eine Freiwillige sei, oft zu Verwirrung, da solche Dienste in Tschechien nicht so populär sind. Die interessanteste Reaktion auf meine Vorstellung war sicher, als ein gut Deutsch sprechender Tscheche zu mir sagte: „Ja, das hoffe ich, dass dich keiner gezwungen hat.“ Nein, das hat mich sicher keiner, und es gelang mir meist auch schon auf Tschechisch zu erklären, worin denn genau meine Arbeit bestünde.

Mit Klischees und Vorurteilen wurde ich so gut wie nie konfrontiert. Höchstens wenn ich pünktlich war, wurde mir zum Spaß gesagt, dass das einfach die typisch deutsche Pünktlichkeit sei und die müsse ich mir halt abgewöhnen. Auch die Geschichte der politischen Beziehungen unserer Heimatländer war nie ein Thema, nie wurde mir etwas vorgeworfen, nie musste ich mich rechtfertigen. Viel mehr lernte ich und war erstaunt darüber, welch positives Bild die jungen Tschechen von Deutschland haben. Nicht wenige planen ihre Zukunft in Deutschland, da sie dort bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen.

Insgesamt würde ich sagen, dass das Land Tschechien meine Erwartungen übertroffen hat. Was ich mir am Anfang so vorgestellt habe, das kann ich inzwischen gar nicht mehr so genau sagen. Aber dass sich alles so positiv gestaltet, hätte ich nicht gedacht. Die vielen netten Leute hier, ob jung oder alt, haben Olomouc schnell zu meiner zweiten Heimat werden lassen.

Jetzt ist hoffentlich die Frage geklärt, was ich denn da in Tschechien mache.

Ondřej Matějka

Nähe und Ferne – meine Erfahrungen mit Deutschland

Ondřej Matějka ist Politologe, Historiker und Leiter der Bürgerinitiative „Antikomplex" (vgl. dazu oben S. 278).

Da ich in Liberec/Reichenberg unweit der deutschen Grenze groß geworden bin, war Deutschland schon immer in meinem Leben präsent. Mein heutiges Bild von Deutschland hat allerdings zu viele Schichten, als dass es auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnte. Diese unterschiedlichen Schichten von „meinem" Deutschland werden sehr oft durch konkrete Menschen repräsentiert, die mir das jeweilige Deutschland eröffnet haben. Bei dieser Betrachtung gehe ich sicherlich das Risiko einer Pauschalisierung ein, aber andererseits war das mein Weg, um das Land kennenzulernen.

Das erste wirklich prägende Gesicht Deutschlands war unser Deutschlehrer Hans Joachim am deutschsprachigen Zweig des Gymnasiums in Liberec. Er wurde für mich zum Inbegriff Deutschlands, wie es die berühmten „Achtundsechziger" geschaffen haben. Bei ihm habe ich gelernt, dass ein kritischer Blick auf die eigene Geschichte selbstverständlich ist, dass soziale und politische Gerechtigkeit, Umwelt, Bildung usw. Werte sind, um die es auch in der Politik gehen sollte. Es war ein äußerst modernes, liberales Deutschlandbild. Natürlich war es vor allem ein Bild von Westdeutschland, unser Lehrer kam ja aus Westdeutschland. Diese Mischung eines wohlhabenden Lehrers und kritischen Geistes bekam für mich dann später das Label „Bildungsbürgertum". Wie oft habe ich mir bei einem Treffen mit Angehörigen dieser Klasse gewünscht, es hätte sich diese Schicht in Tschechien genauso stark entwickelt wie in Deutschland. Nicht, dass es sie bei uns nicht gegeben hätte, aber der soziale Status der Lehrer, Dozenten, Musiker, Journalisten, Beamten, teilweise auch der Ärzte, ist mit dem in Deutschland nicht zu vergleichen. Um nicht missverstanden zu werden – ich beneide die deutschen Lehrer nicht wegen der schönen Einfamilienhäuser. Ich beneide Deutschland um die Autorität, die die gebildete Klasse im öffentlichen

Raum – immer noch – genießt. In meinen Augen verleiht gerade dieser Aspekt dem deutschen politischen Leben die gerade von außen eindeutig zu schätzende Rationalität und Kultiviertheit. Nicht zuletzt ist ein Bildungsbürgertum auch die Stütze der Zivilgesellschaft, sie schafft den eigentlichen Unterschied zur Zivilgesellschaft in Tschechien. Der Unterschied liegt bei den Teilnehmern, die bei uns immer noch nicht kommen. Uns fehlt es nicht an den Aktiven, die gibt es wohl irgendwie in jedem Land. Uns fehlt es vor allem an einer aufnahmefähigen Gesellschaft, die man ansprechen kann und die auch reagiert.

Eine völlig andere Begegnung mit Deutschland bot mir meine durchwegs tschechische Familie, in der es einen angeheirateten deutschen Onkel gab. Als ich mit Onkel Kurt zum ersten Mal ausführlicher sprechen konnte, war er beinahe 80 Jahre alt. In meinen Augen steht er ziemlich genau für das Deutschland, wogegen sich mein Lieblingslehrer Hans Joachim abgrenzte. Nicht seiner aktiven Teilnahme am Krieg wegen, das konnte er wegen seines Alters kaum verhindern, sondern wegen seiner Einstellung dazu. Er hat es nie kommentiert, gab nie eine Meinung dazu ab. Seine ganze Lebensauffassung war und ist immer noch äußerst nüchtern und pragmatisch. In seiner Auffassung besteht das Hauptproblem Deutschlands darin, dass man nicht mehr „Leistung" an die erste Stelle setzt. Er war damit ziemlich glaubwürdig, denn sein Lebensweg ist eine schlichte Illustration dieser Überzeugung. Als er nach dem Krieg zuhause in Sachsen ankam, sah er schnell ein, dass es mit der DDR nichts wird. Er ist dann allein, ohne die Familie, über die Grenze in den Westen geflüchtet, wurde zuerst in einem Sammellager für jugendliche Flüchtlinge aufgenommen und bekam dann seinen ersten Job als Gehilfe im Lager eines Kaufhauses. Seither musste er, so erzählte er, hart arbeiten und immer bereit sein, sich den Bedingungen der Firma anzupassen. Tatsache ist, dass er in der Branche blieb, bis er als Chef einer Supermarktkette in Rente gegangen ist. Wir, entfernte Verwandte in der sozialistischen Tschechoslowakei, kannten ihn dann immer nur als den „sagenhaften Kurt im weißen Mercedes". Ohne über ihn urteilen zu wollen – denn ich schätze Kurt für viele persönliche Sachen sehr –, half er mir, das Deutschland der fünfziger und sechziger Jahre zu verstehen. Diese rücksichtslose Aufbauleistung, die um so intensiver war, um so weniger man nach links, rechts oder nach hinten geschaut hat, schien mir um so mehr faszinierend, als ich darin eine Parallele zur Stimmung der tschechischen Gesellschaft nach 1989, in die ich nach und nach hineinwuchs, erkannte.

Man hätte erwartet, dass die Deutschen in den fünfziger Jahren vor allem Reue und Demut gelebt hätten – ich war aber erstaunt zu erfahren, dass der Nationalsozialismus kein Thema war. Fast das Gegenteil trifft zu: Die erste Phase einer Aufarbeitung muss wohl Vergessen sein. Wie sehr mich das an Tschechien bis vor Kurzem erinnert! Ohne damit einen Vergleich zwischen deutschem Nationalsozialismus und tschechischem Kommunismus ziehen zu wollen, die Einsicht in die mentale Dynamik einer Gesellschaft nach einer Befreiung ist zweifelsohne übertragbar. Diese Einsicht machte das Phänomen der deutschen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die uns bei der Tätigkeit von „Antikomplex" als glänzendes Vorbild vorschwebte, viel plastischer und auch greifbarer. Das ist kein Schlechtreden dieser deutschen Leistung, sondern ermöglicht es uns, die eigenen Bemühungen um kritische Geschichtsaufarbeitung in Tschechien mit etwas mehr Weitblick zu sehen, und hilft uns, manche Verzweiflung zu überwinden.

Es würde den Rahmen dieses Textes sprengen, wenn ich versuchen würde, alle wichtigen Begegnungen mit Deutschland und alle seine Gesichter aufzuzeichnen. Ich dürfte dabei nicht meine aktuellen Freunde und Arbeitskollegen vergessen, mit denen ich meine täglichen Sorgen teile, vergessen dürfte ich nicht meine lieben ehemaligen Landsleute, die vertriebenen Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien, die mich stets bewegen, mein eigenes Land mit frischen Augen zu sehen. Nur erwähnt sein mögen hier auch Persönlichkeiten, denen ich nie direkt begegnen konnte, die für mich dennoch neue Welten eröffnet haben und gleichwohl auch neue Deutschland-Welten – unzählige Künstler und Persönlichkeiten. Damit die Liste nicht peinlich lang wird, gebe ich an dieser Stelle nur den ganz aktuell erlebten Thomas Mann an, dessen Roman „Doktor Faustus" ich gerade zuende lese.

Die schwierige Fülle an Deutschlandbildern lässt sich nicht zuletzt an meinem beliebten Spiel „Wo mag ich es in Deutschland am liebsten" zeigen. Ich bin dabei immer wieder zerrissen zwischen Süddeutschland, Norddeutschland und Ostdeutschland. Jede Region ist anders, überall kann ich mich wohlfühlen, aber es findet sich immer etwas, was nicht ganz stimmig ist. Im Süden liebe ich den Bodensee, das Allgäu, Oberbayern, Schwaben und natürlich die Alpen. Die Idylle dort unten ist manchmal fast nicht auszuhalten, andererseits bewundere ich irgendwie doch die ländlichen Gemeinschaften, die dort gewachsen sind. Eine ähnlich romantische Prägung hat auch meine Beziehung zum Norden Deutschlands. Ich komme viel weniger dorthin als woanders, jedoch zieht mich

das kalte deutsche Meer der Ostsee oder der Nordsee immer wieder an. Frischer Wind, keine große Hitze, ein niedliches Häuschen mit Strohdach, kurze Spaziergänge mit weitem Blick über die Dünen und viel Lesen – das ist mein Norddeutschland. Viel intensiver als im Norden bin ich in den neuen Bundesländern herumgekommen. Daher ist die Beziehung zu dieser Region auch wohl am meisten differenziert. Nach der Revolution 1989 hat man bei uns in Tschechien einfach nur gestaunt, wie schnell der Aufbau im Osten Deutschlands ging. Da konnten wir überhaupt nicht mithalten. Der „Aufbau Ost" war nicht fehlerfrei, aber irgendwie musste man dort nicht jeden noch so dummen Fehler machen, wie es bei uns geschehen ist.

Eigentlich hatte ich in diesem Text vor, auch mit manch einer deutschen Unannehmlichkeit abzurechnen, die mir so oft durch den Kopf geht. Nun, dazu komme ich nicht mehr wirklich. Beiseite lasse ich die manchmal in äußerste Arroganz ausgeartete Bürokratie. Im Sinne habe ich seit Jahren vor allem die Sächsische Aufbaubank, deren Aufgabe es theoretisch ist, sächsisch-tschechische Projekte zu verwalten. Tatsächlich besteht ihre Aufgabe wohl eher in einer Erschwerung jeglicher Arbeit. So richtig kann ich auch nicht meine Verwunderung über den beinahe kultischen Stellenwert des Autos ausdrücken, der manchmal ärgerliche Züge annimmt. Deutsche Autobahnen sind wunderbar, aber warum leistet sich so ein hochkultiviertes Land wie Deutschland kein Tempolimit? Als würde es ein Stück wilden Westen mitten im guten alten Europa geben!

Es gibt einfach vieles, dass in meinem lebenslangen Respekt für Deutschland immer wieder für etwas Aufregung sorgt. Gerade in gut gewachsene Beziehungen – und als solche betrachte ich eben auch meine Beziehung zu Deutschland – gehört auch einiges an Kritik. Wirklich gute Beziehungen leben doch davon. Dass ich diese Erkenntnis für eine Selbstverständlichkeit halte, verdanke ich wohl auch meinen deutschen Begegnungen. Wo denn sonst erlebt man, dass man selbst unter besten Freunden oder Kollegen so plötzlich und so rücksichtslos kritisch werden kann? So gesehen habe ich auch keine Angst, dass es mit meiner Beziehung zu Deutschland irgendwann schief gehen könnte. Wir kommen schon gut zurecht, auch wenn mir immer wieder manches oder auch sehr vieles nicht gefallen wird.

Sebastian Kraft

Ein Stück Heimat

Sebastian Kraft, Landtagsreporter für das Bayerische Fernsehen und ARD aktuell, absolvierte seinen vierzehnmonatigen Zivildienst 2003/04 in der katholischen Pfarrei Jablonec nad Nisou/Gablonz in Nordböhmen und studierte Politikwissenschaften in Regensburg und Prag.

„Von Ihnen kriegen wir heute sicherlich wieder eins drüber gebraten", begrüßt mich der Pressesprecher des AKW Temelin bei einer Infoveranstaltung in Passau mit einem unübersehbaren Grinsen im Gesicht. „Ich mache nur meine Arbeit", antworte ich auf Tschechisch und will mein eigenes Grinsen dabei gar nicht verbergen. Da müssen wir beide erst einmal lachen, dabei ist es erst unsere zweite Begegnung seit meinem Besuch in Temelin mit einer Handvoll Landtagsabgeordneter. Und auch diesmal macht jeder seine Arbeit. Er repräsentiert seinen Kraftwerksbetreiber und erklärt, warum es gut ist, dass Tschechien bald über 80 Prozent seiner Energie aus Atomkraft bezieht. Ich stelle die unangenehmen Fragen, die in diesem Zusammenhang zu stellen sind, und komme in meiner journalistischen Bewertung nicht darum herum zu sagen, dass diese Infoveranstaltung für besorgte bayerische Bürger eigentlich nur eine Farce ist und mit der von Ministerpräsident Nečas versprochenen Transparenz wenig zu tun hat. Ein Thema, zwei völlig unterschiedliche Sichtweisen, und doch wächst bei jeder Begegnung das Vertrauensverhältnis zwischen uns beiden. Eigentlich komisch, doch der Schlüssel ist ganz einfach – er kennt Bayern und versteht die bayerische Sichtweise – ich kenne Tschechien und verstehe die tschechische. Klingt einfach, ist aber enorm hilfreich.

Erst im Berufsleben habe ich gemerkt, wie viel mein Zivildienstjahr in Tschechien wirklich wert gewesen ist; gerade bei so schwierigen Themen wie Temelin, wenn im Gegensatz zur grenzüberschreitenden Jugend- und Kulturarbeit völlig unterschiedliche Charaktere aufeinanderprallen. In Temelin wurde ich als ausländischer Journalist nur ein paar Sekunden kritisch gemustert, bis ich anfing, mit der Pressestelle in ihrer Landes-

sprache zu sprechen. Das hat zwar zum Glück längst keinen Seltenheitswert mehr, in Tschechien sendet man damit aber ein überaus positives Signal aus. Tschechisch ist keine einfache Sprache und eigentlich nur im Land selber zu lernen, für Tschechen wird somit schnell klar: Wer unsere Sprache spricht, der hat sie nicht nur einfach so mal gelernt, der hat meistens auch bei uns gelebt, kennt Land und Leute und vor allem: die Mentalität.

Temelin

Seit Anfang Juli 2012 befassen sich 200 Experten des tschechischen staatlichen Energiegiganten ČEZ mit den streng geheimen ausländischen Angeboten zum Ausbau des Atomkraftwerks Temelin. Die zwei Reaktoren werden über 8 Milliarden Euro kosten und sind damit die teuerste Investition in der Geschichte der Republik. Die Reaktoren sollen ab dem Jahr 2025 laufen. Die Atomenergie soll eine saubere Alternative zu den Kohlekraftwerken sein – denen geht in Tschechien langfristig die Kohle aus, auch sind viele technisch veraltet. Temelin hingegen steht für weitere Energieexporte aus Tschechien und eine Verringerung der Energieabhängigkeit von Russland.
Gegen den Ausbau des Atomkraftwerks wehren sich allerdings viele Bürger in Österreich und Bayern. Hauptproblem ist die Sicherheit des Kraftwerks, denn im Falle einer Störung könnten große Teile beider Länder radioaktiv verseucht werden. Zurzeit versuchen die Atomkraftgegner unter Hinweis auf die fehlende Umweltverträglichkeit den Bauprozess zu verlangsamen. Auch ist noch nicht sicher, ob die beiden Reaktoren wirklich rentabel arbeiten, ob der ČEZ ausreichende Mittel zur Verfügung stehen und ob die derzeitige Regierung in Prag dafür zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen wird.

Boris Kaliský

„Was, Tschechien? Wieso ausgerechnet Tschechien?“ musste ich mir damals von meinen Freunden kurz nach dem Abitur im Sommer 2003 anhören, als ich sagte, dass ich jetzt zum Zivildienst ein Jahr in eine katholische Pfarrei in Jablonec nad Nisou/Gablonz an der Neiße im Dreiländereck gehen werde. Eher zufällig bin ich in mein Auslandsjahr reingerumpelt, das mein Leben und meine persönliche Entwicklung maßgeblich prägen sollte. Fernweh, Neugierde, da kam ein Angebot der Erzdiözese Bamberg, wo ich in der katholischen Jugendarbeit aktiv war, gerade recht: ein Jahr in einer tschechischen Pfarrei leben und arbeiten. Zugegeben: Ein bisschen mulmig war mir dabei anfangs schon, doch das hatte sich schnell erledigt. Die Offenheit, die Herzlichkeit und die vielen schönen Erlebnisse ließen nicht nur den kalten und tristen Winter im Isergebirge, sondern auch so manche Differenzen über den dortigen

recht konservativen Katholizismus zu einem wunderschönen Jahr werden. Eine Kirche, die zwar unterschiedliche Nationalitäten und Mentalitäten kennt, sie aber als Bereicherung und nicht als Hindernis ansieht – das habe ich dort intensiver denn je erlebt. Der mittlerweile leider verstorbene Dekan Antonin Bratrošvský, den wir immer nur liebevoll „Padre" nannten, hat es wie kein zweiter verstanden, seine Pfarrei zu öffnen. Nicht nur für die vielen Atheisten, die es im ehemaligen Sudetenland gibt, sondern auch für die unterschiedlichen Nationen. Jedes Jahr ein deutscher Zivi aus Bamberg, dazu ein Seminarist im Freijahr aus dem ostslowakischen Košice und natürlich viele Besucher aus Polen und der Partnerpfarrei in der Schweiz. Zu meinen wundervollsten Erinnerungen gehört es, als in den ersten Tagen in der Pfarrei plötzlich der slowakische Seminarist Matuš vor der Tür stand und wir einen Eimer Farbe in die Hand gedrückt bekamen, um gemeinsam unsere Zimmer zu streichen – ich kein Wort Tschechisch, geschweige denn Slowakisch, er kein Wort Deutsch oder Englisch. Heute spricht er genauso gut Deutsch wie ich Tschechisch, und viele Gespräche und Besuche in meiner Heimat haben ihm nicht nur neue Erfahrungen und Sprachkenntnisse ermöglicht, sondern auch einen anderen Blick auf Kirche und Glaube, auch wenn ihm das jede Menge Ärger im slowakischen Priesterseminar und den Spitznamen „Luther" eingebracht hat.

Wie prägend dieses Auslandsjahr in Tschechien für mich wirklich war, habe ich erst in den Jahren danach gemerkt. Die Geschichte ist schnell erzählt: Ich wollte eigentlich in Würzburg studieren, entschied mich dann aber für Regensburg, da es dort eine echte „Ost-West"-Universität mit dem Studienschwerpunkt Mittelosteuropa gibt. Es folgten ein zweites Jahr in Tschechien, Slowakisch- und Polnischkurse, ein Ausflug in ein großes deutsch-tschechisches Wirtschaftsunternehmen, am Ende im Journalismus hängen geblieben. Auch wenn meine Freunde aus Jablonec andere Wege in Beruf und Ausbildung gegangen sind und die Kontakte über die Jahre etwas weniger geworden sind, haben wir uns auch dank moderner Kommunikationsmittel nie völlig aus den Augen verloren. Ich könnte stundenlang vor Facebook sitzen und die einzelnen Bildergalerien durchklicken, gerade im Sommer, wenn die herrlichen Landschaftsaufnahmen aus dem Isergebirge gepostet werden, wo ich einen prägenden Teil meiner Jugend verbracht habe.

Die dunklen Kapitel der gemeinsamen Geschichte habe ich nie als Belastung erlebt – im Gegenteil. Beide Seiten verstehen es als Auftrag, dass wir jetzt das Fundament dafür legen müssen, damit unser Europa

des 21. Jahrhunderts anders wird. Geschichte darf weder vergessen noch kleingeredet werden, aber ganz ehrlich: Manchmal hat uns das auch genervt, wenn ewig Gestrige immer wieder den Finger auf offene Wunden der Geschichte gelegt haben. Im Gegenteil: In Diskussionen mit meinen Freunden habe ich bei kritischen Punkten wie der Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg viel Offenheit und Kompromissbereitschaft erlebt.

Die gemeinsamen Zukunftsaufgaben sind ohnehin die zentralen: die Energiepolitik, die gemeinsame Wirtschaftspolitik und der längst überfällige Lückenschluss der Infrastruktur zwischen Bayern und Böhmen und nicht zuletzt die Frage der europäischen Integration. Bei all diesen großen Aufgaben sind die deutsche und die tschechische Sichtweise nicht immer deckungsgleich, was für mich eher eine Bereicherung als ein Problem darstellt. Als Fernsehjournalist durfte ich den bayerischen Ministerpräsidenten auf seinen ersten beiden Reisen nach Tschechien begleiten. Prägend war für mich vor allem ein Erlebnis auf der ersten Reise. Beim Mittagessen waren eigentlich keine Bilder vorgesehen, doch dann kam überraschend ein Anruf des Pressesprechers von Ministerpräsident Seehofer: Fototermin auf dem Hradschin. Dort standen dann Seehofer und Nečas auf einem Balkon mit einem herrlichen Ausblick über Prag, der tschechische Ministerpräsident gab seinem bayerischen Kollegen eine kleine Stadtführung, vor imposanter Kulisse und einem weitem Horizont als Hintergrund. Was für ein Bild!

In meinem Studium bin ich irgendwann auf ein Zitat von Helmut Schmidt gestoßen, das für mich alles wunderbar auf den Punkt bringt: „Wir Deutschen müssen uns selbst mit den Augen der Nachbarn sehen." Ein Leitsatz, denn ich mir beruflich wie privat immer wieder gerne vor Augen halte. Denn auch, wenn Tschechien für mich längst keine Entdeckungsreise mehr, sondern eine zweite Heimat ist: Es schlummern dort noch so viele Geschichten, die es zur erzählen gibt.

Länderinfo
Tschechische Republik

Fläche: 78.866 km²
Einwohner: 10,2 Millionen
Hauptstadt: Prag (Praha)

Ethnische Gruppen:

90,4 %	Tschechen
3,7 %	Mährer und Schlesier
1,9 %	Slowaken
4,0 %	Andere (Roma, Ukrainer, Deutsche, Polen usw.)

Geschichtlicher Überblick:
Auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik ließen sich seit dem 6. Jahrhundert slawische Stämme nieder. Im 9. Jahrhundert gelangte die Familie der Přemysliden an die Spitze des sich herausbildenden Staatswesens mit Prag als politischem und geistlichem Mittelpunkt (Bistum Prag seit 973). Die Přemysliden sorgten in den nächsten Jahrhunderten für den inneren Ausbau des Landes und riefen dazu deutsche Siedler ins Land. Ab 1212 war das Land erbliches Königreich innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und erlebte seine größte Blütezeit unter Kaiser Karl IV. (1346-1378). Im 15. Jahrhundert verwüsteten die Hussitenkriege das Land und trugen zur Entfremdung zwischen der tschechischen und deutschen Bevölkerung bei, die sich unter der Herrschaft der Habsburger (seit 1526) vertiefte. Auf die Schlacht am Weißen Berg im Jahre 1620 folgte die als *temno* („Dunkelheit") bezeichnete Zeit der Unterdrückung aller Nichtkatholiken und Zurückdrängung der tschechischen Sprache.
Die nationale Wiedergeburt der Tschechen setzte im Gefolge der Aufklärung ein. Auf dem Slawenkongress in Prag (1848) wurde vergeblich die Gleichberechtigung der Slawen in der Donaumonarchie eingefordert. Am Ende des Ersten Weltkriegs entstand aus dem Gebiet des heutigen Tschechien und der Slowakei, die eine ganz andere Vorgeschichte hatte, die Tschechoslowakei (28. Oktober 1918). Ende der dreißiger Jahre wurde das Land Opfer der Expansionspolitik Hitlers (1938 Abtrennung des Sudetenlandes, 1939-1945 „Protektorat Böhmen und Mähren"). Nach 1945 musste die deutsche Bevölkerungsgruppe das Land verlassen. 1948-1989 herrschten die Kommunisten im Land, der „Prager Frühling" (1968) brachte nur eine vorübergehende Auflockerung. Im Rahmen der politisch-gesellschaftlichen Umwälzungen im Ostblock kam es im Herbst 1989 zur „samtenen Revolution" und zur Bildung demokratisch legitimierter Strukturen. Nicht befriedigend zu lösen waren jedoch die Spannungen zwischen dem tschechischen und slowakischen Landesteil, die schließlich zur Bildung zweier souveräner Einzelstaaten, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, führten.

Politisches System:
Die Tschechische Republik ist eine parlamentarische Republik (Verfassung von 1993, letzte Änderungen 2000), gegliedert in Gemeinden (*obec*) und in 14 höhere selbstverwaltende Regionen (*kraj*).

Zweikammerparlament (Abgeordnetenhaus mit 200 Mitgliedern; Legislaturperiode 4 Jahre, letzte Wahl: 28./29. Mai 2010; und Senat mit 81 Mitgliedern; Legislaturperiode 6 Jahre, letzte Wahl: Oktober 2010).
Staatsoberhaupt: Václav Klaus, Präsident (seit 28. Februar 2003)
Regierungschef: Petr Nečas, Ministerpräsident (seit 28. Juni 2010)

Ökonomische und soziale Rahmendaten:
Nach Wachstumsraten von jeweils über 6 Prozent in den letzten Jahren war 2009 in Tschechien infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verzeichnen; 2010 betrug es 191,9 Milliarden Euro. Das BIP pro Kopf liegt bei 82 Prozent des EU-Durchschnitts. – Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 4,2 Prozent (Mitte 2008) auf 9,9 Prozent (Februar 2010). Aufgrund der Eurokrise und der sich 2011 und 2012 abschwächenden Konjunktur ist der Beitritt zur Eurozone vorläufig nicht geplant.

Kirchliche Strukturen:
Religionszugehörigkeit: Tschechien zählt zu den Ländern mit dem niedrigsten Anteil von Bürgern, die sich zu einer Religion bekennen. Aktuelle Daten (Schätzungen): über 60 % Konfessionslose, ca. 25 % Katholiken, 1,2 % Mitglieder der Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder, 1 % Mitglieder der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche.
Die *römisch-katholische Kirche* gliedert sich in zwei Kirchenprovinzen (Prag, Olomouc/Olmütz) mit insgesamt acht Diözesen. Außerdem existiert seit 1996 in Prag ein Apostolisches Exarchat für Katholiken der griechisch-katholischen Kirche in der Tschechischen Republik.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:
Renovabis unterstützt besonders den Aufbau kirchlicher und sozialer Strukturen, die kirchliche Bildungsarbeit und engagiert sich bei der Verbesserung der Lage von Minderheiten. Weitere Schwerpunkte sind die Aufarbeitung historischer Belastungen aus dem vergangenen Jahrhundert und die Förderung der deutsch-tschechischen Versöhnungsarbeit.

Interessante Internetadressen:
http://www.czech.cz/de/ (offizielle Seite der Tschechischen Republik)
http://www.vlada.cz/ (tschechische Regierung)
http://www.cirkev.cz/ (römisch-katholische Kirche)

„Die Kirche muss eine geistliche, vom Geist erfüllte Kirche sein." Ein Gespräch mit Dominik Kardinal Duka OP

Dominik Duka, geboren am 26. April 1943 in Hradec Králové/Königgrätz, arbeitete nach dem Abitur zunächst als Schlosser und durfte erst nach Ableistung des Militärdienstes ab 1965 Theologie studieren. 1968 trat er geheim in den Dominikanerorden ein und empfing am 22. Juni 1970 die Priesterweihe. In den nächsten beiden Jahrzehnten war er zeitweise als Seelsorger tätig, wurde jedoch vorübergehend wegen seiner geistlichen Tätigkeit inhaftiert. Seit 1986 übernahm er verschiedene Aufgaben innerhalb des Dominikanerordens. Am 6. Juni 1998 wurde er von Papst Johannes Paul II. zum Bischof von Hradec Králové ernannt und empfing am 26. September 1998 die Bischofsweihe. Am 13. Februar 2010 wurde er von Papst Benedikt XVI. zum Erzbischof von Prag ernannt und am 18. Februar 2012 in das Kardinalskollegium aufgenommen. – Die Fragen stellte Michael Albus.

Herr Kardinal, wie sehen Sie die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche in Tschechien?

Momentan ist die Kirche in Tschechien in einer Situation des Kampfes. Es ist kein Kulturkampf. Aber in Tschechien sind die Fragen des Geldes und des Eigentums immer das Hauptproblem. In dieser Hinsicht gibt es Spannungen im Parlament oder auf anderen politischen Ebenen. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass dies nicht das Hauptthema im Blick auf die Kirche ist.

Die Probleme der römisch-katholischen Kirche in Tschechien sind komplex. Sie haben im 20. Jahrhundert eine wechselvolle Geschichte. Nach dem Ersten Weltkrieg sind in Böhmen 25, in Mähren 15 Prozent der Bevölkerung in die tschechoslowakische Kirche eingetreten. Im Zweiten Weltkrieg haben wir nach der Vertreibung der Sudetendeutschen wieder ein Viertel verloren. Also: Schon vor dem kommunistischen Putsch hatte die Kirche im Laufe des 20. Jahrhunderts im Rahmen der tschechischen Nation etwa 40 Prozent ihrer Mitglie-

der verloren. Dann kamen die Verfolgung der Kirche und die Einführung des Atheismus in den Schulen hinzu. Nach der Wende im November 1989 mussten wir wieder bei Null beginnen. Es war eine große und schwere Aufgabe, die Strukturen der Kirche wieder neu aufzubauen: das Ordensleben, das Leben in den Diözesen und Pfarrgemeinden. Und das nun in einer Situation der Freiheit, ohne staatliche Kontrolle.

Hinzu kam in den letzten 20 Jahren die demographische Entwicklung, die massive Überalterung, der einschneidende Rückgang der Geburten. Ich sage ganz offen: Die tschechische Nation stirbt aus. Das hat auch Folgen für die Kirche ...

... Das ist auch ein Problem für die Länder im Westen Europas ...

... Ja, aber das Problem bei uns ist auch, dass im Laufe der letzten 20 Jahre, das muss man offen sagen, der Staat und die staatlichen Institutionen ihre Autorität verloren haben.

Bei der Bevölkerungszählung hat die Hälfte der Bevölkerung keine Antwort auf die Frage der Mitgliedschaft in der Kirche gegeben. Aber nach der Zahl der Taufen können wir sagen, dass 40 Prozent der Einwohner der Tschechischen Republik Christen sind. Etwa 90 Prozent davon sind römisch-katholisch. Das sind ungefähr 3,7 Millionen Menschen. Die anderen kommen aus anderen Kirchen. Es gibt die lange kulturelle Tradition der evangelischen Kirche, vor allem der Böhmischen Brüder. Hinzu kommen momentan die vielen Immigranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aus der Ukraine und Weißrussland. Auf diese Weise ist die orthodoxe Kirche eine starke Kirche, auch mit politischem Einfluss, geworden.

Wir leben in einer Situation der Freiheit. Wir haben gegenwärtig etwa 100 katholische Schulen. Das sind mehr als vor der kommunistischen Diktatur. Diese Schulen sind Eliteschulen, das ist wirklich ein großer Erfolg. Wichtig ist auch die Einrichtung einer funktionierenden Caritas. Unsere Caritas ist eine Pilot-Organisation, etwa mit ihren Hospizen und den Einrichtungen für alte und kranke Leute. In diesen Bereichen wird die Kirche von allen politischen Parteien und Kräften hoch geschätzt. Da haben wir kein Problem.

Wie steht es denn mit den Kontakten zu den anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Protestanten, den Böhmischen Brüdern, den Juden, den Muslimen, den Buddhisten?

Unsere Verhandlungen mit dem Parlament und mit der Regierung im Rahmen der Vorbereitung des Gesetzes zur Rückgabe von Kirchenbesitz haben uns eine große Chance eröffnet. Es gibt im Augenblick sehr erfreuliche und offene Kontakte mit den evangelischen Kirchen und mit den jüdischen Gemeinden, wie wir sie niemals zuvor in der Geschichte hatten. Die neue Evangelisierung ist nicht nur die Sache der römisch-katholischen Kirche. Wir waren einmal Volkskirche. Heute sind wir fauler als die kleinen evangelischen Kirchen. Viele haben mehr

missionarischen Geist als unsere Kirche. In diesem Sinne muss es eine verstärkte Zusammenarbeit geben. Die Bibel ist ein Geschenk des israelitischen Volkes. Nicht nur das Alte Testament, auch das Neue. Alle waren Juden. Das ist unsere Vorlage.

Mit den anderen Religionen in unserem Land gibt es eine akademische Diskussion – ein Verdienst von Václav Havel und Professor Tomáš Halík. Wir müssen allerdings mehr auf der praktischen Ebene zusammenarbeiten, überwiegend mit den Christen aus den orientalischen Kirchen. Auch aus den arabischen Ländern gibt es Christen bei uns. Da suchen wir neue Kontakte. Der Kontakt mit dem Islam ist nicht einfach. Trotzdem haben wir schon eine Begegnung mit den Botschaftern der islamischen Länder organisiert. Die Schwierigkeit besteht darin, dass wir keinen für den Islam repräsentativen Gesprächspartner finden. Zahlenmäßig steht das Problem in Tschechien nicht im Vordergrund. Zu erwähnen sind auch noch die zahlreichen Vietnamesen in unserem Land, von denen etwa 10 Prozent katholisch sind. Wir unterstützen sie, auch finanziell.

Und die Sekten und kleinen Gruppen, der Okkultismus, das sogenannte Neuheidentum?

Es gibt sie. Aber sie haben auch rein zahlenmäßig keine große Bedeutung bei uns. Der Charakter unseres Volkes ist stark vom Skeptizismus geprägt.

Viele haben, zum Beispiel auch in der ehemaligen DDR, gehofft, dass nach dem Ende des Kommunismus, nach der Befreiung vom Druck der brutalen oder subtilen Verfolgung das kirchliche Leben wieder neu aufblühen würde. Diese Hoffnung wurde, wie wir heute sehen, massiv enttäuscht.

Was sind für die Kirche die noch heute wirksamen Folgen des Kommunismus?

Die Situation bei uns ist ganz anders als in der ehemaligen DDR. Die Kirche als eine Institution mit klaren Perspektiven ist nach der Wende schwächer geworden. In den Pfarrgemeinden haben wir Kraft verloren. Aber unsere Leute arbeiten als Professoren in den Universitäten, sie arbeiten in der politischen Administration, im Staat, in der Justiz, sind Seelsorger beim Militär und in den Gefängnissen. In diesem Sinne ist der Einfluss der Kirche stärker geworden.

Ein wirkliches Problem ist die Veränderung der Mentalität der Menschen durch die neuen Technologien. Die jungen Menschen bei uns bleiben in den Städten. Die jüngere Generation besteht aus Menschen, die auf den Gymnasien und Hochschulen waren. Das ist auch für die Priester eine große Herausforderung. Die Pfarrgemeinde mit einem Mann an der Spitze, der alles weiß und richtet, ist vorbei. Gefordert sind neue Formen der Kollegialität und der Zusammenarbeit. Da wächst etwas Neues in einer neuen gesellschaftlichen Situation.

Der verstorbene Kardinal König in Wien hat vor der Wende einmal gesagt, dass der staatlich verordnete Materialismus des Ostens eine ebenso große Bedrohung für die Kirche ist wie der praktizierte Materialismus des Westens. Ist nicht dieser massive Materialismus in Europa DIE große Herausforderung für die Kirche heute?

Ja, aber ich habe den Eindruck, dass immer mehr Menschen spüren, dass der Materialismus keine Gewähr bietet für das Lebensglück. In diesem Sinn bietet die Kirche einen Raum und eine Perspektive. Unser Problem ist, dass wir zu sehr auf kirchliche Statistiken fixiert sind, auf die Zahl der Gottesdienstbesucher etwa. Viele Leute sind trotz ihrer religiösen Überzeugungen nicht bereit, am Sonntag in die Kirche zu gehen. Da braucht die Kirche dringend eine neue Form des Dialogs mit diesen konkreten Menschen. In diesem Sinne ist die Lage durchaus hoffnungsvoll.

Sie haben in einem Vortrag im Jahre 2010 gesagt, dass die Kontaktsuche mit diesen Menschen im Vordergrund der kirchlichen Arbeit auf allen Ebenen stehen muss. Meine Erfahrung ist, dass sich dann die Frage der Vermittlung in den Vordergrund schiebt. Die Kirche spricht für viele eine alte, verbrauchte Sprache. Die Menschen suchen aber nach neuen, nicht nur sprachlichen Ausdrucksformen. Die Menschen heute sprechen anders, haben andere Vorstellungen. Was ist da zu tun?

Eines muss man nüchtern feststellen: Unsere gegenwärtigen kirchlichen Vorstellungen sind nicht identisch mit den Vorstellungen der jüngeren Generation. Das ist auch für die Priester, die vor und in der Zeit der Wende geweiht wurden, oft ein schwieriges Problem. Ich habe Hoffnung, dass wir da langsam vorankommen. Das Problem des Generationenbruches hat es immer gegeben. Aber heute ist es aufgrund der neuen Technologien und der Möglichkeiten, die sich dadurch eröffnen, so stark und rasant geworden, dass es schwieriger zu bewältigen ist als je zuvor.

Kirche wird von vielen, vor allem Jüngeren, heute wahrgenommen als eine Institution, die nicht will, dass sich wirklich etwas ändert, die beharrt auf überholten Positionen, als eine Institution, der die Lebenskompetenz fehlt. Das lässt sich ablesen an den Diskussionen etwa zur Sterbehilfe oder zur Stammzellenproblematik. Wie nehmen Sie die gesellschaftliche Entwicklung wahr? Was sehen Sie positiv, was negativ?

Unsere Ängstlichkeit in der Kirche hat eine Wurzel darin, dass wir eine Institution der älteren Generation sind. Wir sind ängstlicher als die jungen Leute. Wir wollen keine Abenteuer. In dieser Hinsicht müssen wir vermitteln, dass die Kirche nicht unser „Geschäft", nicht unser „Betrieb", nicht unser „Besitz" ist, sondern dass sie Gott gehört und es ihr unbedingt um die Fragen der Religion und des Glaubens geht. Dass es ihr darum gehen muss, dass Gott in allem gegen-

wärtig ist. Für diese Wahrnehmung von Kirche müssen wir angesichts der radikalen gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen einen Raum und eine Perspektive für ein sinnvolles Lebens bieten. Mir kommt dabei ein Bild in den Sinn: Der heilige Augustinus sieht, dass vor seinem Haus in Hippo in Nordafrika die Vandalen stehen, die alles zerstören wollen. Die anderen Bischöfe sagen: Das ist das Ende der Welt, der Untergang. Aber Augustinus sagt: Nein, liebe Mitbrüder, das ist die Geburt der neuen Welt.

Was ist Ihre Einschätzung der gegenwärtigen politischen Situation in Europa? Tschechien ist ja auch davon betroffen, bekommt ja auch die Quittung dafür, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben.

Es gibt auch in dieser Frage einen Unterschied zwischen den westlichen Ländern und uns. Unser Problem nach einer vierzigjährigen Diktatur ist momentan, dass jede Partei, wenn sie an der Regierung ist, nach dem Muster der kommunistischen Partei verfährt. Sie denkt: Der Staat und das Land sind Eigentum unserer Partei. Das ist wirklich ein zentrales Problem in unserem Land. In den nächsten Tagen werden wir das Fest des Heiligen Wenzel begehen. Im Oratorium zu diesem Tag steht der Satz: „Er hat dieses Land geliebt." Die Freiheit ist Gottes Geschenk. Wir dürfen sie nicht verantwortungslos missbrauchen. Die Freiheit gibt uns auch Raum für die Liebe zur Nation, zu diesem Land, zu dieser Gesellschaft – nicht im nationalistischen Sinn. Diese Perspektive der Liebe zum Volk haben unsere Parteien verloren, allerdings nicht alle Politiker.

Wie kann man diese Perspektive zurückgewinnen?

Das ist schwierig. Nehmen wir nur einmal das Thema der so genannten Restitution der kirchlichen Güter, also der Rückgabe von Kirchenbesitz, der uns in der kommunistischen Zeit genommen wurde. Es gibt nun eine Änderung in der staatlichen Finanzierung der Kirche, wir bekommen Entschädigung in Form von Geld, wir bekommen ein paar Immobilien zurück und werden nicht mehr vom Staat bezahlt. Das ist alles. Aber das Problem ist: Es gibt keinen Dialog. Jede Partei spricht nur ihre eigene Sprache und ist nur Fan-Gruppe ihrer Mitglieder, überwindet ihre Sprachbarrieren nicht. Es gibt für sie nur die jeweils eigene Wahrheit. Das ist wie im Fußballstadion: Die Fan-Gruppen kommen nicht in Kontakt miteinander. Sie kennen nur sich.

Ich will noch einmal aus einem anderen Blickwinkel auf die zentrale Frage für die Kirche in Tschechien zurückkommen. Wie ist Ihre Vorstellung von Evangelisierung in einer solchen gesellschaftlichen Situation, wie Sie sie jetzt mehrfach differenziert beschrieben haben? Geht sie in Ihrer Vorstellung über die Institution oder, wie es in der Anfangsphase des Christentums war, mehr über Personen?

Ich bin davon überzeugt, dass auch in unserem Land alle Institutionen schwächer geworden sind. Bei uns haben in der Zeit der Diktatur verschiedene kirchliche Bewegungen auf der Ebene der Laien eine wichtige Rolle gespielt, zum Beispiel „Focolare", „Charismatische Erneuerung", „Comunione e Liberazione". Das war hoffnungsvoll. Aber auch diese Bewegungen haben sich im Laufe der Zeit mehr und mehr institutionalisiert.

Wir müssen die Evangelisierung der Zeit anpassen. Sie kann nur auf der ökumenischen Ebene geschehen. Die kirchlichen Bewegungen und kleinen Gruppen werden darin eingebunden. Auch die Theologen haben und brauchen darin einen Platz. Es hat keinen Sinn, wenn wir das direkt als Institution machen. Solche Evangelisierungskampagnen haben wir schon in mehreren Städten durchgeführt. Für Prag ist so etwas im Jahre 2015 vorgesehen.

Welche vorrangigen Aufgaben sehen Sie für die Kirche in Tschechien? Wie sieht Ihre Prioritätenliste aus?

Das Erste ist, dass die Kirche wieder ihre eigene gesellschaftliche Rolle im Lande entdeckt. Wir haben – das hat eine lange Tradition, die bis in die Monarchie zurückreicht – immer mehr gekämpft für uns als Institution als für die Inhalte oder für die Gläubigen. Wir predigen zwar das bonum commune, das Gemeinwohl, aber in der Wirklichkeit denken wir nur an unsere eigene Position. Das ist Nummer 1 auf meiner Liste. Das Zweite: Die Kirche muss offen sein. Nicht nur die Türen ihrer Gotteshäuser – auch die Gottesdienste müssen eine Einladung sein. Das Dritte ist die Weitergabe des Glaubens, die Katechese. Sie muss geschehen in der Schule und in der modernen Wissenschaft.

Papst Benedikt XVI. hat mehrfach gesagt, dass die Kirche, wenn sie mit der Welt von heute in Berührung kommen will, nicht nur den Kopf braucht, sondern auch ein „hörendes Herz".

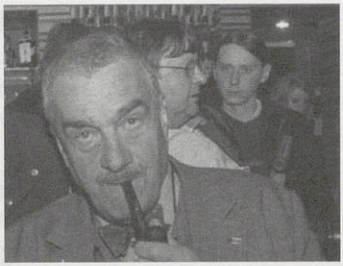
Ja, wir müssen die Menschen annehmen, wie sie sind, und auf sie hören, nicht nur reden und sie zu überzeugen versuchen. Das ist unsere Aufgabe. Die Menschen müssen spüren, dass wir wirkliches Interesse an ihnen haben und ihnen eine Hilfe sein wollen.

Die Kirchen können planen, soviel sie wollen, doch der Glaube sagt uns, dass die Wirklichkeit ein Anderer schafft. Aber wir müssen trotzdem planen, den Blick in die Zukunft richten. Was ist Kardinal Dukas Vorstellung von einer möglichen Zukunft der Kirche?

Die Kirche muss eine geistliche, vom Geist erfüllte Kirche sein. Dazu brauchen wir unbedingt mehr Mut. Mut kommt aus dem Glauben.

Ludmila Rakušanová

Karel Schwarzenbergs schwieriges Los eines Idols



Ludmila Rakušanová verließ 1968 ihre tschechische Heimat, studierte in München und war danach bei Radio Free Europe tätig. Seit 1995 arbeitet sie als Journalistin in Prag. – Die Aufnahme stammt von ihrem Mann, dem Fotografen Josef Rakušan.

Porträt

Noch gar nicht lange liegt es zurück, dass es im Wahlfrühjahr 2010 unter der tschechischen Jugend noch ausgesprochen „in" war, auf „ein Bier mit Karel" einzukehren. Auf der Website www.kareljesexy.cz („Karel ist sexy") stellten hübsche Mädels Schwarzenbergs Foto auf entblößter Brust zur Schau. Die Anzahl seiner Facebook-Freunde explodierte.

Jetzt, zwei Jahre nachdem die konservative Partei „TOP 09", vom cleveren Politmatador und langjährigen tschechischen Finanzminister Miroslav Kalousek gegründet und mit Popularitätsmagnet Karel Schwarzenberg als Vorsitzendem bestückt, es auf Anhieb in die Mitterechtskoalition schaffte, scheint die Anziehungskraft des tschechischen Außenministers Schwarzenberg zu verpuffen. Unter den derzeitigen Kandidaten für den Präsidentenposten auf der Prager Burg, der 2013 zum ersten Mal direkt vom Wahlvolk zu besetzen ist, erreicht der Außenminister und Präsidentschaftskandidat von TOP 09 in aktuellen Meinungsumfragen nicht einmal zweistellige Prozentvorhersagen. An seinen Leistungen auf dem außenpolitischen Parkett liegt es nicht, denn diese verdienen nach wie vor Anerkennung. Wenn er überzeugt ist, es ginge um das Wohl seines Landes, scheut Schwarzenberg nicht einmal vor Kritik an seinem Regierungschef. So gab es Ende 2011 eine Auseinandersetzung, nachdem der tschechische Ministerpräsident Nečas es in Brüssel abgelehnt hatte, der Fiskalunion beizutreten. Vom Präsidenten Klaus wurde er dafür ausdrücklich gelobt. Karel Schwarzenberg jedoch warnte davor: Wenn Tschechien der Fiskalunion nicht beitrete, könne es deren Inhalte nicht mitbestimmen und gerate innerhalb der EU in Isolation.

Allerdings treibt die tschechische Gesellschaft mit Vorliebe Nabelschau. Daher zählt gute Außenpolitik im Land wenig. Auf der innenpolitischen Bühne gute Figur zu machen, wird hingegen wegen zahlreicher

Korruptionsaffären und daraus resultierender Politikverdrossenheit immer schwieriger – sogar für Karel Schwarzenberg, der sich noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs als Vorsitzender der Helsinki-Föderation für Menschenrechte engagierte, auf seinem bayerischen Familiensitz ein Archiv der vom Regime verbotenen Literatur gründete und nach der Wende zuhause für viele als moralische Autorität galt. Als Kanzler auf der Prager Burg stand er in den ersten Jahren Václav Havel bei, als Tschechien versuchte, demokratische Traditionen wiederzubeleben. Dennoch entschied er 1992, als der Zerfall der Tschechoslowakei nahte, sich vorerst zurückzuziehen, um jüngeren Leute, die nicht wie er ihr Leben im Westen, sondern in Böhmen verbracht hatten, Platz zu machen.

Der gelernte Förster, wie sich Schwarzenberg mit Untertreibung nennt, übernahm den böhmischen Besitz seiner Familie, die im Dezember 1948, zehn Monate nach dem kommunistischen Umsturz, nach Österreich geflohen war. Außer dem südböhmischen Schloss Orlik erhielt er Anfang der neunziger Jahre eine Reihe meist heruntergekommener denkmalgeschützter Gebäude sowie vernachlässigte Wälder zurück. Wie diese Wälder früher gepflegt wurden, erfuhr er bereits in den fünfziger Jahren in München, als er sich auf Empfehlung seines damaligen Professors mit dem Fachbuch „Tannendurchforstung auf der Herrschaft Orlik" befasste. „Sollte ich heute unseren Walddirektor nach Tannendurchforstung auf Orlik fragen", bemerkte Schwarzenberg vor einigen Jahren, „so würde er wohl antworten, ob ich die rechte oder die linke Tanne meine."

Die Politik holte ihn jedoch bald ein. Der Spross eines der ältesten böhmischen Adelsgeschlechter, der außer der tschechischen Staatsangehörigkeit einen schweizerischen Pass besitzt, wirkte in zahlreichen Kommissionen und Stiftungen. Eine Zeit lang rechnete man mit ihm für den Posten des tschechischen Botschafters in Deutschland. Befragt nach seiner Einschätzung des schwierigen, durch Vertreibung der Sudetendeutschen belasteten deutsch-tschechischen Verhältnisses, erklärte Schwarzenberg damals, er hätte sich sein Leben lang um gegenseitiges Verständnis bemüht. Bürden aus der Vergangenheit tragen beide Seiten, darüber müsse die ganze Wahrheit ausgesprochen werden. Statt nach Berlin zog Schwarzenberg im Jahre 2004 in den tschechischen Senat und drei Jahre später ins Prager Außenministerium ein, und zwar als unabhängiger Kandidat der tschechischen Grünen, die 2007 der damaligen Mitterechtsregierung beitraten.

In Regierungskreisen glänzte Schwarzenberg nicht nur durch seine Kompetenz: Er nahm sich keine Sekunde wichtig, gab freimütig zu, dass er bei langweiligen Reden einzunicken pflegt, vor allem aber nannte er selbst unangenehme Dinge beim Namen. Und das mit sarkastisch pointiertem Humor und leicht archaischem, ab und zu auch deftigem Wortschatz. Nicht alle in Tschechien fanden das für einen Politiker und Staatsrepräsentanten angemessen.

Andere, vor allem junge Leute, liebten ihn dafür. Er war ein Vorbild, eine integre Persönlichkeit, die allen Versuchungen der Macht stand hält und niemanden mit berechtigter Kritik verschont.

Solch einem Ideal auf die Dauer gerecht zu werden, konnte allerdings nicht einmal Karel Schwarzenberg. Seine Popularität begann zu schwinden, nachdem er einwilligte, in der 2009 gegründeten Partei TOP 09 (die Anfangsbuchstaben stehen für Tradition, Verantwortung und Prosperität) den Vorsitz zu übernehmen. Bald stellte sich heraus, dass er bloß als Label dient, denn nicht er, sondern der gewiefte Finanzminister Kalousek spielt in TOP 09 die erste Geige. Noch dazu formte Kalousek seine Neuschöpfung durch die Spaltung der traditionsreichen christdemokratischen Partei, in der er nach der Wende eine steile Politkarriere startete, wobei ihm mehrmals krumme Geschäfte nachgesagt, jedoch nie bewiesen wurden. Schwarzenberg nahm und nimmt ihn dennoch massiv in Schutz. Er wich nicht einmal von seiner Seite, als Kalousek im Juli mit unpassenden, ja hysterischen Wortattacken auf die Polizeiermittler losging, weil sie das Parlament wegen schwerem Korruptionsverdacht um die Immunitätsaufhebung der TOP 09-Abgeordneten und früheren Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová baten. Außer Kalousek geriet dadurch auch sein loyaler Parteivorsitzender Schwarzenberg in schiefes Licht. Sein Image blättert ab. Er scheint eben doch kein Märchenritter ohne Furcht und Tadel zu sein. Offensichtlich ist er auch nur ein Mensch.

Textkästen

Anna Knechtel
Böhmische Dörfer 243
Anna Knechtel M. A. ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Adalbert-Stifter-Vereins München.

Jaroslav Šonka
CorruptTour 256
Dr. Jaroslav Šonka ist Direktor des European Shoah Legacy Institute in Prag.

Petr Křížek
Das „Goldene Prag" 267
Dr. Petr Křížek ist Theologe und führt ein Reisebüro in Prag mit dem Schwerpunkt „christliche Bildungsreisen".

Matthias Dörr
Die Ackermann-Gemeinde 275
Matthias Dörr ist der Bundesgeschäftsführer der Ackermann-Gemeinde e. V. mit Sitz in München.

Ondřej Matějka
„Antikomplex" 278
Ondřej Matějka ist Politologe, Historiker und Leiter der Bürgerinitiative „Antikomplex".

Kilian Kirchgeßner
Der „ewige Schwejk" 282
Kilian Kirchgeßner ist Journalist und Korrespondent für Tschechien und die Slowakei bei WELTREPORTER.NET.

Kilian Kirchgeßner
Böhmisches Bier 292

Boris Kaliský
Temelin 303
Boris Kaliský ist Projektkoordinator der Forum 2000 Foundation in Prag.

Bücher

Jörg K. Hoensch: Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart. 3., aktualisierte und ergänzte Auflage. München: C. H. Beck, 1997.

Jiří Holý: Tschechische Literatur 1945-2000. Tendenzen, Autoren, Materialien. Ein Handbuch. Wiesbaden: Harrassowitz, 2011.

Lexikon der tschechischen Literatur nach 1945 (in tschechischer Sprache, aber hilfreich z. B. beim Auffinden von Buchtiteln): http://www.slovnikceskeliteratury.cz/

Marek Nekula/Walter Koschmal/Joachim Rogall (Hrsg.): Deutsche und Tschechen. Geschichte – Kultur – Politik. München: C. H. Beck, 2001.

Passauer Pegasus. Zeitschrift für Literatur. 14. Jahrgang, Heft 27/28 = Sonderheft „Tschechische Gegenwartsliteratur". Passau 1996.

Walter Rzepka (Hrsg.): Zukunft trotz Vergangenheit. Texte zur deutsch-tschechischen Versöhnung. (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde, Heft 37). München 2005.

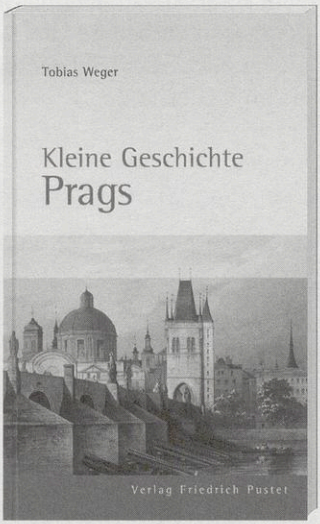
Walter Schamschula: Geschichte der tschechischen Literatur. Teil 3: Von der Gründung der Republik bis zur Gegenwart. Köln, Weimar: Böhlau, 2004.

Tobias Weger: Kleine Geschichte Prags. Regensburg: Pustet, 2011.

In der Reihe *Tschechische Bibliothek* der deutschen Verlagsanstalt finden sich auch mehrere Titel neuerer tschechischer Literatur: http://www.randomhouse.de/content/download/vertrieb/vorschauen/tschechische_bibliothek.pdf.

Das *Prager Literaturhaus* widmet sich nicht nur den deutschsprachigen Autoren Prags und der böhmischen Länder, sondern pflegt auch den Austausch zwischen modernen deutschsprachigen und tschechischen Autoren: http://www.prager-literaturhaus.com/.

Die Geschichte Tschechiens erlesen!

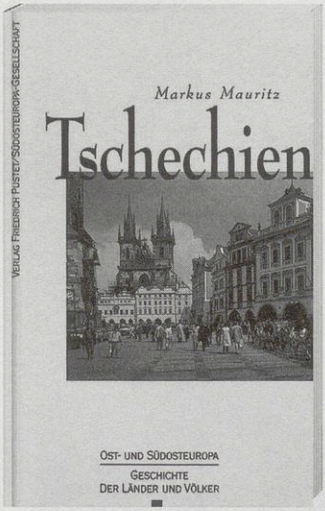


Tobias Weger
Kleine Geschichte Prags

„Kompetent und unterhaltsam, seriös recherchiert und gleichzeitig leicht verpackt."
PRAGER ZEITUNG

Die „Goldene Stadt an der Moldau" zählt zu den historisch und kulturell reizvollsten Städten Europas. Über 1000 Jahre Geschichte und Vielfalt – kompakt und fundiert!

176 S., 39 Abb., 1 Stadtplan, frz. Br., ISBN 978-3-7917-2329-7, € (D) 14,95



Markus Mauritz
Tschechien

Fachlich kompetent und sprachlich gewandt spannt der Autor den Bogen von der nationalen Wiedergeburt der Tschechen im 19. Jahrhundert und der Gründung der Ersten Republik 1918 bis in unsere Gegenwart. Zu den dramatischen Ereignissen gehören u. a. die deutsche Okkupation, die Sowjetisierung nach dem Ende des II. Weltkrieges und die enttäuschten Reformhoffnungen während des Prager Frühlings.

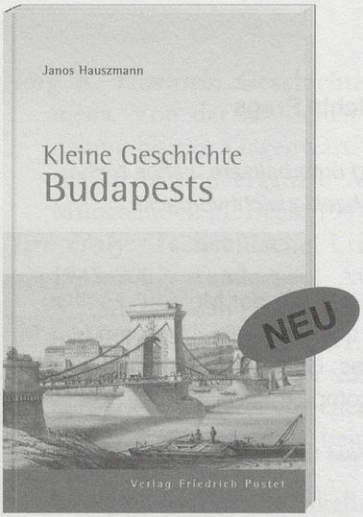
262 S., 16 Bilds., frz. Br., ISBN 978-3-7917-1769-2, (D) 26,95

VERLAG FRIEDRICH PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

Entdecken Sie Europas Metropolen!

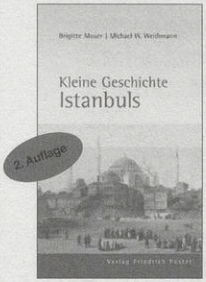


Europäische Metropolen und ihre spannende Geschichte – fundiert, komprimiert, informativ und verständlich! Ideal zum Vorbereiten auf die nächste Städtereise – oder zum Schwelgen in Erinnerungen an die letzte!

Bisher erhältlich: Amsterdam, Budapest, Istanbul, Kopenhagen, Prag, St. Petersburg, Stockholm, Wien und Zürich.

Neu erschienen:
Janos Hauszmann
Kleine Geschichte Budapests

192 S., 34 Abb., frz. Br., ISBN 978-3-7917-2454-6, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2248-1, € (D) 14,95

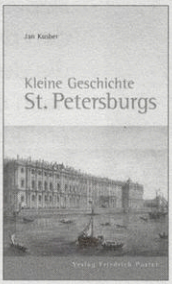
ISBN 978-3-7917-2121-7, € (D) 14,95

ISBN 978-3-7917-2122-4, € (D) 14,95

ISBN 978-3-7917-2330-3, € (D) 14,95

ISBN 978-3-7917-2272-6, € (D) 14,95

ISBN 978-3-7917-2418-8, € (D) 19,95



ISBN 978-3-7917-2227-6, € (D) 14,95

ISBN 978-3-7917-2329-7, € (D) 14,95

VERLAG FRIEDRICH PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de